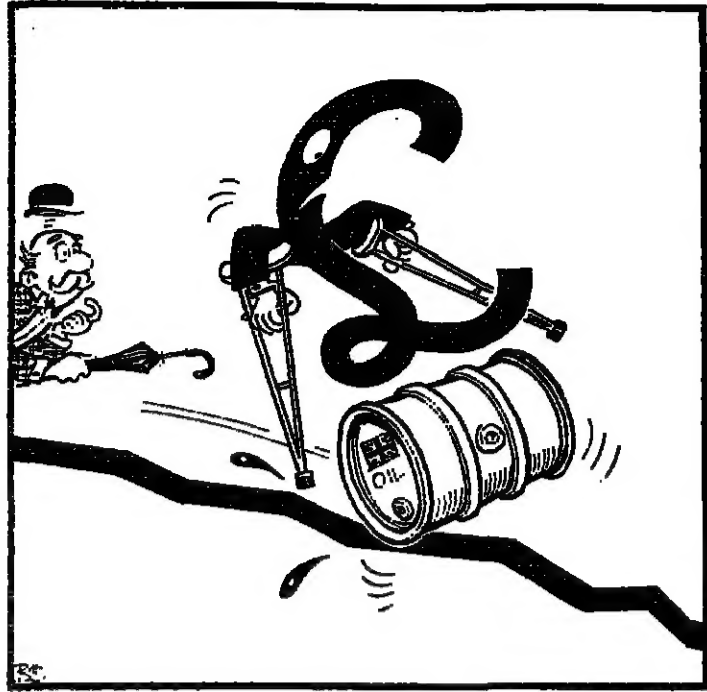


TAGESSCHAU



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Der Kurs des Pfund Sterling ist seit Monaten auf Talfahrt. Gestern fiel der britische Mittelkurs der britischen Währung gegenüber der D-Mark nochmals um einen Pfennig auf das neue Tiefstniveau (seit 1953) von 3,4650 Mark. Bereits am Tag zuvor war der Pfundkurs um fünf Pfennig abgesackt. Der Kursrückgang wird vor allem mit dem Verfall der Ölpreise erklärt. Die Öleinnahmen sind ein wichtiger Faktor in der britischen Außenhandelsbilanz und damit entscheidend für die Bewertung der britischen Devisen. Der Ölpreis war am Montag unter 20 Dollar je Barrel (159 Liter), einen Tiefststand seit sechs Jahren, gefallen.

POLITIK

Europa: Nach der Ablehnung der EG-Vertragsreform durch das Parlament in Kopenhagen wird der dänische Außenminister Ellemann-Jensen heute zu Konsultationen mit dem Bundeskanzler Kohl in Bonn erwartet. In EG-Kreisen wird dem dänischen Wunsch nach Neuverhandlungen keine Chance gegeben. (S. 5)

Bayern: Zum dritten Mal müssen sich Bayerns oberste Verfassungsrichter jetzt mit der Frage befassen, ob entsprechend dem Auftrag der Verfassung des Freistaats von 1946 nicht ein Gesetz über eine eigene bayerische Staatsangehörigkeit erlassen werden muß. (S. 3)

WIRTSCHAFT

Technik und Innovation: Die deutsche Wirtschaft muß Schwerpunkte setzen und die Industriestruktur durch möglichst große Flexibilität leistungsfähig erhalten. Diese Rat gab BDI-Präsident Langmann vor Unternehmen in Köln. (S. 11)

Versicherer: Die Krise, in die die amerikanischen Haftpflicht-Versicherer durch eine Fülle teurer Schadensfälle geraten sind, nimmt gefährliche Formen an. Viele Unternehmen verzichten auf die Vermarktung neuer Produkte, weil sie die hohen Prämien nicht mehr zahlen können oder überhaupt keine Versicherer mehr finden. (S. 14)

BÖRSE

An den Aktienmärkten setzte sich die Abwärtsbewegung mit teilweise empfindlichen Einbußen fort. Auch der Rentenmarkt war etwas leichter. WELT-Aktienindex 287,88 (291,33). BHF-Rentenindex 103,233 (105,285). BHF Performance Index 100,454 (100,475). Dollarmittelkurs 2,4620 (2,4596) Mark. Goldpreis pro Feinunze 353,00 (356,00) Dollar.

Gorleben - hält die Barriere?

Die radioaktiven Abfälle, die Kernkraftwerke produzieren, sind ein hoher Preis für die billige Energie. Man plant, sie tief in der Erde zu vergraben und dort, gut abgeschirmt von der Umwelt, zu deponieren. Ob sich der Salzstock in Gorleben dafür eignet, ist heftig umstritten. Wird die geologische Barriere für die nächsten 100 000 Jahre halten? Seite 6

KULTUR

Archäologie: Die rapide Zerstörung des archaischen Erbes durch Landverbrauch und Bodengriffe bedrohen die Denkmalschätze. Altkunst verlieren Archäologen den Welterb mit dem Bagger der Baufirmen. (S. 21)

SPORT

Motorsport: Der zweimalige Weltmeister Walter Röhrl geht heute als Fünftler bei der Rallye Monte Carlo in die entscheidende „Nacht der langen Messer“. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Sturmschäden: Die schweren Stürme der vergangenen Tage haben in vielen Haushalten wieder die Frage aufgeworfen: Wie umfassend ist eigentlich der Schutz durch Hausrat-, Wohngebäude- und Autoversicherungen? (S. 23)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- | | | | |
|---|-------------|--|--------------|
| Meinungen: Staatsterrorismus und die stille Diplomatie Bonns - Von Herbert Kremp | S. 2 | Forum: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages | S. 6 |
| Ski-Rennen: „In diesen Bergen lebt ein gar räuberisches Volk“ - Von Klaus Bäume | S. 3 | Sanktionen: USA können Bonn nicht überzeugen - dennoch Übereinstimmung | S. 10 |
| WELT-Serie: Die Irrtümer Lafontaines und Vogels - Von Wolfgang Seifert | S. 4 | Studienplatztauschbörse: 127 Tauschwünsche Medizin, 1. klin. und 3. vorklin. Semester | S. 12 |
| Strahlenwaffen: 10 000 Mann und zwölf Zentren - Zum Stand der sowjetischen Forschung | S. 5 | Fernsehen: Wo Schweizerisches sich mit Hawaiianischem verbindet: Country-Music | S. 20 |

DGB-Spitze läßt Entscheidung über die Neue Heimat offen

Bis zum 4. Februar Suche nach „Alternativen“ / Morgen Debatte im Bundestag

DW, Darmstadt
Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist sich unschlüssig, in welcher Weise er dem vom Zusammenbruch bedrohten Baukonzern Neue Heimat noch helfen kann. Eine „Sondersitzung“ der DGB-Führung in Darmstadt, an der der NH-Vorstandsvorsitzende Diether Hoffmann teilnahm, erbrachte kein Sanierungskonzept. Die Verlegenheit, in der der DGB mit seinen 17 Einzelgewerkschaften steckt, ließ die gestern durchgesickerte Absicht erkennen, am 4. Februar in Düsseldorf zu einer weiteren Krisensitzung zusammenzukommen. Es war von „vielen Alternativen“, die zur Diskussion stünden, die Rede.

Zum jetzigen Zeitpunkt, meinte beispielsweise der IG-Druck-Vorsitzende Erwin Ferlemann, sei noch nicht abzusehen, ob die Gewerkschaften der Neuen Heimat noch einmal unter die Arme greifen müßten. Ferlemann: „Von einer Pleite der Neuen Heimat sind wir aber noch weit entfernt, die Vermögenswerte sind ja da.“

Die Neue Heimat ist allerdings längst zu einem politischen Thema geworden. Am Freitag wird sich auf Antrag der FDP der Bundestag in einer aktuellen Stunde mit der Situation des Baukonzerns befassen. Auf

fällig ist, daß sich zusehends auch sozialdemokratische Spitzenpolitiker von dem Verhalten der Neuen Heimat distanzieren. So hatte der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Hans-Jochen Vogel, bemängelt, daß die Grundelemente des Genossenschaftswesens bei dem den Gewerkschaften gehörenden Unternehmen „blau“ geworden seien.

Der ehemalige Bremer Bürgermeister Hans Koschnick (SPD) plädierte dafür, bei der Sanierung des NH-Konzerns auch über regionale Lösungen nachzudenken. „Dabei ist das Modell

LEITARTIKEL SEITE 2:
Heimat, deine Pleite
Von Peter Gillies

der Genossenschaften eine denkbare Möglichkeit.“ Denn diese setzen Überschaubarkeit voraus. Bei der Begrenzung auf bestimmte Größen oder Regionen „wie Wohnvierteln“ könnten die größten Fehler des NH-Managements vermieden werden, nämlich, daß regionale Belange nicht mehr berücksichtigt werden. Dies bedeute, wer die Geschichte der Neuen Heimat kenne, „zurück zu den Ursprüngen“.

NH-Chef Hoffmann wird aus dem Gewerkschaftslager vorgeworfen, „zur Unzeit“ - gemeint ist die Auseinandersetzung um den Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes - einen Brief an Bundeskanzler Kohl geschrieben zu haben. Dieses Schreiben hatte die Wirkung eines „Hilferufs“. Das Thema 116 spielte während der Darmstädter Klausur eine zentrale Rolle. Die innergewerkschaftlichen Gegensätze in der Frage eines „politischen Streiks“ gegen die Pläne der Bundesregierung waren nicht zu verkennen. Radikale Kräfte unter Wortführerschaft der IG Druck und Papier drängen auf einen zentralen Aufruf der DGB-Spitzen zu bundesweit gleichzeitigen Protestaktionen in allen Wirtschaftszweigen.

Dagegen machen gemäßigte Gewerkschaftsführer wie der IG-Chemie-Vorsitzende Hermann Rappe Front: Derartige Aktionen zur selben Stunde nähmen den Charakter eines politischen Streiks an - die Einschätzung „nahe am Generalstreik“ wird von der IG-Chemie-Zentrale in Hannover nicht zurückgewiesen. Wie IG-Chemie-Sprecher Manfred Menzel der WELT bestätigte, steht Rappe damit im DGB-Vorstand „keineswegs allein“.

Opfer erhalten mehr Rechte vor Gericht

Reform der Strafprozeßordnung geplant / Engelhard: Versäumnisse von Jahrzehnten nachholen

EBERHARD NITSCHKE, Bonn
„Die Verbesserung des Opferschutzes ist eines der zentralen rechtspolitischen Vorhaben dieser Bundesregierung.“ Mit diesen Worten stellt Bundesjustizminister Hans Engelhard gestern in Bonn einen vom Kabinett beschlossenen Gesetzesentwurf vor, der im wesentlichen die Stellung der Opfer von Straftaten im Strafprozeß gegenüber dem mutmaßlichen Täter wesentlich stärkt, indem ihnen mehr Rechte eingeräumt werden.

Der Entwurf, durch den in zehn Fällen die Strafprozeßordnung und in einem Fall das Gerichtsverfassungsgesetz geändert werden sollen, wandelt nach den Worten Engelhards die bisherige grundsätzliche Einstellung der Justiz. In der Vergangenheit habe im Vordergrund aller rechtspolitischen Aktivitäten fast ausschließlich der Täter gestanden. Die Justiz sei bemüht gewesen, ihn im Rahmen des Strafrechts, des Strafverfahrensrechts und des Strafvollzugsrechts „mehr rechtsstaatliche Garantien zu

gewähren“. Bei aller Richtigkeit dieser Reformen, die von einer möglichen Resozialisierung ausgehen, müßten nunmehr aber das Verbrechen und seine Folgen in den Vordergrund des Interesses rücken, sagte Engelhard.

Der Justizminister erinnerte daran, daß gerade bei Vergewaltigungsprozessen das Verfahren für die Opfer häufig „ein peinliches, ehrverletzendes Spektakel“ sei. Auch die Rechtsstellung von Opfern schwerer Körperverletzung, von Geiselnahmungen, Entführung und Mordversuch sei ähnlich unbefriedigend. Nach dem Gesetzesentwurf wird es den Betroffenen leichter gemacht, Schadensersatz schon im Strafverfahren durchzusetzen. Während nach geltendem Recht im Strafverfahren ein sogenanntes „Grundurteil“ über den Ersatzanspruch verhandelt ist, soll nun zugelassen werden, daß Ansprüche grundsätzlich für gerechtfertigt erklärt werden. Streifen die Parteien nach

Rechtskraft des Grundurteils weiter, dann ist ein Zivilgericht an diese Entscheidung gebunden.

Der Ausschluss der Öffentlichkeit, vor allem bei Vergewaltigungsprozessen, und Beschränkung der Fragen an die Zeugen auf Komplexe außerhalb des „persönlichen Lebensbereichs“ sollen vor allem den betroffenen Frauen Verbesserungen im Strafprozeß bringen. Wichtige Kostenregelungen zugunsten von Verbrechenopfern schließen nach dem Gesetzesentwurf auch ein, daß Auslagen, die dem Opfer oder dem Nebenkläger entstanden sind, der Verurteilte zu tragen hat. Bisher gibt es für die Nebenklage keine ausdrückliche gesetzliche Regelung.

Bereits bei Vorlage eines als „Diskussionsentwurf“ deklarierten einschlägigen Gesetzestextes hatte der Bundesjustizminister im Mai 1985 darauf aufmerksam gemacht, daß auf diesem Felde „rechtspolitische Versäumnisse der letzten Jahrzehnte“ wieder gutgemacht werden sollen.

Papst ist nicht mehr der „Antichrist“

Evangelische und katholische Kirche kommen sich näher / Wichtige Fragen ausgeklammert

GERNOT FACIUS, Bonn
Von einem „Durchbruch“ möchte noch niemand sprechen. Der Weg zur Einheit im Glauben läßt sich, wie es der Würzburger Bischof Paul-Werner Scheele scharf formuliert, nicht im „Gewaltakt“ zurücklegen. Aber das gestern in Bonn veröffentlichte Abschlusddokument der gemeinsamen ökumenischen Kommission, 1980 von Papst Johannes Paul II. während seines Deutschlandbesuchs inspiriert, zeigt, daß eine Art Minimalkonsens gefunden wurde: Katholische wie evangelische Kirche wollen das Gemeinsame und nicht länger das Trennende herausstellen.

Die Kommission hat von einem Arbeitskreis aus Theologen beider Seiten einen „Prüfungsbericht der Verwerfungen des 16. Jahrhunderts“ erarbeitet lassen. Dieses Dokument wird dem Deutschen Bischofskonferenz und dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland mit der Bitte vorgelegt, „konkrete Folgerungen daraus für die Urteile der Kirchen

übereinander zu ziehen“. Es soll verbindlich ausgesprochen werden, daß die „Verwerfungen der heutigen Partner nicht treffen, insofern seine Lehre nicht von dem Irrtum bestimmt ist, die Verwerfung abzuwehren wollte“.

Aber die Autoren des Schlußberichts raten selbst zur nüchternen Betrachtung: „Wenn die Verwerfungen der Reformationstheologie ihre kirchentrennende Wirkung verlieren, sind damit nicht schon alle Bedingungen für die volle Kirchengemeinschaft gegeben, aber der Weg zu Verhandlungen darüber wird frei.“ Im Klartext: In einer jahrhundertlang gegenseitig verlaufenen Geschichte haben sich unterschiedliche konfessionelle Kulturen entwickelt, die bis in das Alltagsverhalten hinein die Menschen prägen.

Immerhin: Die Bezeichnung des Papstes als „Antichrist“, die Verurteilung der Messe als „vermaledeite Abgötterei“ soll ebenso der Vergangenheit angehören wie die Verkettung

der Protestanten durch die römische Kirche. Der bannverworfene Landesbischof Eduard Lohse, neben Scheele Vorsitzender der Kommission, sieht allerdings noch keinen „formulierten Fundamentalkonsens“. Allzu viel muß noch aufgearbeitet werden: Aufhebung des Ehehindernisses der Konfessionsverschiedenheit, die Genehmigung ökumenischer Gottesdienste am Sonntag und die gegenseitige Zulassung zum Abendmahl. Diese Fragen lassen sich auf nationaler Ebene ohnehin nicht lösen. Die Konzeption der katholischen Kirche als „Weltkirche“ steht dem entgegen.

Das konfessionskundliche Institut der EKD vermißt eine offizielle positive katholische Äußerung über die grundsätzliche Anerkennung der evangelischen Kirchen sowie deren Sakramente und Ämter. Nach wie vor verhindern die Dogmen über die Unfehlbarkeit des Papstes und die Stellung Marias eine volle Kirchengemeinschaft. Diese Themen waren „ausgespart“ worden.

Im Fall Antes geht es Schlag auf Schlag

D. DOSE/H. KARUTZ, Berlin
Wie ein „Flächenbrand“ breitet sich die Berliner Korruptions-Affäre aus. Inzwischen sind Kommunalpolitiker aus drei Bezirken darin verwickelt. Die Zahl der ermittelten Beamten wurde entsprechend erhöht. Mittlerweile sind ein Oberstaatsanwalt, drei Staatsanwälte und 19 Beamte der Kripo-Sonderkommission „Lietzenburg“ (so genannt, weil in der Lietzenburger Straße die ersten Hinweise auf den Skandal gefunden wurden) mit den Untersuchungen beschäftigt.

Kaum war am Dienstag die Verhaftung des „Baulöwen“ Kurt Franke (s. WELT vom 22. 1.) bekannt geworden, ging es Schlag auf Schlag:
Festnahme des Steuerberaters Edwin Veth. Er soll Schmiergelder an den in Untersuchungshaft sitzenden ehemaligen CDU-Baustadtrat von Charlottenburg, Wolfgang Antes, gezahlt haben. Veth hatte auch einmal Kontakt mit Innenminister Lammert. Durchsuchung der Amts- und Pri-

vaträume des Tiergartener CDU-Bürgermeisters Hans-Martin Quell und der Wohnung des ehemaligen Tiergartener Wirtschafts- und Finanzstadtrates Bernd Kaiser. Die erste „Schramme“ für die Opposition, denn Kaiser gehört der SPD an. Bei den wird vorgeworfen, von Franke Beträge „unter 100 000 Mark“ kassiert zu haben.

Durchsuchungen auch in den Dienstgebäuden des Bau- und Finanzsenators. Zwei Mitarbeiter der Bauverwaltung, darunter ein Abteilungsleiter, und einer der Finanzverwaltung stehen ebenfalls unter dem Verdacht der Bestechlichkeit.

In den Ermittlungsverfahren in den Bezirken Charlottenburg, Wilmerdorf und Tiergarten gibt es mittlerweile 30 Beschuldigte: Kommunalpolitiker, Leute aus der Baubranche und dem sogenannten halbseitigen Milieu. Eine Schlüsselfigur scheint Bauunternehmer Franke zu sein. Auf dem Weg zur Wirtschafts-

ratsitzung des Fußballklubs Hertha BSC wurde er festgenommen...

Er steht unter dem Verdacht, sich für „Gefälligkeiten“ bei verschiedenen Bauvorhaben, unter anderem dem 20-Millionen-Mark-Projekt eines Jugendhotels, großzügig revanchiert zu haben.

„Zwischen den Fällen in Charlottenburg und Tiergarten bestehen indirekte Zusammenhänge“, bestätigt Justizsprecher Volker Kähne.

Bürgermeister Quell hat inzwischen Rückendeckung vom CDU-Kreisvorsitzenden Tiergarten erhalten. Er habe in seiner Eigenschaft als stellvertretender Kreisvorsitzender von Franke Spendengelder erhalten „und an die Partei weitergeleitet“. Wie die Berliner CDU mittelt, will Quell bis zur Klärung der Beschuldigungen seine Amtsgeschäfte ruhen lassen. Für Freitag ist Quell, seit 1981 Bürgermeister, zur Anhörung beim Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen, seinem Disziplinervorgesetzten, geladen.

DER KOMMENTAR

Schutz des Opfers

EBERHARD NITSCHKE

Daß dem Straftäter in der geltenden Rechtsordnung mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird als dem Opfer, wurde jahrzehntelang als kleiner Schönheitsfehler an Justitia Waage hingetragen. Ein feinmechanischer Eingriff, von dem versichert wird, daß er dem Bund keine, den Ländern wenig Kosten machen wird, soll hier Remedur schaffen.

Das „Opferschutz-Gesetz“, das am Mittwoch vom Bundeskabinett verabschiedet wurde und bei erwartetem geringen Widerspruch schnell in Kraft treten dürfte, verbessert die strafverfahrensrechtlichen Befugnisse des sogenannten „Verletzten“ entscheidend. Endlich können sich Opfer schwerer Straftaten, wie von Vergewaltigungen, gegen ehrverletzende Befragungen und Schuldzuweisungen verteidigen. Ja, es ist das Kennzeichen des Gesetzeswerkes, daß es praktisch aus der Diskussion um Vergewaltigungsprozesse und die schlimmen Folgen für betroffene Frauen gerade vor Gericht hervorgegangen ist. Unter den 14

Punkten, die jetzt in elf Paragraphen im Sinne des von Bundesjustizminister Hans Engelhard vorgelegten Gesetzentwurfes geändert werden sollen, fallen besonders die auf, die man sich vor allem in solchen Prozessen vorstellen kann. Nach geltendem Recht sind nur Fragen nach „entehrenden Tatsachen“ unzulässig, künftig denn das Fragerecht des Richters schon an der Schwelle des „persönlichen Lebensbereiches“. Und: Im Zweifel wird demnach nicht mehr für die „Öffentlichkeit“ solcher Verfahren entschieden, sondern in erster Linie für den Persönlichkeitsschutz.

Daß die Länder ausnahmslos im Vorfeld der Einbringung dieses „Ersten Gesetzes zur Verbesserung der Stellung des Verletzten im Strafverfahren“ versuchten, mögliche Kosten von sich abzuwälzen, gehört zum Ritus. Und daß verdienstvolle Organisationen wie der „Weiße Ring“ gern noch mehr Opferschutz durchsetzen möchten, gehört zur selbstgestellten Aufgabe.

Schickt Moskau weitere Soldaten nach Aden?

SAD, Kairo

Sowjetische Truppen sind gestern in Aden auf dem Flugplatz Khormakschar gelandet, berichten zuverlässige Quellen aus der nordjemenitischen Hauptstadt Sanaa. Auch westliche Abhörstellen haben einen verstärkten sowjetischen Funkverkehr in Aden festgestellt.

Die sowjetischen Maschinen mit bisher zwei Bataillonen Luft-Landeeinheiten in Kampfausrüstung kamen aus Afghanistan oder Äthiopien, heißt es weiter. Bisher sind 2000 sowjetische Soldaten in Aden stationiert. Ob die Landungstruppen weiter verstärkt werden und in die laufenden Kämpfe eingreifen, ist zur Stunde ungewiß. Flüchtlinge berichten, die Sowjets stünden auf der Seite des krenitrenen früheren Präsidenten Abdul Fattah Ismail, der in den ersten Tagen der Kämpfe in der sowjetischen Botschaft Unterschlupf gefunden hatte.

General Motors gründet Zentrale für Europa

DW, Rüsselsheim

Zur Stärkung der Wettbewerbsposition beschloß General Motors die Gründung einer Europa-Zentrale in Zürich. Unter der Leitung des bisherigen Opelchefs Ferdinand Beickler (63) sollen neun weitere Vorstandsmitglieder bei der „General Motors Europa - Passenger Cars“ tätig sein. Unter ihnen befindet sich auch als Vizepräsident John M. Fleming, Generaldirektor der britischen Vauxhall Motors Ltd. Aus Rüsselsheim bezieht Beickler Richard E. Durkin (bisher im Adam-Opel-Vorstand für Finanzen zuständig), Hans Wilhelm Gäh (Vorstand Öffentlichkeitsarbeit), Donald G. Heden (Planungsdirektor) sowie Hans Gensert (Zusammenbau- und Teillieferantenwerke). Die Zentrale soll, so Beickler, „das, was in den einzelnen Ländern passiert, koordinieren, anpassen, Kundenanfragen reflektieren“.

Seite 11: Neue Europa-Zentrale

Kiechle gegen Preissenkungen

Mk, Bonn

Preissenkungen zum Abbau der hohen Überschüsse von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in der Europäischen Gemeinschaft lehnt Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle entschieden ab. In einem Gespräch mit der WELT aus Anlaß der 51. Internationalen Grünen Woche in Berlin wies der Minister darauf hin, daß aber auch die Möglichkeiten für höhere Agrarpreise in der Gemeinschaft begrenzt seien. Einen Spielraum könne es erst wieder geben, wenn die Überschüsse beseitigt seien. Darauf komme es in der Agrarpolitik jetzt an. An der Grünen Woche, eine der bedeutendsten landwirtschaftlichen Ausstellungen der Welt, nehmen mehr als 40 Länder teil.

Seite 16: EG-Preispolitik

Todesstrafe für Mord an Gandhi

DW, Neu-Delhi

Wegen Mordes an der indischen Ministerpräsidentin Indira Gandhi im Oktober 1984 sind gestern drei Sikhs, die beiden früheren Leutwächter Satwant Singh und Balbir Singh sowie Kehar Singh, zum Tode verurteilt worden. Richter Mahesh Chandra sagte in der Urteilsbegründung, die er hinter Panzerglas verlas, in Anbetracht aller Umstände sei in diesem Falle die Todesstrafe gerechtfertigt. Die Verteidigung hatte den Prozeß als Farce bezeichnet und argumentiert, in dem Verfahren gehe es darum, die Verbindung der Attentäter zum jetzigen Ministerpräsidenten Rajiv Gandhi zu verunsichern. Wegen zu erwartender Unruhen haben die Behörden die Sicherheitsmaßnahmen verstärkt.

Moskau warnt Ungarn vor zu engen Kontakten zum Westen

„Prawda“-Kritik an „antisozialistischer Propaganda“

DW, Moskau

Die sowjetische Parteizeitung „Prawda“ hat Ungarn vor den „Gefahren“ einer zu weit gehenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Kontakten mit westlichen Ländern gewarnt. Im Westen gebe es Leute, die die wirtschaftlichen Kontakte, den kulturellen Austausch sowie Touristen-Reisen nach Ungarn dazu benutzten, „bürgerliche Ideologie und antisozialistische Propaganda“ zu verbreiten.

Bei der Teilnahme Ungarns am internationalen Handel „unter den Bedingungen des Kampfes zwischen der sozialistischen und bürgerlichen Ideologie“ müsse man seine geographische Lage und die Besonderheiten des ungarischen Nationalcharakters berücksichtigen, hieß es ferner. Es müsse aber für alle klar sein, daß das ungarische Volk heute kompromißlos für den Sozialismus eintrete. Die ungarischen Kommunisten würden begreifen, daß sie die „Gegenpropaganda“ und die „Unversöhnlichkeit“ mit der bürgerlichen Ideologie entschieden vorantreiben müßten.

Die „Prawda“ erinnerte mehrmals daran, daß die Grundlage für die ungarische Wirtschaft die Zusammenarbeit innerhalb des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) sei. „Die Praxis der Partnerschaft mit den kapitalistischen Ländern hat unsere ungarischen Freunde davon überzeugt, daß die Zusammenarbeit mit ihnen nur bei gleichzeitiger Ausweitung des Handels und bei einer umfassenden Entwicklung der Integration und der Kooperation mit den RGW-Ländern vorteilhaft ist.“

Der „Prawda“-Artikel enthält keine direkte Kritik am Wirtschaftskurs Ungarns. Westliche Beobachter in Moskau betrachten den Artikel aber als indirekte Warnung. Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow hatte sich zu den ungarischen Reformen bisher nicht deutlich geäußert. Die „Prawda“ kritisierte auch, daß der westliche Sender „Radio Freies Europa“ seine Programme nach Ungarn ausstrahlen könne. In der Sowjetunion werden westliche Radiostationen massiv von Störsendern überlagert.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Dänen und das Paket

Von Gottfried Mehner

Seit langem haben wenige Fragen das Fünfmillionenvolk der Dänen so aufgewühlt wie jetzt die Diskussion um Annahme oder Ablehnung des luxemburger EG-Reformpakets. Während im Rest-Europa der Begriff Paket wegen des Beinahe-Nichts-Inhaltes sowieso für viel zu voluminös gehalten wird, scheinen die Dänen eben wegen dieses Inhalts in blockierende Selbstzweifel zu zerfallen.

Argumentiert wird teilweise auf einem derart verqueren Sophisten-Niveau, daß die restlichen Länder selbst bei angestrengtester Langmut letztlich verständnislos bleiben müssen. Wenn jetzt das Folketing die Minderheitsregierung beauftragte, wegen des Paketes mit den Partnern „Neuverhandlungen“ zu beginnen, scheint Politik in Dänemark langsam die Kunst des Unmöglichen zu werden. Dieser Einfall könnte wirklich zum Anfang einer EG-Entfremdung führen.

Größter Gegenspieler von Schlitters bürgerlichem Vier-Parteien-Minderheitskabinet sind die Sozialdemokraten mit dem überzeugten Europäer Anker Jørgensen an der Spitze. Er bekennt sich ausdrücklich zur EG. Allerdings in ihrer jetzigen Form, also ohne daß das EG-Parlament mehr Vollmachten erhält. Daß es zwar mehr Vollmachten erhalten soll, daß diese aber nur für seltene Ausnahmestellungen gelten würden, bringt ihn nicht zum Einlenken. Vermutlich auch nicht der Hinweis, daß 315 Millionen der Resteuropäer hier keine Gefahr sehen. Gerät das Land unter dem Danebrog zusehends in die Kleinkariertheit?

Es ist – so gut wie – beschlossen, daß eine Volksabstimmung die Atmosphäre klären soll. In allen Meinungsumfragen liegen die Paket-Befürworter klar vorn. Allerdings spricht Schlüter in erster Linie von der Gefahr, daß bei einer Paket-Verweigerung „dem dänischen Wohlstand das Genick gebrochen wird“. Da könnte der Zuhörer das Gefühl bekommen, daß Europa allein eine Sache des Krämergeistes und nicht vor allem der kulturellen Zusammengehörigkeit wie der weltpolitischen Selbstbehauptung ist. Die anscheinend unvermeidliche dänische Volksabstimmung sollte genutzt werden, neue Akzente in Richtung europäischer Union zu setzen.

Ex oriente crux

Von Evangelos Antonaros

Ankars Ministerpräsident Turgut Özal hat sich seit Jahren – zunächst als Vizepremier, später als Regierungschef – konsequent für engere Beziehungen der Türkei zur islamischen Welt engagiert. Ihm ging es vor allem um eine Intensivierung der Kooperation im Wirtschaftsbereich, vor allem um eine Ausdehnung des türkischen Exports. Diesem Ziel diente auch die vierjährige Reise Özals nach Teheran. In den offiziellen Verlautbarungen und den halbamtlichen Presseberichten war von einer „Verstärkung der Kooperation“, von einer Ausdehnung des Handels, von Projekten im Milliardenwert die Rede.

Interessant ist allerdings nicht das, was in den Erklärungen erwähnt wird, sondern was verschwiegen bleibt. Mit keinem Wort wurden die politischen Probleme erwähnt, die seit einiger Zeit die Beziehungen zwischen Ankara und Teheran überschatten. Fast bei allen „neuen“ Ankündigungen handelt es sich entweder um vage Absichtserklärungen, wie es zum Beispiel im Handelsbereich der Fall ist, oder aber um aufgewärmte alte Projekte, deren Realisierung weiterhin auf große Probleme stößt. Dazu zählt vor allem der Bau einer Öl- und Erdgaspipeline von Iran an die türkische Mittelmeerküste.

Mag sein, daß Özal die „Erfolge“ seiner Gespräche in Teheran, nicht zuletzt aus innenpolitischen Gründen, an die große Glocke hängt. Ihm ging es diesmal allerdings in erster Linie darum, die Iraner zur Einhaltung ihrer vertraglichen Verpflichtungen aus früheren Jahren, zur Begleichung ihrer Schulden zu bewegen. Den Türken sind ihre Wirtschaftsbeziehungen zur islamischen Welt weiterhin wichtig. Mittlerweile haben sie allerdings eingesehen, daß diese einseitige Orientierung unklug ist, daß die Islam-Staaten als Partner weniger zuverlässig sind als der Westen.

Einmal sind selbst die erdölproduzierenden Nachbarn der Türkei nicht mehr so liquide wie früher. Zum anderen kommt durch die wirtschaftliche auch eine politische Abhängigkeit zustande, die den Türken auf die Dauer unangenehm ist. Nicht zuletzt deswegen bemüht sich Özal seit einiger Zeit intensiver denn je um die Gewinnung von neuen Absatzmärkten in Westeuropa und Amerika.

Der Weg zum Menschen

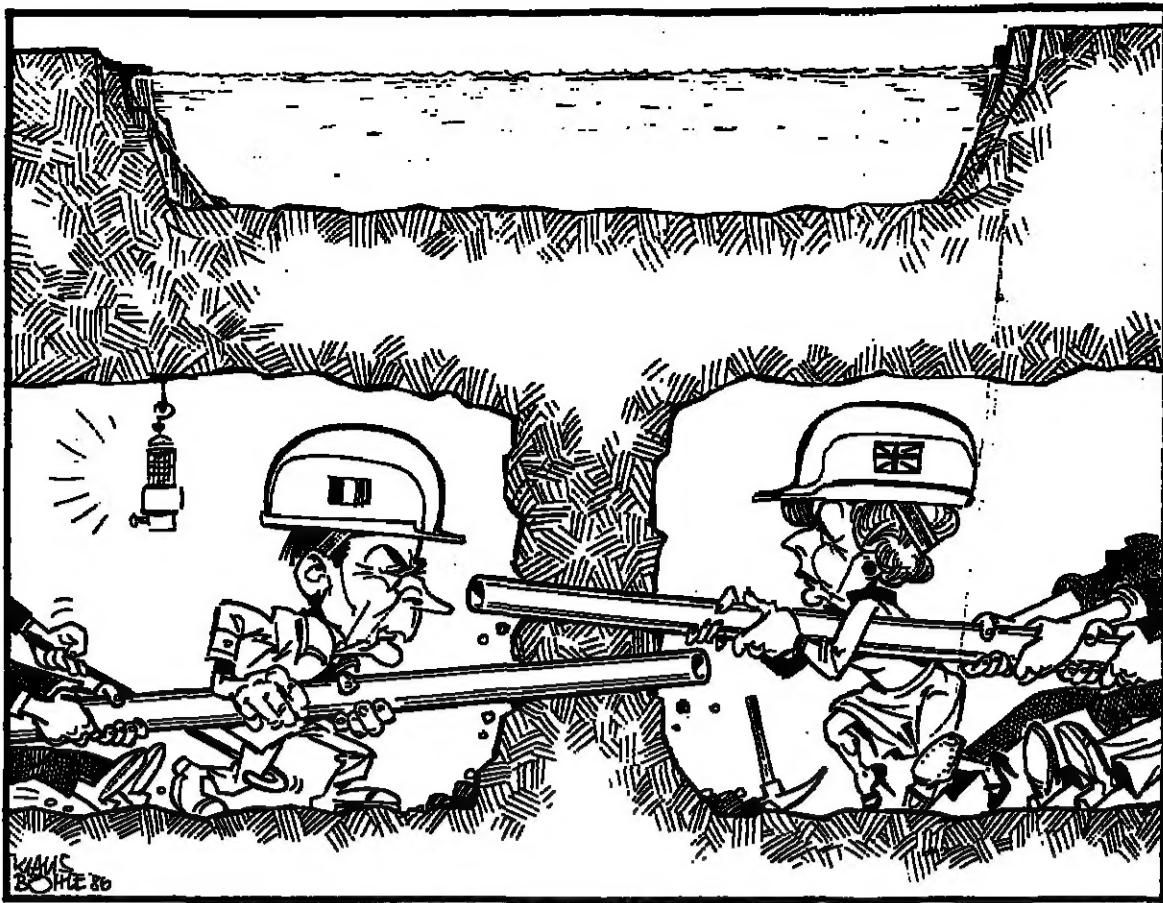
Von Henk Ohnesorge

Daß Selbstverständlichkeiten keineswegs selbstverständlich sein müssen, zeigt ein Brief des hannoverschen Landesbischofs Eduard Lohse an seine mehr als achtzehnhundert Pastoren und Pastoren. Der ehemalige EKD-Ratsvorsitzende bittet sie, Stil und Form ihrer Predigten zu überprüfen. In den Predigten solle Gottes Freundlichkeit zum Ausdruck kommen, denn nicht im Straferichter oder durch Scheitern, sondern still, leise und freundlich habe Gottes Barmherzigkeit den Weg zu den Menschen gesucht, schreibt Lohse.

Mancher Christenmensch wird sich die Augen reiben. In der Tat ist in nicht wenigen Gotteshäusern die Rede von Gottes Liebe und immerwährender Güte selten geworden. Gab es die deftige Kapuzinerpredigt im Stile von Abraham a Sancta Clara und die Schriftauslegung im Stil von „Zerknirsch dich, Sünder“ zur Zeit der Erweckungsbewegung, so ist es heute häufig der politisch-soziologische Anpfiff von der Kanzel, bei dem den Gläubigen alle tatsächlichen und vermeintlichen Mißstände der Welt um die Ohren gehauen werden. Ergebnis: Manchem gelingt es auf diese Art, seine Kirche nach und nach leerzupredigen.

Doch der äußerlich so kühl wirkende Neutestamentler Lohse hat noch mehr in petto. Als Überlegenheitswert regt er an, in den Kirchen neben Gesangbüchern auch Bibeln auszulegen. Denn wenn die Gläubigen die Predigt mit aufgeschlagener Bibel verfolgen würden, so wären nach der Ansicht des Bischofs „manche Höhenflüge, die sich von der Wirklichkeit, in der wir leben, aber nicht selten auch vom gegebenen Text mehr oder minder weit entfernen“, nicht mehr möglich.

Der Pastor pastorum der mit 3,5 Millionen Mitgliedern größten deutschen lutherischen Landeskirche weiß, wovon er redet. Wenn die Pastoren am Sonntag weniger von Aufrüstung und Abrüstung, dem Elend der Dritten Welt und dem sozialen Unrecht überall reden und dafür mehr von dem, was in der Kirche „Sache ist“, dann würden vielleicht auch diejenigen eines Tages wieder unter der Kanzel sitzen, die heute lieber bei Bedarf den Vortrag eines Politikers oder Soziologen anhören – der versteht ja womöglich etwas von dem, wovon er redet.



System mit konkurrierenden Röhren

KLAUS SCHLÖ

Heimat, deine Pleite

Von Peter Gillies

Für den Chef eines Unternehmens, das sich in Sichtweite des Konkurses befindet, muß es eine schmerzliche Erfahrung sein, zu sehen, wie die Zahl der alten Freunde schmilzt. Alle, die sich in Boomzeiten gern mit dem Unternehmen identifizierten und gute Geschäfte mit ihm machten, wechseln heute die Straßenseite, wenn der wackere Diether Hoffmann, Konzernchef der siebten Wohnungsbaugruppe Neue Heimat, naht. In peinlicher Eile ging just die verschwägte SPD auf Distanz, die anderen Parteien hatten sich schon entfernt; die Baubranche und die Wohnungswirtschaft betrachten das Kürzel „NH“ als Gottesgeißel, den kreditgebenden Banken tritt der Scheiß auf die Stirn. Vor allem jene Gruppe, die zur Problemlösung aufgefordert wäre, weil sie unternehmerische Eigentümer-Verantwortung trägt, hält sich merklich zurück: Die Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Einzelgewerkschaften.

Der Fall „Neue Heimat“ ist in vielfacher Hinsicht ein Lehrstück. Er führt den Schwulst von Gemeinnützigkeit, Mitbestimmung, Sozialverpflichtung und Gemeinwohl auf die harte Realität zurück. Das Marktgesez, nach dem Spekulation ohne ausreichendes Eigenkapital in der Baubranche auf der Nase fallen, erwies sich auch hier als unachtsamster Zuchtmittel. Die NH-Eigner ließen sich wie „ganz normale Bauherren“ durch vermeintlich immerwährende Wertsteigerungen blenden; zehn Milliarden Mark öffentlicher Subventionen nebst Steuerfreiheit auf den „gemeinnützigen“ Wohnungsbau und starker politischer Einfluß verliehen dem Giganten einen quasi-staatlichen Anstrich. Fehlen der Kontrolle der Eigner sowie persönliche Bereicherungen und Durchstechereien runden das einseitige Mismanagement ab.

Gestern nun haben die Gewerkschaftsfürsten ein Tribunal für NH-Chef Hoffmann inszeniert. Freilich ist die Anklagebank hier falsch besetzt, denn nicht der Sanierer gehört dorthin, sondern diejenigen, die durch unternehmerische Versagen den Sanierungsfall heraufbeschworen. Die elegant-geräuschlose Lösung wäre nämlich, Eigenkapital zuzuschießen (das man jahrelang zuzuschießen sträflich versäumte; hier liegt die Hauptursache der Misere). Das wollen die Gewerkschaften ihren

Mitgliedern (ein paar Hundertmarktscheine pro Nase wären da schon nötig) sowie ihren Streikassen nicht zumuten. Unannehmbar für den Staat ist es jedoch, den Steuerzahler zur Ader zu lassen, um die Gewerkschaftskassen zu schonen.

Den Radikallösungen – einerseits „so schnell wie möglich alles verkloppen“ (Friedhelm Farthmann) oder andererseits der Konkurs – stehen gewichtige Sachargumente im Wege. Das privatwirtschaftliche Vermögen der Gewerkschaften ist auf die Schnelle nicht zu veräußern, ein Konkurs ist jedenfalls jetzt nicht wünschbar, weil er den ohnehin instabilen Immobilienmarkt in Turbulenzen stürzte. Im Grunde befindet sich Hoffmann auf dem einzig möglichen Weg, der ihm nach Mismanagement und Verweigerung der DGB-Eigner verblieb: „Schluckzessiver“ Wohnungsverkauf, um Kredit- und Zinslast schrittweise zu verringern, damit die Banken nicht noch unruher werden, als sie es schon sind.

Andererseits ist die Drohung mit dem Konkurs keine allzu scharfe Waffe, denn vielen Mietern kann nichts Besseres passieren, als daß sie zum Schleuderpreis persönlichen Eigentum erwürben.

Trotz aller Versuche von SPD und DGB, sich keusch auf Distanz zu halten, stecken beide mitten in der Neue-Heimat-Krise wirtschaftlich wie ideologisch. Es sollte ein Modellfall werden, wie man mit voller Mitbestimmung und sozial-gemeinnützig den häßlichen Kapi-

talismus widerlegt. Tatsächlich ist das Gespinnst SPD-DGB das Opfer der eigenen Propaganda geworden, die da lautet: Allerorten Wohnungsnot, mit der Schlussfolgerung, daß es deshalb mit dem Bauen weitergehen werde wie bisher. Die flammende Warnung „Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste“, stets gegen „die Kapitalisten“ geschleudert, ist noch vielen im Ohr. Sie richtet sich heute gegen jene, die sie im Munde führten.

Natürlich versuchen die geschelerten „Gemeinwohl-Unternehmer“ den Staat in die Mitverantwortung zu ziehen. Das ist eher üblich. Bei manchen Massenverkäufen ist es dem Konzern auch bereits gelungen, auf Umwegen die eigenen Kassen zu schonen und staatliche mit der Konkursandrohung oder nebulösen Sozial-Alarmrufen anzupöbeln. Der Staat kann und darf finanzielles Engagement jedoch nur dann in Erwägung ziehen, wenn erstens die Verantwortlichen zuvor voll in die Pflicht genommen sind und zweitens die Subvention direkt dem Mieter zu gute kommt und nicht einer zwischen geschalteten Gewerkschafts-Holding.

Ganz und gar unannehmbar wäre ein politisches Koppelgeschäft, das die Gewerkschaften mit Zustimmung zum ungeliebten Paragrafen 116 winken und als Entgelt dafür einige Milliarden für ihren angeschlagenen Wohnungskonzern erheben. Beides hat nichts miteinander zu schaffen. Im ersten Fall geht es um die Neutralität des Staates im Arbeitskampf, im anderen um die Folgen von Spekulation und Mißwirtschaft. Beides zu vermischen wäre schmerzhaft für alle Beteiligten.

Aufgabe des Staates ist es, Bau- und Bodenspekulationen ins Leere laufen zu lassen, nicht aber, ihnen ihre Ladehüter zu überhöhten Preisen abzukaufen. Mit einer konsequenten Stabilitätspolitik ist erstere gelungen, nicht zuletzt auf dem Wohnungsmarkt, der erkennbar zum Gleichgewicht tendiert. Subventionen für die „Teure Heimat“ machten diese Politik unglaubwürdig. Es hilft nichts: Die Gewerkschaften müssen den Klingelbeutel herumgehen lassen – in den eigenen Reihen.



Jetzt Sündenbock für alle: NH-Sanierer Hoffmann
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

IM GESPRÄCH Shintaro Abe

Aufrechter Kronprinz

Von Fred de La Trobe

Japans Außenminister Shintaro Abe hält sich zur diesjährigen Pflichtrunde der jährlichen Konsultationen mit seinem Amtskollegen Genscher in Bonn auf. Hauptthemen sind diesmal die Strategische Verteidigungsinitiative, Abes Verhandlungen mit dem sowjetischen Außenminister Schwarzdnadse letzte Woche und das Standardthema seit Jahren, der chronische Überschuss der japanischen Handelsbilanz. Der 61 Jahre alte Abe zählt zu der jüngeren Generation unter den Politikern Nippons und zu den sogenannten „neuen Führern“ in der regierenden Liberaldemokratischen Partei. Er gilt als einer der aussichtsreichsten „Kronprinzen“ von Ministerpräsident Nakasone und will sich im November zur Wahl für das Amt des neuen Regierungschefs stellen.

Abe wurde in der Präfektur Yamaguchi in Südjapan geboren. Sein Vater war ebenfalls Politiker, in der Zeit vor 1945 zog er als Unabhängiger in den Reichstag ein. Nach dem Jura-Studium an der Elite-Universität Tokio meldete sich der Sohn gegen Ende des Zweiten Weltkriegs zu einer Einheit der Kamikaze-Todesflieger, kam aber nicht mehr zum Einsatz.

Nach dem Kriege war er sieben Jahre lang politischer Redakteur bei der großen Tageszeitung „Mainichi Shinbun“. Danach stieg er als Privatsekretär des damaligen Ministerpräsidenten Nobusuke Kishi in die Politik ein. Die Beziehungen zum heute neunzigjährigen Kishi festigten sich, als Abe dessen Tochter heiratete. Die Abes haben heute zwei erwachsene Söhne, Hirohito und Shinzo.

Die nächste größere Station in der politischen Laufbahn des heutigen Außenministers war 1968 seine Wahl ins Parlament für die Liberaldemokratische Partei; seither gehört er



Tu dein Bestes: Japans Außenminister Abe
FOTO: WIREX

dem Parlament ununterbrochen an. Unter einander folgenden Regierungen erhielt er Ministerposten für Landwirtschaft, Industrie und Handel sowie schließlich das Außenressort. Auch die einflußreiche Position des Kabinettssekretärs fiel ihm zeitweilig zu. Altkanzlerpräsident Fukuda, dessen Parlamentsgruppe – sie ist die drittstärkste im liberaldemokratischen Lager – er beirat, zog ihn zu Modernisierung Japans beizugehen.

Wie Fukuda ist Abe in dem lockeren konservativen Parteigefüge etwas rechts der Mitte angesiedelt. Das Arbeitsmotto von Abe ist das Wort „Seishin sei“, auf deutsch „aufrichtiger Sinn“ oder, mit anderen Worten, „Tu dein Bestes!“. Dieser Wahlspruch geht auf den Samurai Kaishu Katsu zurück, der im letzten Jahrhundert wesentlich zur Meiji-Reform und zur Modernisierung Japans beizugehen.

Abe erweist sich jedenfalls insofern als würdiger Nachfolger, als die Länge seiner Amtszeit als Außenminister einen Rekord in der Nachkriegszeit darstellt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Schwanzwulst der Borg

Die Oberbürgermeisterin von Bonn, SPD-Regierung

Gorbatschows jüngste Abrüstungsvorschläge haben Bewegung in die Ost-West-Diskussionen gebracht. Ob man sie aber, wie der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Vogel, so überschüssig als „reale Utopie“ hochloben sollte, muß wohl doch, nichtern betrachtet, bezweifelt werden.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Sie schreibt zum Krieg in Afghanistan:

Solange der Kessel sich auf die Propagierung wohlfeiler Abrüstungsvorschläge beschränkt, ohne – wie immer wieder betont werden muß, damit dieser Krieg nicht in Vergessenheit gerät – in Afghanistan friedenspolitisch Flagge zu zeigen, darf sich in Moskau niemand über die skeptischen Reaktionen im Westen wundern.

Wiesbadener Tagblatt

Es sieht die Bilanz der Mitarbeiterinnen für Afrika:

Die Ursache für die Misere nur bei den Negerländern zu suchen, ist Selbstbetrug. Zwar verrotten Lebensmittel in vielen Ländern, weil die Transportmittel fehlen, werden Hilfskonvois in die Rebellengebiete Äthiopiens von der Regierung unterbunden. Die wirklichen Ursachen liegen aber ganz woanders. Die Entwicklungshilfe der reichen Industrieländer hat es bislang nicht verstanden, in ausreichendem Maße Programme und Projekte in Afrika zu fördern, die dem vielzitierten Motto

„Hilfe zur Selbsthilfe“ gerecht werden. ... Wenn sich dies nicht ändert, wird der Teufelskreis nie durchbrochen, ist die nächste Hungerkatastrophe programmiert.

THE GUARDIAN

Die Londoner Zeitung geht auf den Rückgang in 1984-Jahren ein:

Die Russen haben in Aden den gleichen Fehler gemacht wie in Afghanistan. ... Die Parallelen zu Afghanistan kann man überziehen, doch mußten die Russen in beiden Fällen mit kommunistischen Parteien auskommen, die tief gespalten waren. In beiden Fällen haben die Russen naiv angenommen, daß ihre Präsenz, ihre Waffen und ihre überzeugende Ideologie die internen und bereits endlos lange vorhandenen Feindseligkeiten überwinden würden.

Neue Zürcher Zeitung

Sie kommentiert die Russen-Abrüstung von Raketen gegen Libyen:

Die Regierung Kohl muß kaum befürchten, mit ihrer Distanz gegenüber Washingtons Boykottmaßnahmen innenpolitisch in Schwierigkeiten zu geraten. Mit Ausnahme des CSU-Chefs Strauß hat bisher niemand in der Öffentlichkeit nachdrücklich für einen Verzicht auf libysche Erdöllieferungen plädiert. Kohl und Genscher haben mit ihrer Absage an die amerikanische Boykottaufrufung auch der Opposition den Wind aus den Segeln genommen. Hätte sich die Bundesregierung zur Beteiligung an den Sanktionen entschieden, so wäre ihr von seiten der SPD und der Grünen zweifellos der Vorwurf nicht erspart geblieben, sie tanze allzu willfährig nach Reagans Pfeife.

Den libyschen Mördern winkten 22,5 Millionen Dollar

Der Staatsterrorismus und die stille Diplomatie der Bundesregierung / Von Herbert Kremp

Die Bundesregierung will, wie sie dem amerikanischen Emissär Whitehead deutlich machte, ihre „stille Diplomatie“ gegenüber Libyen fortsetzen, da sie Sanktionen zur Bekämpfung des Staatsterrorismus ablehnt. Damit sind zunächst drei Dinge erreicht: 1. Man steht in einer europäischen Einheitsfront. 2. Die Brücke des Verständnisses zwischen den USA und ihrem engsten Verbündeten auf dem Kontinent ist um einen Fahrstreifen schmaler geworden. 3. Die USA werden darin bestärkt, wichtige Fragen, zu denen die Bekämpfung des Terrorismus ebenso gehört wie das Thema Abrüstung, unter dem Gesichtspunkt der eigenen Interessen, also unilateral, zu behandeln. Die Erfahrungen, die sie auf Einzelgebieten machen, wirken sich auf die Handlungsmaximen der Gesamtpolitik aus. Da soll sich niemand täuschen.

Was ist eine stille Diplomatie? Das ist Handel, Wandel und Aufpassen. Der Empfang einer libyschen Delegation durch den großen Arabisten des Auswärtigen Amtes, Müllemann, das sind Öl im Werte von 2,1 Milliarden Dollar, Computer und Kommunika-

tionsysteme, das ist Flugverkehr. Die Fähigkeit der Deutschen zur Terrorismusbekämpfung bezweifelt niemand. Sie zeigte hervorragende Leistungen, nachdem es passiert war. Präventiv geschieht ebenfalls einiges. Wenn Khadafi erklärt, er stelle Todeskommandos zusammen, so bezieht dies wohl die USA. In Wien hat der libysche Außenminister Triki sein „Bedauern“ über den arabischen Terroranschlag zum Ausdruck gebracht, nach Rom gelangt dieselbe seltsame Botschaft. Die Schlussfolgerung für eine Diplomatie müßte eigentlich lauten, daß der Staat Libyen unter seinem messianischen Führer Khadafi ein völlig unberechenbares Gebilde darstellt, eine Gefahr neuer Qualität.

Dafür gibt es Beweise. Im November 1985 schnappte die ägyptische Polizei vier Libyer, die den Generalsekretär der „Nationalen Hilfsfront“ und Opponenten Khadafis, Mohamed Magarief, und den früheren Premierminister Abdul Hamed Bakush ermordeten sollten. Lohn für die Dienstleistung: 22,5 Millionen Dollar. Bereits 1984 hatte Kairo einen Anschlag auf Bakush verhindert, den

Lohn der Angst durften die Terroristen für ihre Verteidigung verwenden. Mai 1985 faßten die Ägypter einen Jordanier palästinensischer Herkunft, der im libyschen Auftrag einen Anschlag auf die amerikanische Botschaft in Kairo verüben sollte. Im Februar 1985 erklärte der Außenminister des Tschad, Lassou, vor dem UN-Sicherheitsrat, Libyen habe einen Terroristen für 67 000 Dollar beauftragt, den Präsidenten seines Landes, Hissen Habré, und dessen Kabinett zu ermorden. Im November 1984 gestand in Kairo ein englischer Staatsbürger, Tripolis habe ihm für die Entführung von vier Libyern mehr als 100 000 Pfund versprochen.

Beispiele aus einer langen Liste. Stille Diplomaten mögen zweifeln, ob Khadafi mit diesen Aktionen etwas zu tun hat. Vielleicht sitzt er zur fraglichen Zeit im Beduinenzelt. Aber die Silberlinge sind libysch. Die Ausgaben für Waffenkäufe in der Sowjetunion seit 1974 schlagen freilich mehr zu Buch. Sie belaufen sich auf drei bis vier Milliarden Dollar jährlich. Moskau verlangt Bargeld. Nach Syrien ist Libyen der zweitgrößte Waffenimporteur der Dritten Welt (SIPRI-Institut

1984). Was tut ein Volk von drei Millionen Menschen mit einer solchen Ausrüstung? Khadafi verfolgt noch andere ehrgeizige Projekte, darunter nützliche. Die erste Phase der Wüstenerbewässerung, eine vierhundert Kilometer lange Rohrleitung von den Quellen unter der Sahara bis zur Mittelmeerküste, kostete seit Baubeginn im August 1984 rund 3,5 Milliarden Dollar. Die Fertigstellung bis 1990 verschlingt 25 Milliarden. Im Dezember 1984 gab Belgien ein Milliardengeschäft im Zusammenhang mit dem Bau eines Atomkraftwerks an der Syrte auf. Die Sowjets, die den ersten von zwei 440-MW-Reaktoren mitfinanzierten, halten sich neuerdings zurück.

Libyen hat Zahlungsprobleme. Es macht gern Gegen-Geschäfte mit Öl, aber daran ist niemand interessiert. Der Ölüberfluß hat die Devisenströme Libyens ausgetrocknet. Die Einnahmen gingen von 22 Milliarden Dollar (1982) auf acht Milliarden zurück. Die Devisenreserven sanken auf 2,5 Milliarden (Ende 1984 noch 3,5 Milliarden). Die Folgen machen das Land für internationale Sanktionen anfällig. Zu den Kosten der Wüsten-

irrigation trägt der libysche Arbeiter einen Monatslohn bei (Appell Khadafis). Auf Güter und Dienstleistungen werden Sondersteuern erhoben. 25 Prozent der Staatsausgaben für Importgüter wurden gestrichen. Bei der Versorgung treten Engpässe auf, die Regale der acht staatssubventionierten Supermärkte in Tripolis, Stolz des Landes, sind leer. Khadafi fordert seine Landsleute auf, das eigene Kamel dem importierten Rind und Hammel vorzuziehen. Der Bau von Straßen, Schulen, Krankenhäusern, Industrien, selbst von Militäranlagen stockt.

Möglicherweise lernt Khadafi aus diesen Zeichen. Wer dies bei einem Diktator seines Zuschnitts jedoch für sicher nimmt, muß nicht nur ein stiller Diplomat, sondern auch ein sehr stiller Historiker sein. Erfahrungsgemäß leitet ein solcher Mann soziale Spannungen, die in der Folge der wachsenden Ungleichheit und Korruption auftreten, nach außen ab. Er betrachtet seine Gefährlichkeit als eine Form der Kreditwürdigkeit. Bei Europäern mag das verfangen. Bei den Amerikanern von heute hat er damit kein Glück.

Ulster – ein Leben mit Mauern, Zäunen und Barrieren

London und Dublin haben beim Thema Ulster einen Schritt aufeinander zu getan. Dieser Schritt jedoch hat in Nordirland Nachwahlen provoziert und die Unversöhnlichkeit zwischen Protestanten und Katholiken nur noch deutlicher werden lassen.

Von REINER GATERMANN

Peddy Short stützt sich mit beiden Händen auf den Tresen seines Pubs und sagt ruhig, aber bestimmt: „Polizei und Soldaten sind unsere Feinde. Diejenigen Iren, die ihre Uniform anziehen, sind Quislinge.“ Unausgesprochen ist klar, daß sie zu bekämpfen sind, auch wenn es Unschuldige trifft. Peddy Short's Pub liegt inmitten des 1600-Seelen-Dorfes Crossmaglen in Südnordirland, nur fünf Kilometer von der Grenze zur Republik entfernt.

Kurz nach unserem Gespräch kommt es knapp drei Kilometer von Crossmaglen zu einer heftigen Schießerei zwischen Soldaten und etwa 15 Angehörigen der Irish Republican Army (IRA). Ein paar Stunden später fliegen in Dungannon, in der mittleren Ulster-Grafschaft Tyrone, vier IRA-Bomben in die Polizeistation, vier Personen werden verletzt. Die Terroristen hatten einen weiteren Beweis ihrer neuen Taktik geliefert, die Unterkünfte vor allem der Royal Ulster Constabulary (RUC) anzugreifen. Seit November hat sie sechs attackiert und weitgehend zerstört. Wieder aufgebaut werden sie meistens nicht, weil die Attentäter die Handwerker und Materiallieferanten als Handlanger der „britischen Besatzer“ betrachten und auch sie rücksichtslos bekämpfen würden.

Das ist der Alltag in Nordirland, kurz bevor knapp eine Million Bürger heute zur Wahlurne gehen sollen, um in 15 der 17 Wahlbezirke zu entscheiden, wer sie im Parlament in London vertritt. Die protestantischen Unionisten wollen aus der Abstimmung jedoch ein Referendum über das am 15. November von Premierministerin Margaret Thatcher und dem irischen Regierungschef Garret FitzGerald unterzeichnete anglo-irische Abkommen machen, das Dublin erstmals erlaubt, in einigen Angelegenheiten Ulsters mitzureden, während Dublin andererseits der protestantischen Mehrheit der Provinz zusichert, nicht gegen deren Willen die Einverleibung Nordirlands in die Republik zu betreiben.

Die einen rufen „Verrat“, die anderen schießen

„Verrat“, schreiben der stimmengewaltige Vorsitzende der Demokratischen Unionisten (DUP), Ian Paisley, und sein Mitstreiter James Molyneux, Chef der Offiziellen Unionisten (OUP), Frau Thatcher entgegen. Gleiches kreidet die katholische nationalistische Sinn Féin (Wir selbst) Dublin an. Sie sagt es leiser, desto lauter und vehemente ist jedoch die Taten der IRA-Terroristen, „mit denen wir keine strukturelle Verbindung haben“, beteuert Jim McAllister, Sinn-Féin-Kandidat für die heutige Wahl im Bezirk Newry and Armagh, zu dem auch Crossmaglen gehört. Er sitzt nur dort im spärlich eingerichteten und kalten Parteibüro am Marktplatz gegenüber, ein paar Meter von



Alltag in Ulster: Straßenszene mit Soldaten, Waffen und Gewalt – beinahe ein Kinderspiel

FOTO: CHIP HIRS/STUDIO X

seinem Geburtshaus entfernt und gegenüber der Polizeistation.

Crossmaglen's Polizeistation, ohne Fenster und – wie alle in Nordirland – mit zehn Meter hohen Mauern umgeben, hat noch eine Besonderheit: Ihr Personal, ihre Ausrüstung und Verpflegung müssen mit Hubschraubern von der 15 Kilometer entfernten Basis Bessbrook eingeflogen werden. „Der Straßentransport ist für die wirklich nicht ratsam“, erklärt Peddy Short, „das hier ist für die Hochrisikogebiet.“ In Crossmaglen wagen sich Polizisten nur in Begleitung der Soldaten der Ulster Defence Regiment (UDR) und in Fahrzeugen auf die Straße. Kontakte zur Bevölkerung, darunter ein paar Protestanten, bestehen nicht.

Darauf angesprochen, zeigt der Sinn-Féin-Kandidat auf das Denkmal in der Mitte des Marktplatzes, auf dessen Sockel steht in englischer und irischer Sprache: „Ehre für alle demütigen und geliebten Helden, für ihre selbstlose und leidenschaftliche Liebe zur irischen Freiheit.“ Das Denkmal ist mit Farbe beschmiert. „Das haben die gemacht“, und zeigt über seine Schulter in Richtung Polizeistation. Kein Angehöriger der UDR und RUC hat sein privates Zuhause in dieser Region. Es wäre eine selbstmörderische Herausforderung des Schicksals.

Polizei und Regiment sind bei den Nationalisten noch verhaßter als die britischen Soldaten. „Denn die sich dort anheuern lassen, sind ja unsere Landsleute, die freilich den Briten Knechtsdienste leisten“, sagt ein Wahlhelfer von Jim McAllister. „Wenn das keine Quislinge sind...“ Das Wort fällt häufig, deswegen ist es nur zu verständlich, daß der Anteil der Katholiken im UDR bei unter drei Prozent liegt, im RUC sind es immerhin etwa 12 Prozent. Sie stellen jedoch 40 Prozent der nordirischen Bevölkerung. „Wer als Katholik zur Polizei oder zur Armee geht und in katholischen Bezirken wohnt, sollte diese schon vorher verlassen, sonst überlebt er dort keine 24 Stunden“, versichert mein Stadtführer in Belfast, selbst Katholik.

„Er bricht dann mit unserer Gemeinschaft und hat darin nichts mehr zu suchen.“ Eine nüchterne Feststellung. Warum hat dann aber die Polizei keine Nachwuchssorgen, obgleich gerade sie das Ziel der Bombenleger und Heckenschützen der IRA ist? Sie hatte im vergangenen Jahr den höchsten Blutzoll seit 1976 zu zahlen, obwohl die Gesamtzahl der Toten, Verletzten und Anschläge rückläufig war. Aber ein verhältnismäßig gutes Einkommen und ein frühes Pensions-

alter locken, hinzu kommt die Angst vor der Arbeitslosigkeit. Sie liegt im Durchschnitt bei 25 Prozent, in einigen, vor allem katholischen Gegenden, sind auch 80 Prozent nichts Außergewöhnliches, zum Beispiel in einigen Straßen der Belfast Stadtteile Falls und Ardoyne.

Hier tobten vor ein paar Jahren auf dem Höhepunkt des Konflikts heftige Straßenschlachten. Am Ende des Christian Place, wo er in den Milford Path einmündet, steht in einem Fenster eine Marienfigur. Nur ein paar Meter entfernt ein in der Nacht zuvor in Brand gesetztes Auto. Den Grund will keiner der mit dem Wrack spielenden Kinder nennen. Vielleicht gab es auch keinen anderen als reine Zerstörungswut.

Ein Krieg der Worte an den Hauswänden

In der obersten Etage einiger der mehrgeschossigen Wohnblöcke hat sich die Polizei eingerichtet. An den Hauswänden schmieren sie wie „RUC-Bastards“ oder „Wir kämpfen ums Überleben“. An anderer Stelle etwas mehr künstlerisches Talent: IRA-Terroristen, die grün-weiß-orangefarbene Trikolore der Republik schwenkend. Ein Stück weiter in Riesenlettern an die Mauer gepinselt: Provo-Land, ein Heilmittel der Provisionals, der IRA. Zwischen den katholischen und den protestantischen Straßenzügen etliche Meter hohe Stahl- und Ziegelwände, die sogenannte Friedenslinie.

Die Einfamilienhäuser in unmittelbarer Nähe stehen seit Jahren leer. Einige ausgebrannt, andere ohne Dach, andere unversehrt, aber Fenster und Türen zugemauert. Hier wird eine Straße durch große Steinblöcke mit den Farben der Trikolore bemalt, blockiert. Gegenüber gleiche Hindernisse in den Farben des Union Jack. Nicht weit davon offiziell gelbe, etwa ein Meter hohe Straßenschranken, die nachts geschlossen werden, wenn diese Gegenden in tiefes Dunkel versinken. Laternen bleiben ausgeschaltet.

Und überall Drahtverhaue. Vor den Fenstern der Privathäuser, der Pubs, der Geschäfte und der Werkstätten. Häufig verstärkt mit Stacheldraht. Völlig verbarrikadiert sind die Behördengebäude, das Gesundheits- und Sozialamt ist total mit Stahldrahtwänden verkleidet, bis hoch zum Dachfirst.

Es sind Zeiten eines nicht versiegenden, seit Jahrhunderten mehr oder weniger geschürten Hasses. Sie sind nicht auf diese Bezirke konzen-

triert, man findet sie in der Hauptstadt Nordirlands fast überall. Will man ins größte Hotel Belfasts, muß man eine in einer Baracke untergebrachte Sicherheitskontrolle passieren. Einige Straßen der Innenstadt sind durch hohe Stahltore abgesperrt und erst nach Kontrolle passierbar. Das gilt auch für die Omnibusse im Stadtverkehr. Fußgänger müssen durch Drehüren. Auf einem Schild der höfliche Hinweis, die Regenschirme vorher zuzumachen, und eine Entschuldigung für diese Maßnahmen: „Im Interesse von Gesetz und Ordnung“.

An den Eingängen zu vielen Geschäften Wächtposten, die einen Blick in die Einkaufs- und Handtaschen werfen. Ähnlich geht es in den Pubs zu. In einem Restaurant das Schild: „Handtaschen nicht erlaubt“. Vor einem Nachtclub müssen sich die Gäste im Regen abtasten lassen.

„Wir regen uns darüber nicht mehr auf, wir sind es gewohnt, und irgendwie ist es ja auch notwendig“, meint resignierend ein junger Mann im Pub Dury Lane, unmittelbar neben der Wirtschaftshochschule. Die Belfast stört es auch nicht mehr sonderlich, daß die Polizei in ihren gepanzerten Landrovern allgegenwärtig und mit Maschinenpistolen im Anschlag hin und wieder Autos und Passanten stoppt. In Nordirland herrscht im Gegensatz zu den übrigen Teilen des Vereinigten Königreiches Ausweispflicht.

Freunde in Nordirland sehen das Geschehen sicherlich dramatischer als die Einzelheimchen, fühlen sich vielleicht auch verängstigt und unsicher. Die Gefahr ist trotz des immensen Sicherheitsaufgebotes auch nicht gebannt, wie alle Tage wieder zu erleben ist.

Die Bevölkerung verweist immer wieder darauf, daß in ihrer Ulster-Provinz kein Glaubenskrieg ausgefochten wird, sondern daß hier zwei politische Ziele aufeinanderprallen, hinter denen zufälligerweise zwei Religionen stehen. Den Kirchen auf beiden Seiten der „Friedenslinie“ ist es allerdings nicht gelungen, den Konflikt zu entschärfen und Brücken zu bauen. Im Gegenteil. Im protestantischen Lager wird er durch die einseitigen Reden und Predigten des Pfarrers Ian Paisley, Führer der Free Presbyterian Church, angeheizt. Viele Katholiken glauben, lange genug vergebens mit Worten gefochten zu haben, und daß ihnen jetzt zur Waffe keine Alternative bleibe.

Die Christen und das Christentum als versöhnende Kraft haben in Nordirland kläglich versagt.



Ist das ein Bayer?

FOTO: RUDOLF DIETRICH

der Vertreter der Staatsregierung weit aus dem Weg, indem er beantragte, die Klage abzuweisen, und feststellte, daß es keine Bayern geben kann, die nicht zugleich deutsche Staatsangehörige sind. Ob dem tatsächlich so ist, will der Verfassungsgerichtshof am 12. Mai verkünden.

Vor Gericht zerbrach die Freundschaft mit Egon Franke

Im Innerdeutschen Ministerium war Edgar Hirt der engste Mitarbeiter und Vertraute Egon Frankes. Jetzt, im Prozeß um verschwundene Millionen, beschuldigte er seinen ehemaligen Chef schwer.

Von WERNER KAHL

Im holgetäfelten Saal 113 des Bonner Landgerichts hatte es im ersten Moment den Anschein, als würde Egon Franke von seinem gepolsterten (Anklage-)Stuhl aufspringen und nach alter parlamentarischer Gewohnheit dem Kontrahenten mit einem kräftigen Zwischenruf in die Parade fahren. Seine Anwälte hielten den 73-jährigen jedoch zurück. Grund der Aufregung: Sein früherer langjähriger Vertrauter im Ministerium, Edgar Hirt, hatte ihn soeben schwer beschuldigt.

Nur zögernd hatte der einst einflußreiche sozialdemokratische Politiker zu Beginn des Prozesses die Hand, die ihm Hirt entgegenstreckte, ergriffen. Nach diesen Aussagen am Dienstag nachmittag ist nun wohl endgültig eine vierzehnjährige kumpelhafte Zusammenarbeit mit dem fast drei Jahrzehnte jüngeren, den er zum Ministerialdirektor gemacht hatte, zerbrochen.

Von einem „schlechten Krimi“ sprach der ehemalige Minister für innerdeutsche Beziehungen, als die Bonner Staatsanwaltschaft 1983 ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Veruntreuung von 5,56 Millionen Mark einleitete. Herbert Wehner, als Zuchtmisster seiner Partei in Anspruch genommen, rief 1982, „Franke zum Reden zu bringen“. Der Bonner Mantel humanitärer Hilfe für bedrängte Landsleute in der „DDR“ deckte nicht alles zu. Dabei unterstellte auch heute wohl keiner, daß Franke sich etwa selber „bedient“ haben könnte. Doch wo blieb das Geld, für das es keine Belege, nicht einmal Aufzeichnungen gibt?

Unstreitig ist nur eines: Die Gelder, um deren Nachweis es jetzt geht, sind über die Caritas in Berlin in der Amtszeit Frankes bar in eine Sonderkasse zurückgefloßen, die Hirt verwaltete. Eine schwarze Kasse, bei der der Zweck die Mittel heiligte? Denn der für durchaus humanitäre Sonderausgaben abseits des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages in der Ministerstunde erdachte heimliche Geldkreislauf Ministerium-Caritas-Ministerium ist seit dem Teilsuspendierungsverfahren als „Geldwäsche“ ins Gerede gekommen.

Die Staatsanwaltschaft spricht von Untreue und Urkundenfälschung, da angeblich auch vorhandene Akten, die darüber hätten Auskunft geben können, von Franke und Hirt beim Regierungswechsel in den Reiß-

wolf gegeben worden seien. Seitdem sucht die Justiz nach einer stichhaltigen Erklärung für die Verwendung der Hilfsgelder.

Der angeklagte frühere Minister hatte seinen Angaben zufolge stets „unbürokratisch und still“ zugestimmt, wenn von solidarischer Hilfe für Landsleute die Rede war, sich dabei jedoch nicht um Details der Staatsgeldausgaben für solche humanitären Zwecke gekümmert. Der mitangeklagte Edgar Hirt wollte das in dieser Woche nicht länger auf sich sitzen lassen.

Egon Franke hatte ihn 1968 zu seinem Gehilfen für die Lösung innerdeutscher Probleme gemacht. Beim Treffen des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt mit dem „DDR“-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker im Dezember 1981 am Werbellinsee wurde dem inzwischen zum Ministerialdirektor aufgestiegenen Schützling Frankes ein besonderer Vertrauensbeweis zuteil. Für die Lösung humanitärer Fragen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“ wurden zwei Sonderbeauftragte ernannt. Einer war der Osterliner Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, Bonner Vertreter, der mit einer „umfassenden Kompetenz“ ausgestattet wurde, der andere Egon Franke.

So stellte sich Franke auch schützend vor Hirt, als der Dreier-Ausschuß des Haushaltsausschusses nach der Bonner Wende Auskunft über den Verbleib nicht belegter Millionen-Ausgaben heischte. Der zur Schau getragene Optimismus des früheren Ministers gefror am Dienstag nachmittag, als Hirt sich mit

einer vorbereiteten Erklärung gegen den Vorwurf der Alleinverantwortlichkeit verteidigte: „Ich habe im Auftrag des Bundesministers Egon Franke gehandelt. Herr Franke war von Anfang an über die Vereinbarung mit der Caritas informiert, mit deren Hilfe die besonderen Problemfälle gelöst werden sollten. Er hat diesen Weg ausdrücklich gebilligt. Die Initiative beziehungsweise der Auftrag hierzu ging von Bundesminister Franke aus. Zudem wurde jede einzelne Angelegenheit mit dem Minister besprochen. In allen Fällen hat er dem Einsatz der Geldmittel zugestimmt.“

Und Hirt fuhr fort: „Für mich ist es bedrückend, wenn Herr Bundesminister a. D. Franke nunmehr seine Kenntnis von der Vereinbarung mit der Caritas und die ausdrückliche Billigung jedes Einzelfalles in Abrede stellt.“

„Daß Herr Hirt Bargeld von der Caritas“ erhalten und ausgegeben habe, sei ihm nicht bekannt gewesen, gab Franke zu Beginn der gestrigen Verhandlungen in einer Gegenklärung zurück. Er wollte vielmehr eine „Großbank“ in den diskreten Einsatz zusätzlicher „Mittel für die Kosten von Fluchthilfe und andere Ausgaben“ einschalten. Doch der angesprochene Chef der Bank für Gemeinnützige, Dieter Hoffmann, habe abgewinkt. Daraufhin sei es durch Hirt zur „Geldwäsche“ mit der Caritas gekommen.

Franke wollte – und mußte wohl auch – humanitäre Hilfe stets „diskret“ üben. Das ist sein Problem in diesem Prozeß.



Auf dem Weg zum Gericht: Egon Franke mit seinem Bonner Rechtsanwalt Helmut Neumann

FOTO: DPA

„In diesen Bergen lebt ein gar räuberisches Volk“

Abfahrts-Rennen, Reisen, Slalom und dann alles wieder von neuem. Eine Karawane von Sportlern, Trainern, technischem Personal und PR-Leuten zieht Winter für Winter durch die Berge. Angetrieben und hochbezahlt von der Industrie – denn es geht ums Geld.

Von KLAUS BLUME

Am letzten Wochenende in Kitzbühel, an diesem in St. Anton und dazwischen in Hohenstaufen, Parpan und St. Gervais. Würde es das Wetter (und damit die Verkehrsbedingungen zwischen den Wintersportorten) erlauben, es wäre wohl jeder Tag im Winter ein Ski-Rennen – denn das ist der Traum derer, die damit ihr Geld verdienen. Schließlich geht es um Marktvorteile – und nicht nur um Sport.

Alois Rohrmoser, der Chef der österreichischen Ski-Firma Atomic, sagt zum Beispiel: „In der gleichen Zeit, in der wir früher einen Holzkübel machten, fertigen wir heute mit modernsten Maschinen zwei hochwertige Ski.“ In der letzten Saison produzierten seine 650 Mitarbeiter an elektronisch gesteuerten Fertigungsmaschinen 750 000 Paar Ski und 600 000 Paar Stöcke.

Für alle diese Produkte, hochwertige wie Massenware, braucht man Absatzmärkte, muß man stets neue Verkaufsanreize schaffen. Der Ski-Weltcup, von Dezember bis März in den Alpenländern, in Nordamerika, Japan und nun auch in Argentinien unterwegs, soll dieses Interesse wecken und fortwährend schüren.

Es sind Siege und Plazierungen, die für den Kampf um Marktanteile bitter nötig sind. Denn die Entwicklung von Ski und Ski-Zubehör hat in der industriellen Forschung mittlerweile einen Stellenwert erreicht, der ganz besonders kostenintensiv geworden ist. Da werden Herzfrequenzmessungen durchgeführt, die nachweisen, daß man kraftsparender Ski fährt als mit den Konkurrenzprodukten. Und es wird die optimale Durchbiegung eines Skis wissenschaftlich nachgewiesen. Oder eine aerodyna-

mische Form mit niedrigeren cw-Werten in der Werbung herausgestellt oder sogar eine Gangschaltung offeriert, die Schwerpunkte verlagert und den Ski dreifach freudiger macht. Das alles für den Normalverbraucher.

Dafür werden Fertigungsmaschinen eingesetzt, die fast allesamt Eigenanfertigungen der jeweiligen Unternehmen sind und deshalb wohlweislich hinter verschlossenen Türen gehalten werden. Was demnach innerhalb einer Saison mit und im Weltcup umgesetzt wird, wieviel Geld – ob als Material oder als finanzielle Zuwendung für Rennläufer – im Umlauf ist, läßt sich noch nicht einmal schätzen.

Wolfgang Nussbaumer, Geschäftsführer des Ski-Herstellers Kästle und Sprecher der österreichischen Ski-Produzenten, hat ausgerechnet, daß schon der Einsatz eines mittelmäßigen Riesentrailers etwa 20 000 Mark an Ski-Material kostet. Hotelunterkünfte, Speisen, Fräsenzleistungen für den Läufer nicht miteinberechnet. Nussbaumer hat aber auch schon mal nachgewiesen, daß sich schon vor sechs Jahren die Kosten für das Material, das man den deutschen Ski-Damen gab, auf 600 000 Mark im Winter belief.

Sicher, die Gagen der großen Ski-Stars nehmen sich gegenüber jenen der Tennis- und Golfspieler, der Formel-1-Rennfahrer und Fußballspieler eher dürftig aus. Doch immerhin soll der frühere österreichische Abfahrts-Olympiasieger Franz Klammer einst für einen Skimarke-Wechsel unter der Hand das Handgeld von 500 000 Mark eingestrichen haben.

Wer verdient alles am Ski-Weltcup? „Vor 15 Jahren“, sagt Hanni Wenzel aus Liechtenstein, die erfolgreichste Ski-Rennläuferin aller Zeiten, „war Kitzbühel irgendein Ort in Tirol – jetzt ist es halt Kitz. Der Weltcup hat ein gerüttelt Maß dazu beigetragen.“ Und wenn hier das schönste, schnellste, gefährlichste, aber auch absonderlichste Abfahrtsrennen der Welt ansteht, wird das Trachtengewand frisch gebügelt und schnell noch die Registrierkasse geölt. 8000 Einwohner zählt Kitzbühel, 800 von ihnen sind eigenständige Geschäftsläden. Wenn der Weltcup einrückt, scheint

in ihnen jene Mentalität geweckt zu werden, die einst frühchristliche Chronisten so beschrieben: „In diesen Bergen lebt ein gar räuberisches Volk.“

Nur einmal während des Hahnenkamm-Rennens in Kitzbühel schlafen – 250 Mark. Einmal mit dem Taxi den Berg rauf – 10 Mark über Tarif, mindestens. Und wer freiwillig in die Discos und Pubs geht, wohin mittlerweile das angeblich älteste Gewerbe der Welt Betriebsausflüge unternimmt, dem ist dort, wo sich Fuchs und Zobel gute Nacht sagen, nicht mehr zu helfen. Aber das ist eben Kitzbühel. Doch ist das auch der Weltcup?

Das Unternehmen Weltcup ist in die Jahre gekommen, und sein Erläuterer, der elsässische Journalist Serge Lang, sitzt um sein Lebenswerk. Denn überall wird genörgelt.

Traudi Hächer, die deutsche Weltcup-Siegerin, schimpfte, sie sei nur noch unterwegs. Und das koste mehr Nerven als einen Slalom zu fahren, womit die Sache endgültig auf den Kopf gestellt sei. Anzumerken ist, daß die Dame durchaus recht hat.

Ein Liechtensteiner Konsortium will sich das Unternehmen Weltcup mit einem Startkapital von zehn Millionen Dollar unter den Nagel reißen. Und Lang ausmanövrieren.

Max Mosley wiederum, der ehemalige englische Anwalt des Formel-1-Chefs Ecclestone, bastelt an ähnlichen Plänen. Denn schon machen sich im Weltcup verbende jene Firmen breit, die mit der Ski-Industrie nichts gemein haben: Felgenreistler und Kreditkarten-Unternehmen.

Und selbst der Schweizer Pirmin Zurbruggen, selbst von Serge Lang als zurückhaltend und nur am Sport interessiert eingestuft, hat dem Weltcup-Erfinder nun erhebliche Sorgen bereitet. Rund eine Million Mark hat der Amateur Zurbruggen laut Schweizer Fernsehen im letzten Jahr verdient. Nun fordert er brüsk die radikale Änderung des Amateur-Paragrafen, damit endlich seine Werbeträger mit Schweizer Banken umfassend zum Tragen kämen und er sich richtig Geld verdienen könne.

Der Ski-Weltcup ist endgültig in die Jahre gekommen – in die modernen achtziger Jahre.

Der Bayer, das undefinierte Wesen

Von PETER SCHMALZ

Die Definition dessen, was ein echter Bayer ist, fällt dem Schreiber dieser Zeilen nicht leicht, denn als gebürtiger Franke ist er zwar Mitglied des weißblauen Staatsgebildes, stößt aber mit seinem Anspruch, ein Bayer zu sein, an oberbayerischen Biertrinken auf einen Widerspruch, der sich im freundlichsten Fall durch ein herablassendes „So?“ äußert.

Die Definition, was kein Bayer ist, bereitet dagegen weniger Schwierigkeiten: Einer, der beim Elf-Uhr-Läuten in Lederhose und Trachtenhut am Münchner Marienplatz das Glockenspiel knipst und freudig ausruft: „It's beautiful, isn't it?“

Am einfachsten wäre es, in der bayerischen Verfassung nachzublättern, die im Dezember 1946 und damit zweieinhalb Jahre vor dem Grundgesetz in Kraft trat. Denn dort steht in Artikel 6 klar gegliedert, wer ein Bayer sein darf: 1. Die Staatsangehörigkeit wird erworben 1. durch Geburt; 2. durch Legitimation; 3. durch Eheschließung; 4. durch Einbürgerung. Weiter heißt es, das Nähere werde ein Gesetz regeln, womit wohl auch ein Kriterienkatalog gemeint ist, mit welchen Voraussetzungen sich ein nicht in Bayern Geborener oder

dorthin Verheirateter zum Bürger des Freistaats legitimiert.

Leider aber hilft auch der Blick in die Verfassung nicht viel weiter, denn jenes „das Nähere“ regelnde Gesetz wurde nie erlassen. Solcher Fahrlässigkeit vergangener Politikergenerationen wegen müssen die neun Richter des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes jetzt die subtile Verfassungsrechtsmaterie prüfen, ob ein Bayer erst dann ein Bayer ist, wenn er einen Bayern-Paß in der Joppe trägt.

Für eine Populärklage hat sich der Jungbauernbund, die Nachwuchsorganisation der zahlenmäßig zwerghaften Bayernpartei, einen trickreichen Umweg ausgedacht: Geklagt wird nicht für einen bayerischen Paß, sondern gegen die Landes- und Gemeindeführung, die als schlichte Verfassungswidrigkeit anzusehen seien, weil sie „allen Deutschen“ das Wahlrecht in Bayern zugestehen.

Der Begriff des Deutschen, erläuterte die 25jährige Augsburgsburger Rechtsreferendarin Elisabeth Wintergerst gestern dem amüsiert lachenden Verfassungsrichtern, sei „unsystematisch, unzulässig und ahistorisch“. Die bayerischen Verfassungsgeber, an ihrer Spitze damals übrigens der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner, hätten eine gesonderte Regelung für ihre Landeskiner zwischen Hof und Landau gewollt, dem

aber sei der Gesetzgeber nicht nachgegeben.

Wobei aber zu ergänzen ist, daß der Landtag sich schon mehrfach des Themas angenommen hat und 1952 – auf Antrag der damals noch mächtigen Bayerpartei – die Staatsregierung sogar aufforderte, „in Bälde“ einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Obwohl ansonsten in Abgrenzungsfragen gen Norden durchaus erprobt, rührte bislang keine der Münchner Regierungen einen Finger. Bisher war nur der abweisende Vermerk zu hören, ein Handlungsbedarf bestehe nicht, da eine bayerische Staatsregierung heute keine rechtliche Bedeutung mehr habe.

Auch die junge Jurastudentin kam gestern mit ihrer Argumentation ins Schlingern, als ein Richter sich erkundigte, ob die Staatsangehörigkeit durch Geburt bedeute, „daß sämtliche Gastarbeiterkinder plötzlich Bayern wären“. Da entschloß sich die Antragstellerin zum begrenzten Rückzug und meinte, beim Ausländerrecht könne ja ausnahmsweise das Bundesrecht vorgehen.

Das aber verwunderte die Herren im blauen Talar: Ein in Bayern geborenes Gastarbeiterkind, das nach dem Bundesgesetz nicht in der Bundesrepublik leben darf, wäre dann ein Bayer, der nicht in sein Heimatland darf? Solchen Komplikationen ging

Im Umgang mit der „DDR“ sollte die Bundesrepublik alles vermeiden, was mit dem Bekenntnis zur Demokratie unvereinbar ist – zum Beispiel Beziehungen zur SED, einer grund-

gesetz-feindlichen Partei. Eine Anerkennung der „DDR“-Staatsbürgerschaft wäre nicht einmal dann möglich, wenn der Bundestag das Grundgesetz mit Zweidrittelmehr-

heit änderte. Das meint Wolfgang Seiffert im dritten Teil seiner Serie. Er ist Rechts-Professor an der Universität Kiel und war bis 1978 in gleicher Weise in Ost-Berlin tätig.

Bonn begrüßt deutsch-deutsche Partnerschaft

Bei einem Besuch in Eisenhüttenstadt (Bezirk Frankfurt/Oder) will eine Delegation der saarländischen Stadt Saarlouis bald einen Vertrag über eine Städtepartnerschaft unterzeichnen. Zur Zeit befindet sich eine Gruppe aus der „DDR“ zu Gesprächen an der Saar. Bei der Partnerschaft soll es (nach Auskunft beider Seiten) zu umfangreichen Kontakten von Vereinen, Berufsgruppen, Schülern usw. kommen. Das in der DDR-Ministerium begrüßte die sich anbahnende Partnerschaft.

Für die Bürger von Eisenhüttenstadt soll es dabei keine Reisebeschränkungen geben. Das sagte der Delegationsleiter, der ehemalige Oberbürgermeister Werner Viertel, im Radio Luxemburg. Sie dürften im Rahmen einer solchen Beziehung ihre Partnerschaft-Stadt besuchen, egal welches Alter sie seien. Der WELT sagte Viertel, die Partnerschaft sei während des Besuchs von Ministerpräsident Lafontaine im November bei Erich Honecker vereinbart worden. Der „DDR“-Staatsrat habe sich daraufhin für einen Versuch mit Eisenhüttenstadt entschieden. Weitere deutsch-deutsche Partnerschaften sind nach Auskunft Viertels zur Zeit nicht geplant.

Die Kontakte sollen „das Spektrum der ganzen Stadt“ umfassen. Zur Frage der Visumvergabe meinte er, man könne davon ausgehen, daß „die Sache zu Ende gedacht“ worden sei, bevor man mit Saarlouis Kontakt aufgenommen hat. Über den angestrebten Umfang des Besucher-Anstausches äußerte sich Viertel jedoch nicht. Er verwies auf „gute Erfahrungen“ mit Drancy (Frankreich). Eine Sprecherin dieser Gemeinde sagte gestern allerdings der WELT, diese Partnerschaft sei praktisch eingeschlafen, weil keine Besucher aus der „DDR“ kämen.

Das in der DDR-Ministerium zeigte sich überrascht von Meldungen, die Eisenhüttenstädter Delegation sei mit „Touristenvisas“ an die Saar gefahren, die eigens für die Städtepartnerschaft konzipiert seien. Den Behörden sei darüber nichts bekannt, sagte ein Sprecher.

Reemtsma-Manager verweisen auf Finanzamt

„Spenden nie verheimlicht“ / Steuerbescheide nicht beanstandet

M. SCHLINGMANN, Hamburg
Steuerhinterziehung in der Größenordnung von 2,7 Millionen Mark legt die Staatsanwaltschaft in dem gegen den Hamburger Landgericht-Präsidenten Reemtsma-Konzern, Horst Wiethe, dem Vorstandsmittel Ernst Zander und dem Leiter des Vorstandsbüros, Klaus Teubner, zur Last. In den Jahren zwischen 1965 und 1979 soll das Unternehmen rund sechs Millionen Mark an Parteien gespendet haben. Das Geld soll jedoch nicht direkt in Parteikassen geflossen sein, sondern auf dem Umweg über Organisationen, die CDU, SPD und FDP nahestanden.

Staatsanwalt Barner warf den Angeklagten vor, „fortgesetzt und gemeinschaftlich“ den Finanzbehörden falsche Angaben gemacht zu haben. Dabei seien 2.538.159 Mark an Körperschafts- und 242.744 Mark an Gewerbesteuer „verwirrt“ worden. Die Beklagten hätten sich darüber hinaus schuldig gemacht, daß sie spätestens 1977 erkannt haben müßten, daß die den Organisationen zugeleiteten Gelder nicht den satzungsgemäßen Aufgaben dienten, sondern an die Parteien weitergeleitet würden, das aber nicht der zuständigen Finanzbehörde gemeldet hätten.

„Kein Hexenprozeß“

Die fünf Verteidiger der Angeklagten hatten eine Aussetzung des Verfahrens gefordert, da es sich um einen Steuerprozeß vor einem Strafgericht handle. Der Staatsanwalt spiele die Rolle des „Super-Veranlagungsbeamten“. Der Antrag wurde abgelehnt, da es sich nach den Worten des Vorsitzenden Richters Bartels, um einen eindeutigen Sachverhalt handle, den es zu ermitteln gelte. „Man wird nicht erwarten, daß wir einen modernen Hexenprozeß führen, kann aber auch nicht verlangen, daß wir die Akten nicht machen und die Augen verschließen vor Tatsachen, die manchem unangenehm sein mögen.“

Auf Fragen des Vorsitzenden gingen die Beklagten nicht ein sondern

verlesen vorgefertigte Stellungnahmen zur Sache. Darin hieß es übereinstimmend, daß der Reemtsma-Konzern zwischen 1975 und 1981 ein jährliches Spendenbudget von maximal 1,5 Millionen Mark hatte. Hinzu kamen bis zu 150.000 Mark pro Jahr und politische Gruppierung an die Parteien. Um eine einheitliche Regelung zu finden, habe man seit 1975 die Zuwendungen nicht mehr gesteuert, sondern sie an die den Parteien nahestehenden Organisationen gerichtet.

Gezielt Parteien unterstützt

Das Geld sei für deren Arbeit bestimmt gewesen, wohl wissend, daß man damit die Partei unterstütze. Dies sei zu keinem Zeitpunkt verheimlicht worden. Auch hätten die zuständigen Finanzbehörden bis heute keine Steuern nachgefordert. Niemals sei jedoch Geld für die direkte Partei-Organisation zur Verfügung gestellt worden.

Als Grund für die großzügige Spendenpraxis gaben die Angeklagten an, man habe bewußt die Arbeit aller drei staatstragenden Parteien stützen wollen, da sie das für einen Konzern wie Reemtsma existenzielle System der Marktwirtschaft garantierten.

Zwar klinge nach der Formulierung der Anklage „alles sehr kompliziert“, es gehe aber nur um einen Vorwurf, „der im Kernbereich ganz einfach, einfacher als eine komplizierte Wirtschaftsprüfung“ sei, sagte der Kammerpräsident Bartels. Zahlungen, die als steuerabzugsfähig an Vereine gegeben, tatsächlich aber Parteien zugeflossen und damit steuerverkirnd gewesen seien, stünden zur Verhandlung.

Die langen Einlassungen der Angeklagten quittierte der Kammerpräsident mit „ganz einfachen Fragen“. An Zander gewandt fragte er: „Wissen Sie, ob und daß Geld an Parteien weitergegangen sind?“ Der Richter wollte ebenfalls wissen, ob die Angeklagten jemals Gelder von den Vereinigungen zurückgefordert hätten, nachdem dem Unternehmen die Vorwürfe der Steuerhinterziehung bekannt geworden seien.

Die Irrtümer Lafontaines und Vogels

Von WOLFGANG SEIFFERT

Ben weil, wie wir in der letzten Folge ausführten, die Bundesrepublik Deutschland eine freiheitliche Demokratie, ein sozialer Rechtsstaat, die DDR hingegen eine kommunistische Parteidiktatur ist, muß man die zwei Ebenen stets auseinanderhalten: Als Staat ist die DDR für die Bundesrepublik das Rechtssubjekt, mit dem wir die Verträge schließen. Das dahinterstehende Wertesystem und die politische Ordnung der „Diktatur des Proletariats“ (wie sich die DDR selbst sieht) kann jedoch unverändert jeder Demokrat nur verwerfen.

Dies darf nicht nur theoretisch ein unverzichtbares Postulat sein. Auch in der Praxis kann man nicht zu Handlungen schreiben, die sich mit dem Bekenntnis zur Demokratie nur schwer in Einklang bringen lassen.

Dies aber geschieht, wenn Politiker und Parteien der Bundesrepublik Beziehungen nicht nur zu dem Staat DDR unterhalten, mit dem wir den Grundlagenvertrag geschlossen haben, sondern auch mit der SED, die kein Vertragspartner ist, von der jeden Demokraten Welten trennen, die im Geltungsbereich des Grundgesetzes eine verfassungsfeindliche Partei ist.

Schnell auf schiefer Ebene

Auch wenn Vertreter der Bundesrepublik Deutschland sich mit SED-Funktionären treffen, sprechen sie mit ihnen nicht qua SED, sondern qua DDR-Vertreter. Aber auch auf der Ebene der zwischenstaatlichen Beziehungen mit der DDR kann es keine Leichtfertigkeit und Sorglosigkeit im Umgang mit Grundpositionen geben, weil bei aller notwendigen juristischen Gleichstellung hier das Abgleiten auf eine schiefe Ebene oft schon so beginnt

und dann erhebliche Auswirkungen haben kann und weil gerade die DDR eben hier damit beginnt, die juristische Gleichstellung ihres Staates allmählich auch zu einer politischen Gleichwertigkeit ihres Systems werden zu lassen.

Ausgangspunkt für das Verhältnis der Bundesrepublik zur DDR kann immer nur das politische Selbstverständnis der Bundesrepublik das Grundgesetz und der damit nicht im Widerspruch stehende Grundlagenvertrag mit der DDR sein. Die Rechtslage ist so eindeutig, daß sie niemand bezweifelt. Es ist hierfür geradezu aufschlußreich, daß alle, die – aus welchen Motiven immer – eine Änderung oder Streichung des Wiedervereinigungsgebotes des Grundgesetzes anstreben, eben damit eine Änderung der Rechtslage fordern und auf diese Weise einräumen, daß eine solche Politik im Rahmen des geltenden Rechts nicht zu bewerkstelligen ist.

Doch eine Änderung der geltenden Rechtslage, die dies bewirken könnte, wäre nicht der Ruf nach einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit, sondern der Ruf nach einem anderen Grundgesetz, nach einem anderen Staat. Es wäre der Ruf nach dem eigenen Verfassungsgeber. Dieser aber ist das deutsche Volk, das – nach einem Wort des Bundespräsidenten von Weizsäcker – heute „in beiden deutschen Staaten lebt“.

Dieser gesamtdeutsche Verfassungsgesetzgeber wäre von den Bindungen des Grundgesetzes frei. Aber eben nur er. Bis dahin aber bleiben alle Bundes- und Landesorgane, aber auch die Parteien, an das Grundgesetz gebunden. Was oft und gern übersehen wird.

Von daher ist es ein Fehlschluß, wenn z. B. Lafontaine meint, man könne das Grundgesetz in der Frage

der Staatsangehörigkeit mit Zweidrittelmehrheit so ändern, daß man der Forderung der DDR auf „Anerkennung“ ihrer Staatsbürgerschaft nachkommen könne. Eben dies kann man nicht, und zwar nicht deshalb, weil das Grundgesetz ein „Dogma“ ist, sondern weil es die grundsätzliche Ordnung bildet, solange das ganze deutsche Volk nicht in freier Selbstbestimmung über sein Schicksal entscheiden konnte und entschieden hat. So lange aber ist das Grundgesetz nicht nur zu „beachten“ (Lafontaine), so lange sind seine Organe und Parteien an das Grundgesetz gebunden.

Anerkennung anderer Art

Der Hinweis des SPD-Fraktionsvorsitzenden Vogel, nach dem geltenden Verfassungsrecht gebe es für eine „Anerkennung“ der DDR-Staatsbürgerschaft „keinen Spielraum“, ist leider nur scheinbar klarer und grundgesetzkonformer. Denn abgesehen davon, daß der Einser-Jurist wissen müßte, daß es ein selbständiges Rechtsinstitut der „Anerkennung“ der Staatsangehörigkeit eines anderen Staates nicht gibt, verbindet er seine Erklärung regelmäßig mit der These, die Bundesrepublik habe die DDR als Staat anerkannt, zum Begriff des Staates aber gehöre auch „die personelle Hoheit über seine Bürger“. Damit wird – wider besseres Wissen – darauf abgestellt, die Herstellung offizieller Beziehungen zur DDR habe die gleiche Qualität wie die zu anderen Staaten.

Doch eben dies ist nicht der Fall. Nicht nur ist eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik ausdrücklich vermieden worden. Vielmehr enthält der Grundlagenvertrag eben gerade wegen der Besonderheit der Beziehungen und der Unberührtheit der fortgeltenden deutschen Staatsange-

hörigkeit den Begriff der personellen Hoheit nicht. Die beiden Staaten haben den Grundlagenvertrag auch nicht in eigener souveräner Machtvollkommenheit geschlossen, sondern unter Anerkennung der Vorbehaltsrechte der Vier Mächte in bezug auf Deutschland als Ganzes. Darauf hat der Leiter der politischen Mission in Berlin, John Kornblum, kürzlich erst wieder eindringlich verwiesen. Aber auch der Glaube, eine Regelung der Staatsangehörigkeitsfrage, die dem Verlangen der DDR entgegenkomme, könne zu einer Verbesserung der Reismöglichkeiten für die DDR-Einwohner führen, ist ein Irrglaube.

Lafontaine hat nachträglich eingeräumt, eine solche Änderung dürfe zu keinen Nachteilen für DDR-Einwohner im Recht der Bundesrepublik gegenüber dem jetzigen Zustand führen. Das ist politisch wie rechtlich durchaus zutreffend.

Aber weshalb sollte dann die DDR der DDR-Bevölkerung mehr Freizügigkeit gewähren als jetzt? Österreich hat schon seit Jahren diplomatische Beziehungen mit der DDR und auf diese Weise auch die DDR-Staatsbürgerschaft anerkannt. In den österreichischen Alpen hat man dennoch bis heute weder im Winter noch im Sommer zwanzigtausend DDR-Urlauber getroffen.

Der Grund für die mangelnde Freizügigkeit der DDR-Einwohner liegt eben nicht in der fehlenden oder vorgenommenen völkerrechtlichen Anerkennung der DDR, sondern in der Abwesenheit von Freiheit und in der mangelhaften Lebensqualität im politischen und wirtschaftlichen System der DDR.

Morgen lesen Sie:
Honecker ist an die Grenzen seiner Macht gestoßen – und die werden in Moskau gezogen. Dennoch kann es Zugeständnisse Ost-Berlins an Bonn geben.

Bundesschatzbriefe machen mehr aus Ihnen.

Sie können zwischen den Bundesschatzbrief-Typen A und B wählen. Typ A läuft 6 Jahre, die Zinsen werden jährlich ausgezahlt. Typ B läuft 7 Jahre, Zins und Zinsseszinsen werden angesammelt. So wachsen DM 1.000,- in 7 Jahren auf DM 1.560,-. Typ A hat 6,20% Rendite, Typ B 6,56%.

Beide lassen sich nach dem 31. 12. 1986 jederzeit zu Bargeld machen. Zum vollen Wert plus Zinsen, bis zu DM 10.000,- mtl. Bundesschatzbriefe sind bei allen Banken und Sparkassen gebührenfrei erhältlich.

Konditionen: Stand 22. 1. 1988, Ausgabe 1986/1 und 2.



Näheres über die Bundesschatzbriefe erhalten Sie vom Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 23 28, 6000 Frankfurt 1, die aktuellen Konditionen unter der Telefon-Nr. 0 69 / 5 97 01 41.



Klagen über Lehrlings-Ausbildung

KMK-Präsident Franke: Sorge um Qualität und Inhalt / Auch Oberstufe auf Prüfstand

PETER PHILIPPS, Bonn
Die Kultusminister-Konferenz (KMK) wird sich in diesem Jahr verstärkt der beruflichen Bildungspolitik zuwenden. Der Bremer Bildungsminister Horst-Werner Franke, der gestern turnusgemäß für ein Jahr die Präsidentschaft in der KMK übernommen hat, kündigte dies als seinen persönlichen Akzent für die kommenden Monate an. „Wir müssen uns ernsthaft Sorgen um die Inhalte der beruflichen Ausbildung machen“, sagte Franke in der Bremer Landesvertretung in Bonn: „Rund die Hälfte aller Auszubildenden wird später Berufsberatung in Anspruch nehmen. Das zeigt, daß das Ausbildungssystem häufig Qualifikation verlangt, die durch die Ausbildung nicht vermittelt werden.“

Die Lösung des Problems verlange die enge Zusammenarbeit der KMK mit der in diesem Kompetenzbereich ebenfalls sehr stark engagierten Bundesregierung sowie mit Wirtschafts-

kammern und Gewerkschaften. Der neue KMK-Präsident ließ allerdings keinen Zweifel daran, daß man an dem „bewährten dualen System“ der Berufsausbildung festhalten müsse: „Wir sind mit Recht stolz darauf.“

Mit den Begriffen „Moderation“, „Vermittlung“ und „Kompromiss-suche“ beschrieb der Hanseat sein Verständnis vom angestrebten Amt. Allein die Verhandlungen in der Kultusminister-Konferenz verhindern den Bildungspartikularismus in der Bundesrepublik Deutschland. Zwar sei „Bildungspolitik als Gesellschaftspolitik“, und insofern bestünden in vielen Fragen sehr unterschiedliche Vorstellungen über den richtigen Weg zwischen Unions- und SPD-regierten Ländern. Aber: „Wir sind auf den Kompromiss angewiesen.“ Ohne diesen sei „die Kulturhoheit bedroht. Nichts wäre törichter und zerstörerischer, als wenn wir die Bundesrepublik wegen Nichtbeachtung in der KMK sozusagen in zwei

Schulkreise zerlegten.“ Die gegenseitige Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse sei ein solcher wichtiger Kompromiß, bei dem beide Seiten „Verzicht geleistet“ hätten.

Auch 1986 sieht Franke auf die KMK „schwierige Verhandlungen“ zukommen. Die Kompromissbereitschaft erforderten. Als Beispiele nannte er die Überlegungen, mit der „Länge der Schulzeit“ auf die von der Mehrheit im Bundestag gewünschte Wehrpflicht-Verlängerung zu reagieren und die „Struktur der gymnasialen Oberstufe“. Über die Anpassung der Schulzeit deutet sich bereits ein Kompromiß an, der am Wochenende während einer Klausurarbeit auf der Reisenburg voraussichtlich schon im Grundsatz beschlossen werden kann. Beim Thema Oberstufe warnte Franke davor, die „erloschene Bildungseuphorie“ nicht dafür zu mißbrauchen, um hinter erreichte Positionen zurückzufallen: „Das Kurssystem hat sich bewährt.“

Mainz soll 150 Lehrer einsparen

Nes, Mainz
Was die Bildungspolitik seit langem wissen, mit Rücksicht auf die vielen arbeitslosen Lehrer bisher aber beinahe wie ein Tabu behandelt, hat nun zum erstenmal offiziell ein Rechnungshof moniert: Es gibt schon jetzt zu viele Lehrer für die noch vorhandenen Schüler. Und dieses Problem wird sich in den kommenden Jahren noch verschärfen.

Der Rechnungshof des Landes Rheinland-Pfalz hat in seinem Jahresbericht 1985 das heiße Eisen zunächst in einem Teilbereich angefaßt: bei den Sonderschulen. Er stellte fest, daß die Zahl der Schüler an den inzwischen noch 132 Sonderschulen des Landes in den vergangenen zehn Jahren von 17.801 auf 14.066 – also um rund 21 Prozent – zurückgegangen ist. In der gleichen Zeit wuchs dagegen die Zahl der Lehrer an diesen Schulen von 1274 auf 1721, also um rund 35 Prozent.

Für die Sonderschulen für Lernbehinderte – zwei Drittel aller Sonderschulen – verzeichnet der Bildungs-gesamtplan der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung von 1973 folgende Ziele: 1975 14 Schüler pro Lehrer, 1980 ein Verhältnis von 12:1 und 1985 eines von 11:1. Bei den entsprechenden Sonderschulen in Rheinland-Pfalz ermittelte der Landesrechnungshof indessen bereits ein Verhältnis von 8:1, bei allen Sonderschulen zusammen sogar von 8,2:1.

Angesichts der mit Sicherheit weiter sinkenden Schülerzahl fordert der Rechnungshof vom Kultusministerium die Einsparung von 150 Lehrern.

Thema Menschenwürde

Rechtspolitischer Kongreß der Union / Eyrich löst Vogel ab

HANS-E. HOLZAMER, Bonn
Die „Prinzipien christlich-demokratischer Rechtspolitik“ wollen CDU und CSU auf ihrem Rechtspolitischen Kongreß am 24. und 25. Januar 1986 in Karlsruhe darstellen. Drei Arbeitsgruppen werden sich, wie der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), der Staatsminister Friedrich Vogel, der WELT mitteilte, mit dem Generalthema „Die Menschenwürde als Maßstab der Rechtspolitik“ auseinandersetzen.

Dabei wird sich die erste Arbeitsgruppe insbesondere mit Fragen der Vitro-Fertilisation, der Gentechnologie und der Abtreibung befassen. Die zweite widmet sich dem Jugendschutz, und die dritte diskutiert Probleme des Alters und der Sterbehilfe.

Der Kongreß selbst wird zu den einzelnen Themen keine Beschlüsse fassen. Im Anschluß daran wird eine Mitgliederversammlung ein Papier zur Frage der Gentechnologie, das der Justizminister des Landes Baden-Württemberg, Heinz Eyrich, verfaßt hat, beraten und, so Minister Vogel, „wahrscheinlich auch verabschieden“.

Der Kongreß selbst sei „offen“, jeder könne teilnehmen, auch Sozialdemokraten hätten sich angemeldet. Man müsse ihn als Vorbereitung für einen weiteren sehen, der nach Vogels Angaben im Frühjahr stattfinden wird. Ein Ort für diese Veranstaltung sei noch nicht festgelegt.

programmes für die Bundestagswahl im Jahre 1987 werden soll.

Daher gehe, so Vogel, der Vorwurf fehl, es handle sich bei der Veranstaltung in Karlsruhe um eine „Wertediskussion über den Wolken“. Es könnten sich in einzelnen Punkten sehr wohl Maßnahmen aus der Diskussion ableiten, wie etwa beim Schwangerschaftsabbruch die Schaffung von Sicherheiten und Anreizen, das Kind auszutragen. Nicht das Strafrecht mit einer Abschaffung der sozialen Indikation stehe im Vordergrund; dieses habe seiner Überzeugung nach in diesem Bereich nur „flankierende Bedeutung“.

Es komme vielmehr darauf an, es künftigen Eltern zu ermöglichen, „sich in einem Konfliktfall für und nicht gegen das Kind zu entscheiden“. Das Strafrecht bilde hier ohnehin eine Hürde, die, wie auch immer gestaltet, leicht überwunden werden könnte. Auch bei dem geltenden Recht müsse man deutlich unterscheiden, wie die Notlagenindikation im Gesetz steht und wie sie in der Praxis – mißbräuchlich – gehandhabt werde.

Ein Beispiel, wo nach Vogels Auffassung durchaus konkrete Maßnahmen die Folge der Diskussion in Karlsruhe sein könnten, sind die Schulen. Hier hält der Minister die in einigen Lehrbüchern empfohlenen Konflikttheorien dem verfassungsgerecht abgeklärten Schutz der Familie für unvereinbar.

Gegenüber der WELT erklärte Friedrich Vogel, daß er für eine erneute Kandidatur als Vorsitzender des BACDJ nicht zur Verfügung stehe. Es sei ausgemacht, daß sein Nachfolger der Justizminister des Landes Baden-Württemberg, Eyrich, werde.

Elie Wiesel: Es kommt auf das Zeugnis an

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Mit einem beeindruckenden Referat über „Erinnerung und Versöhnung“ hat der Vorsitzende des deutsch-amerikanischen Rates des US-Holocaust-Komitees, der international bekannte Publizist, Theologe, Philosoph und Kandidat für den Friedensnobelpreis, Professor Elie Wiesel, am Dienstagabend in der Karl-Arnold-Stiftung bei Bonn die Bedeutung der historischen Wahrheit für die Versöhnung zwischen Juden und Deutschen dargelegt. Erinnerung sei auch hier der Steg zwischen Geschichte und Gegenwart.

Es gehe zunächst um die Würde der Toten. Erstmalig in der Geschichte hätten damals jüdische Opfer keine letzte Ruhestätte gefunden. „Wir müssen ihnen einen Namen, einen Platz geben. Das ist unser Gedächtnis.“ Es gehe aber auch um die Zukunft. Die Welt könne nur überleben, wenn die Erinnerung an das Wahre gehalten werde, wozu der Totalitarismus fähig sei. Die Frage, wie das geschehen soll, weiß Wiesel nicht mit letzter Gewissheit zu beantworten. Der Holocaust, der systematisierte, reibungslos funktionierende Massenmord, bleibe in seiner Dimension unbegreiflich. Es komme auf die Zeugen, auf das Zeugnis an. Deshalb der Versuch des Komitees, zu erinnern und zu lehren. „So sei Versöhnung möglich. Wiesel: „Ich glaube nicht an die Kollektivschuld. Wir können nicht an eine kollektive Unschuld glauben.“ Die persönliche Begegnung zwischen den Menschen sowie des einzelnen mit der Geschichte und ihrer Wahrheit könne Versöhnung schaffen.

Vierzig Jahre nach Buchenwald sei er nun wieder nach Buchenwald gekommen – zuerst nach Berlin. Er habe Eindrücke der Hoffnung gewonnen. Wiesel fasste seine Ausführungen in drei in die Zukunft weisenden Gedanken zusammen. „Erstens, das Böse ist niemals absolut. Auch damals gab es gute Menschen in Deutschland.“ Es sei auch nicht so schwierig, gegen das Böse zu kämpfen. Zweitens, die Gefahr des Neutralismus mache die Menschen zu Komplizen. In entscheidenden grundsätzlichen Fragen könne man nicht absichtslos stehen bleiben. Drittens, die Gefahr der Gleichgültigkeit. „Das ist der Feind“.

Der deutsche Sprecher des zwölfköpfigen Rates, dessen deutsche Mitglieder von Bundeskanzler Kohl und Elie Wiesel ausgesucht wurden, der CDU-Abgeordnete Peter Petersen, sagte, bei den Gesprächen im Holocaust-Komitee gehe es „um die Würde der Deutschen“. Frieden und Versöhnung könnten nie auf Kosten der Wahrheit entstehen. Eingeladen zu dem Vortrag hatte der Zentralrat der Juden in Deutschland.

Bereits gestern traf Wiesel mit US-Präsident Reagan zusammen, um ihm über die Eindrücke seiner Deutschland-Reise zu berichten. Wiesel war ein entschiedener Gegner des Bitburg-Besuchs des amerikanischen Präsidenten.

SDI: USA vergeben Auftrag an London

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Die US-Regierung hat einen Forschungsauftrag im Rahmen des SDI-Raketeneinsparungsprogramms an Großbritannien vergeben, verlautet von informierter westlicher Seite. Es handelt sich dem Vernehmen nach um eine Studie über die Architektur einer Verteidigung Europas gegen Offensivraketen: Präsident Reagan hatte in seiner SDI-Direktive dem Schutz der amerikanischen Verbündeten dieselbe Priorität eingeräumt wie der Verteidigung der Vereinigten Staaten.

Nach den offiziell noch nicht bestätigten Informationen ging der Auftrag an das britische Royal Aeronautical Establishment, eine Institution von Weltruf. Die Londoner Regierung hatte im Dezember eine Vereinbarung mit Washington abgeschlossen, in der die britische SDI-Beteiligung geregelt wird. Die Informanten äußerten Skepsis über die Wettbewerbsaussichten deutscher Firmen. Die Bundesregierung habe lange gezögert, die Briten hätten die sich bietende Chance eines Technologieaustausches rascher genutzt.

Vor Monaten habe das amerikanische Unternehmen Martin Marietta dringlich mit deutschen Unternehmen über eine Forschungsbeteiligung am SDI-Projekt verhandelt. Martin sei Hauptauftraggeber der US-Regierung für Probleme, die mit der Raketenverteidigung Europas zusammenhängen. Aus dem Plan sei wegen des Fehlens von Rahmenbedingungen nichts geworden. Washington bestünde bei dem von deutscher Seite gewünschten Technologieaustausch auf wirksamen Sperren gegenüber dem Ostblock.

(SAD)

Das dänische Parlament lehnt die EG-Reform ab

Regierung Schlüter zu „weiteren Verhandlungen“ aufgefordert

G. MEHNER, Kopenhagen

Dänemark strebt nach einer Neuverhandlung des luxemburger EG-Pakets. Dieser Schritt ist unausweichlich geworden, nachdem jetzt eine 80:75-Folketingsmehrheit im Rahmen einer großen Anfrage die Übermittlung ablehnte, die im Dezember auf Regierungsebene erzielt worden waren.

Die mehr als sieben Stunden dauernde Parlamentsdebatte endete damit, daß die Sozialdemokraten, die Sozialistische Volkspartei, die Linksliberalen und die Linksozialisten eine Resolution annahmen, in der die bürgerliche Minderheitsregierung von Poul Schlüter aufgefordert wird, weiter zu verhandeln, „um für das Folketing zu zufriedenstellenden Resultaten“ zu kommen.

Um dieser Richtlinie der parlamentarischen Mehrheit nachzukommen, ist der dänische Außenminister Uffe Ellemann-Jensen zu Konsultationen nach Rom, London und Paris aufgebrochen. Heute will er in Madrid und Bonn vorschreiben. Letzte Station ist morgen Den Haag. Die Niederländer führen derzeit die Präsidentschaft im EG-Ministerrat.

Über den vermutlich ergebnislosen Ausgang seiner Gespräche, so das weitere Procedere, dürfte Ellemann-Jensen vermutlich in einer Woche dem Parlament berichten. Daran anschließend wird sich eine erneute Aussprache im Folketing.

Referendum im Februar

Erst nach Abschluß dieser nächsten Runde, in der wieder eine ablehnende Resolution des EG-Reformpaktes verabschiedet werden dürfte, ist für Schlüter der Weg frei zu einer klärenden Volksabstimmung.

Formal geschieht dies über einen Gesetzentwurf, den die Mehrheit des Hauses stützen wird. Geplanter Termin für das Referendum ist Ende Februar/Anfang März. Alle Parteien haben erklärt, daß sie das Wahlervotum akzeptieren wollen.

Ein definitives Nein zu dem EG-Paket, so erklärte Schlüter in der Debatte, würde als erster Schritt Dänemarks aus der EG mißverstanden. Er wolle sich nicht an der Schreckenspropaganda beteiligen, aber dies wür-

de „dem dänischen Wohlstand das Genick“ brechen. Allerdings steht am Anfang der von der Folketingsmehrheit beschlossenen Resolution ein Bekenntnis „zu Europa“. Ein klareres Bekenntnis „zur EG“ wäre für die Anti-EG-sozialistische Volkspartei nicht kompromissfähig gewesen.

„Macht für die Falschen“

Der Widerstand der Sozialdemokraten entzündet sich hauptsächlich an der Kompetenzerweiterung für das Europäische Parlament. Das sei mehr „Macht für die Falschen“. Dessen Beschlüsse sollen in seinen Konstellationen nur noch einstimmig vom Ministerrat abgelehnt werden können.

Die dänischen Gesellschaften scheinen diesen Kurs der Sozialdemokraten nur aus Zwangssolidarität zu stützen und sind eigentlich von den Arbeitsplatzchancen einer Erweiterung des Binnenmarktes durchaus überzeugt. Vor allem, nachdem sie weitgehende Garantien über den Vorrang dänischer Arbeits- und Umweltschutzbestimmungen erreicht hatten.

Die Liberalen, die in Wirtschaftsförderung ansonsten Schlüter Rückhalt geben, opponieren gegen das EG-Paket, weil sie in der angestrebten formalisierten außenpolitischen europäischen Zusammenarbeit (EPZ) nicht garantiert sehen, daß auch nicht zum EG-Kreis zählende Länder teilnehmen können. Dies gehe einher mit einem Verlust an außenpolitischer Handlungsfreiheit und Unabhängigkeit, so Parteiführer Niels Helvig Petersen.

Um die Volksabstimmung auf die eigentliche EG-Frage zu lenken und vor allem von anderen Protestelementen freizuhalten, hat Schlüter erklärt, daß er selbst bei einem „Nein“ weiterregieren würde. Andererseits dürfte Schlüter bei einem deutlichen Ja die Gunst der Stunde zu baldigen Neuwahlen nutzen.

In Bonn wurde die Entscheidung der Dänen bedauert. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes sagte, die Bundesregierung gehe allerdings davon aus, daß es eine Volksbefragung und damit die Möglichkeit geben wird, daß sich die Entscheidung noch ändere.

10 000 Mann und zwölf Zentren

Zum Stand der sowjetischen Forschung bei Strahlenwaffen / Seit Jahrzehnten auf der Suche

Von MICHAEL RÜHLE

An Strahlenwaffen für eine Raketenabwehr wird in der UdSSR bereits seit den 60er Jahren gearbeitet. Schon das 1962 erschienene Standardwerk „Sokolowski“ führte Strahlen – insbesondere Laser – als potentielle Raketen- und Satellitenabwehrwaffen auf.

Erste Anzeichen einer politisch motivierten Geheimhaltung deuteten sich an, als die beiden nachfolgenden Auflagen entsprechende Hinweise nur noch in verdrängter Form enthielten. Westliche Fachleute konnten dennoch eine Vielzahl von Erkenntnissen aus sowjetischen naturwissenschaftlichen Zeitschriften gewinnen. Erkenntnisse, die nicht zuletzt auch dem Teilchenbeschleuniger des Los-Alamos-Laboratoriums aus einer scheinbar unlöslichen physikalischen Sackgasse heraushalfen. Als jedoch der Strom sowjetischer Veröffentlichungen zu bestimmten Bereichen der Strahlenforschung Anfang der 70er Jahre zu einem Rinnal wurde, kam in amerikanischen Geheimdienstkreisen Skepsis auf. Zunächst reichte sich Kontroverse an Kontroverse. Doch viele der vormals umstrittenen Indizien verdichteten sich mehr und mehr zu Gewissheit.

Erste Erfolge 1972

Das sowjetische Laserprogramm umfaßt mehr als 10 000 Mitarbeiter und verfügt über zwölf große Forschungszentren sowie sechs Testanlagen. Auffällig ist vor allem die Breite der Forschung. Während die USA lediglich in wenigen Bereichen größere Mittel investieren, werden in der UdSSR alle potentiell erfolgversprechenden Laserkonzepte mit hohem finanziellen Aufwand untersucht. So testeten bereits 1970 der Physikalisch-technische Akademie-Nachwuchs und seine Kollegen erfolgreich den Excimer-Laser, der inzwischen zu den wichtigsten Kandidaten einer zukünftigen Raketenabwehr zählt. In Krasnaja Polka, etwa 50 Kilometer südlich von Moskau, experimentiert man mit einem kompakten Wasserstoff-Fluorid-Laser. Bei den Strahlungsproben von Laserstrahlen in der Atmosphäre zeigten sich bereits 1972 durch die Kombination elektronisch verstellbarer Spiegel, die sog-

nannte „optische Phasenkonjugation“, erste Erfolge.

Besondere Aufmerksamkeit widmen westliche Experten der Forschungsanlage in Troitsk nahe bei Moskau. Dort verbirgt sich hinter kilometerlangen grünen Lattenzäunen ein Laser, dessen Umlenkspiegel unweit auf eine Einsatzrolle zur „Blindung“ gegnerischer Satelliten schließen läßt. Ob solche Maßnahmen bereits stattgefunden haben, ist zwar umstritten, doch angesichts zweier ähnlicher Laser auf dem Testgelände von Saryschagan muß für die späten 80er Jahre mit mehreren einsetzsfähigen Systemen gerechnet werden. Anfang der 90er Jahre läßt sich ein weltraumgestützter Antisatelliten-Laser erwarten, der eine Reichweite von 100 bis 1000 Kilometer besitzen könnte. Zur Raketenabwehr in der Endanflugphase könnten Prototypen bodengestützter Laser bereits am Ende der 80er Jahre zur Verfügung stehen.

Neben Lasern zur land- und seegestützten Anwendung entwickelt die UdSSR auch ein luftgestütztes System, zu dessen Aufgaben neben der Bekämpfung von Marschflugkörpern auch die Satellitenabwehr zählen könnte. Auch Raumfahrzeuge werden zur Laserforschung eingesetzt. Insbesondere die Salut-Raumstation dienen für Zielerfassungsexperimente.

Fast perfekte Kristalle werden gezüchtet, die sowohl eine verbesserte Strahlenbündelung als auch die Herstellung extrem unempfindlicher Mikroschaltkreise ermöglichen. Mit der Fabrikation fiberoptischer Werkstoffe im schwerelosen Weltall stößt die Sowjetunion zugleich in den Bereich der holographischen Datenverarbeitung („optische Computer“) vor.

Im Gegensatz zu den USA, deren Strahlenforschung sich überwiegend auf Hochenergiekonzentrationen konzentriert, scheint die UdSSR auch dem waffentechnischen Potential von Teilchenstrahlen großen Wert beizumessen. Insbesondere die große Testanlage bei Semipalatinsk in Zentralasien gilt aufgrund bestimmter Konstruktionsmerkmale sowie des gelegentlichen Ausstoßes radioaktiven Materials als Beleg für die erheblichen Anstrengungen der Sowjetunion auf diesem Sektor. Ein ähnliches Testgelände

bei Asgri am Kaspischen Meer untersteht der auch für Raketenabwehr zuständigen Heimatluftverteidigung. Angeblich existiert in Saryschagan bereits der Prototyp einer Teilchenstrahlwaffe, zumindest finden dort Bodentests gegen Raketen Sprengköpfe statt. Das Streuverhalten geladener Teilchenstrahlen wird in Sarowa bei Gorki untersucht.

Atom-Satelliten

Auffallend großes Interesse zeigt die UdSSR an der für die Strahlenerzeugung erforderlichen Primärenergie. Zwar wird in diesem Zusammenhang häufig auf die Fusionsenergie verwiesen, doch gilt der betriebene Aufwand als viel zu groß, um sich ausschließlich mit zivilen Zwecken erklären zu lassen. Bereits 1973 publizierten sowjetische Wissenschaftler den Entwurf einer durch thermonukleare Detonationen „gepulsten“ Energiequelle, die auch eine waffentechnische Anwendung vermuten ließ. Inzwischen errichtet die UdSSR einen GIANT-Pulse-Laser, der seine Energie aus konventionellem Sprengstoff bezieht, und verfügt ferner über einen raketentriebenen magnetohydrodynamischen Generator, dessen Leistung von 15 Megawatt einmalig sein dürfte.

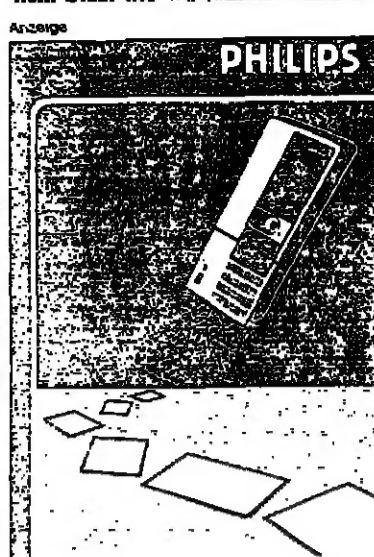
Die Sowjetunion ist darüber hinaus die einzige Nation, die nukleare betriebene Satelliten einsetzt, weshalb ein fundiertes Wissen um miniaturisierte Kernreaktoren vorausgesetzt werden kann. Ebenso legt die bislang gezeigte Praxis sowjetischer Nukleartests den Schluß nahe, daß große Anstrengungen zur Erforschung des „elektromagnetischen Pulses“ (EMP) unternommen werden.

Zu den nuklearen „gepulsten“ Strahlenwaffen gehört auch der Röntgenlaser, dem in einer zukünftigen Raketenabwehr ebenfalls eine bedeutende Rolle zukommen könnte. Zwar gelangte er erst durch die SDI-Forschung in das öffentliche Interesse, doch gilt allgemein als sicher, daß die sowjetischen Erkenntnisse über diesen Bereich den amerikanischen um nichts nachstehen. Und bei der Mikrowellenforschung muß sogar ein sowjetischer Vorsprung angenommen werden.

China eröffnet Konsulat im Warschauer Pakt

AP, Peking

Die Volksrepublik China hat gestern in der rumänischen Hafenstadt Konstanza ihr erstes Konsulat in einem Staat des Warschauer Pakts eröffnet.



Das Merken intelligent gelöst

Mehr Informationen über Philips Pocket Memos bei uns: Philips Bürotechnik P Postfach 105323, 2000 Hamburg 1

Öffnet. Dies berichtete die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua. Rumänien wird im Gegenzug ein Konsulat in Shanghai, der größten Industrie- und Hafenstadt in China, eröffnen. Der Austausch wurde im Oktober letzten Jahres in Peking vereinbart. Das chinesische Konsulat ist für vier der 41 Kreise Rumäniens und die Stadt Konstanza zuständig, wo jährlich 100 Frachtschiffe aus der Volksrepublik China anlegen. Beim Eröffnungsempfang sagte der chinesische Generalkonsul Kang Dachi, daß die Einrichtung des Konsulats ein Zeichen für die verstärkten chinesisch-rumänischen Beziehungen sei. Rumänien ist das einzige Land des Warschauer Pakts, das nicht nur reguläre diplomatische, sondern auch Beziehungen auf Parteebene mit China unterhält.

KPI hofft auf neue Impulse Gorbatschows

Kritik am „Realsozialismus“ bleibt / Natta nach Moskau

FRIEDRICH MEICHNER, Rom Am Sonntag wird der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens, Alessandro Natta, auf Einladung des ZK der KPdSU für drei Tage nach Moskau reisen. Im Mittelpunkt seines Besuchsprogramms steht ein Treffen mit Michail Gorbatschow. Zum ersten Mal seit dem von Nattas Vorgänger, Enrico Berlinguer, im Jahre 1981 konstatierten „Riß“ zwischen der Führungsgruppe des „realsozialistischen“ Lagers und der stärksten KP der westlichen Welt wird es wieder zu einem Meinungsaustausch zwischen den Sekretären der beiden Parteien kommen.

Im Vorfeld dieses Ereignisses hat die Parteipresse der KPI deutlich zu erkennen gegeben, daß Natta und die ihn begleitenden Parteifunktionäre keine Abstriche von ihrer Kritik am stalinistischen Sozialismusmodell zu machen gedenken, sich jedoch von Gorbatschow innen- und außenpolitisch neue Impulse erwarten.

Daß sich an dem grundsätzlichen Urteil der KPI über die Länder des „Realsozialismus“ nichts geändert hat, zeigen schon die Ende 1985 veröffentlichten Thesen für den im April fälligen 17. Parteitag in Florenz. In einer dieser Thesen heißt es:

„Die italienischen Kommunisten unterstreichen noch einmal die große historische Bedeutung der Oktoberrevolution... Gleichzeitig bestätigen sie das auf dem 16. Parteitag gefällte Urteil über die grundsätzlichen Grenzen, die generell die aus diesem Ereignis hervorgegangenen – untereinander verschiedenen – Gesellschaften charakterisieren. Die italienischen Kommunisten vertreten seit längerem die Überzeugung, daß diese Gesellschaften nicht nur in keiner Weise ein Modell für andere Länder und besonders für Länder mit einer repräsentativen Demokratie darstellen können, sondern auch selbst in ihrem wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben immer noch durch erste ungelöste Probleme belastet sind... Sie sind überzeugt, daß die Notwendigkeit neuer Formen der wirtschaftlichen Führung nicht zu trennen ist von der Notwendigkeit, Formen des demokratischen Lebens, der individuellen Freiheit, der politischen Beteiligung und der Volksinitiative zu fördern.“

Offensichtlich zur Unterstützung



Alessandro Natta zum Dialog mit Moskau bereit FOTO: AP

sind diejenigen, die nicht aufhören zu hoffen.“ Gorbatschow sei es, der bei den sowjetischen Schriftstellern ebenso wie in der KPI Hoffnungen wecke.

Und als die kleine prosojetische „alte Garde“ in der KPI darauf mit empörten Leserbriefen reagierte, antwortete Macaluso: Mit solchen Gegenüberstellungen helfe man weder der UdSSR noch dem Sozialismus. Wenn Moskau dem Fortschritt hinterherhinkte, dann liege der Grund dafür vielleicht gerade bei jener von Jewtuschenko angeprägten geistigen Trägheit sowie beim Mangel an politischer und kultureller Freiheit.

Die quasi parteioffizielle Übernahme der Jewtuschenko-Attacke in Verbindung mit den im Blick auf Gorbatschow geäußerten Hoffnungen wird in politischen Kreisen Roms als Anzeichen dafür gewertet, daß sich die Kritik der KPI am „Realsozialismus“ heute hauptsächlich auf die Brechensw-Ära und deren noch nicht überwundene Folgen konzentriert. Gorbatschow aber ein gewisser Vertrauensvorschuß eingeräumt wird. Das, so meint man, sei wahrscheinlich auch Nattas Marschroute für seine Moskauer Gespräche.

Die neue Bahn

Mit EURAIL EXPRESS der Güterbahn rückt London jetzt ein Stückchen näher.



Aber nicht nur London, sondern 420 weitere Ziele in 7 europäischen Ländern: Großbritannien, Niederlande, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Österreich und die Schweiz. Wenn Sie also Ihre Sendung ganz schnell über die Grenze schaffen müssen, ist EURAIL EXPRESS genau das Richtige. Und weil EURAIL EXPRESS so zuverlässig ist, können wir die Bereitstellungszeit (meist am Tag nach der Auflieferung) sogar garantieren. Über alles Weitere informiert Sie gern unser Kundenberater. Rufen Sie ihn doch einfach mal an.

DB Die Bahn

Ein „heißes“ Thema: Wie sicher wird das in Gorleben geplante Endlager für radioaktive Abfälle?

Die Endlagerung radioaktiver Abfallstoffe wird in der Öffentlichkeit nach wie vor kontrovers diskutiert. Gerade über den geplanten Bau eines Lagers im niedersächsischen Gorleben tauchen immer wieder Fragen auf, die zum Teil auf Missverständnissen beruhen. Die Beiträge auf dieser Seite versuchen, einige davon zu klären oder richtigzustellen. Ob der Salzstock in Gorleben, in dem das unterirdische Lager gebaut werden soll, wirklich geeignet ist, radioaktives Material so lange zu lagern, bis es ungefährlich geworden ist (es geht um Zeiträume von 100 000 Jahren und mehr), ist unter Wissenschaftlern umstritten. Die unterschiedlichen Standpunkte stellen wir in zwei Beiträgen vor. In dem einen schildert der Geologe Dr. Harald Steinert die kritischen Einwände, die auf der letzten Tagung der Deutschen Geologischen Gesellschaft vorgetragen wurden. Als „Gegenrede“ veröffentlicht wir einen Bericht der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig. Diese ist vom Bund mit der Durchführung und Aufsicht des Projekts beauftragt worden.

Entwicklung und Bau des Endlagers obliegen der Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe (DBE) in Peine. Dem Aufsichtsrat dieser Gesellschaft gehören Vertreter der vier daran beteiligten Firmen, der zuständigen Bundesministerien, Vertreter des Landes Niedersachsen und der PTB an. Der Geschäftsführer der DBE, Dr. Hans Jürgen Krug, schildert die Vorhaben, die in den nächsten Jahren in Gorleben geplant sind.

Zu unrecht wird oft behauptet, die Entscheidung für Gorleben sei längst gefallen und nicht mehr rückgängig zu machen. Die PTB rechnet zwar damit, daß der Salzstock geeignet ist. Sollte jedoch die Erkundung, die Anfang der 90er Jahre abgeschlossen sein wird, ein anderes Ergebnis erbringen, kann mit den dort gewonnenen Erfahrungen innerhalb von zehn Jahren ein neuer Standort erkundet werden. 95 Prozent des bis zum Jahr 2000 anfallenden Materials könnten (ab 1987) im Salzstock untergebracht werden. Das Planfeststellungsverfahren für dieses Projekt ist bereits abgeschlossen. L. KÜRTEN



Der Bauplatz in Gorleben: Alle Vorbereitungen zum Bohren der Schächte sind getroffen.

FOTO: PTB

Von HARALD STEINERT

Gegen die Wahl, den Salzstock in Gorleben als Endlager für radioaktive Abfälle zu nutzen, wenden sich zahlreiche Geologen mit dem Hinweis, daß schon frühere geologische Untersuchungen nachgewiesen haben, daß diese Salzauflöbungen nach den vorliegenden Erkundungen nicht so sicher ist, wie es anfangs schien. Nach ihrer Meinung ist es unbedingt notwendig, noch weitere Salzstöcke auf ihre Eignung hin zu untersuchen, wie anfänglich schon geplant war. In Gorleben sind drei niedersächsische Salzstöcke in der Auswahl gekommen, bevor man sich mit einem Milliardenauflauf auf Gorleben festlegte. Seit 1965 werden in dem stillgelegten Salzbergwerk Asse bei Wolfenbüttel Verfahren und Techniken zur sicheren Endlagerung radioaktiver Abfälle entwickelt und erprobt. Von 1975 bis 1982 wurde auch die Eignung des Eisenbergwerks Konrad bei Salzgitter-Lebenstedt für die Endlagerung untersucht. Auf der Tagung über „Umweltgeologie der Deutschen Geologischen Gesellschaft“ in Königstein (Taunus) wurden vor einiger Zeit die Ergebnisse der unterschiedlichen Untersuchungen vorgetragen und diskutiert.

Der Salzstock Gorleben ist – wie mehr als hundert andere Salzstöcke in Norddeutschland – seit der Entstehung des Salzes vor rund dreihundert Millionen Jahren aus dem flächigen Primärsalz heraus als „Salzpfropfen“ durch die überliegenden Gesteine hindurch zur Erdoberfläche emporgetrieben. In seinem Inneren ist ein Kern aus dem sehr mächtigen und reinen Steinsalz der sogenannten „Stassfurt“-Schichten zu erwarten, in dem in etwa 800 Metern

Genügt der geologische Schutzschild?

Tiefe des Endlagers eingerichtet werden soll.

Nach den ersten geologischen Erkenntnissen konnte man damit rechnen, daß dieser Salzstock relativ stabil ist und daß sein Salz von einem rund 300 Meter mächtigen Deckgestein mit weitgehend tonigen Schichten geschützt wird. Dieses ist die Voraussetzung für die Vermeidung des Eindringens von Grundwasser in das Endlager und einer damit verbundenen radioaktiven Grundwassercontamination. Allerdings war damals schon im Verlauf von Forschungsarbeiten in der DDR der Salzstock „Rambow“ bezeichnet worden, als Beispiel für einen nicht stabilen Salzstock aufgeführt worden.

Die zahlreichen flachen und tiefen Bohrungen, die Oberflächenuntersuchungen sowie die geologischen Erkundungen und geophysikalischen Explorationsarbeiten haben Zweifel an der Qualität des Salzstocks Gorleben auf seitens vieler Geologen aufkommen lassen.

Der Salzstock wird durch Grundwasser ausgelaut

Allerdings fällt das Endurteil ganz unterschiedlich aus: Es geht dabei vor allem um die Frage, innerhalb welcher Zeiträume die Sicherheit der Lagerung gewährleistet werden kann. Diese Sicherheitszeit muß mindestens 100 000 Jahre betragen.

Man muß damit rechnen, daß dieser seit weit über 200 Millionen Jahren aufsteigende Salzstock auch in Zukunft weiter aufsteigt und damit auch

das „Endlager“ näher an die Oberfläche bringt. Die Aufstiegsraten werden teilweise mit 0,1 Millimeter pro Jahr angegeben. Dies ist der geschätzte durchschnittliche Wert der letzten 60 Millionen Jahre. Unter diesen Voraussetzungen würde sich das Endlager dann in den nächsten 100 000 Jahren nur um rund zehn Meter heben, eine unbedeutende Quote. Möglicherweise steigt das Gestein aber auch mit dem Vielfachen dieses Wertes: Das könnte die Sicherheit dann sehr wohl mindern. Es wäre auch denkbar, daß die Aufwärtsbewegung unregelmäßig verläuft und äußere Ursachen, wie z. B. ein Klimawechsel, sie beschleunigen. Die neuesten vorliegenden Ergebnisse sprechen jedoch eher für einen sehr langsamen Aufstieg.

Gleichzeitig mit der Drift nach oben wird jedoch das Salz, ein extrem leicht lösliches Gestein, durch Grundwasserströme von oben her abgelautet. Es hat sich ohne jeden Zweifel erwiesen, daß das Deckgebirge keineswegs so dicht ist, wie anfangs erhofft. Während der Eiszeit ist es durchbrochen worden, als in der sogenannten Elstervereisung vor rund 400 000 Jahren ein Schmelzwasserwall direkt über dem Salzstock entstand, das rund 300 Meter tiefe Rinnen in die damals rund 250 Meter tiefe liegende Oberfläche des Salzes einfräsen – und das Endlager so dem Grundwasser zugänglich machen.

Wird bedrohlicher und nachgelassen ist ein anderes Risiko für die Sicherheit des Endlagers: das partielle Eindringen von Grundwasser unter die Oberfläche des Salzes, den „Salzspiegel“. In der Bohrung Gor Hy 1304 wurde dieses Phänomen

beobachtet. Ein Kaliföz ist dort bis 92 Meter Tiefe unter die Salzoberfläche aufgelaufen und das Salz teilweise durch eingespülte Sande ersetzt worden. Noch in einer Tiefe von 50 Metern ist das Salz durch Wasser in das Gestein Kainit umgewandelt worden. Es ist völlig offen, ob nicht an anderer Stelle das Wasser noch tiefer eingedrungen ist. Allerdings sind wesentlich tiefere Bohrungen in das Salz hinein bisher in diesem Salzstockteil unterlassen worden, um nicht durch Bohrungen die „Barriere Steinsalz“ zu schwächen. Denn durch diese Vorgänge würde das Eindringen von Wasser stark begünstigt. „Ein paradoxer Zustand“, kommentiert der Kieler Geologe K. Dupporn. Für ihn ist es dringend notwendig, die tatsächliche Reichweite des Vordringens von Wasser in den Salzstock kennenzulernen.

Von Bedeutungslosigkeit zur latenten Gefährdung

Die Zahlenangaben für diese heutige „Subrosion“ schwanken zwischen 0,1 und 1,3 oder sogar mehreren Millimetern pro Jahr. Auch hier bewegen sich die Größenordnungen der Werte, wenn man sie mit anderen Entwicklungen korreliert, zwischen Bedeutungslosigkeit und latenter Gefährdung. Doch erscheint die Subrosion – ebenso wie der Aufstieg – möglicherweise kontrollierbar und für das nächste Jahrtausendtausend überschaubar. Falls es allerdings zu einer neuen Vereisung kommen sollte, sieht es schon bedenklicher aus. Vorstöße des Inlandseises könnten wiederum das Gebiet Gorleben erreichen. Sie könnten neue und noch tiefere Rinnen in den Boden „fräsen“ und das Endlager so dem Grundwasser zugänglich machen.

Weit bedrohlicher und nachgelassen ist ein anderes Risiko für die Sicherheit des Endlagers: das partielle Eindringen von Grundwasser unter die Oberfläche des Salzes, den „Salzspiegel“. In der Bohrung Gor Hy 1304 wurde dieses Phänomen

beobachtet. Ein Kaliföz ist dort bis 92 Meter Tiefe unter die Salzoberfläche aufgelaufen und das Salz teilweise durch eingespülte Sande ersetzt worden. Noch in einer Tiefe von 50 Metern ist das Salz durch Wasser in das Gestein Kainit umgewandelt worden. Es ist völlig offen, ob nicht an anderer Stelle das Wasser noch tiefer eingedrungen ist. Allerdings sind wesentlich tiefere Bohrungen in das Salz hinein bisher in diesem Salzstockteil unterlassen worden, um nicht durch Bohrungen die „Barriere Steinsalz“ zu schwächen. Denn durch diese Vorgänge würde das Eindringen von Wasser stark begünstigt. „Ein paradoxer Zustand“, kommentiert der Kieler Geologe K. Dupporn. Für ihn ist es dringend notwendig, die tatsächliche Reichweite des Vordringens von Wasser in den Salzstock kennenzulernen.

Die Beurteilung der Zukunftssicherheit der Salzstockdeponie wird noch dadurch kompliziert, daß die Einlagerung des hoch radioaktiven Abfalls durch die geologische Situation ändern wird: Die Zerfallswärme wird in den nächsten 50 Jahren eine Hebung an der Erdoberfläche um etwa acht Millimeter pro Jahr bewirken, dann für weitere 500 Jahre um zwei Millimeter pro Jahr. Das sind Geschwindigkeiten des Salzaufstiegs, wie sie vermutlich in der Natur noch nie vorgekommen sind. Dies könnte die Struktur der wasserführenden Deckschichten verändern und dem Wasser einen schnelleren Zutritt zu der Salzbarriere öffnen.

Alle diese Probleme sind vorläufig so komplex, daß zahlreiche Geologen empfehlen, vor der Milliarden-Investition doch noch Alternativprojekte wie die Lagerung in schichtigem Salz, in Granit oder einer Tiefseedeponie zu untersuchen.

Forschungen unter Tage

Von HANS J. KRUG

In den nächsten fünf Jahren wird die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH (DBE) für den Bau eines Bergwerkes zur Erkundung des Salzstocks Gorleben jährlich ca. 80 Mill. DM ausgeben, um im Rahmen der unterirdischen Erkundung Kenntnisse über den Innenbau des Salzstocks zu gewinnen. Diese Arbeiten sind Teil eines Untersuchungsprogramms, das die geologischen und hydrologischen Verhältnisse am Standort klären soll.

Die überörtliche Erkundung des Salzstocks erfolgte im wesentlichen zwischen 1979 und 1983. Hierzu gehörten ein hydrogeologisches Untersuchungsprogramm, Tiefbohrungen an den Flanken, an der Oberfläche (Salzspiegel) und im zentralen Bereich des Salzstocks sowie geophysikalische Untersuchungen.

Das auf einer Fläche von 300 km² angelegte hydrogeologische Untersuchungsprogramm dient dazu, das Grundwasser sowie die Deckgebirgsschichten über dem Salzstock und in seiner unmittelbaren Umgebung zu erkunden. Mit diesen Untersuchungen konnten die Einwirkungen des Grundwassers auf den Salzstock und mögliche spätere Auswirkungen eines Endlagerbergwerkes auf das Grundwasser untersucht werden. Vier Bohrungen wurden bis in Tiefen von ca. 2000 m vorgetrieben. Sie brachten Kenntnisse über die Mineralzusammensetzung und den Schichten-Aufbau (Stratigraphie) des Gesteins sowie Hinweise auf deren Verbreitung im Salzstock.

Die Salzspiegelbohrungen dienen sowohl der Untersuchung des Deckgebirges als auch des Salzstocks. Sie zeigen die Lage und Beschaffenheit des Hütgesteins, die Art des Übergangs vom Hütgestein zum Salz sowie die Lagerung und Stratigraphie der angrenzenden Salzschichten. Außerdem wurden Erkenntnisse darüber gesammelt, wie der Salzstock gegen das Deckgebirge abgedichtet ist und ob Stellen vorhanden sind, an denen das Salz ausgetreten werden kann. Sie ermöglichen weiter, die Oberfläche des Salzstocks zu kartie-

ren und die Ansatzpunkte für die Schächte festzulegen. Hier wurden zwei Schachtvorbohrungen bis in eine Tiefe von ca. 1000 m niedergebracht. Die dabei gewonnenen Daten waren u. a. für die Planung der beiden Schächte erforderlich. Mit Hilfe der Reflexionsseismik und gravimetrischen Messungen wurden auch äußere Form und Flankenausbildung des Deckgebirges und des Salzstockes bestimmt.

Die Erkenntnisse dieser Untersuchungen haben, nach Ansicht der DBE, im wesentlichen die Eignung des Salzstocks für die Endlagerung der vorgesehenen radioaktiven Abfälle bestätigt. Sie rechtfertigten das Niederbringen von zwei Schächten und die Erkundung des Salzstockinneren. Mit dem Bohren der beiden Schächte wird noch in diesem Jahr begonnen. Sie sollen mit einer Tiefe von 840 m beziehungsweise 940 m und mit einem lichten Durchmesser von 7,5 m im Jahre 1989 fertiggestellt sein. Anschließend wird der Schachtgrund auf der 840-m-Sohle ausgebaut und eine Verbindung zwischen beiden Schächten hergestellt.

Mit der Inbetriebnahme von Schacht 1 als Förder- und Seilfahrtschacht wird dann auch begonnen, ein unterirdisches Streckennetz von ca. 26 km Länge zu bohren. Die Strecken werden eine Breite von 6 m und eine Höhe von mindestens 3 m haben und durch Vortriebsmaschinen hergestellt. Bei diesen Arbeiten werden ca. alle 50 m „Zwischenstationen“ errichtet, von denen aus Horizontal- und Kernbohrungen bis zu 1000 m Länge zu den Salzstockflanken und zum Kern des Salzstockes gebohrt werden. Für die gesamten Bohrarbeiten unter Tage müssen etwa 570 000 m³ oder 1,2 Mill. t Salz an die Oberfläche gefördert werden.

Auf diese Weise können die notwendigen Daten für die Planung eines Endlagerbergwerkes gewonnen werden. Sie sind Voraussetzung, um im Planfeststellungsverfahren den Nachweis der Eignung des Salzstocks führen zu können. Die untertägige Erkundung soll im Jahre 1992 abgeschlossen sein. Sie wird insgesamt 944 Mill. DM kosten.

Keine Zweifel an der Salzbarriere

In wesentlicher Kritikpunkt am Salzstock Gorleben sind die möglichen Ablaudivorgänge – Subrosion – am Salzspiegel. Der Geologe D. Appel (Hannover) leitet mittlere Subrosionsraten über lange Zeiträume im Quartär von bis zu 0,4 mm/Jahr und Spitzenwerte von bis zu 3,4 mm/Jahr aus Veränderungen der Lage der Schichten der Holstein-Warmzeit ab. Die von Appel als verlässliche Methode bezeichnete Vorgehensweise ist jedoch am Salzstock Gorleben nicht brauchbar, weil die Lageveränderungen der Schichten weitgehend auf Verschiebung durch Gletschereis zurückzuführen. Sie sind daher kein Maßstab für Subrosion und Salzaufstieg.

Der Kieler Geologe K. Dupporn postuliert nach einer altquartären Aufstiegsphase – Diapirphase – des Salzstocks vor 900 000 bis 1 Mill. Jahren ein Absinken der Gipsautoberfläche durch Salzablaugung im Südteil des Salzstocks bis mindestens 280 m. Weiterhin verweist Dupporn auf selektive Tiefensubrosion, die nach seiner Ansicht Zweifel an der Schutzfunktion der „Barriere Salzstock“ aufkommen läßt. Seine Behauptung, nach Temperaturmessungen in Salzspiegelbohrungen finden Wasserbewegungen längs des abgelagerten Kalifözes auch heute noch statt, entbehrt der wissenschaftlichen Grundlage. Mit Temperaturmessungen werden Wasserbewegungen innerhalb eines Bohrlochs festgestellt, die für sich genommen noch keinen Nachweis von Wasserbewegungen im Gebirge darstellen.

Auf der Basis jahrelanger detaillierter Arbeit von Geologen und Paläontologen der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) wurden auf der letzten Geologentagung in Königstein erstmals Ergebnisse von Untersuchungen vorgestellt, mit denen die Subrosion des Salzstocks optimal erkannt werden kann. Ein Teil der Ergebnisse basiert auf der Untersuchung von etwa 1500 Bohrproben aus den bis zu 90 m mächtigen Schichten im Deckgebirge des Salzstocks. Die Ablagerung dieser Schichten ist auf die Zeit zwischen 900 000 und 700 000 Jahren vor

heute zu datieren. Man errechnete für den größten Teil des Ablaudivorganges Subrosionsraten von 0,1 bis 0,2 mm pro Jahr.

Weiterhin wurde Kernmaterial aus dem Hütgestein und dem unterliegenden Salzgebirge von 44 Salzspiegel- und fünf Tiefbohrungen untersucht. Hütgestein entsteht am Salzspiegel bei der Auflösung der leicht löslichen Salzminerale. Die schwer oder nicht löslichen Bestandteile verbleiben an Ort und Stelle, so daß das Hütgestein von oben nach unten wächst. Im Gegensatz zu anderen geologischen Körpern liegen also im Hütgestein die ältesten Gesteine oben und die jüngsten unten.

Da der Gehalt der unlöslichen Verunreinigungen des jeweils abgelagerten Salzes an Bohrkernen bestimmt werden kann, läßt sich aus der Mächtigkeit des Hütgesteins auch die Mächtigkeit des abgelagerten Salzgesteins berechnen. Gelänge es darüber hinaus, eine Zeismark für den Beginn der Ablaudivorgänge zu finden, so

kann man bestimmen, wie schnell dieser Vorgang abläuft.

Eine solche Marke hat der Vorstoß des Gletschereises in der sogenannten Elster-Eiszeit hinterlassen. Unter dem Eis tiefendes Wasser führte zur Bildung der „Gorlebener Rinne“. Eine weitere Folge war das Zerbrechen von Teilen des älteren Hütgesteins und eine Einlagerung von Sand- und Gesteinsbrockchen aus darüberliegenden Sedimenten. Nachfolgende Eiszeiten haben das Hütgestein nicht wieder erreicht. Das durch Ablaudivorgänge im Hütgestein entstandene Hütgestein ist an seinem Gefüge zu erkennen. In anderen Bohrungen kann nachgewiesen werden, daß nach dieser Eiszeit keine Ablaudivorgänge mehr stattgefunden haben. Dies gilt auch für weitere Bereiche der Rinne. Für den gesamten Salzstock ergibt sich eine durchschnittliche Ablaudivorgänge von etwa 12 m, das heißt, seit der Elsterzeit etwa 0,04 mm pro Jahr.

Diese Ergebnisse zur Subrosion am Salzstock Gorleben bestätigen die mit Hilfe anderer Methoden erarbeiteten Vorstellungen der BGR. Die Tendenz der Subrosion, wie auch des Salzstockaufstiegs, ist abnehmend. Die vorreissenden Subrosionsraten von 0,1 bis 0,2 mm pro Jahr sind nach einem Höhepunkt während der Rinnebildung auf jährlich weniger als 0,04 mm in der Zeit nach der Elsterzeit zurückzuführen. Erwartungsgemäß zeigte sich weiterhin, daß Subrosion bevorzugt an Hochlagen des Salzspiegels auftritt. In der Zukunft sind noch geringere Werte zu erwarten, so daß eine Gefährdung des Endlagers durch Subrosion in dem zu betrachtenden Zeitraum auszuschließen ist.

Die geologischen Untersuchungen im ehemaligen Eisenerzbergwerk „Konrad“ sind, im Gegensatz zu Gorleben, weitgehend abgeschlossen. Dazu wurden seismische Messungen bis an den Rand der künftigen Einlagerungsfelder vorgenommen. Die wichtigste geologische Barriere über dem Gestein bildet eine 400 Meter mächtige Schicht aus Ton- und Mergelsteinen, die nur in sehr geringem Maß durchlässig ist. PTB

Stichworte

Das sogenannte „Integrierte Entsorgungskonzept“ für radioaktive Abfälle sieht drei unterschiedliche Stufen vor, die eng ineinander greifen: In den Zwischenschritten (geplant in Gorleben und Ahous) werden abgebrannte Brennstäbe oder Abfälle aus Kernkraftwerken, die in unterschiedlichem Maß radioaktiv sind, vorübergehend gelagert, bis sie weiterverarbeitet oder in einem Endlager sicher untergebracht werden können. Brennstäbe sollen in einer Wiederaufbereitungsanlage behandelt werden (geplant im bayerischen Wackersdorf). Nur das nicht mehr verwertbare Abfallmaterial wird schließlich in den auf viele hunderttausend Jahre konzipierten Endlagern deponiert, bei seine Radioaktivität abgeklungen ist. DW.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die Grundlagen des Rechts

„Hilf mir, dich selber selbst zu sein.“ WELT vom 18. Januar

Sehr geehrte Redaktion, wenn es wahr ist, daß der Präsident des Bundesverfassungsgerichts das Verbot der Tötung auf Verlangen (Paragraf 216 StGB) als „Insel der Inhumanität als Folge kirchlichen Einflusses auf die Rechtsordnung“ bezeichnet hat, dann ist das ein Vorgang, der nicht laut genug beklagt und nicht energisch genug zurückgewiesen werden kann.

Zum einen gibt es ein denkbar ungutes Bild, wenn der oberste Richter in Deutschland gerade jetzt, da gegen Julius Hackett Anklage erhoben wurde, sich zu dem Problemkreis äußert; ist das nicht Einmischung in ein schwebendes Verfahren?

Zum anderen: Welche Auffassung von den Grundrechten hat denn der Hüter des Grundgesetzes? Die Grundrechte, so auch das Recht auf Leben, stehen uns doch nicht von Staats wegen zu, sondern von Schöpfungs wegen; es war der große Fortschritt, daß das Grundgesetz dies anerkannt hat. Wenn wir aber das Recht auf Leben unabhängig vom Schöpfer haben, dann hat niemand das Recht, uns dies Leben zu nehmen, auch nicht wir selbst! Das ist nicht katholisches Sondergut, das sagt schon die nicht irreführende Vernunft.

Zum dritten: Hat Herr Zeidler wirklich keine Ahnung a) vom Wesen der Kirche, b) vom segensreichen Einfluß der Kirche auf unser Volk im jahrhundertelangen Verlauf seiner Geschichte?

Mit freundlichen Grüßen

Werner Hergemöller, Richter a. D., Eichstätt

Sehr geehrte Redaktion, nachdem der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Zeidler, in Rottburg – bislang nicht dementiert – das abgetriebene Leben als „Himbeer-Schokolade, wuchernde Substanz“ bezeichnet, werden ihm die Todeschwadronen des Parnassus-Battillons 218 wohl bald mit ihrer „Torsion-Recht-Torsionsabteilung“ betrauen dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Gottfried Woltz, Icking

Kardinal Höffner fördert die Abberufung des höchsten Vertreters der Justiz, Herrn Bundesverfassungsgerichtspräsidenten Wolfgang Zeidler, wegen seiner Äußerungen zur Abtreibung sowie zur Sterbehilfe. Die Bundesregierung hat vor Jahren die finanzielle Förderung eines Modellvorhabens zur Errichtung von Sterbekliniken geprüft. Aufgrund ablehnender Stellungnahme u. a. auch seitens der katholischen Kirche ist das Vorhaben nicht weiter verfolgt worden. Trotz Artikel 140 GG (Es gibt keine Staatskirche) hatte die Kirche Einfluß auf unsere Rechtsordnung genommen. Auch die legale Ausführung des Paragraphen 218 verstößt nicht gegen die Gesetze.

Nach Artikel 97 GG sind die Richter unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Gemäß Artikel 98 GG kann Wolfgang Zeidler nicht abberufen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Rindholz, Bonn 2

Zivilschutz

Der Nobelpreis für die IPPNW sollte sicher ein Signal setzen. Auszeichnung wollte man die Bemühungen von Ärzten in der ganzen Welt, mit schonungsloser Offenheit vor einem Atomkrieg zu warnen. Dies tun übrigens nicht nur die in der IPPNW zusammengeschlossenen Ärzte, auch der Deutsche Arztetag hat zum Beispiel in dieser Frage eindeutig Stellung bezogen.

Dennoch werden wir mit der Atom-bombe leben müssen. Das Wissen über ihre Herstellung ist in der Welt, sie könnte schnell wieder produziert werden, selbst wenn alle Arsenale vernichtet würden.

Zivilschutz stellt keine militärische Bedrohung dar, Agitation dagegen soll unsere Verteidigungsbereitschaft unterhöhlen. Ärzte müssen sich der humanitären Aufgabe des Zivilschutzes besonders verpflichtet fühlen.

In der Sowjetunion ist der Zivilschutz Bestandteil der Gesamtverteidigung und gesetzlich geregelt. Jedermann unterliegt der Dienstpflicht, als Arzt oder medizinisches Assistenzpersonal. Der Wertschutz in den Betrieben unterhält eigene Sanitätsstellen. Sämtliche Medizinstudenten sind erfaßt, Lehrgänge in Katastrophenmedizin und Teilnahme im Zivilschutz obligatorisch. Jährlich wird ein Äquivalent von sechs Millionen US-Dollar, ein Drittel davon für medizinische Zwecke, aufgewendet, um Sanitätsdeposits und Ausweichlazarette anzulegen. Für den Fall eines Atomkrieges bestehen klare Anweisungen. In der Spammungsphase ist eine Massenevakuierung in ländliche Gebiete vorgesehen.

Vor diesem Hintergrund nimmt sich die Unterstützung sowjetischer Mediziner für die deutsche Sektion der IPPNW etwas seltsam aus. Die sowjetischen Kollegen haben keine Möglichkeit, Fortbildung in Katastrophenmedizin oder Teilnahme am Zivilschutz zu verweigern, wozu sie ihre Kollegen in der Bundesrepublik ermuntern. In der DDR könnten sie den Versuch dazu schon gar nicht wagen, dort ist alles nach sowjetischem Vorbild gesetzlich geregelt. Mit der deutschen Sektion der IPPNW bin ich der Meinung, daß bei einem atomaren Schlagabtausch organisierte ärztliche Hilfe – auch in der Sowjetunion – nicht möglich sein wird.

Wir dürfen uns aber nicht – auch nicht ungewollt – zu Werkzeugen einer Propaganda machen, die uns gegenüber anderen Arten politischer Vergewaltigung wehrlos machen könnte. Ärztlicher Einsatz nach nie nach den Ursachen einer Katastrophe fragen, wir müssen ihren Opfern kompetente Hilfe leisten. Insofern besteht in meinen Augen eine ethische Verpflichtung zur aktiven Teilnahme am Zivilschutz als unentbehrlichem Teil einer Gesamtverteidigung.

Dr. med. Reinhold Schulze, Siegen 1

Wort des Tages

„Es ist immer verkehrt, zu befehlen, wenn man des Gehorsams nicht sicher ist.“

Gabriel Graf Mirabeau, französischer Autor und Politiker (1749–1791)

Personalien

EHRUNGEN

Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß flog eigens nach Málaga, um dort seinen Freund, den deutschen Generalkonsul Juan Hoffmann, zur Verleihung des Großkreuzes des Bundesverdienstordens vor deutschen und spanischen Ehrengästen in einer Ansprache zu ehren. „Einmalig in der Welt“ nannte Botschafter Dr. Günter Bräuer, der die Auszeichnung im Namen des Bundespräsidenten verlieh, Hoffmanns Position zwischen „Politik, Diplomatie und Konsultationsfunktion“. Strauß bezeichnete ihn als einen „großen Patrioten“ und „Spaniens besten Botschafter in Deutschland“. Zu Hoffmanns Verdiensten gehört die Errichtung des spanischen Kulturzentrums der Hanns-Seidel-Stiftung als einem Begegnungszentrum für Deutsche und Spanier aller politischen Richtungen sowie einer „endlich auch in Deutschland voll anerkannten“ deutschen Schule bei Marbella.

Ismaning, eine kleine Gemeinde im Norden Münchens, hat ihren prominentesten Einwohner Klaus von Kitzing die Würde eines Ehrenbürgers verliehen. Gleichzeitig mit der Feier im Ismaninger Schloß erhielt eine Straße seinen Namen. In Anspielung auf das Tauziehen um den Nobelpreis zwischen den Regierungschefs von Baden-Württemberg und Bayern, Lothar Späth und Franz Josef Strauß, stellte Bürgermeister Erik Zeidler fest: „Wie lange Sie hier noch wohnen werden, ist nebensächlich.“ Der neue Ehrenbürger und derzeitige

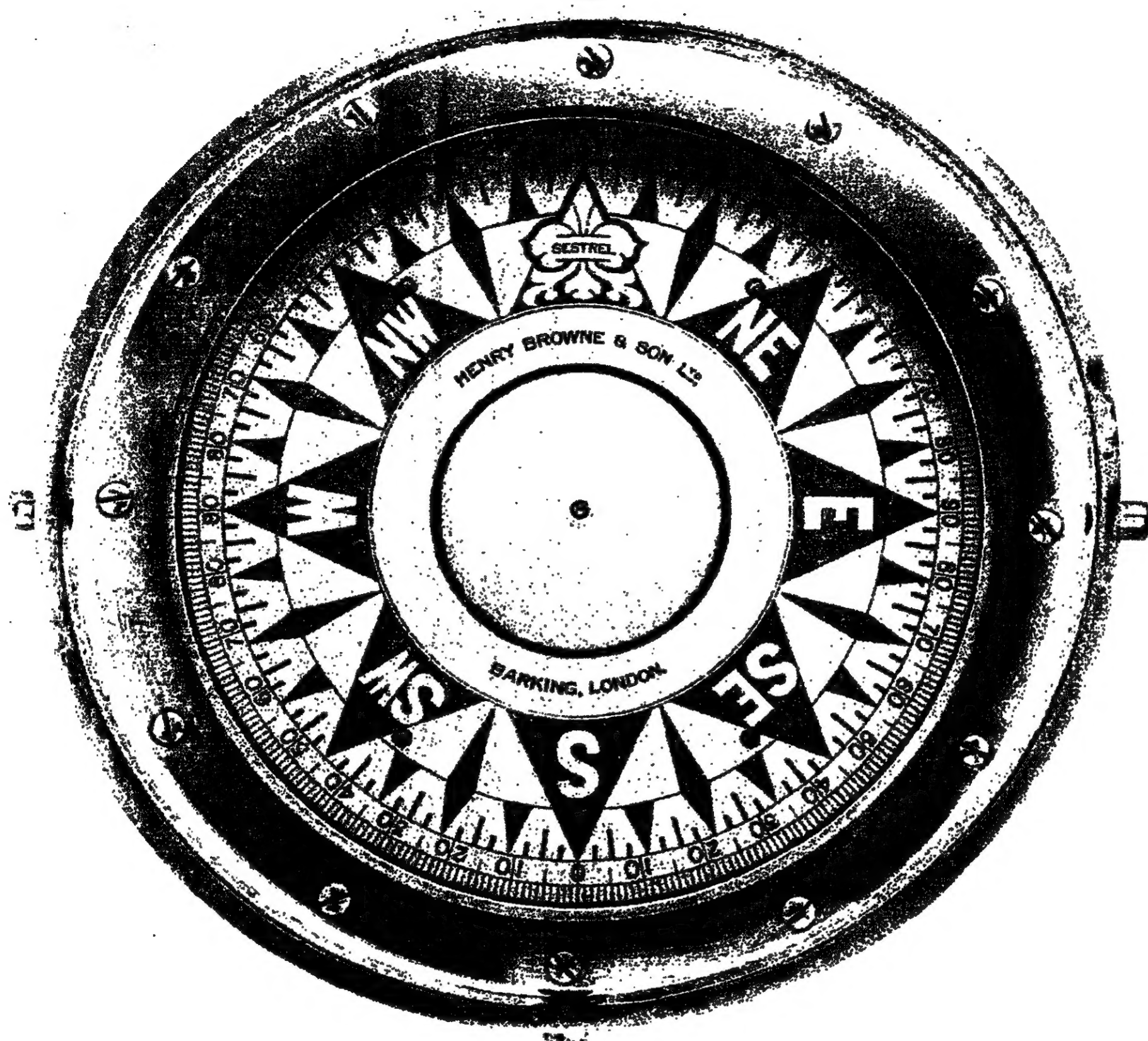
Direktor am Stuttgarter Max-Planck-Institut für Festkörperforschung ließ nicht erkennen, ob er zur Münchener Universität zurückkehren will.

Der Hermann-Ehlers-Preis wird in diesem Jahr dem früheren Generalinspekteur der Bundeswehr, Ulrich de Maistre (Bonn), verliehen. Die Übergabe findet im Rahmen eines Festaktes der Hermann-Ehlers-Stiftung im September in Hannover statt. Die Auszeichnung im Andenken an den 1964 verstorbenen oldenburgischen Oberkammerer und CDU-Politiker Hermann Ehlers wird jährlich an verdiente Persönlichkeiten des kirchlichen und politischen Lebens verliehen.

EMPFANG

60 Generale hat Bundeskanzler Helmut Kohl am Dienstag nachmittag im Kanzleramt empfangen. Bei dem mehrstündigen Treffen im NATO-Saal nahmen unter anderem der Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Altmann, teil, der Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte Europa Mitte, General Leopold Chappa, der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Eberhard Kilmier, Heeresinspekteur Generalmajor Hans-Henning von Sandrart und Marineinspekteur Vizeadmiral Dieter Wellershoff. Zusammen mit Verteidigungsminister Manfred Wörner und dem Parlamentarischen Staatssekretär Peter Witzke informierte die große Runde den Kanzler aus erster Hand über den Zustand der Truppe.

**Dass wir uns in ihr zerstreuen, darum ist die Welt so gross.
(Wanderlied von Johann Wolfgang von Goethe.)**



In welche Weltstadt oder in welche Stadt der Welt Sie auch immer gelangen möchten: Die Wahrscheinlichkeit, dass Sie mit der Swissair hin- und wieder zurückfliegen können, ist gross. Das ständige Hin und Her unserer Flotte in alle Himmelsrichtungen lässt sich besonders schön in unserem Flugplan nachlesen. Für Fluggäste, die sich lieber anstatt an Himmelsrichtungen nach Kontinenten orientieren, sei hier nur kurz das Streckennetz erwähnt: 47 Städte in Europa, 18 in Afrika, 23 in Asien, 10 in Nord- und Südamerika. Aus aller Welt in alle Welt.

swissair

STANDPUNKT

Trendwende bei den Fans

Bei ausverkauften Tribünen interessiert er die Verantwortlichen der Vereine herzlich wenig. Der Kunde kam ins Stadion, ohne besonders motiviert zu werden zu müssen. Der Rubel rollte. Wer ihn ins Stadion trug, war nebensächlich. Offenbar hat er lange genug seinen Geldbeutel geöffnet, ohne viel zu fragen, ohne Murren und letztlich vielleicht sogar zufrieden. Trendwende. Jetzt setzt er seine Meinung, der Zuschauer in der Fußball-Bundesliga.

Meinungsforschungsinstitute und Sozialwissenschaftler haben das Phänomen entdeckt, fragen, versuchen, Antworten zu geben. Eine Zuschauer-Studie von Soziologen der Deutschen Sporthochschule in Köln förderte alles andere als Komplimente für den Bundesligaklub 1. FC Köln zu Tage. Die Bosse des Wirtschaftsunternehmens Bundesliga haben sich offenbar zu weit von denen entfernt, die das Unternehmen erst zu dem gemacht haben, was es heute ist – oder war?

Die Theken-Gespräche zwischen dem Vorstand, Spielern und dem Zuschauer, wie früher am Schalker Markt, sind unwiderstehlich verloren. Der Vorwurf der Arroganz – Finanzen als einzige Motivation – entwickelt sich zwangsläufig, die Vermutung, daß „die da oben ja doch nichts mit uns zu tun haben wollen“, macht die Runde. Das kann ernsthaft keinen wunden, aber zur Kenntnis nehmen sollte man das schon – ernsthaft.

Die Spieler haben den Trend der Zeit offenbar erkannt. Die Popularität von Nationaltorhüter Harald Schumacher, am besten 1. FC Köln zu bleiben, kommt nicht von ungefähr. Viele halten ihn zwar nur für clever, aber es ist mehr, eine Art von Charisma. Man nimmt ihm ab, daß er für seine hohe Cage hart arbeitet.

Das zu wissen ist tröstlich. Unterstreicht es doch, daß der Fußball – eigentlich – an Attraktivität nichts eingebüßt hat, um die Stadien wieder zu füllen. Was sich verändert hat, ist das Publikumsverhalten. Die Fans wissen, was sie für ihr Geld erwarten können. Wer die besten Leistungen bietet, hat das vollste Haus. Gesetze des freien Marktes, dagegen hat keiner etwas einzuwenden.

CHRISTOPH FISCHER

MOTORSPORT / Ungarn investierte zehn Millionen Mark für erstes Formel-1-Rennen im Ostblock

In der einzigen Kneipe „Ket Makvirag“ warten auf die Stars Bohnensuppe und gepanschter Wein

OLAF BROCKMANN, Budapest
Mogyorod ist ein kleines ungarisches Dorf, 18 Kilometer nordöstlich von Budapest entfernt. Nur Gänsegeschrei unterbricht auf der ausgestorbenen Straße hin und wieder die Stille der 3200-Seelen-Gemeinde. Unweit der barocken Kirche gibt's die Kneipe „Ket Makvirag“ (Zwei Mohnblumen). Nur hier wird warmes Essen serviert. Einziges Angebot üblicherweise – eine Bohnensuppe, serviert in einem ungeheizten Hinterzimmerchen. Nicht angebaut, sondern gemachter Weißwein werde ausgeschenkt, wie ein Gast bezeugt. Jozsef Kiss, der Wirt, fristet ein kümmerliches Dasein. Aber nicht mehr lange. Denn im Sommer dieses Jahres wird er das Geschäft seines Lebens machen. Der Formel-1-Zirkus fällt bei seiner sensationellen Premiere im Ostblock mit Hunderttausenden Motorsportfans in diesen ungarischen Provinzort ein.

Und hinter dem Ortsausgang, an einem Friedhofshügel vorbei, führt eine Baustelle dorthin, wo am 10. August die besten Rennfahrer der Welt um WM-Punkte jagen sollen. Dort stampfen 150 Arbeiter mit 25 Baufahrzeugen seit Oktober letzten Jahres eine 3895 Meter lange Rundstrecke mit sieben Links- und acht Rechtskurven in ein ödes, hügeliges Gelände. Die 594 Meter lange Start- und Zielgerade nimmt bereits deutliche

Konturen an. Ansonsten ahnt man nur, wo in einem halben Jahr die Rennwagen auf einer zehn bis 13 Meter breiten Straße herumrasen werden.

„Aber“, so betont der Bauleiter János Somlósi, „wir sind genau im Plan.“ Am 30. Mai, so verspricht er in seiner Baubroschüre, werde die Rennstrecke für Testfahrten freigegeben. Etwas nervös, aber mit großem Stolz erläuterte Somlósi in seinem ersten Interview mit ausländischen Journalisten den Stand der Bauarbeiten. 180 000 Kubikmeter Erde seien bisher bewegt worden. Mit der Betonierung auf einem Teil der Strecke soll im Februar begonnen werden. Nur ein zu strenger Winter könnte die Arbeiten des „Asphalt-Straßenbaus“ etwas, aber nicht entscheidend zurückwerfen. Schließlich, so betonte Somlósi, habe sein Unternehmen schon viel Erfahrung. „Auch die Budapest Metro haben wir gebaut.“

Dieser „Asphalt-Straßenbau“, der ungarische Automobilklub, die Reiseunternehmen Ibusz und Cooptour sowie das Speditionunternehmen Volan-Tetu bilden unter staatlicher Kontrolle die wirtschaftliche Gesellschaft, die für das Unternehmen „Formel 1 im Ostblock“ verantwortlich ist. Ihr Präsident Tibor Balogh hatte mit Bernie Ecclestone, dem Chef der Konstrukteurs-Vereinigung, im vergangenen Sommer einen Ver-

trag für fünf Formel-1-Rennen in Ungarn ausgehandelt und einen „Kurs für das Jahr 2000“ versprochen. Das ungarische Politbüro gab schließlich „grünes Licht“ und behandelte, so Balogh, das Motorsportspektakel als „rein wirtschaftliche Angelegenheit“. So sah die „Financial Times“ auch das Hauptmotiv für das ungarische Unterfangen im Bestreben, „dringend benötigte harte Währung herbeizuholen“.

Der Gesamtetat wurde mit etwa zehn Millionen Mark veranschlagt. Die größten Einnahmen sollen in den nächsten Jahren – wie im Westen – von dem Verkauf der Fernsehrechte, der Werbung und aus den Einnahmen der Eintrittskarten gewonnen werden. Später sollen sich die hohen Ausgaben bei zehn bis 15 Autorennen pro Jahr auf der neuen Strecke amortisieren. Die Veranstalter träumen bei der Formel-1-Premiere im Ostblock von 150 000 Besuchern. Ein Sitzplatz-Abonnement für die beiden Trainingstage und für das Rennen kostet 1500 Forint (etwa 70 Mark). Diese werden vor allem für die erhofften 30 000 Besucher aus dem westlichen Ausland reserviert.

Stahlrohr-Tribünen werden nur auf der Start- und Ziel-Geraden aufgebaut. Ansonsten soll das hügelige Gelände beste Sichtmöglichkeiten bieten. „70 bis 80 Prozent der Strecke sind immer einzusehen“, lobte Dr. Je-

nő Javori, der geschäftsführende Direktor der Organisation. In einem Gespräch mit der offiziellen ungarischen Nachrichtenagentur MTI meinte der 53-jährige, daß das Interesse in Ungarn für die „nicht alltägliche Sportdelikatesse“ riesig sei. 50 000 Kartenanträge seien schon aus ganz Ungarn eingegangen, zum Beispiel gleich 4000 vom Bezirksjugend-Reisebüro „Express“ aus der Bezirks-hauptstadt Békescsaba nahe der rumänischen Grenze.

Das Hauptproblem ist für die Organisatoren zur Zeit noch die Parkplatzfrage. Für die 40 000 erwarteten Privatwagen ist eine Fläche von rund 60 000 qm erforderlich. Der erste Plan, dafür ein Kleefeld neben der Rennstrecke zu pflanzen, wurde verworfen, da bei Regenwetter die Zuschauer durch ein aufgeweichtes Feld waten müßten. Jetzt werden voraussichtlich zwei der vier Spuren der Autobahn M 3 als Parkplatz gesperrt.

Die Frage der Unterkünfte ist bereits gelöst: Die ungarischen Besucher werden größtenteils auf Campingplätzen rund um die Rennstrecke nächtigen. Die Ausländer sollen in der Hauptstadt in den Hotels logieren. Viele werden sich aber trotzdem in die Kneipe „Ket Makvirag“ verirren und mit einem Glas wärmelich gepanschten Weines auf die Formel 1 im Ostblock anstoßen.

SPORT-NACHRICHTEN

Kasparow gibt Revanche

Moskau (AP) – Der sowjetische Schach-Weltmeister Gari Kasparow kündigte an, daß er seinem Vorgänger und Landsmann Anatoli Karpow im Spätsommer Revanche geben will. Die Internationale Schach-Föderation (FIDE) hatte einen neuen Titelkampf für den 10. Februar angesetzt, jedoch lehnte Kasparow diesen Termin ab.

Ahmann lange operiert

Milwaukee (dps) – Erhard Ahmann, früherer Trainer des Fußball-Zweitligaklubs VfL Osnabrück, wurde in Milwaukee am Herzen operiert.

In einer achttündigen Operation wurden ihm fünf Bypässe eingesetzt.

Stuttgart holt Torjäger

Stuttgart (dps) – Der Fußball-Bundesligaklub VfB Stuttgart hat für die nächste Saison Stefan Schmidt, Tor-schützenkönig vom nordbadischen Oberligaklub SG Kirchheim, verpflichtet. Schmidt wird einen Zweijahresvertrag unterschreiben.

Platini in die Schweiz?

London (sid) – Nach Angaben der englischen Tageszeitung „Daily Telegraph“ soll Frankreichs Fußballstar Michel Platini bereits zweimal mit dem französischen Klub Servette

Genf verhandelt haben. Der dreimalige „Fußballer des Jahres“ in Europa hat beim Europapokalsieger Juventus Turin einen Vertrag bis zum Saisonende.

ZAHLEN

FUSSBALL
Freundschaftsspiele: Fort. Köln – Leverkusen 2:3, Frankfurt – Frankfurt 1:3, Osnabrück – Hamburg 2:4, Essen – Kerkrade 2:1, Wuppertal – Essen 1:5.

HANDBALL
Testspiel: Handbollsport – Nationalmannschaft 18:45.

RALLYE
54. Rallye Monte Carlo, Zwischen-

stand nach 23 von 35 Sonderprüfungen: 1. Salonen/Harjanne (Finnland) Peugeot 205 Turbo 6:11:44 Std., 2. Toivonen/Cresso (Finnland/USA) Lancia Delta 6:22 Min., 3. Röhrl/Geisler (Deutschland) Audi Sport Quattro 7:51.

RAD
Stuttgarter Sechstagesrennen, Endstand: 1. Pijnen/Frank (Holland/Dänemark) 200 Punkte, 2. Turrau/Kristen (Deutschland) 147, 3. Clark/Doyle (Australien/England) 134, eine Rd. zur: 4. R. Hermann/Kneemann (Deutschland/Holland) 133, 5. Tourne/De Wilde (Belgien) 101, 6. Bollen/Schlaphoff (Deutschland) 75.

BASKETBALL
DBB-Pokal, 3. Runde: Heidelberg – Bayreuth 92:105, Ludwigsburg – Hagen 69:97.

RALLYE

Walter Röhrl: „Monte ist für mich gelaufen“

sid, Monte Carlo
Das Verhängnis kam am späten Dienstagabend, auf der 17. Sonderprüfung von St-Jean-Royans nach Vassieux-en-Vercors. Zum zweiten Mal innerhalb von 24 Stunden brachte ein defekter Reifen den Audi Sport Quattro des Regensburgers Walter Röhrl zum Stehen. Erneut verlor der zweimalige Weltmeister zwei Minuten auf den zu diesem Zeitpunkt noch führenden Finnen Henri Toivonen, sein Gesamtzeitstand als Fünfter vergrößerte sich auf 7:51 Minuten und veranlaßte Röhrl zu der düsteren Prognose: „Die Monte ist für mich gelaufen.“

Toivonen ist seit seinem Frontalzusammenstoß am Dienstag mittag erheblich angeschlagen. Zwar konnten die Mechaniker die schwer beschädigte Frontpartie seines Lancia Delta in fieberhafter Arbeit wieder fahrtüchtig machen, doch Toivonen klagte mit zunehmender Fahrdauer über immer größere Schmerzen in seinem linken Hüftgelenk. Auf der 23. Sonderprüfung verlor er die Führung an Titelverteidiger Timo Salonen.

Der Lancia-Teamarzt befürchtete, der Oberschenkelhalsknochen des 29-jährigen Toivonen könne möglicherweise aus dem Hüftgelenk gesprungen sein. Toivonen, der sich bei dem Unfall außerdem zwei Finger der linken Hand verstauchte, soll sich noch vor der berühmten „Nacht der langen Messer“ heute in einer Klinik in Monte Carlo einer eingehenden Untersuchung unterziehen. Erst dann fällt die Entscheidung darüber, ob er weiterfahren kann.

Walter Röhrl, der in diesem Jahr zuversichtlich seinen fünften Sieg bei der berühmtesten Rallye der Welt anvisiert hatte, war von Beginn an vom Pech verfolgt. Neben den beiden Reifenschäden, die ihn insgesamt 7:50 Minuten kosteten, lief der 450 PS starke Motor des Quattro nie zur vollen Zufriedenheit des Regensburgers. Zeitweilig lief er unter 5000 Umdrehungen nicht rund, erreichte nicht das Leistungs-Optimum.

Auf der dritten Etappe hatte der Motor bis 7000 Umdrehungen ständig Aussetzer, ehe er dann urplötzlich seine volle Leistung entfaltete. „Auf einmal macht der Wagen einen Satz nach vorn und ist fast nicht mehr unter Kontrolle zu halten. Ich mußte langsamer fahren“, meinte Röhrl.

TENNIS

Extrawurst für McEnroe: Er darf Pause einlegen

sid, New York
Das allmächtige „Men's International Professional Tennis Council“ hat seinem Sorgenkind John McEnroe ein Erlaubnis erteilt, die es vor vier Jahren seinem Masterschüler Björn Borg verweigert hat. Der tennismüde New Yorker Linksänderer wird für zwei Monate aus seinen Grand-Prix-Verträgen entlassen, um sich in einer Ruhepause auszukurieren und seine frühere Spielstärke wiederzugewinnen. „Schaukampfs-Verträge“ wird McEnroe allerdings einhalten.

Den Ausschlag für das Ersuchen des nach vierjähriger Führung in der Welttrangliste durch Ivan Lendl von der Spitze verdrängten Amerikaners gab die blamable Dreisatz-Niederlage gegen seinen Landsmann Brad Gilbert in der ersten Runde des Masters-Turniers in der letzten Woche.

Das Tennisgenie John McEnroe beendete das Jahr 1985 zwar immer noch mit einem bemerkenswerten Rekord, doch Vergleichszahlen sagen vieles aus. 1984 verlor er im Grand-Prix von 81 Spielen ganze zwei, dazu im Davis-Cup gegen den Schweden Henrik Sundström, kam auf ein Preisgeld von 2 028 109 Dollar bei 15 Turnieren.

1985 lautete der Matchrekord 71:8 bei allerdings fünf Niederlagen in 14 Spielen gegen die ersten zehn der Welttrangliste. Von 17 Turnieren gewann McEnroe acht, im zweiten Halbjahr freilich nur noch eins (Stockholm), kassierte aber immerhin noch 1 445 611 Dollar. Womit unter dem Strich aus acht Profijahren freilich immer noch beachtliche 8 945 688 Dollar stehen.

Die sportlichen Zeichen an der Wand hat der nicht eben dumme John McEnroe („Ich kann nicht mehr länger nur von meinem Talent leben, sondern muß viel härter arbeiten“) längst erkannt. Der Rummel um sein Privatleben („Ich lasse mich dadurch immer wieder aus der Ruhe bringen, ich werde einfach nicht erwachsen“) wird durch die für den 17. Februar in Long Island geplante Hochzeit mit seiner Verlobten Tatum O'Neal und deren für den 12. Mai erwartete Niederkunft auch in Zukunft nicht kleiner werden. Der mit den beiden befreundete Franzose Yannick Noah glaubt nicht, daß McEnroe vor dem Geburtstermin wieder auf die Tennisplätze zurückkehrt.

Könnten Sie ihn heute im Konzertsaal hören?



Hatte Max Planck*) heute vielleicht der Physik den Rücken gekehrt und sich seiner zweifachen Begabung zugewandt: der Musik? Der Nobelpreisträger für Physik des Jahres 1918, der schon mit 27 Jahren Professor war, mit 42 die Grundlagen der Quantenphysik entwickelte, die Albert Einstein dann verallgemeinerte und die Niels Bohr auf den Aufbau des Atoms anwandte, war lange im Zweifel, ob er Physik studieren sollte. Der Physiker Philipp von Jolly hatte sogar abgeraten. Seine Begründung: in der theoretischen Physik sei fast alles geklärt.

Heute wären es wohl andere Gründe, die Max Planck, der das absolute Gehör besaß, von der Physik zur Musik hatten wechseln lassen. Der hochbegabte Naturwissenschaftler müßte sehr lange auf einen Lehrstuhl an einer deutschen Universität warten. Vielleicht sogar vergebens. Denn nur jeder vierte habilitierte Mathematiker und Naturwissenschaftler eines Jahrgangs kann heute im günstigsten Fall mit einer Professur rechnen. Die Folge: Junge Forscher – meist die hochbegabten unter ihnen –

gehen ins Ausland oder wandern in andere Berufe ab. OR für immer.

Nicht abwegig deshalb der Schluß: ein Max Planck würde in unserer Zeit vielleicht eher seinen Weg im Konzertsaal suchen. Seine spezielle naturwissenschaftliche Begabung hätte er auf diese Weise kaum beweisen können.

Dieser Entwicklung wollen wir entgegenwirken. Deshalb möchten wir an unseren Hochschulen durch private Initiative Stiftungsprofessuren schaffen.

Mit Ihrer Unterstützung können wir:

- neue Hochschullehrerstellen in zukunftsorientierten Forschungsbereichen einrichten,
- jüngeren, besonders qualifizierten Wissenschaftlern die Chance geben, frühzeitig zum Hochschulprofessor berufen zu werden.

Helfen Sie uns dabei! Denken Sie daran: jeder begabte junge Wissenschaftler, der heute die Hochschule verlassen muß, kann ein Stück verlorenen Zukunft für uns sein. Jede Spende hilft, Zukunft für uns alle zu gewinnen.

Initiative STIFTUNGSPROFESSUREN des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft

Brucker Holt 56–60 • 4300 Essen 1 • Telefon 02 01/71 10 51

Spendenkonto:

Deutsche Bank Essen 247 1902 (BLZ 360 700 50)
Dresdner Bank Essen 4 054 933 (BLZ 360 800 80)
Commerzbank Essen 1502 038 00 (BLZ 360 400 39)
Sparkasse Essen 281 360 (BLZ 360 501 05)
Post giroamt Essen 700 05 433 (BLZ 360 100 43)

Zuwendungen an den Stifterverband zur Förderung der Wissenschaft sind erhöht spendenabzugsfähig.

An den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V., Brucker Holt 56–60 • 4300 Essen 1

Bitte ankreuzen:

☐ Ich möchte mich an der Initiative „Stiftungsprofessuren“ beteiligen. Bitte schicken Sie mir mehr Informationen darüber.

☐ Ich möchte mehr wissen über die Arbeit des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft.

Name _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Unser Dankeschön für Sie wenn Sie für die WELT einen neuen Abonnenten gewinnen



Die aktuelle WELT-Prämie

Stereo-Radio-Cassette-Recorder „Magnum“

Alles in einem: Musikvergnügen für jede Gelegenheit, ob vom Sender oder vom Band. Ob im Hause vom Netz oder im Freien mit Batteriebetrieb. Der „Magnum“ bietet Ihnen immer einen hervorragenden Empfang in Stereo. Stereo-UKW- und Mittelwellen-Radio, Cassette-Recorder, mit Kopfhöreranschlußbuchse und zwei Lautsprechern. Netzanschluss 220 Volt oder Batteriebetrieb mit 6 Batterien. UKW 87,5–108 MHz, MW 520–1620 KHz, Frequenz 125–6.300 Hz. Lautsprecher: 3", 8 Ohm PDS, Maße: 42 x 19,5 x 11 cm

Sprechen Sie mit Ihren Freunden und Bekannten, Nachbarn und Kollegen über die WELT, über ihre Aktualität, ihre Vielseitigkeit, ihre weltweite Sicht. Sicher werden Sie den einen oder anderen für die WELT gewinnen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der neue Abonnent kann den Auftrag innerhalb von 10 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Prämien-Gutschein

Ich bin der Vermittler. Ich habe einen neuen WELT-Abonnenten gewonnen (siehe untenstehenden Bestellschein). Als Belohnung dafür wünsche ich:

den Stereo-Radio-Cassette-Recorder „Magnum“

Vorname/Nachname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Vorw./Tel.: _____ Datum: _____

Der neue Abonnent gehört nicht zu meinem Haushalt. Die Dankeschön-Prämie steht mir zu, wenn das erste Bezugsgehalt für das neue Abonnement beim Verlag eingegangen ist.

Unterschrift des Vermittlers: _____

Bestellschein

Ich bin der neue WELT-Abonnent. Bitte liefern Sie mir die WELT mindestens 12 Monate ins Haus. Der günstigste Abonnementspreis beträgt im Inland monatlich DM 27,10, einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer eingeschlossen. Die Abonnements-Bedingungen ergeben sich aus dem Impressum der WELT. Ich war während des letzten halben Jahres nicht Abonnent der WELT.

Vorname/Nachname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Vorw./Tel.: _____ Datum: _____

Unterschrift des neuen Abonnenten: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

Unterschrift des neuen Abonnenten: _____

Wollen Sie wieder stolz auf Ihren Beruf als Vermögensberater sein?

Dann wird es höchste Zeit, Ihre berufliche Zukunft mit einem kerngesunden Erfolgspartner zu sichern. Investor Treuhand ist weiter auf Wachstumskurs! Marktführung, Dynamik und vielseitige zeitgerechte Angebotsprogramme sind der Schlüssel für unsere Expansion. Zum erforderlichen Ausbau der Vertriebsorganisation sucht Investor Treuhand positiv eingestellte, exklusiv tätige Berater. Wollen Sie in den nächsten 12 Monaten wieder mehr als DM 300.000,- verdienen? Materieller Gewinn und berufliche Zufriedenheit erfordern natürlich Ihren ungewöhnlich aktiven Einsatz! Zuschriften mit ausführlicher Darlegung von Erfolgsnachweisen erbeten an Investor Treuhand GmbH, Grafenberger Allee 159, 4000 Düsseldorf 1

Wirtschaftsprüfer / Steuerberater

Dipl.-Kaufm., Dr. H. J. erfolgreich, selbstständig in exkl. Praxis in City v. Hamburg, erstrebt gegenseitig fördernde u. zukunftsweisende Kooperation m. Unternehmensberatern, Anwälten, Kollegen. Ang. u. X. 8276 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ferienanlage – Türkische Agdisküste

Hotel und Villen, Gesamtvolumen DM 60 Mio. Konzeption, Ausführung, Vertrieb, Verwaltung und Vermietung zu vergeben. Befähigte Gesellschaften werden sich bitte an Rechtsanwältin und Notar E. Kasch Postfach 20 05 25, 1000 Berlin 20

Spezialwerkzeug Export Schweiz Apparate Maschinen

Schweiz, Handelsverf., bietet Ausleihungslager, Vertriebs- u. d. Schweiz, spez. Wz.-Werkzeuge (Pkw, Lkw, Baumasch.) u. Zubehör, allgemein. Maschinenbau u. techn. Neuhelten usw. Angebote unter Chiffre 1 12 013, VA AG Postfach CH-8032 Zürich.

Interessieren Sie sich für Gemälde alter Meister?

Bauen Sie sich ein lukratives Zusatzgeschäft auf durch den Verkauf der weltberühmten Museumsrepliken „Reproduction Rudolph“ (Pat.-Verf.) an Geschäftsfreunde, Bekannte etc. Überreiche Qualität und interessante Konditionen! Zeilner Galerie GmbH, Postfach 12 31, 80336 Herrsching a. A., Tel. 0 81 52 / 30 45, Telex 5 270 200 Zeit d

Raum Berlin:

Umkleekabinen im Norden Berlins, Nähe Stadtmitte, teils mit Rampe, elegant, Bänke, bis 1500 auf frei, geeignet für alle Wirtschaftsklassen. Die Auszubildenden mit Stadthauspark sowie ein- und Auslagerung können auch übernommen werden. Zuschr. erb. u. P. 8071 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Telefon-Verkaufsorganisation

mit 60 festen Mitarbeitern sucht neue Aufgaben im Bereich Industrie, Handwerk, Konsumgütervertriebsunternehmen bundesweit. Zuschr. u. N. 8070 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Chemischer Betrieb

in Norddeutschland (Produktion von pharmazeutischen und chem.-techn. Produkten – 10 Mitarbeiter) sucht vertriebsorientierten, kapitalkräftigen Partner auf Basis Beteiligung oder Joint Venture. Zuschr. erb. u. R. 8073 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Vermittlungs-Agentur

Kaun Düsseldorf, mit gr. Kundenstamm, hat noch Kapazitäten frei. Nicht branchengebunden. Zuschriften unter K 8133 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Arabisch-deutsche Firmengruppierung

übernimmt Industrievertretung und Repräsentanz mit eigenen Büros in den Vereinigten Emiraten, Bangkok und Hongkong. Zuschr. u. M. 8069 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

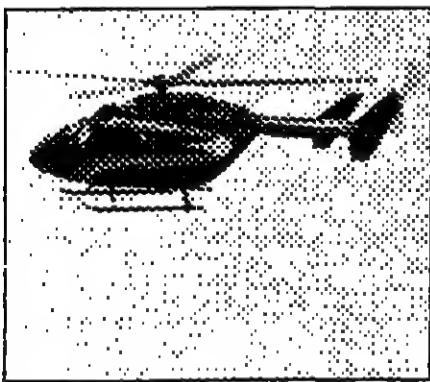
مكتبة الامم

Zur wirksamen Schlankheitskur für Flugzeuge gehört Kevlar*. Beim Airbus hat sie schon gewirkt.

Je mehr ein Flugzeug wiegt, um so mehr Treibstoff verbraucht es. Jede Gewichtseinsparung macht sich also bezahlt. Darum wurde KEVLAR beim Airbus A 310 in Kombination mit anderen Verbundwerkstoffen eingesetzt. Unter anderem bei der Triebwerksträgerverkleidung, an den Seitenflossen und am Seitenruder. Über das Ergebnis freut sich nicht zuletzt auch die Lufthansa. Denn sie spart bei jeder Maschine dieses Typs rund 100.000 DM Treibstoffkosten im Jahr.

Kevlar macht Flugzeuge sicherer, stabiler und schöner.

Was man mit KEVLAR an Gewicht einspart, geht nicht auf Kosten der Sicherheit. Ganz im Gegenteil. Denn KEVLAR ist trotz seiner Leichtigkeit extrem stabil und robust und erhöht sogar noch die Festigkeit. Dadurch bietet es Konstrukteuren und Designern völlig neue Möglichkeiten in Technik und Formgebung.



Helikopter, mit KEVLAR verstärkt.

Doch das ist nicht alles. KEVLAR läßt sich auch mit anderen Verstärkungsfasern kombinieren. Zum Beispiel mit Kohlefasern. Die unterschiedlichen Eigenschaften von KEVLAR und Kohlefasern ergänzen und optimieren sich gegenseitig. Die Vorteile dieser Kombination werden unter anderem auch von MBB bei der Fertigung von Hubschraubern (Typ BO 105 und BK 117) genutzt.

Kevlar ist eine außergewöhnlich starke und vielseitige Faser.

Keine andere Faser-Art bietet eine solche Kombination von Eigenschaften: KEVLAR ist extrem leicht und zugleich extrem stabil. Bei gleichem Gewicht hat es die fünf-fache Festigkeit von normalem Stahl. Durch seine Flexibilität ist es mühelos formbar, aber kaum dehn-

bar. KEVLAR ist auch korrosionsfrei, nicht magnetisch und leitet keine Elektrizität. Temperaturen spielen dabei kaum eine Rolle. Denn KEVLAR verkraftet -40°C genauso problemlos wie $+130^{\circ}\text{C}$. Außerdem ist KEVLAR hitzebeständig, selbstverlöschend und verkohlt erst bei Temperaturen über 425°C .

KEVLAR gibt es in Form von Fäden und Fasern, aus denen die jeweili-

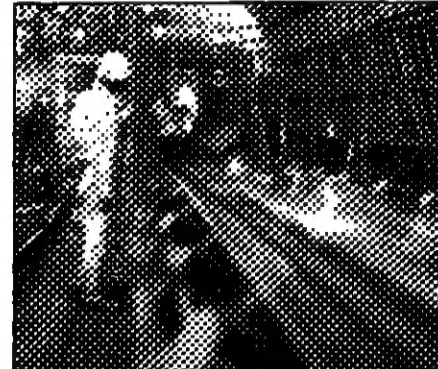
fährt man mit KEVLAR besser. So sind beispielsweise die Hochgeschwindigkeits-Reifen führender Hersteller wie Pirelli, Kléber und Dunlop mit KEVLAR verstärkt. Bei Kupplungsscheiben, Zylinderkopfdichtungen und Kühlwasserschläuchen sorgt KEVLAR für mehr pannenfreie Kilometer. Und außer Audi verwenden auch Daimler-Benz, Porsche und andere Automobil-Hersteller teilweise schon

keit und Flexibilität machen KEVLAR auch für Schutzkleidung bestens geeignet. Zum Beispiel für Sturzhelme, Rennanzüge und Arbeitshandschuhe. Und nicht zuletzt auch für Polizei-Kugelschutzwesten. Denn schon eine 1 kg leichte Weste aus KEVLAR kann eine Kugel aus einer 0.38 Special stoppen.

Kevlar ist auch etwas für lange Leitungen.

Ein Kabel für lange Leitungen muß

Kevlar kann weder rosten noch brennen.



Selbstverlöschendes, korrosionsfreies Förderband auf KEVLAR Basis.

Deshalb läuft mit KEVLAR auch

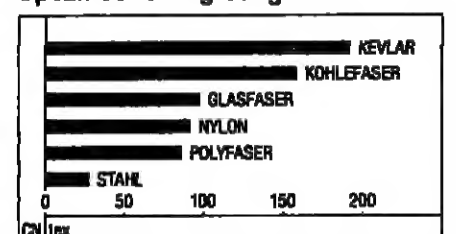
laufen in deutschen Kohlezechen. Manche schon seit 8 Jahren. Probleme gab es dabei noch nie.

Kevlar ist keine Zukunftsvision, sondern Realität.

Auch wenn es ein bißchen fantastisch klingt, es stimmt. Alles, was wir hier über KEVLAR sagen, ist erprobt, bewährt, bewiesen.

Und schon diese wenigen Beispiele zeigen, daß KEVLAR ein faszinierendes Material ist. Es zeigt Möglichkeiten auf, um mit bisher unlösbaren Problemen fertig zu werden. Und in den 90er Jahren wird vieles ohne KEVLAR undenkbar sein. Darum sollten Sie heute schon mehr darüber wissen.

Spezifische Zugfestigkeit



KEVLAR ist 5mal stärker als Stahl.

KEVLAR
eine Technologie-Faser von Du Pont

Die „Engineering-Fibres Division“ von Du Pont hat im High-Tech-Bereich vielfach Pionierarbeit geleistet. Und kann dadurch Möglichkeiten aufzeigen, wie man die Festigkeit, Zuverlässigkeit und Sicherheit von Produkten verbessern kann. Das gilt heute genauso wie für die Zukunft.

Beispiele für diese Entwicklungen sind Produkte wie Teflon*, Tyvek*, Tygar*, Nomex*, Cordura* und hochfestes Nylon.

Du Pont de Nemours (Deutschland) GmbH, Hans-Böckler-Straße 33, 4000 Düsseldorf 30.

Du Pont, Ihr Partner für Entwicklungen.

*Eingetragenes Warenzeichen von Du Pont

gen Produkte entwickelt werden.

Kevlar macht Autos leichter, zuverlässiger und umweltfreundlicher.

Die Karosserie-Außenteile des Audi Sport Quattro und des Audi Quattro Rallye sind aus KEVLAR. Dadurch wurden beim Audi Sport Quattro ca. 65 kg Gewicht eingespart. Und die Rallye-Version ist sogar ca. zwei Zentner leichter als eine „Ganzstahlkarosserie“.

Doch auch in anderen Bereichen

Bremsbeläge, die KEVLAR statt Asbest enthalten.

Kevlar kann lebensrettend sein.



Kugelsichere Weste aus KEVLAR

Das geringe Gewicht, hohe Festig-

keit und Flexibilität machen KEVLAR auch für Schutzkleidung bestens geeignet. Zum Beispiel für Sturzhelme, Rennanzüge und Arbeitshandschuhe. Und nicht zuletzt auch für Polizei-Kugelschutzwesten. Denn schon eine 1 kg leichte Weste aus KEVLAR kann eine Kugel aus einer 0.38 Special stoppen.

Die schweizerischen PTT-Betriebe testen bereits den Einsatz von KEVLAR Telefonkabeln als Luft- und Weitspannkabel unter extremen klimatischen Bedingungen.

überall da alles bestens, wo das Material härtesten Strapazen ausgesetzt ist. Zum Beispiel in Förderbändern. Über 120.000 m Förderbänder wurden bereits auf KEVLAR Basis hergestellt. Die meisten



Zimmermann: Grüne sind kein Beobachtungsobjekt

Innenminister verteidigt Auskünfte des Verfassungsschutzes

PETER PHILIPPS, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat sich gestern erneut den Fragen der zuständigen Bundestags-Ausschüsse nach Aufträgen und Anträgen seines Parlamentarischen Staatssekretärs Carl-Dieter Spranger an das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) stellen müssen. Dabei ging es am Nachmittag im Innenausschuss und am Abend in der Parlamentarischen Kontroll-Kommission (PKK) im wesentlichen um zwei Dinge: die Berichte über eventuelle links-extremistische Einflüsse auf die Grünen und um die Spranger-Anfrage, ob der ehemalige Flick-Manager von Brauchitsch im Zusammenhang mit der Parteipendenzaffäre Zielperson einer Desinformations-Kampagne östlicher Geheimdienste sein könne.

Zimmermann unterstrich, daß der Vorwurf, der Verfassungsschutz sei möglicherweise für parteipolitische Zwecke mißbraucht worden, nach seiner Überzeugung nicht berechtigt sei. Er nahm dafür auch den BfV-Vizepräsidenten Pelly (SPD), dessen Antworten auf die Fragen des CSU-Abgeordneten Felner erst die Vorgänge in die Öffentlichkeit gebracht hatten, als Kronzeugen in Anspruch. Und, so der Innenminister, auch die Behauptung sei falsch, daß BfV sei angewiesen worden, Nachforschungen über die Grünen anzustellen: Es sei in allen angesprochenen Fällen nur darum gegangen, bereits vorhandene Erkenntnisse zu berichten. Die Partei der Grünen sei in der Vergangenheit kein Beobachtungsobjekt gewesen und sei es auch heute nicht.

Tabu-Bereiche verneint

Dies bedeute allerdings nicht, daß sich nicht-extremistische Organisationen oder demokratische Parteien zum Tabu-Bereich erklären könnten. Denn keine Partei sei gegen Versuche der Einflußnahme von Extremisten gefeit – und genau diese seien der Aufgabebereich der Verfassungsschutzbehörden. Er hoffe, sagte Zimmermann, daß unter den Parlamentariern wenigstens Konsens darüber bestehe, daß extremistische Unterwanderungsversuche bei den Grünen derselben Aufmerksamkeit unterliegen wie bei anderen Organisationen oder Parteien. Denn das BfV habe ohne Ansehen der Person extremi-

stische Bestrebungen und Spionageaktivitäten zu beobachten.

Die Anfrage über die Grünen habe der CDU-Abgeordnete Todenhöfer mündlich übermittelt, der genaue Wortlaut sei im Ministerium nie festgehalten worden. Auch Sprangers Übermittlung des Todenhöfer-Wunsches an den damaligen BfV-Chef Hellenbroich sei mündlich geschehen, der Staatssekretär habe aber ausdrücklich um offene Informationen gebeten.

Aussage korrigiert

Im Januar 1985 sei die Antwort vom Amt gekommen, der Vermerk „VS – Vertraulich“ von Spranger gelöscht und die Unterlage vom Presse-Referat des Ministeriums an Todenhöfer übermittelt worden, an keinen Dritten. Aber auf entsprechende Anforderung hätte sie auch jeder andere Bundestagsabgeordnete erhalten.

Im Zusammenhang mit der Flick-Affäre hatte Spranger im Dezember 1984 mit Hellenbroich darüber gesprochen, inwieweit die Affäre durch eine Desinformations-Kampagne östlicher Nachrichtendienste mitbeeinflusst sein könnte. Der ehemalige Flick-Manager von Brauchitsch wurde als mögliche Zielperson genannt. Der gesamte Auftrag an das BfV stand im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines Berichts des Bundesinnenministeriums über die Versuche östlicher Geheimdienste, die deutsche Politik und das innenpolitische Klima zu manipulieren. In der Spendenaffäre jedenfalls, so Zimmermann gestern, blieben die Nachforschungsergebnisse negativ.

Der Bundesinnenminister mußte vor dem Ausschuss anhand neuerer Erkenntnisse auch eine frühere Aussage korrigieren: Für den ebenfalls angefertigten BfV-Bericht über die Nachricht der Grünen und eine eventuelle extremistische Betätigung habe entgegen dem Vermerk Pellys kein Auftrag aus dem Ministerium vorgelegen. Dies sei jetzt von dem damaligen Referatsleiter schriftlich klargestellt worden. Und auch die Anfrage über den Grünen-Abgeordneten Schily kam noch einmal zur Sprache. Zimmermann: eine eigene Initiative Sprangers, die keine negativen Erkenntnisse erbrachte.

Vermittlung im Streit um Zeidler

Bernhard Vogel: Sterbehilfe und Abtreibung zu bedeutsam für hitzige Diskussionen

JOACHIM NEANDER, Mainz

Für viele wird das eine Überraschung sein: Bernhard Vogel (CDU), Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und früherer Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, hat sich im Streit um die Äußerungen des Bundesverfassungsgerichtspräsidenten Wolfgang Zeidler über Sterbehilfe und ungeborenes Leben nicht einfach an die Seite des Kölner Kardinals Höfner und der Kirche gestellt. Der CDU-Politiker will vermitteln.

Vor Journalisten sagte Vogel in Mainz: „Das Thema und das Amt von Professor Zeidler sind zu bedeutsam, als daß wir es hinnehmen sollten, daß jetzt hitzige Diskussionen von einer Fernsehserie zur nächsten geführt werden. Ein direktes Gespräch wäre dienlicher. Ich werde meinen Teil dazu beitragen, daß es zustande kommt.“

Dies sei keineswegs ein Streit zwischen Christen und Nichtchristen, begründete der Regierungschef seine Haltung. Das ganze sei zwar auch eine theologische, aber eben auch eine verfassungsrechtliche Frage: „Ich möchte nicht, daß sich in der Bundesrepublik jetzt eine Zeidler- und eine Höfner-Partei bildet.“

Der Mainzer Regierungschef will

der nächsten Ministerpräsidenten-Konferenz Ende März außerdem eine Beschlussvorlage zum Thema Gentechnologie präsentieren. Es bestehe inzwischen Entscheidungsbedarf auch für die Bundesländer, die ja für die Gesundheitspolitik und die Hochschulforschung zuständig seien. Vogel schwebt dabei nicht nur ein Auftrag an die Fachministerkonferenzen (Gesundheit, Justiz und Kultus) zu einem umfassenden Bericht vor, sondern er will auch, daß die Regierungsgeschäfte selbst schon jetzt über das Grundsätzliche diskutieren. Eine Grundgesetzänderung hält Bernhard Vogel noch nicht für diskussionsreif. Man solle lieber rasch Regelungen in begrenzten Bereichen (beispielsweise der Frage der Verwendung sogenannter überzähliger Embryos) beschließen, im übrigen aber die weitere Entwicklung abwarten. „Ich werde auch den Kirchen raten, mit abschließenden Äußerungen vorsichtig zu sein. Daß wir die Forschung weltweit verbieten oder einengen können, glaube ich nicht. Aber wir müssen die Entwicklung ethisch, rechtlich und sozial beherrschbar machen.“ Erste Regelungen der ärztlichen Standesorganisationen könnten dabei durchaus hilfreich sein. Sie reichten jedoch nicht aus.

Dem gesamten Komplex „Schutz des Lebens“ soll im übrigen ein Fachkongress dienen, zu dem die rheinland-pfälzische CDU am 5. Juni etwa 200 in- und ausländische Wissenschaftler verschiedener Richtungen nach Mainz einladen wird. Dieser Kongress soll die Kenntnis bereichern, nicht aber irgendwelche Resolutionen verabschieden.

KNA, Bonn

Im Gegensatz zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Zeidler, vertritt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesjustizministerium, Banno Erhard, die Überzeugung, daß für die heutige Verfassungs- und Rechtsordnung der Bundesrepublik keineswegs spezifisch christliche Aspekte maßgebend sind oder waren. In einem Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) sagte Erhard, für die Wertordnung des Grundgesetzes und die heutige Rechtsordnung spielten „in weitem Umfang Überzeugungen eine Rolle, die das Christentum bereits von anderer Seite übernommen oder weiterentwickelt hat“. Schon die vorchristliche Ethik sei als philosophische Disziplin stets „von der Existenz der Würde des Menschen“ ausgegangen, „wenn gleich mit unterschiedlichen Akzentsetzungen“.

„DDR“ weist Tamlan ab

W. K. Berlin/Bonn

Die „DDR“-Grenzbehörden haben nach Mitteilung des Deutschen Roten Kreuzes 20 Tamlanen, die mit der Eisenbahn von Warschau nach Berlin reisen wollten, am Grenzübergang Frankfurt/Oder zurückgewiesen. Die Frauen stammen aus Sri Lanka und wollten sich ihren Angaben zufolge in West-Berlin mit Ehemännern treffen, die sich bereits in der Bundesrepublik Deutschland als Asylbewerber aufhalten. Die Abweisung erfolgte offenbar wegen fehlender Sichtvermerke der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Warschau, wo die Frauen in einem Hotel untergebracht sind. Der Senat begrüßte die konsequente Haltung der „DDR“-Behörden, erklärte der Sprecher der Senatsverwaltung für Inneres, Hans Birkenbeul, der WELT. Seit dem Sommer 1988 seien keine Tamlanen mehr illegal auf dem Transitweg über die „DDR“ in West-Berlin eingetroffen.

Karlsruhe lehnt Grünen-Klage ab

AP, Karlsruhe

Das Bundesverfassungsgericht hat einen Antrag der Bundestags-Fraktion der Grünen auf Feststellung, daß der Flick-Untersuchungsausschuss gegen seine Beweiserhebungspflicht verstoße, als unzulässig abgelehnt. Die Grünen wollten erreichen, daß der Ausschuss Beschwerde gegen einen Beschluss des Landgerichts Bonn einlegt, das abgelehnt hatte, Einsicht in Unterlagen der Flick-Industrieverwaltung zu gewähren. Das Verfassungsgericht wies die Organklage der Grünen als unzulässig zurück, weil die Fraktion die sechsmonatige Antragsfrist versäumt hatte. Der Beschluss des Untersuchungsausschusses war am 1. März 1985 ergangen, der Antrag der Grünen ging in Karlsruhe erst am 2. November ein. Die Grünen hatten geklagt, nachdem sie erfolglos Beschwerde beim Oberlandesgericht Köln eingeleitet hatten (AZ: 3 BvE 1/85).

Streikrecht: Esser für Generalklausel

AP, Köln

In der Diskussion um eine gesetzliche Neuregelung des Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz fordert der Arbeitgeberpräsident Otto Esser eine „verbindliche Generalklausel“ im Gesetz, die die Beeinflussung von Arbeitskämpfen durch Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit verbiete. In einer Stellungnahme an die Ministerpräsidenten der Länder und die Bundestagsabgeordneten, die gestern in Köln veröffentlicht wurde, meint Esser, der vorliegende Entwurf der Bundesregierung reiche nicht aus, um die Neutralität der Nürnberger Bundesanstalt in Arbeitskämpfen umfassend zu sichern. Der Entwurf gebe den Gewerkschaften Möglichkeiten zur Umgehung, die durch weitere klarstellende Präzisierungen ausgeschlossen werden müßten. Der Paragraph 116 regelt die Zahlung von Kurzarbeitergeld an mittelbare vom Streik betroffene Arbeitnehmer.

USA können Bonn nicht von Sanktionen überzeugen

Schäuble sieht dennoch „ein hohes Maß an Übereinstimmung“

BERNT CONRAD, Bonn

Dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister John Whitehead ist es nicht gelungen, der Bundesregierung den Nutzen von Wirtschaftssanktionen gegen Libyen plausibel zu machen. Gleichzeitig zeichnete sich jedoch ab, daß einige in Washington entstandene Mißverständnisse über die deutsche Haltung ausgeräumt werden konnten. Am Ende konstatierte Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble „ein hohes Maß an Übereinstimmung“, vor allem in der Zielsetzung der Bekämpfung des Terrorismus.

Wie zuvor schon Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wiesen auch Schäuble und Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann den amerikanischen Gast darauf hin, daß vieles von dem, was die USA den Europäern vorschlugen, „von der Bundesrepublik Deutschland seit langem gemacht wird“. So liefere die

Bundesrepublik weder Kriegswaffen, noch Rüstungsgüter oder Hochtechnologie an Libyen. Die deutschen Handelsbeziehungen mit Libyen seien seit langem zurückgefahren. Die libysche Botschaft in Bonn werde kontrolliert. Was den Flugverkehr mit Tripolis wie auch mit anderen Ländern betreffe, so seien die deutschen Sicherheitsmaßnahmen schärfer als in den meisten Staaten. betonte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann.

Auf Skepsis stieß Whiteheads Wunsch nach Reduzierung der deutschen Ölimporte aus Libyen. Erstens gebe es keine staatlichen Öleinfuhren in die Bundesrepublik. Zweitens müßten die Amerikaner selbst ihre indirekten Ölimporte aus Libyen über die Bahamas und die Zukunft der amerikanischen Beteiligungen an den beiden größten libyschen Ölsellschaften erläutern. hieß es in Bonner Regierungskreisen.

Kwizinski unterrichtet Bonn über Abrüstung

Genscher: Auch einen konventionellen Krieg verhindern

Co, Bonn

Der sowjetische Abrüstungsunterhändler Julij Kwizinski unterrichtete die Bundesregierung gestern über den Stand der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf und erläuterte die jüngsten Abrüstungsvorschläge von Generalsekretär Michail Gorbatschow. Kwizinski sprach zunächst mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, später mit dem Bonner Abrüstungsbeauftragten, Botschafter Friedrich Rühl, und dem Kanzlerberater Horst Teltschik.

Der Moskauer Diplomat erinnerte an den „Beitrag, den die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion bereits in früheren Jahren gemeinsam zur Verbesserung der Ost-West-Beziehungen geleistet“ hätten. Er unterstrich den sowjetischen Wunsch, auch künftig mit der Bundesrepublik Deutschland in Anbetracht ihrer Rolle in Europa und im westlichen Bündnis zusammenzuarbeiten, um Fortschritte bei der Friedenssicherung zu erzielen.

Genscher bekräftigte „die erste po-

sitive Reaktion der Bundesregierung“ auf die Vorschläge Gorbatschows und erklärte, der Plan enthalte konstruktive Elemente, bekannte Positionen und Punkte, zu denen Fragen gestellt werden müßten. Die Bundesregierung habe mit Aufmerksamkeit den europäischen Ansatz bemerkt, der in den Anregungen zum Ausdruck komme. Sie sei bereit, dazu beizutragen, daß die in den sowjetischen Vorschlägen liegenden Möglichkeiten sorgfältig geprüft und aktiv genutzt würden. Die neuen Ansätze sollten geeignet sein, Bewegung in die verschiedenen Verhandlungen zu bringen.

Der Bundesaußenminister betonte, daß Lösungen angestrebt werden müßten, die allen Staaten in Europa das gleiche Recht auf Sicherheit einräumten. Auch die Gefahr konventioneller Konflikte müsse ausgeschlossen werden.

Morgen wird der amerikanische Chefunterhändler Max Kampelman die Bundesregierung über die Einschätzung Washingtons unterrichten.

DAS GIBT'S NUR IN FUNK UHR

Die berühmte Schauspielerin

Berta Drews erinnert sich:

„Götz weinte, weil er kein Geschenk für mich hatte.“

Lesen Sie die Exklusiv-Serie

„Mein Sohn, der Schimanski“



Mitspielen – mitgewinnen!

Das große

FUNK UHR-Lotto-Rätsel um 25.000 Mark

pro Woche

1 x 10.000 Mark, 10 x 1000 Mark
10 x 500 Mark

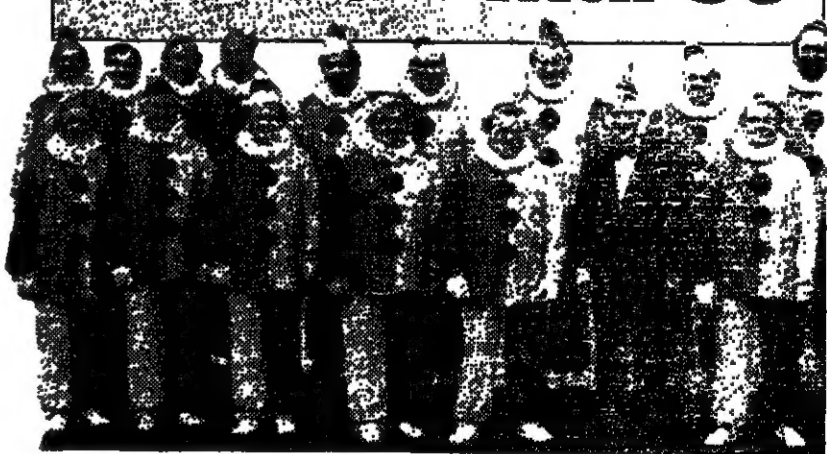
Zum Fußball-Länderspiel Italien: Deutschland:
Wetten, daß Sie Franz Beckenbauer

so noch
haben?

nie gesehen



Mal so – mal so



Privat und auf der Bühne:
Die schönsten Geschichten der
Mainzer Hofsänger.



MEHR WERT ALS SIE KOSTET. DIE GROSSE PROGRAMMZEITSCHRIFT.

مكتبة الأمل

Kampf um Europa

adl. - Schon mit dem bei der Adam Opel AG festgelegten Investitionsprogramm für die Jahre 1984 bis 1988, das immerhin 7,4 Milliarden Mark umfasst, signalisierte die amerikanische Mutter General Motors, welche Bedeutung sie dem europäischen Automarkt zumisst. Aber auch, welche Rolle dabei die Adam Opel AG spielen soll, die in den letzten Jahren unter den 17 europäischen Tochtergesellschaften des amerikanischen Autokonzerns immer mehr in eine Leitfunktion hineingewachsen war.

Nachdrücklich unterstrichen wird das Gewicht des Europa-Geschäfts für General Motors durch die Gründung einer Europa-Zentrale in Zürich unter der Leitung von Ferdinand Beickler, bisher Vorstandsvorsitzender der Adam Opel AG. Das ist kein „Wegloben“ ange-

sichts der in den letzten beiden Jahren bei Opel aufgelaufenen Verluste. Das zeigt vielmehr die Zielrichtung der General-Motors-Pläne.

Ein Marktanteilsgewinn von mehr als einem Viertel für die europäischen Pkw-Modelle von GM - übrigens unter Führung von Opel entwickelt - macht sinnlich nach mehr. Die Amerikaner betrachten Europa längst als einen Markt. Reibungsverluste aus der historisch gewachsenen Vielzahl von nationalen GM-Unternehmen in Europa sollen vermindert, Abstimmungen erleichtert werden.

Das macht Sinn. Denn der Kampf um den insgesamt kaum wachsenden europäischen Automarkt hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Das macht auch Sinn als Antwort eines amerikanischen Herstellers auf die Erfolge, die Automobile deutscher Provenienz in den letzten beiden Jahren in den USA hatten. Der Kampf um Marktanteile in Europa dürfte noch härter werden.

Strukturelle Probleme

Von HANNA GIESKES

Der deutsche Handel, der in den letzten Jahren der Konjunkturstets nachhinkt, hat wieder Anschluss an die Entwicklung gefunden. Die jüngsten Zahlen signalisieren eine deutliche Besserung. Zwar brachte das vergangene Jahr der Branche insgesamt nur ein bescheidenes Umsatzplus von 2,5 Prozent, aber die Tendenz ist eindeutig steigend. Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels rechnet für dieses Jahr mit einem realen Plus von zwei bis 2,5 Prozent.

Das Konsumklima hat sich verbessert, die Preise sind stabil, und in diesem Jahr wird die erste Stufe der Steuerreform wirksam. Außerdem nimmt die Beschäftigung wieder zu, so daß auch die Arbeitseinkommen steigen. Insgesamt spiegelt sich hier eine gleichgewichtigere Wirtschaftspolitik wider, die nicht mehr nur auf Angebotsförderung ausgerichtet ist, sondern auch die Nachfrage berücksichtigt.

Das freundliche Bild wird indes getrübt durch strukturelle Probleme, die den Handel mehr und mehr belasten: Überkapazitäten und schrumpfende Renditen. Das eine läßt, vor allem im Lebensmittelhandel, einen starken Wettbewerbsdruck aus, das andere bewirkt eine zunehmende Labilität der Unternehmen, die dazu führt, daß etliche den Druck nicht mehr standhalten können. Die Folge ist Konsolidierung.

Im Lebensmittelhandel hat die mittlerweile ein Ausmaß erreicht, das vielfach für bedenklich gehalten wird. Vor allem in den vergangenen beiden Jahren hat es hier zum Teil dramatische Verkürzungen gegeben. Das Umsatzvolumen hat sich noch einmal erheblich zu den Handelsgiganten hin verlagert. Die ersten zehn Unternehmen - mit Aldi an der Spitze - machen inzwischen fast die Hälfte des Umsatzes im Lebensmittelhandel; auf sie entfallen mehr als 90 Prozent des Wachstums in diesem Bereich.

Viele Politiker sehen hier Handlungsbedarf, besonders im Hinblick auf die Mittelständler, die gegenüber den Großen mehr und mehr an Boden verlieren. Sie übersehen dabei leicht, daß der Strukturwandel, den sie so vehement beklagen, ja nicht gegen den Willen des Verbrauchers stattgefunden hat, im Gegen-

teil: Er hat ihn mitgetragen, hat ihn vielleicht sogar selbst ausgelöst. Wenn die Forschungstelle für den Handel in Berlin feststellt, daß Verbraucher auf dem Lande nicht „Tante Emma“, sondern Aldi wollen, dann sollten sich die Mittelständler fragen, ob sie nicht an der Realität vorbei argumentieren.

Zu diesen Realitäten gehören auch die betriebswirtschaftlichen Gegebenheiten im Handel. Bei einer durchschnittlichen Umsatztrendite von einem Prozent - im Lebensmittelhandel liegt sie selten darüber - muß ein Einzelhändler mindestens drei Millionen Mark umsetzen, um auf das Gehalt eines Facharbeiters zu kommen. Schon daraus ergibt sich zwangsläufig die Notwendigkeit zu einer gewissen Größe.

Die Idee mancher Mittelstandsopfer, gegebene Strukturen durch die Umwandlung in Klein- oder Kleinstunternehmen zu retten, ist, wenn auch gut gemeint, aber in der Realität schwer zu verwirklichen. Sie ist mit der Marktwirtschaft nicht vereinbar, denn dazu gehören nun einmal Wettbewerb und der durch ihn bewirkte Wandel der Strukturen.

Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, die Handelslandschaft von morgen nach dem Bild einer von Politikern definierten „optimalen Branchenstruktur“ zu planen; Strukturen sind immer das Ergebnis von Wettbewerbsprozessen. Eine Mittelstandsopfer, die mehr leisten will als einen Nachlassausgleich für die Kleinen, muß deshalb zwangsläufig Fehlentwicklungen bringen.

Der Staat muß freilich verhindern, daß die Marktprozesse durch Machtmißbrauch verzerrt werden. Dazu bietet das Kartellgesetz ausreichende Handhaben, die in zunehmendem Maße angewendet werden. Erst wenn alle Möglichkeiten dieses Gesetzes ausgeschöpft sind - und das ist bislang nicht der Fall -, sollte geprüft werden, ob eine Novelle nötig ist.

Region Mittlerer Neckar

Der Personalmangel hemmt Wachstum in der Industrie

nl. Stuttgart - Eine „deutliche wachstumshemmende Wirkung“ in der Industrie und im Bereich der Dienstleistungen durch den Mangel an Arbeitskräften in der baden-württembergischen Kernregion östlich der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar. Wie IHK-Präsident Berthold Leibinger in Stuttgart sagte, klagt jedes vierte Industrieunternehmen über eine starke Beeinträchtigung seiner Geschäftstätigkeit infolge Personalmangels. Der Anteil der Firmen mit starkem Arbeitskräftemangel habe sich innerhalb von drei Jahren mehr als verdreifacht.

In diesem Zusammenhang appelliert Leibinger an die Wirtschaft, ihre Anstrengungen in der Schulung und Nachqualifizierung von Mitarbeitern zu verstärken. Auch müßten Vorurteile gegenüber Mädchen im

gewerblich-technischen Bereich wirksamer abgebaut werden. Für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs prognostiziert Leibinger ein überdurchschnittliches reales Wachstum von 3,5 bis vier Prozent. Die Hauptursache liege darin, daß die eigentlichen „Konjunktur-reimer“, zum Beispiel die Büro- und Datentechnik, Elektroindustrie, Maschinen- und Fahrzeugbau, mit überproportionalen Anteilen im Südwesten vertreten sind.

Schwachstellen sieht die IHK im unterentwickelten Dienstleistungsbereich in der Region sowie in der Infrastruktur, die verbesserungsbedürftig sei. Angeprangert wird, daß die baden-württembergische Metropole im Gegensatz zu ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft von Verkehrswegen und -anbindungen her äußerst schlecht abschneide.

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG / BDI-Symposium Technik und Innovation

Langmann: Die deutsche Wirtschaft muß vor allem Schwerpunkte setzen

HEINZ HECK, Köln - „Der weltwirtschaftliche Strukturwandel ist ein Prozeß des ständigen Überholens und Überholtwerdens. Insofern kann die deutsche Wirtschaft nicht zu jedem Zeitpunkt und auf jedem Teilmarkt zur Weltspitze zählen.“ Das erklärte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans Joachim Langmann, bei einem Gespräch über „Technik und Innovation“ vor Wissenschaftlern und Unternehmern.

Anhand von sechs Gesprächsschwerpunkten - Biotechnologie, neue Werkstoffe, Mikroelektronik, Informations- und Kommunikationstechniken, industrielle Automation der Fertigung sowie Weltraumfahrt - bemüht sich die mehr als hundert Teilnehmer um eine Standortbestimmung der deutschen Industrie sowie um Schlussfolgerungen für die weitere Entwicklung.

Langmann gab eingangs den Rat, die deutsche Wirtschaft müsse sich darauf beschränken, Schwerpunkte zu setzen und die beschaffte Breite und Tiefe unserer Industriestruktur durch eine möglichst große Flexibilität leistungsfähig (zu) erhalten. Die Einführungsreferate zu jedem Schwerpunktthema ebenso wie die anschließenden Diskussionen machten Wettbewerbsvorsprünge und Defizite der deutschen Industrie auf Teilgebieten deutlich.

So wurde darauf hingewiesen, daß Japan bis 1980 über 50 Prozent des Weltmarkts für Technische Keramik erobert hat - mit allen Konsequenzen für die darauf aufbauenden Schlüsseltechnologien. Der Staat könne etwa durch Ausbildung von Werkstoffwissenschaftlern seinen Beitrag zur

Überwindung der zum Teil dramatischen Rückschläge leisten. Einbeleg war das Votum für verstärkte Brückenschläge durch Ausbau der interdisziplinären Forschung sowie enge Zusammenarbeit der verschiedenen Industriezweige und mit der Wissenschaft. Langmann stütze diese These mit dem Hinweis, daß zum Beispiel die Aufwendungen der angewandten Forschung in der elektrotechnischen Industrie, im Maschinenbau oder in Feinmechanik und Optik nicht nur den eigenen Produkten, sondern auch anderen Branchen zugute kämen.

Auf dieser Linie war die gestrige Veranstaltung darauf angelegt, nicht isoliert über Mikroelektronik oder Informations- und Kommunikationstechnik, nicht über neue Werkstoffe oder die Nutzung des Weltraums zu diskutieren, sondern die Zusammenhänge über traditionelle Abgrenzungen hinaus zum Thema zu machen.

Zwar liege die Bundesrepublik mit Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) von 2,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts an der Weltspitze. Doch erreichten die absoluten Werte 1985 nur etwa 60 Prozent der Japans und 20 Prozent der der USA.

In der Europäischen Gemeinschaft habe die Bundesrepublik - absolut wie relativ - die Spitze. Doch seien die FuE-Aufwendungen von 1975 bis 1983 mit einer realen Erhöhung um etwa 30 Prozent „nur mit dem Durchschnitt marschiert“, während zum Beispiel Großbritannien sie um fast 50 Prozent gesteigert habe. Noch deutlicher fallen die Unterschiede bei der Betrachtung nach der Zahl der Forscher aus: In Japan würden 2,5 in den USA sogar siebenmal so viele Forscher beschäftigt.

Letztlich entscheide allerdings, was mit Einsatz von Geld und Köpfen geleistet werde. Langmann stimmt es „sehr nachdenklich“, daß etwa in der modernen biologischen Forschung oder Molekularbiologie „keine einzige der bahnbrechenden Entdeckungen der letzten drei Jahrzehnte an deutschen Forschungsinstituten gemacht worden ist“. Auch wenn die FuE-Aufwendungen in den letzten 15 Jahren von 2,1 auf 2,8 Prozent gestiegen seien, sei zu bedenken, daß die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote zugleich von 25,5 auf 20,4 Prozent zurückgegangen sei, während die USA und Japan erheblich mehr Dynamik aufwiesen.

Unter Hinweis auf die zunehmende Zahl von Öko-Instituten, wurde in der hochrangigen besetzten Runde auch die Sorge deutlich, daß sich - wie in der Nuklearenergie - auch in anderen Feldern Akzeptanzdiskussionen entwickeln könnten.

AUF EIN WORT



Hans Peter Stuhl, Vorsitzender des Verbands der Metallindustrie in Baden-Württemberg. FOTO: DPA

GRÜNE WOCHE

Forderung nach Agrar-Reform

th. Berlin - Geistesfreuden aus aller Welt werden morgen an wieder unter dem Berliner Funkturm angeboten. 749 Aussteller aus 41 Staaten präsentieren auf der 51. Internationalen Grünen Woche, die bis zum 2. Februar dauert, landestypische Nahrungs- und Genussmittel. Eröffnet wird diese weltweit größte Leistungsschau der Ernährungs- und Landwirtschaft sowie des Gartenbaus heute abend von Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kischke.

Berlin wird anlässlich der Grünen Woche auch Treffpunkt von Agrar- und Wirtschaftspolitikern aus aller Welt. Ein Höhepunkt wird das 6. Internationale Forum Agrarpolitik unter dem Motto „Getreidemarkt in der Seckgasse - Neuausrichtung im Pflanzenbau notwendig“ sein.

Eine Reform der Agrarpolitik forderte gestern vor Journalisten der Vorsitzende der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie, Arndt Oetker. Die Ernährungsindustrie stehe als größter Abnehmer landwirtschaftlicher Produkte in einem Spannungsverhältnis zwischen staatlich administrierter Agrarpolitik und dem freien Markt auf der Absatzseite. Eine Reform müsse dem Markt wieder mehr Spielraum verschaffen. Der Umsatz der Branche sei zwar 1985 um 1,7 Prozent auf über 154 Mrd. DM gestiegen, doch der Wettbewerb zwischen Handel und Industrie bleibe hart und die Ertragslage unbefriedigend. Bauern-Präsident Constantin Freiherr Heermann hob die Leistung der Landwirtschaft hervor: ihr Umsatz beträgt mehr als 54 Mrd. DM.

WOHNUNGSMIETEN

Einkommen sind zurückgeblieben

AP. Berlin - Der Einkommenszuwachs der privaten Haushalte ist in den vergangenen drei Jahren deutlich geringer ausgefallen als der Mietanstieg. Wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin mitteilte, ist das Einkommen im Jahresdurchschnitt um knapp zwei Prozent, die Mietbelastung dagegen durchschnittlich um 5,4 im Jahre 1983, 3,8 (1984) und 3,2 Prozent (1985) gewachsen.

In seinem jüngsten Wochenbericht kündigte das DIW zugleich weiterhin „relativ stark expandierende“ Mietausgaben an. Grund dafür sei, daß für eine steigende Zahl älterer Sozialwohnungen die Kostenbindungen wegföhen. Für die neueren Sozialwohnungen seien schon jetzt Mietsteigerungen programmiert, weil die staatliche Förderung zunehmend gerindert werde. Ferner seien auch von der Kostenseite her Mietanhebungen „unausweichlich“, hieß es in dem Bericht.

Das DIW forderte in diesem Zusammenhang eine „begrenzte Nachsubventionierung“, um die Mieten an ein „marktähnliches Niveau“ heranzuföhren. Auf Dauer gesehen seien für die Masse der Wohnungsmieter Mehrausgaben aber „unumgänglich und auch zumutbar“, konstatierte das DIW.

Bundesbauminister Oscar Schneider widersprach der DIW-Analyse. Die allgemeine Mietsteigerungsrate habe sich seit 1982 auf 2,4 Prozent halbiert. Alle Prognosen gingen von einem Anhalten dieser Entwicklung bei wachsenden Realeinkommen aus.

ÖLPREISVERFALL

Spuren jetzt auch an den weltweiten Finanzmärkten

cd./fr. Frankfurt/London

Der Ölpreitschub hinterläßt auch Spuren an den internationalen Finanzmärkten. Die Aktien großer US-Banken erlitten starke Einbußen, weil man befürchtete, daß sie wegen ihrer hohen Kredite an ohnehin schon mit Schwierigkeiten kämpfende Ölunternehmen nun noch tiefer in die Misere der Branche hineingezogen werden. Zwar gibt es noch keine akuten Ängste, daß es deswegen zu einer internationalen Finanzkrise kommen könnte; dennoch gerieten gestern im Rahmen eines allgemeinen Kurseinbruchs an der deutschen Börse die Bankaktien unter Druck. Deutsche Bank sanken auf 840 (minus 28) DM, Dresdner Bank auf 434 (minus 19) DM und Commerzbank auf 332 (minus 12) DM.

Andererseits wird an den Märkten auf die positiven Aspekte sinkender Ölpreise verwiesen: Sie wirken sonstigen Preisauftriebskräften entgegen und fördern damit einen Zinsrückgang, der zugleich die Konjunktur stimuliert. Außerdem erleichtern sinkende Ölpreise und Zinsen die Schuldenlast flümpfender Entwicklungsländer. Verschärfen werden sich allerdings die Probleme von Ölexporteuren wie Mexiko, Nigeria und Venezuela.

Der starke Einbruch beim Rohölpreis in den letzten Tagen ist an den Weltölmärkten allerdings erwartet worden. Er kam jedoch früher und schärfer, als angenommen worden

war, betonten Sprecher führender Ölkonzerne in London gegenüber der WELT. Die Erwartungen darüber, ob der starke Druck auf den Ölpreis anhält, oder ob er sich nach dem jüngsten Einbruch stabilisiert, gehen weit auseinander.

Die Ölkonzerne sehen keinerlei Grund zur Panik. Dagegen erwarten einige Händler, daß der Preis für Nordseeöl der Qualität Brent weiter auf 15 Dollar je Barrel (ein Barrel = 159 Liter) fallen wird. Zu Beginn dieser Woche hatte er zum ersten Mal seit 1979 die 20-Dollar-Marke unterschritten und mit 19,15 Dollar für Ablieferung April das niedrigste Niveau seit gut sechs Jahren erreicht. 1979 war das Jahr, als die sogenannte „zweite Ölpreiskrise“ einsetzte.

Der Ölpreitschub der letzten Tage ist eine direkte Folge der letzten Opec-Konferenz im Dezember in Genf, beschleunigt durch einen Nachfrage-Rückgang wegen des sehr milden Winterwetters in Westeuropa. Damals hatten die Vertreter des Opec-Kartells angedroht, daß es zu einem scharfen Rückgang der Ölpreise kommen wird.

Daß er jetzt innerhalb von zwei Wochen von knapp 25 auf 19,15 Dollar gefallen ist, mag selbst die Opec-Strategen überrascht haben. Denn die Mehrheit der Opec-Länder kann sich Ölpreise unter der 20-Dollar-Marke für Nordseeöl schwerlich leisten - schon gar nicht einen von 15 Dollar je Barrel.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bankenverband erwartet Konsumschub

Boon (Mk.) - Mit einer Zunahme der Zahl der Beschäftigten um rund 300 000 und einem Rückgang der durchschnittlichen Arbeitslosenzeit um rund 150 000 rechnet der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) für dieses Jahr. Dabei geht der Verband in seinem jüngsten Konjunkturbericht von einem Konsumschub aus. Der private Verbrauch werde um mehr als 50 Milliarden Mark steigen. Als Grund nennt der Verband die Zunahme der verfügbaren Einkommen um 4,5 bis fünf Prozent, die im wesentlichen aus der höheren Beschäftigung und der ersten Stufe der Steuerreform resultieren. Aufgrund der optimistischen Grundhaltung der Verbraucher werde die Sparquote konstant bleiben.

Neuer Aktienfonds

Luxemburg (cd.) - Unter dem Namen „World Stock Fund“ wird für Ende Januar/Anfang Februar 1986 die Platzierung eines Aktienfonds vorbereitet, der mit Anlagenschwerpunkten in Europa und Fernost japanischen Investoren nicht zuletzt deutsche Aktien schmackhaft machen soll. Dieser Fonds, dessen Sponsoren Nikko Securities, Tokio, und ABD International, New York, ein Unternehmen der Dresdner Bank-Gruppe, sind, wird von der CLB (Dresdner Bank International) in Luxemburg betreut.

Schwächere US-Daten

Washington (dpa/VWD) - Der Anstieg der US-Verbraucherpreise hat sich im vergangenen Jahr leicht abgeflacht von vier auf 3,8 Prozent, teilte das Arbeitsministerium in Washington mit. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs 1985 um 2,3 Prozent; 1984 waren es 6,6 Prozent.

Auslandspapiere gefragt

Köln (AP) - Der Absatz ausländischer festverzinslicher Wertpapiere hat sich in den letzten vier Jahren mehr als vervierfacht. Nach einer Übersicht, die der Bundesverband deutscher Banken veröffentlichte, wurden an den Kapitalmärkten der Bundesrepublik von Januar bis Oktober 1985 für 23,1 Mrd. DM Rentenwerte aus dem Ausland verkauft. 1984 waren es im ganzen Jahr nur 15,7 Mrd. DM, 1981 ganze 6,2 Mrd. DM.

Autofahren teurer

Hamburg (dpa/VWD) - Die Kosten rund um das Auto sind in den letzten fünf Jahren um 14,1 Prozent gestiegen. Am stärksten stiegen mit 28,2 Prozent die durchschnittlichen Aufwendungen für Reparatur, Inspektion und Wagenwäsche. Die Anschaffung eines Personenzugwagens verteuerte sich um 22,9 Prozent und für Pkw-Versicherungen müssen heute 17,2



Die Wirtschaft zeigte sich im vergangenen Jahr „heißtatsfreudig“ wie noch nie. Das Kartellamt in Berlin registrierte insgesamt 709 Fusionen. Das waren 134 mehr als 1984. Damit wurde auch das bisherige Rekordergebnis aus dem Jahre 1980 - damals zählte man 635 Zusammenschlüsse - deutlich übertroffen. Als Grund für diese neuerliche Fusionswelle nennt das Kartellamt unter anderem die gute Ertragslage vieler Unternehmen. Sie haben große Teile ihrer Gewinne nicht ausgeschüttet, sondern für Firmenkäufe verwendet.

QUELLE: GLOBUS

Prozent mehr aufgewendet werden als vor fünf Jahren. Ersatzteile, Pflege und Zubehör kosten 9,5 Prozent mehr, nach einer Untersuchung der Deutschen BP.

Gefährliche Innovationen

Luxemburg (cd.) - In dem großen Volumen mancher Finanzinnovationen lauern Gefahren, die der gerade mühsam unter Kontrolle gebrachten Verschuldungskrise der Dritten Welt recht nahekommen könnten, warnt Karl-Ludwig Bresser, Vorstandsmitglied der Dresdner Bank. Er hat dabei vor allem die „revolving underwriting commitments“ im Auge, einen von der Kundschaft miserabel bezahlten Schirm von Kreditzusagen der Banken, unter dem sich Unternehmen kurzfristige Finanzmittel aus anderen Quellen an den überliquiden Finanzmärkten besorgen.

300-Millionen-DM-Anleihe

Luxemburg (DWJ) - Die Europäische Investitionsbank beginnt unter der Federführung der Deutschen Bank AG und Mitführung der Dresdner Bank, Commerzbank und Westdeutschen Landesbank Girozentrale eine Anleihe über 300 Mill. DM. Die Emission mit einer Laufzeit von zehn Jahren wird zu einem Zinssatz von 6 1/2 Prozent und einem Kurs von 100 Prozent zum öffentlichen Verkauf angeboten. Die Anleihe wird in Frankfurt, Berlin, Düsseldorf, Hamburg und München notiert werden.

Thai
Smooth as silk
Across 4 continents



nach ASIEN

Ab Frankfurt jeden Dienstag, Donnerstag, Freitag, Sonntag
Ab Zürich jeden Mittwoch, Sonntag
Ab Copenhagen jeden Montag, Mittwoch, Freitag, Sonntag
Ab Paris jeden Montag, Dienstag, Freitag, Samstag



LUFTFAHRT

Abstürze belasten Versicherungen

fu, London
1985 war aufgrund der vielen Flugzeug-Katastrophen das schlimmste Jahr der Luftfahrt-Versicherungswirtschaft. Die Forderungen für die insgesamt 19 Jets der westlichen Welt, die abstürzten oder anders verunglückten, sowie für die mehr als 1500 ums Leben gekommenen Passagiere und Besatzungsmitglieder, werden auf etwa eine Mrd. Dollar geschätzt, teilte das Institute of London Underwriters mit.

Das ILU, dem privatwirtschaftliche Versicherungsunternehmen angehören, teilt sich in die Luftfahrt- und Luftfahrt-Versicherung mit der Versicherungsbörse Lloyd's of London. In London werden die westlichen Handelsschiffe und Flugzeuge zu etwa 50 Prozent versichert und rückversichert.

1,45 Mrd. DM dürften auf die Versicherungen weltweit an Forderungen wegen des Todes von mehr als 1500 Flugzeug-Passagieren zukommen. 1984 waren nur zwei Passagiere ums Leben gekommen. Den ILU-Angaben zufolge war der Boeing-Jumbo der Air India, der im Juni in die Irise See stürzte, mit 95 Mill. Dollar plus 3,5 Mill. Dollar für ein Ersatz-Triebwerk der bislang am höchsten versicherte Flugzeug-Verlust.

Probleme haben die Versicherer auch mit der Raumfahrt-Versicherung, die nach Angaben des Londoner Versicherungs-Instituts unverändert hohe Verluste bringt. 1984 stiegen die Forderungen für verlorenen und versagende Satelliten auf 385 Mill. Dollar. Im Schiffsverkehr ging 1985 die Zahl der verlorengegangenen Schiffe gegenüber dem Vorjahr von 214 auf 189 zurück.

BELGIEN / Regierung muß weiter auf Sparkurs bleiben

Steuereinnahmen überschätzt

WILHELM HADLER, Brüssel
Mit einer bösen Überraschung hat das neue Jahr für die belgische Regierung begonnen: Während sie sich auf dem besten Wege wähnte, Fortschritte bei der Sanierung der öffentlichen Finanzen zu erzielen, zeugen die jüngsten offiziellen Zahlen lediglich von einer geradezu sträflichen Fehlschätzung der Steuereinnahmen.

Statt - wie vorgesehen - mit einem Defizit von 495,7 Milliarden belgische Franc (100 Mrd. sind rund 4,90 DM) schloß das Budgetjahr 1985 mit einem Minus von voraussichtlich 553,6 Milliarden belgische Franc.

Seit dem Amtsantritt der ersten Mitte-Rechts-Koalition unter Wilfried Martens vor vier Jahren hat sich die Aufgabe, die wachsende Staatsverschuldung in den Griff zu bekommen, als schwierigster Punkt des Regierungsprogramms erwiesen. Zwar ist es gelungen, den Netto-Finanzierungsbedarf des Zentralstaates von 13,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes 1982 auf 12,8 Prozent 1983 und 11,4 Prozent im folgenden Jahr zu senken; doch brachte das Wahljahr 1985 trotz guter Vorzeichen Mißerfolg.

Eigentlich hätte die Neuverschuldung auf 10,5 Prozent zurückgeführt werden sollen. In Wirklichkeit macht sie jedoch mindestens 11,6 Prozent aus. Damit konnte nicht einmal der bisherige Trend aufrechterhalten werden. Das Ziel, bis Ende 1988 auf sieben Prozent zu kommen und damit in der EG ins begehrte Mittelfeld zu rücken, droht aus Sichtweite zu geraten.

An fast allen anderen Fronten hat die in den Parlamentswahlen bestätigte Regierung hingegen überzeugend gekämpft: Die Leistungsbilanz verzeichnete 1985 dank der nach wie

vor befriedigenden Wettbewerbskraft der Unternehmen erstmals wieder einen leichten Überschuss, die Inflationsrate verringerte sich von 5,1 auf rund vier Prozent, und selbst die Zahl der Arbeitslosen ging zum ersten Mal seit 14 Jahren (wenn auch nur um einige tausend) zurück.

Daß sich der belgische Franc über weite Strecken als schwächstes Glied des Europäischen Währungssystems (EWS) präsentiert, führen die Verantwortlichen mehr auf die Dollarentwicklung als auf Krankheits-symptome der belgischen Wirtschaft zurück. Verglichen mit allen, nach ihrer handelspolitischen Bedeutung verzeichneten Währungen verzeichnete der Franc sogar eine Aufwertung um 4,5 Prozent.

Das Wirtschaftswachstum wird freilich nach wie vor durch ein Vergleich mit der Bundesrepublik (BRD) als Zinsniveau erschwert. Hier zeigt sich die Notwendigkeit, den öffentlichen Kreditbedarf einzuschränken, besonders deutlich. Höhere Steuerbelastungen scheiden nach Ansicht der Regierung aus. So bleibt allein der Ausweg, noch entscheidendere Einsparungen zu machen.

Martens hat den Belgiern von vornherein weitere Opfer in Aussicht gestellt. Er will - wie schon in der Vergangenheit - versuchen, seinen Kurs durch Sondervorteilen von parlamentarischen Tagespropositionen unabhängig zu machen. Schon jetzt kann die Regierung die automatische Koppelung von Löhnen und Gehältern an die Preisentwicklung lockern, wenn die Wettbewerbspositionen der Wirtschaft gegenüber den wichtigsten Handelspartnern in Gefahr geraten. Ob es gelingt, die Neuverschuldung zu bremsen, bleibt offen.

CHINA

Rekorddefizit im Außenhandel

dpa/VWD, Peking

Mit der Drosselung seiner Konsumgüterimporte und der gezielten Förderung der Exporte will China sein 1985 auf 7,8 (1,1) Mrd. Dollar gestiegenes Außenhandelsdefizit in den Griff bekommen, das aus enorm gestiegenen Einfuhren resultierte. Bei Bekanntgabe der vorläufigen Handelszahlen appellierte der Sprecher des Außenhandelsministeriums, Huang Wenjun, gleichzeitig an die Handelspartner der Volksrepublik, ihre Märkte weiter für chinesische Produkte zu öffnen. Dabei wandte er sich vornehmlich an die Länder, mit denen China die größten Defizite hatte: Japan (4,4 Mrd. Dollar Defizit), die USA (zwei Mrd.) und die Bundesrepublik (1,6 Mrd.).

Das chinesische Handelsvolumen ist 1985 gegenüber 1984 um knapp 20 Prozent auf 58,2 Mrd. Dollar gestiegen. Die Ausfuhren nahmen um 5,7 Prozent auf 25,8 Mrd. Dollar zu, die Importe um knapp 32 Prozent auf 33,4 Mrd. Dollar. Westliche Experten vermuten, daß die Zollstatistik ein noch größeres Minus ausweisen wird. In der Berechnung des Handelsministeriums werden zum Beispiel eingeführte Rohmaterialien, die für die Produktion von Exportgütern verwendet werden, auf der Importseite nicht berücksichtigt.

Während des siebten Fünfjahresplans (1986-1990) will China seinen Export verstärkt von Rohstoffen und Halbfabrikaten auf industrielle Fertigprodukte umstellen, um sich neue Märkte zu erschließen. Auch bei den Importen soll der Schwerpunkt bei Investitionsgütern für die Exportindustrie liegen. Stark beschnitten werden die Einfuhr von Fahrzeugen und Haushalts elektronik.

TÜRKEI / Bundesrepublik wichtigster Handelspartner

Freihandelszonen errichtet

KAREN SÖHLER, Bonn

Der freie Warenverkehr, eine Idee alter Klassiker wie Adam Smith oder David Ricardo, hat sich nur in engen Grenzen durchgesetzt. In den Freihandelszonen. Obwohl im Laufe der Jahre weltweit 450 eingerichtet worden sind, verfügt längst nicht jedes Land über diese steuerliche Oasen. Bislang hatte auch die Türkei auf diese Service verzichtet. Doch im Zuge der Liberalisierungspolitik von Ministerpräsident Turgut Özal hat die Regierung in Ankara Mitte letzten Jahres beschlossen, ebenfalls Freihandelszonen einzurichten. Die ersten beiden entstehen bei Antalya und Mersin an der Mittelmeerküste. Weitere sind in Izmir-Nemrut und Adana-Yumurtalik geplant.

Es hat Jahrzehnte gedauert, bis die Türken diesen Traum in die Wirklichkeit umgesetzt haben. Gerade deshalb ist es für sie enttäuschend, daß ausländische Unternehmen bis jetzt kaum reagiert haben. Die Antragsfrist sollte ursprünglich morgen auslaufen; doch nachdem bisher nur 700 bis 800 - vorwiegend inländische - Unternehmen Interesse bekundet haben, wurde umgedacht. Die Bedenkzeit ist bis zum 31. März verlängert. Die Werbetraktate soll bis dahin kräftig gerührt werden.

Das ist auch nötig. Eine Sprecherin des Bundesverbundes der deutschen Industrie erklärt, viele deutsche Unternehmen hätten von den türkischen Plänen noch nichts gehört. Jetzt sollen Anzeigenkampagnen die Unwissenheit beseitigen. Natürlich sei Ankara bemüht, möglichst viele Firmen anzulocken und dann auszuwählen, erklärt Bahri Yilmaz, Wirtschaftsberater der deutsch-türkischen Handelskammer in München. Nicht alle Unternehmen werden gleichermaßen willkommen geheißen. Geboren sie

Branchen an, in denen die Türkei schon jetzt wettbewerbsfähig ist, werden ihre Anträge schärfer unter die Lupe genommen. Zu diesen weniger gefragten Wirtschaftszweigen gehören die Nahrungsmittelindustrie, die Textil- und Bekleidungsindustrie und die Metallverarbeitungsindustrie. Gefragt sind hingegen alle Unternehmen, die Investitionsgüter herstellen, die neue Techniken ins Land bringen.

Bis auf diese Selektion haben die Türken die Tore jedoch weit geöffnet. Das Gesetz, in dem die Vorschriften für die Freihandelszonen festgehalten sind, unterwirft Unternehmen, die sich dort ansiedeln möchten, nur wenigen Beschränkungen. Sie betreffen unter anderem die Zusammensetzung der Arbeitnehmer. Beteiligungsverhältnisse - beispielsweise eine türkische Mehrheit an ausländischen Unternehmen - werden nicht vorgeschrieben. Daß keine Steuern erhoben werden, weder Mehrwertsteuer noch Körperschaftsteuer, ist klar.

Trotz diesen, auch vom BDI anerkannten, liberalen Bedingungen, bestehen Zweifel, ob das Interesse deutscher Firmen in den nächsten zwei Monaten wächst. Zwar wird die Türkei häufig als Sprungbrett zum Nahen Osten bezeichnet. Der BDI verweist jedoch darauf, daß der Handel mit diesem Land zwischen Europa und Asien floriert. Die Bundesrepublik ist wieder zum wichtigsten Handelspartner der Türkei aufgestiegen. In den ersten elf Monaten 1985 exportierte sie Waren im Wert von 3,8 Mrd. DM und führte Güter im Wert von 2,7 Mrd. DM ein. Ein Jahr zuvor waren es insgesamt 3,4 Mrd. DM beziehungsweise 2,5 Mrd. DM. Daher werden sich voraussichtlich eher Banken engagieren, die die Möglichkeit des Off-Shore-Bankings nutzen wollen.

CSSR

Prag will die Produktion steigern

AFP, Prag

Der achte tschechoslowakische Wirtschaftsplan (1986 bis 1990), der im März vom 17. Plenum der KPC angenommen werden soll, sieht eine Modernisierung und Restrukturierung der Industrie bis zum Jahre 2000 bei gleichzeitiger Erhöhung des Lebensniveaus der Bevölkerung vor. Der Plan, der die wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Leitlinien für die nächsten Jahre bestimmt, legt die Hauptbetonung auf die Entwicklung der Kernkraft und eine Spezialisierung der CSSR innerhalb des RGW.

Rund 30 Prozent der Stromerzeugung gegen 14,5 Prozent Ende 1985 sollen 1990 von Kernkraftwerken sichergestellt werden. Dazu ist die Errichtung von vier weiteren Atomkraftwerken von je 400 Megawatt in installierter Leistung in Dukovany in Südmähren und in Mochovce in der westlichen Slowakei vorgesehen. Auch der elektronische Sektor soll stark gefördert und die Produktion bis Ende des Fünfjahresplans um 60 Prozent erhöht werden.

Im Maschinenbau ist eine Produktionssteigerung von 30 Prozent vorgesehen. Dagegen soll die Produktion im metallurgischen Sektor, der über 30 Jahre die Grundlage der tschechoslowakischen Industrie bildete, nur um drei Prozent steigen.

Der Fünfjahresplan sieht gleichzeitig bis zum Jahre 2000 eine Zunahme des Binnenverbrauchs um 50 Prozent vor. Dieser liegt im Vergleich zu anderen sozialistischen Ländern bereits relativ hoch. Die Tschechoslowakei beabsichtigt, ihre Außenverschuldung im Westen in Höhe von drei Milliarden Dollar bis 1987/1988 völlig zurückzuführen.

FINANZANZEIGE

VEW

Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen Aktiengesellschaft Dortmund

Auslosungs-Bekanntmachung

6% - Anleihe von 1977 - 1.5. ggl. -

Am 16. Januar 1986 ist gemäß den Anleihendaten die vierte Verlosung von Teilverschreibungen unserer 6% - Anleihe von 1977 - 1.5. ggl. - vorgenommen worden.

gezogen wurde die Serie E Wertbestands-Nr. 387548 umfassend die Stücke Nr. 821 - 1150 zu DM 1000,- Nr. 4301 - 4800 zu DM 500,- Nr. 19301 - 22300 zu DM 1000,- Nr. 48301 - 47300 zu DM 1000,- Nr. 837301 - 407300 zu DM 100,-

Die ausgelosten Teilverschreibungen, deren Verzinsung am 30. April 1986 endet, werden vom 2. Mai 1986 an bei sämtlichen Niederlassungen der nachstehend genannten Banken angelegt.

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Bank für Handel und Industrie AG
Bayerische Vereinsbank
Berliner Bank AG
Berliner Commercialbank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank AG
Deutsche Girozentrale - Deutsche Kommunalbank - Deutsche Bank AG
Hamburgische Landesbank - Girozentrale - Merck, Finck & Co.
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Sel. Oppenheim & Co.
Treuhaus & Surinberg
Westfälische AG
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar AG

Die zur Rückzahlung fälligen Teilverschreibungen sind mit allen noch nicht fälligen Zinsansprüchen zurückzugeben.

In den vorangegangenen Verlosungen wurden folgende Serien gezogen:
Serie H (387548) zum 1. 5. 1983
Serie G (387547) zum 1. 5. 1984
Serie J (387549) zum 1. 5. 1985

Hervon sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Dortmund, 16. Januar 1986

Der Vorstand

Kleine Rinnale nähren einen großen Strom.



Gestalten Sie diesen großen Strom gemeinsam mit uns!
Werden Sie Partner im Kampf gegen Not und Armut in der Dritten Welt!

Spendenkonto: 556-505 Postcheckamt Köln
556 505 St. Markasse Aachen (BLZ: 390 50000)

Ein neues Produkt ges. gesch., ein ausgereiftes Kleinpreissortiment, soll in den Handel eingeführt werden. Zielgruppen: Fachhandel u. Fachbetriebe

• Foto • Schreibwaren • Papeterien •

Für die Markteinführung und für die anschließende Übernahme einer Gebietsstellung auf Provisionsbasis suchen wir

VERKÄUFER / VERKAUFSORGANISATIONEN

Das Produkt ist sympathisch und von ständiger Aktualität. Das Einführungsprogramm, einschließlich eines universellen Verkaufsdisplay hat einen Wert von ca. DM 300,00. Wir bieten attraktive Provisionen, wertvolle Verkaufshilfen und klare Gebietsabgrenzungen nach PLZ.

Wenn Sie an einer Zusammenarbeit interessiert sind und freie Kapazität haben, bitten wir um Kontaktaufnahme unter M 8257 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELTWEITE KONTAKTE ZWISCHEN VERKÄUFERN UND VERKAUFSORGANISATIONEN

Suche: Hersteller von Medizintechnik für Zahnärzte, Ärzte und Krankenhäuser.

BOCKELER GMBH Postfach 1181 - 4354 Datteln

Exklusive Chef-Manager-Stellungs-BONNER BÜRO-SERVICE INTERNATIONAL

Telefon 22 25 / 25 61 Telefax 2 22 715

Suche eingeführte Handelsvertreter im ges. Bundesgebiet für Drogerie- u. Parfümerie-Artikel. Für ein neues Spitzenprodukt. Ungezwungen, hohe Provision. Nur seriöse Interessenten, mögen sich melden.

U. Heilmann, Feldweg 2977 Gaden, Tel. 9 41 54 / 51 56

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

DM 4.701! 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden! Sie als Aufwärtler für Ihre 1000 Kunden!

STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1986

Humanmedizin 1. klinisches Semester

von nach

1. RWTH Aach. Uni Frankfurt

2. RWTH Aach. Uni Mainz

3. Uni Bonn Uni Frankfurt

4. Uni Bonn Uni Freiburg

5. Uni Bonn Uni Heidelberg

6. Uni Bonn Uni Hamburg

7. Uni Bonn Uni Mannheim

8. Uni Bonn Uni München

9. Uni Bonn Uni Regensburg

10. Uni Bonn Uni Tübingen

11. Uni Bonn Uni Würzburg

12. Uni Bonn Uni Wuppertal

13. Uni Bonn Uni Würzburg

14. Uni Bonn Uni Würzburg

15. Uni Bonn Uni Würzburg

16. Uni Bonn Uni Würzburg

17. Uni Bonn Uni Würzburg

18. Uni Bonn Uni Würzburg

19. Uni Bonn Uni Würzburg

20. Uni Bonn Uni Würzburg

21. Uni Bonn Uni Würzburg

22. Uni Bonn Uni Würzburg

23. Uni Bonn Uni Würzburg

24. Uni Bonn Uni Würzburg

25. Uni Bonn Uni Würzburg

26. Uni Bonn Uni Würzburg

27. Uni Bonn Uni Würzburg

28. Uni Bonn Uni Würzburg

29. Uni Bonn Uni Würzburg

30. Uni Bonn Uni Würzburg

31. Uni Bonn Uni Würzburg

32. Uni Bonn Uni Würzburg

33. Uni Bonn Uni Würzburg

34. Uni Bonn Uni Würzburg

35. Uni Bonn Uni Würzburg

36. Uni Bonn Uni Würzburg

37. Uni Bonn Uni Würzburg

38. Uni Bonn Uni Würzburg

39. Uni Bonn Uni Würzburg

40. Uni Bonn Uni Würzburg

41. Uni Bonn Uni Würzburg

42. Uni Bonn Uni Würzburg

43. Uni Bonn Uni Würzburg

44. Uni Bonn Uni Würzburg

45. Uni Bonn Uni Würzburg

46. Uni Bonn Uni Würzburg

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 48, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 48 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Humanmedizin 1. klinisches Semester

von nach

1. RWTH Aach. Uni Frankfurt

2. RWTH Aach. Uni Mainz

BAYERISCHE SPARKASSEN / „Fall Mega-Petrol“

Vorwürfe zurückgewiesen

sz. München

Nach allen bisher vorgenommenen Prüfungen bestehen gegen die Bayerische Landesbank keinerlei Ansprüche der Mega-Petrol-Geschädigten Kommanditisten, wie von dem Kölner Rechtsanwalt und ehemaligen Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Mega-Petrol-Gesellschaften, Bernd Schäfer, in einem sogenannten „Sondergutachten“ behauptet (sittenwidrige Schädigung der Anleger durch leichtfertige Vorfinanzierung eines Schneeballsystems). Diese Ansicht vertrat gestern in München Bruno Merk, Vorsitzender des Verwaltungsrates der Landesbank und Präsident des Bayerischen Sparkassen- und Giroverbandes.

Hefige Kritik äußerte Merk indes an den jüngsten Darstellungen dieses Falls durch die SPD-Landtagsfraktion, auf deren Antrag sich in den nächsten Wochen ein Untersuchungsausschuss mit Mega-Petrol befassen wird. „Es ist unverantwortlich“, so Merk, „wenn eine Partei Dinge als selbstverständlich darstellt, wie sie nicht sind.“ Schon aus allen Unterlagen hätte man ersehen kön-

nen, daß viele erhobene Behauptungen nicht stimmen. Hier habe man „nicht einmal ein Mindestmaß an Sorgfaltspflicht gewahrt“.

Es sei zu begrüßen, wenn in dieser Sache künftig politische Interessen nicht in den Vordergrund gestellt und auf die Interessen der Bank Rücksicht genommen würde. In diesem Zusammenhang bezweifelte Merk auch, daß sämtliche Fragen der parlamentarischen Kontrolle unterzogen werden können, wie beispielsweise die Kreditgeschäfte.

Zufrieden zeigte sich der Sparkassenpräsident mit der Geschäftsentwicklung 1985 der 115 bayerischen Sparkassen. Mit einem Mittelzufluß von knapp 7 Mrd. DM (plus 7 Prozent) sei das bislang zweitbeste Ergebnis erzielt worden. Allein auf gesetzliche Spareinlagen entfielen davon 2,2 (1,4) Mrd. DM und Termineinlagen 1,2 (1,1) Mrd. DM. Auf der anderen Seite erhöhte sich das Kreditvolumen um 4,5 (3,2) Mrd. DM, getragen von den langfristigen Forderungen mit 4,3 (3,6) Mrd. DM. Die Bilanzsumme aller Institute erhöhte sich insgesamt um gut 7 Prozent auf 123,4 Mrd. DM.

ALLGÄUER ALPENMILCH / Umsatzsprung mit Glücksklee

Wieder „Normaldividende“?

sz. München

Mit Zuversicht steht die Allgäuer Alpenmilch AG, München, eine Tochter des Schweizer Nestlé-Konzerns, dem Geschäftsjahr 1985 entgegen. Die Hoffnungen gründen sich dabei vor allem auf die steigenden verfügbaren Einkommen der Verbraucher und das erwartete Anziehen der Konsumgüterkonjunktur. Nach den Worten von Vorstandsvorsitzender Hans Kalschauer will man zumindest mit der Entwicklung des Nahrungsmittelgewerbes mithalten, das für 1986 ein Umsatzplus von 3,5 Prozent erwartet. Größeres sei aufgrund der Strukturprobleme (Marktsättigung, Konzentration im Handel und Bevölkerungs-rückgang) kaum zu erzielen.

Recht zufrieden zeigte sich Kalschauer mit dem Geschäftsjahr 1985, das der Allgäuer Alpenmilch eine Umsatzzunahme im Teilkonzern um 17,7 Prozent auf 1,707 Mrd. DM brachte. Im wesentlichen ist dies allerdings auf die zum Jahresanfang vollzogene Übernahme der Glücksklee GmbH (Umsatz: 240 Mill. DM) zurückzuführen. Ohne diese neue Tochter, deren Firmensitz inzwischen von Hamburg

nach München verlegt wurde, stieg der „Kern“-Umsatz der Allgäuer Alpenmilch nur um ein Prozent. Mit Glücksklee erhöhte sich die Exportquote auf 28 (23,5) Prozent und die Zahl der Mitarbeiter um 287 auf 4882.

An Boden gewinnen konnte man im Kondensmilch-Markengeschäft („Bärenmarke“, „Libbys“ und „Glücksklee“). Bei einem Umsatz von deutlich über 500 Mill. DM dürfte der Marktanteil hier rund 40 Prozent betragen. Einen leichten Zuwachs brachten auch die Bereiche Konsumnahrung und -pflegemittel sowie diätetische Produkte. Und trotz der Misere am Weinmarkt kam auch die St. Ursula Weingut, Bingen, noch auf ein leichtes Plus auf nun gut 50 Mill. DM. Die gesamte Unifranck GmbH, Ludwigsburg, verbesserte ihren Umsatz um 5,4 Prozent auf 217 Mill. DM.

Noch nicht äußern wollte sich Kalschauer zum Ergebnis 1985. Eine Rückkehr zur Normaldividende von 14 (1984: 10 bzw. 12,50) DM scheint aber denkbar, auch wenn von der früher defizitären Glücksklee Verlustvorträge übernommen werden mußten.

AUTOMATENINDUSTRIE / Einbuße bei TV-Spielen

Flipper wieder im Kommen

dpa/VWD, Frankfurt

Für Hersteller, Händler und Aufsteller von Spielautomaten ist 1985 eine vier Jahre dauernde Durststrecke zu Ende gegangen: Mit einem Gesamtumsatz von 3,72 Mrd. DM wurden die Einnahmen des Jahres 1984 um knapp fünf Prozent übertroffen. Der 1981 erreichte Rekord von 4,2 Mrd. DM wurde jedoch bei weitem nicht erreicht.

Wie Paul Gauselmann vom Verband der Deutschen Automatenindustrie (VDA) in Frankfurt erläuterte, konnten insbesondere die rund 4000 Aufsteller der „Großengroß“-Ihren Umsatz um 5,8 Prozent auf 2,75 Mrd. DM erhöhen. Für 1986 rechnet er mit einer erneuten Steigerung auf etwa 3 Mrd. DM.

Besonderes Interesse fanden Geräte, die ein aktives Mitspielen erfordern. So waren Flipper mit einer Zu-

wachstumsrate von 31 Prozent auf 6400 Neugeräte „wieder im Kommen“. Die Zahl der Sportspiele wie Tischfußball und Billard stieg um 13 Prozent auf 8100. „Out“ waren TV-Spiele, deren Absatz um ein Drittel auf 7100 zurückging.

Der Absatz der Zigarettenautomaten schrumpfte 1985 um 3,3 Prozent auf 25 000. Der Anteil der Zigaretten, die über Automaten verkauft wurden, sank um 0,4 Prozentpunkte auf 40,4 Prozent. Neue Absatzchancen erwartet die Branche bei Getränke- und Verpflegungsautomaten für Kleinbetriebe sowie bei Automaten zur Rücknahme von Leergut. Ihre Neuentwicklungen sind bis zum Samstag auf der Internationalen Fachmesse Unterhaltungs- und Warenautomaten in Frankfurt zu sehen, zu der 12 000 Besucher erwartet werden.

BAYERN IMMOBILIEN TREUHAND / Käufer für Bürotechnik-Tochter gesucht

Die Gruppe ist schwer angeschlagen

G. HEGMANN, Nürnberg

Die 1972 gegründete Bayern Immobilien Treuhand BIT GmbH, Erlangen, ist in den Schlagzeilen. Heinz Gerlach vom Brancheninformationsdienst kapitalmarkt-intern, Düsseldorf, hatte bereits vor einiger Zeit den Vorwurf erhoben, daß bei dem Marktführer für Immobilienfonds bei gewerblichen Objekten die Abwicklung der BIT-Objekte durch verflochtene Unternehmen vorgenommen werde. Die rund zehn Hausbanken der BIT, vor allem aber Lieferanten und Zulieferer, verlangten daraufhin zusätzliche Sicherheiten. Diese konnten nicht gegeben werden. So mußten insgesamt drei Läden in dem erst im September 1985 eröffneten und von der BIT mit einem Volumen von 125 Mill. DM errichteten City-Center Fürth Konkurs anmelden. Geschäftsführer der Läden und gleichzeitig Geschäftsführer der City-Center Betriebsgesellschaft ist Horst Troß, der zudem seit August 1985 einer der drei BIT-Geschäftsführer ist. An der Spitze der BIT sitzt als Aufsichtsratsvorsitzender deren Gründer, Günther Zemsch, bis Ende vergangenen Jahres noch Leiter des Arbeitsgerichtes Würzburg. Die beiden weiteren BIT-Geschäftsführer sind Zemschs Ehefrau Renate sowie Peter Groner, nachdem der bisherige Alleingeschäftsführer Manfred Schoeps ausgeschieden ist.

Von den Mietern des City-Center Fürth wurde jetzt bekannt, daß die als Pool-Mieterin gegenüber der BIT auf-

tretende Bavaria Bau GmbH, Eschenbach, ihre Zahlungen eingestellt habe. Auch bei dieser Gesellschaft war Schoeps bis 1983 Geschäftsführer. In einer Presseerklärung wird mitgeteilt, daß die Bavaria Bau mit der BIT die Übernahme der Mietverhältnisse vereinbart habe, für die Mieter des City-Centers andere sich dadurch nichts. Die Bavaria Bau GmbH ist wiederum Tochtergesellschaft der TIO Technologie Transfer Organisations GmbH, Altdorf, über deren Computer die Abrechnungen für die City-Center-Fürth-Mieter laufen. Niemand soll die TIO-Anteile zu je einem Drittel an die Mieter, die BIT sowie die TIO selbst aufgeteilt werden.

Zu dem Kreis der Unternehmen, bei denen die Banken zusätzliche Sicherheiten verlangten, gehört auch die Zippel Büro- und Lagertechnik GmbH mit Sitz in Berlin. Diese Handelsgesellschaft, eine hundertprozentige BIT-Tochter, war wiederum Hauptgesellschafterin beim Fachmarkt Profi GmbH, einem der im City-Center Fürth in Konkurs gegangenen Läden. Von Zippel abgespalten hat sich als Produktionsunternehmen die Herbert Zippel GmbH & Co KG, Altdorf, mit Produktionsstätten in Altdorf und Moosbach in der Oberpfalz. Auch in diesem Unternehmen war Schoeps Geschäftsführer. Das Unternehmen mit rund 450 Mitarbeitern ist im Bereich der Büro- und Lagertechnik tätig. Um einen drohenden Konkurs abzuwenden, steht das

HOLSTEN-BRAUEREI / Marktposition gut behauptet – Zur Dividende von zwölf Prozent zwei Prozent Bonus

Günstiges Auslandsgeschäft sorgte für Ausstoß-Plus

S. SCHUCHART, Hamburg

„Wir haben unser Klassenziel recht erfreulich erreicht.“ Mit diesem Resümee kommentierte der Vorstandsvorsitzende der Holsten-Brauerei AG, Hamburg, Klaus Asche, vor Journalisten das Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.). Trotz der für den Getränkeabsatz sehr ungünstigen Witterungsverhältnisse ist es der mit Abstand größten Brauerei-Gruppe in Norddeutschland nach seinen Worten gelungen, die Position im Markt gut zu behaupten, in einigen Bereichen sogar deutlich auszubauen.

Auf dem stagnierenden Inlandsbiermarkt blieb das Absatzvolumen auf dem Vorjahresniveau und damit „im Markttrend“, wie Asche betonte. Im Kernabsatzgebiet Hamburg, Berlin, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sei eine leichte Verbesserung des Bierabsatzes um ein Prozent gelungen. Dabei hielt wie in den vergangenen Jahren der Trend zu den Bierern Pilsener Brau an. Der gesamte Bierabsatz der Holsten-Gruppe, zu der unter anderem die Brauerei Feldschlösschen AG in Braunschweig und die Lüneburger

Kronenbrauerei gehören, erhöhte sich 1984/85 um 1,7 Prozent auf 3,4 Mill. Hektoliter. Dieses Plus verdankt Holsten seinem florierenden Auslandsgeschäft. Erstmals wurden deutlich über 1 Mill. hl abgesetzt. Neben den Bierexporten sind darin auch 350 000 hl Lizenzproduktion in Großbritannien und Ungarn enthalten.

Am gesamten Getränkeabsatz der Gruppe von 4,1 Mill. hl waren alkoholfreie Getränke mit 0,62 Mill. hl beteiligt. Ein Vergleich mit den Vorjahresmengen ist in diesem Bereich nicht möglich. Anfang 1985 hat Holsten nämlich die Hansa Mineralbrunnen GmbH an die Nord Getränke GmbH & Co. KG, Hamburg, verkauft und gleichzeitig ihre Beteiligung an dieser Gesellschaft auf 48 Prozent erhöht. Die Einstellung der Produktion von alkoholfreien Getränken war maßgeblich dafür verantwortlich, daß sich die Zahl der Beschäftigten im Jahresmittel gegenüber 1983/84 auf 1290 (1361) verringerte. Nord Getränke konnte ihren Absatz 1984/85 um 9,1 Prozent auf über 3,1 Mill. hl steigern.

Die Neuordnung des Erfrischungsgetränkgeschäfts hat Holsten mit dem Verkauf seiner Beteiligung an der Hanseatische Getränke Industrie (HGI), Hamburg, und der Übertragung der Coca-Cola-Konzession auf Nachbarkonzessionen im Großraum Hamburg am 30. September 1985 abgeschlossen. Der durch die Veräußerung der HGI entstandene Gewinn wurde in vollem Umfang zur Substanzstärkung der AG verwendet. Neben einer Einstellung von 3 Mill. DM in die freie Rücklage wurden die allgemeinen Rückstellungen erhöht.

Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung 1984/85 waren besonders von den Beteiligungsveränderungen geprägt. Der vergleichbare (Vorjahreswert zeitanteilig korrigiert) Umsatz der AG erhöhte sich um 0,5 Prozent auf 344,5 Mill. DM, in der Gruppe stieg er um 1,5 Prozent auf 513,6 Mill. DM. Das Betriebsergebnis blieb unter dem Vorjahreswert. Dennoch verdoppelte sich der Jahresüberschuss von 3,5 auf 7,1 Mill. DM. Der Nettocash-flow der AG verringerte sich leicht auf 24,1 (37,3) Mill. DM. Den Nettogewinn je Aktie gibt Holsten

mit 18,01 nach 18,33 DM an. Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen, aus dem Bilanzgewinn von 4,1 (3,5) Mill. DM auf 30 Mill. DM Aktienkapital zusätzlich zur traditionellen Dividende von zwölf Prozent einen Bonus von zwei Prozent anlässlich des 500jährigen Jubiläums der Lüneburger Kronenbrauerei zu zahlen.

Asche geht davon aus, daß wegen aufgelaufener Kostensteigerungen bei Rohstoffen, Energie und Personal die Bierpreise auf breiter Front in Bewegung kommen werden. Bei Holsten sei eine Erhöhung zwischen vier und sieben Prozent „nicht unrealistisch“.

Zwar seien Preiserhöhungen nur äußerst schwer durchsetzbar, doch bedürfe es angesichts des scharfen Wettbewerbs in der Brauwirtschaft Investitionen, um für die Zukunft gut gerüstet zu sein, erklärte Asche. Die Absatzentwicklung in den ersten drei Monaten 1985/86 verlief nach seinen Worten in allen Unternehmensbereichen „höchst erfreulich“. Man rechne auch beim Ertrag mit einem in jeder Hinsicht akzeptablen Ergebnis.

Beteiligungen an innovativen Firmen

th. Berlin

Bereits 13 Beteiligungen in Höhe von rund 10 Mill. DM ist die KBG Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH Berlin eingegangen. Drei weitere Projekte im Volumen von 1,5 Mill. DM sind in der abschließenden Phase und fünf in der Vorprüfung. Das teile der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse der Stadt Berlin West, Hubertus Moser, vor Journalisten mit. Die Sparkasse ist alleiniger Gesellschafter der KBG Berlin, deren Kapital jetzt 15 Mill. DM beträgt.

Zielgruppe der KBG sind bestehende und neue Unternehmen. Die Beteiligungsbeträge liegen zwischen 100 000 DM und 3 Mill. DM; die Beteiligung selbst wird als stille Gesellschaft eingegangen. Beschäftigt werden von den Beteiligungseignern gegenwärtig rund 300 Mitarbeiter. Voraussetzung für ein Engagement der KBG sind nach Mosers Angaben ein firmenspezifisches Know-how, ein marktfähiges Produkt und erfolgversprechendes Marketingkonzept sowie ein qualifiziertes Management. Eine Bestätigung ihrer Beteiligungspolitik sieht die Geschäftsführung darin, daß zum Kreis ihrer Beteiligungseigner schon drei Gewinner des vom Berliner Senat gestifteten Innovationspreises gehören.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Berleburg: Heinz Müller, Kaufm., Erdbeerbrück; Bielefeld: Dietrich Schaefer, Halle/W.; Bremen: 1. KG i. Fa. Schwiers ihr Raumausstatter GmbH & Co. KG, 2. pers. haft. Gesellschaft; Freiburg: Dieter Schaffert, Dipl.-Ing. Vermessungen; Münster: Pro Domo Vertriebsges. f. Bau- u. Raumausstattung mbH & Co. KG i. L.; München: Rico Ges. f. Untertagebau mbH; Beck-Ingasse: Hess, Heizungs- u. Sanitärbau GmbH, Herten; Soltau: Hans-Georg Rodewald, Münster; T. Gerda Rodewald, Münster; Stuttgart: Peter Paul Mala, Inh. e. Briefmarkenhandels u. Briefmarkenauctionen; Tostedt: Johannes Zenz, Otter; Walderode: Nachl. d. Benno Möllers, Kaufm., Wilhelmshaven; IPA Immobilien u. Freizeitanlagen Betriebs GmbH; Wittlich: VUKA Hausbau Ges. f. schlüsselfertiges Bauen mbH, Daun.

Konkurs beantragt: Neuwied: Johann Schneider.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Kassel: Murgal-Reifen-Dienst Altenbach GmbH, Gaggau-Hörden.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Edelmetall-Kooperation

Zürich (dpa/VWD) – Die Schweizerische Bankgesellschaft (SBG) und das Edelmetallhaus W.C. Heraeus, Hanau, werden künftig in der Edelmetallverarbeitung gemeinsame Sache machen. Wie die SBG mitteilte, beteiligt sich Heraeus mit 25 Prozent an der bislang im alleinigen SBG-Besitz befindlichen Goldscheideanstalt und Münzenprägerei Argor SA, Chisasso. Das Aktienkapital der neuen Gesellschaft wird von bisher 0,25 Mill. Sfr auf 5 Mill. Sfr (rund 6 Mill. DM) erhöht.

Zuwachs bei Chemikalien

Leverkusen (dpa/VWD) – Besonders im Industriegebiet war die deutsch-belgische Agfa-Gevaert-Gruppe, Leverkusen/Mortsel, 1985 erfolgreich. Die Bereiche Farb-Negativpapier, Chemikalien und Laborge-

räte hätten erfreuliche Zuwachsraten erzielt, der Professionalbereich bei Ton- und Videobändern habe ebenfalls sehr positiv abgeschnitten, berichtete Vorstandsmitglied Klaus Gerlach. Für 1985 erwartet die Gruppe nach den Worten von Gerlach einen Weltumsatz von 7,5 Mrd. DM und einen Gewinn vor Steuern von rund 750 Mill. DM.

Grünes Licht aus Berlin

Berlin (dpa/VWD) – Der Übernahme von 50 Prozent der „Segeberger Zeitung“ durch die „Kieler Nachrichten“ steht nichts mehr entgegen. Das teilte ein Sprecher des Bundeskartellamts mit.

Westermann übernommen

Braunschweig (dpa/VWD) – Die „Rheinpfalz“ steigt bei der Westermann GmbH u. Co ein. Wie ein Unter-

nehmenssprecher von Westermann mitteilte, wird die Braunschweig GmbH den von ihr gehaltenen 76prozentigen Anteil an Westermann an die in Ludwigshafen erscheinende „Rheinpfalz“ übertragen. Außerdem sei für den 24prozentigen Anteil der Alt-Gesellschafter Westermann von der „Rheinpfalz“ ein bis zum 30. Juni 1986 befristetes Kaufangebot unterbreitet worden. Eine Genehmigung sei beim Kartellamt beantragt.

Ausgeglichenes Ergebnis

Mailand (dpa/VWD) – Der zweitgrößte europäische Lastwagenhersteller (nach Daimler Benz), die Fiat-Tochter Iveco, hat nach einem Verlust von 200 Mrd. Lire (300 Mill. DM) 1984 im vergangenen Jahr wieder mit einem ausgeglichenen Ergebnis abgeschlossen. 1985 verbesserte Iveco seinen Marktanteil in Kontinentaleuropa von 14,8 auf 15 Prozent.

HANNOVER

Neue Dimensionen für Industriemesse

HUBERTUS BLASS, Hannover

Eine neue, an dynamischen Märkten und Technologien orientierte Dimension, gewinne die Hannover-Messe '86. Dies werde besonders zur Messe „Industrie“ deutlich, die vom 9. bis 16. April die internationale Aufmerksamkeit auf sich ziehen werde, erklärte gestern der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Messe- und Ausstellungs-AG, Klaus E. Goehmann, in Hannover.

Im Rahmen der neuen Konzeption – die Cebit-Messe, das Welt-Centrum der Büro-, Informations- und Kommunikationstechnik, wird einen Monat früher veranstaltet – präsentiere die Hannover-Messe ein Angebot mit Zukunft. Zwei wesentliche neue Bausteine bereichern nach den Worten Goehmanns die Palette der Fachmessen: „Industrie Automation: Leit- und Steuerungssysteme“ sowie der Bereich „Neue Werkstoffe“, die das „Welt-Centrum industrieller Technologien“ komplettieren. Beide Fachmessen würden den Verbundcharakter der größten Investitionsgüter-Schau der Welt stärken und sich nahtlos in das branchenübergreifende Angebot einfügen.

Nach vorläufigen Ergebnissen würden sich an der Hannover-Messe '86 über 5300 Aussteller auf einer Ausstellungsfläche von knapp 300 000 Quadratmetern beteiligen. Aus dem Ausland kämen 1575 Direktaussteller. Ungewöhnlich lebhaftes Interesse sei bei den beiden neuen Fachmessen, aber auch bei der Fachmesse „Energie“ und bei „Forschung und Technologie“ zu beobachten gewesen. Im Bereich „Elektronik und Elektrotechnik“ würden nahezu 3000 Aussteller das weltweit größte Angebot offerieren.

Dennoch ist ein Rückgang an Ausstellern von 216 zu verzeichnen, wobei vor allem ausländische Beteiligungen zurückgegangen seien. Im Rahmen des „Partnerland“-Konzeptes werde dieses Jahr erstmals ein Comecon-Land, Bulgarien, dabei sein. Rund 100 Außenhandelsorganisationen und Betriebe böten den Unternehmen die Chance, Kontakte auf der „Ost-West-Drehseiche“ Hannover zu intensivieren.

Für Unternehmer, die jetzt ihre Chance nutzen wollen: unser Investitionsdarlehen.

Viele Unternehmen – gerade auch mittelständische Betriebe – haben sich entschieden, jetzt zu investieren.

Für die langfristige Finanzierung Ihrer Investitionen und auch zur Ablösung bestehender Zwischenkredite bietet unser Investitionsdarlehen die optimale, individuelle Lösung. Es wird Ihren Ansprüchen und Vorstellungen gerecht:

- ☐ Günstige Konditionen auf variabler, gebundener oder Festsatzbasis. Die Varianten sind kombinierbar.
- ☐ Laufzeiten in der Regel bis zu 10 Jahren.
- ☐ Bis zu 3 tilgungsfreie Jahre.
- ☐ Rückzahlung auf Ratenbasis zusätzlich Zinsen oder – zur Schonung Ihrer Liquidität – in den ersten Jahren – auf Annuitätenbasis, d. h. fester Betrag für Tilgung und Zinsen.
- ☐ Je nach Ihrer Liquiditätslage kann auch eine variable Inanspruch-

nahme der Kreditlinie vereinbart werden. Dies kann unter gewerbesteuerlichen Gesichtspunkten vorteilhaft für Sie sein; außerdem sparen Sie Zinsen.

☐ Kombinierbar mit den ebenfalls zinsgünstigen öffentlichen Förderungsprogrammen.

Aus den damit gegebenen vielfältigen Möglichkeiten erarbeiten wir die für Ihr Unternehmen günstigste Finanzierung.

Sprechen Sie mit unseren Firmenkundenbetreuern.

In Berlin: BHI

RUHRKOHLE

Halden wurden weiter abgebaut

dpa/VWD, Essen
Die Ruhrkohle AG, Essen, hat 1985 ihre Haldenbestände an Steinkohle um weitere zwei Mill. Tonnen abgebaut. Während der Absatz um drei Prozent auf 60,5 Mill. Tonnen fiel, stieg die Förderung um vier Prozent auf 62,5 Mill. Tonnen. Für 1986 erwartet die Ruhrkohle einen weiteren Absatzrückgang und „erhebliche Erlösprobleme“ in Folge des Preisdrucks auf den Energiemarkt.

Wie es in der jüngsten Ausgabe der Weltzeitschrift weiter heißt, gingen 1985 insbesondere die Bezüge der Stahlindustrie in den anderen EG-Ländern zurück. Auch die Kraftwerke bestellten weniger Kohle.

Politische Urteilskraft kann man abonnieren.

Bitte: 

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36
Bitte liefern Sie mir vom nächsten Erscheinungstermin an bis auf weiteres

DIE WELT
UNABHÄNGIGE ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCHLAND
zum monatlichen Bezugspreis von DM 27,00 (Ausland 37,00, Luftpost auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Vorname/Nachname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Beitrag: _____

Vorname/Nr.: _____

Datum: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterzeichnung: _____

Diebstahl: _____

Sie haben das Recht, eine Abbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Nach Darstellung der Ruhrkohle liegen diese Absatzschwankungen im Rahmen der mit der Elektrizitätswirtschaft vereinbarten Flexibilität. Dagegen nahmen die Lieferungen an die deutsche Stahlindustrie infolge gesteigerter Stahlproduktion zu.

Die Förderkapazität stieg vor allem auf Grund einer weiter angewachsenen Schichtleistung. Mit 4,4 Tonnen je Mann und Schicht übertrafen die Kumpel an der Ruhr ihre Vorjahresleistung um drei Prozent. 1986 will das Unternehmen die Förderleistung senken und der angestrebten Größenordnung von 55 Mill. Tonnen anpassen.

Die Kokserzeugung stieg um eine Million Tonnen auf 11,7 Mill. Tonnen. Im Zuge des seit 1982 laufenden Anpassungsprogramms sank die Beschäftigung weiter um 2500 auf 114 000 Beschäftigte. Noch in diesem Jahr will das Unternehmen diese Zahl unter 112 000 Mitarbeiter schrauben.

Eastern Airlines

in einer Finanzkrise

Sgt. Washington

Die US-Fluggesellschaft Eastern Airlines steckt in einer schweren Finanzkrise. Die Geschäftsführung hat die Reduzierung des Flugbegleitersonals von 7200 auf 6200 angekündigt. Außerdem verlangt sie noch einmal Lohnkonzessionen in Höhe von zwei Prozent, nachdem die Belegschaft vor zwei Jahren eine Kürzung um 18 Prozent zustimmte. Die Eastern Airlines sind langfristig mit rund 2,5 Mrd. Dollar verschuldet, und ihre Gläubiger haben drastische Schritte für den Fall anvisiert, daß die Gewerkschaften bis Ende Februar keine neuen Zugeständnisse machen.

Auch der Vorsitzende des nationalen Schlichtungsausschusses nannte jetzt die finanzielle Situation gefährlich. Er warnte vor einer Fortsetzung des abgebrochenen kurzen Streiks. Ohne Einigung bis zum 28. Februar wird sich Eastern technisch im Konkurs befinden, so daß die Kreditoren die sofortige Rückzahlung oder eine Umschuldung zu höheren Zinsen verlangen könnten.

Zum erstenmal hat Eastern im vergangenen Jahr seit 1979 Geld verdient, und zwar nach Steuern 6,5 Mill. Dollar, verglichen mit einem Verlust von 38 Mill. Dollar 1984. Die Einnahmen stiegen um zehn Prozent auf 4,82 Mrd. Dollar. Der in den USA erneut ausgebrochene Ratenkrieg zeigt jedoch, wohin die Reise gehen kann: Im 4. Quartal wies die Bilanz ein Minus von 67,5 Mill. Dollar aus, während die Einnahmen um weniger als ein Prozent auf 1,13 Mrd. Dollar zunahmen. Dagegen betrug der Reingewinn in der Oktober-Dezember-Periode 1984 immerhin 10,7 Mill. Dollar. Eastern schuldet seinen Aktionären überdies 38,5 Mill. Dollar an zurückgehaltener Dividende.

VEREINIGTE STAATEN / Haftpflichtversicherer erlebten 1985 das schlechteste Geschäftsjahr ihrer Geschichte

Teure Schadensfälle stürzen Branche in die Krise

Von HORST-A SIEBERT

Die Krise, in die die Amerikaner Haftpflichtversicherer nach einer Fülle teurer Schadensfälle gestürzt hat, nimmt gefährliche Formen an. Weil sie keine Versicherer finden oder die enormen Prämien nicht zu bezahlen sind, verzichten Unternehmen auf die Vermarktung neuer Produkte, streichen Erzeugnisse und Dienstleistungen oder zögern Investitionen hinaus. In wachsender Zahl melden kleine Firmen Konkurs an; ungeschützte Manager geben ihren Job auf.

In den USA übertrafen im vergangenen Jahr die ausbezahlten Haftpflichtleistungen erstmals 70 Mrd. Dollar oder umgerechnet 172 Mrd. Mark. Nach einer detaillierten Untersuchung des „Wall Street Journal“ erhöhte sich der Anteil der Verteidigungskosten von zwölf (1986) auf etwa 36 Prozent. Die Gerichte sprachen den Klägern Bußgelder und Schadensersatz in Millionenhöhe in nahezu 500 Fällen zu, verglichen mit 25 vor zehn Jahren. Seit 1974 stieg allein die Zahl der Verfahren in der Produkthaftung von rund 1800 auf 11 700.

Für die US-Versicherer war 1985 das schlechteste Geschäftsjahr in ihrer Geschichte: Zum zweiten Mal hintereinander gerieten die Betriebseinnahmen der Sach- und Haftpflichtversicherer mit fast 6 (1984: 4) Mrd. Dollar ins Minus. Das, obwohl das Prämienaufkommen aller amerikanischen Versicherer im Haftpflichtbereich seit 1975 von drei auf etwa elf Mrd. Dollar zugenommen hat. Als Folge weigern sich die Gesellschaften, neue Policen anzunehmen oder sie verkürzen die Deckung. In diesen

Monaten werden zum Beispiel Deutsche, die eine Kfz-Haftpflichtversicherung benötigen und noch nicht genügend Pluspunkte gesammelt haben, im Washingtoner Raum häufig abgelehnt.

Harter Ratenkrieg

Unbestritten ist, daß sich die US-Versicherer durch einen erasmuslosen Ratenkrieg, der 1978 begann, selbst in diese Situation manövriert haben. Damals erreichten die Zinsen in den Vereinigten Staaten einsame Rekordhöhen, und entsprechend schossen die Investitionsgewinne nach oben, so daß die Prämienausfälle kaum schmerzten. Das änderte sich jedoch 1984, als Ansprüche und administrative Kosten die Erträge aus Anlagen um 3,8 Mrd. Dollar überstiegen. 1985 vergrößerte sich die Lücke auf 5,5 Mrd. Dollar.

Ins Geld gingen besonders die riesigen Forderungen aus Wirbelstürmschäden. Aber zugleich löste die Großzügigkeit der amerikanischen Gerichte bei der Bemessung von Schadensersatz und Schmerzensgeld eine bis dahin nicht gekannte Klagewelle aus. Geradezu explodiert sind die Ansprüche auch aus Bhopal-ähnlichen Unfällen, also Umweltverschmutzungen. Die Verteilung von Ärzten, Betriebsleitern und anderen Verantwortlichen Personen nimmt in einem besorgniserregenden Tempo zu. Dennoch werden die US-Versicherer für 1985 vermutlich einen Reingewinn von 1,7 Mrd. Dollar aufweisen. Zustande kommt er durch Steuererleichterungen und Aktienverkäufe.

Die Lage ist so prekär, daß in den USA in ganzseitigen Zeitungsanzeigen

den Gerichten vorgeworfen wird, sie ließen Amok. Gefordert wird die Bildung einer präsidentiellen Kommission, die das Rechtssystem mit dem Ziel untersuchen soll, die Behandlung der Privatklagen und die Schadensbemessung durch die Gerichte zu ändern. Das Weiße Haus ist dabei, eine interministerielle „Task Force“ zu bilden, und der Vorsitzende des Handelsausschusses im Senat, John Danforth, hat der Regelung der Produkthaftung, über die sich der Kongreß seit Jahren streitet, erste Priorität eingeräumt. In Umlauf gebracht hat er einen Gesetzentwurf, der Bußgelder und Schmerzensgeld abschafft, nach Unfällen aber die Erstattung von Arztkosten und Einkommensverlusten beschleunigt.

Mehr geschieht bereits auf Länderebene. Ein neues Gesetz in Ohio beispielsweise schützt die Gemeinden vor Klagen und limitiert das Schmerzensgeld. Für die Versicherer wurde eine Deckungspflicht eingeführt. In anderen Fällen werden die Anwaltskosten beschränkt oder die Auszahlung der Ansprüche auf mehrere Jahre verteilt (New York und Kalifornien).

Indes, die Wirtschaft kann nicht mehr lange auf durchgreifende Lösungen warten. Wo die Prämien nicht über den Preis weitergegeben werden können, häufen sich die Pleiten. In Roanoke, Virginia, machte ein Speditionunternehmen dicht, weil sich die Versicherungskosten auf nahezu 300 000 Dollar verdoppelt hatten. Für die Ski-Lifts in Pennsylvania veranschlagte sich die Haftpflicht. Große Unternehmen suchen Versicherungsschutz um jeden Preis und erhalten ihn nicht. Wie bereits bericht-

et, gründeten kürzlich 33 US-Konzerne, darunter IBM, General Motors und General Electric, auf den Cayman-Inseln in der Karibik die A. C. E. Insurance Company, die Ansprüche bis zu 400 Mill. Dollar deckt (WELT v. 27. Dezember).

Umfragen ergaben, daß in der US-Chemieindustrie Investitionen, die ihre Versicherungsprobleme noch vergrößern könnten, gestrichen worden sind. Die Pharma-Konzerne klagen darüber, daß 1985 ausgelassene Haftpflichtpolice nicht erneuert wurden, und in der Mineralölbranche verteuerte sich die von 600 auf 200 Mill. Dollar reduzierte Deckung um 50 Prozent.

Die zahlreichen Pleiten im Bank- und Sparkassengewerbe haben zu einer Vervielfachung der Prämien geführt – routinemäßig verklagen die Aufsichtsbehörden das Management, um deren Haftpflichtversicherung in Anspruch nehmen zu können. Bei nachweisbaren Regelverstößen sind es andererseits die Institute selbst, die ihre Angestellten aus dem gleichen Grund vor Gericht bringen.

Hohe Klagebereitschaft

Auch weil Anwälte in den USA häufig mit ihren Klienten „Gewinnanteile“ vereinbaren, ist der Gang zum Gericht leicht. Wird die Klage abgemindert, kostet es nichts. Fast unversieglich ist die Haftpflicht für Ärzte, Kindergärten, Bars, Hotels und jeden anderen Ort, wo Menschen sich verletzen können. Jeder zu harte Griff eines Polizisten kann Unsummen aus dem Versicherungstopf einer Gemeinde verschlingen.

ALLIANZ LEBEN / Gewinnbeteiligung verbessert

Ertragskurve steigt steil an

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Neuregelungen in der gesetzlichen Rentenversicherung werden die Aufmerksamkeit der Bevölkerung weiterhin auf Fragen ihrer Altersversorgung lenken. Aus diesem Tostand schöpft die Allianz Lebensversicherungs-AG, Stuttgart, wie sie in einem Aktionärsbrief darstellt, Zuversicht für das laufende Geschäftsjahr 1986. Daß das Institut aufgrund der umfänglichen Ertragslage in den beiden zurückliegenden Jahren die laufende Gewinnbeteiligung seiner Versicherungsnehmer zweimal habe verbessern können, wurde die Marktposition der Allianz Leben, die mit Abstand Branchenführer ist – wie es heißt – ablesen.

Für das abgelaufene Geschäftsjahr 1985 rechnet die Verwaltung nach einem ersten Überblick mit einem auf 2,30 (Vorjahr: 2,06) Mrd. DM erhöhten Gesamtüberschuß. Daraus werden der Gewinnreserve für die Versicherungsnehmer 2,24 Mrd. DM (plus 12 Prozent) zugeführt. Außerdem sind den Kunden der Allianz Leben Gewinnanteile im Volumen von insgesamt 640 (575) Mill. DM direkt zugeschrieben worden. Der RV am 28. Mai in Stuttgart wird eine Dividende von unverändert 9 DM je 50-DM-Aktie vorgeschlagen. Die freie Rücklage soll um insgesamt 39,6 Mill. DM aufgestockt werden.

Die günstige Ertragsituation re-

sultiert zu einem wesentlichen Teil aus der weiteren Verbesserung der Kostenstruktur. So verringerte sich der Verwaltungskostenanteil auf 4,1 (4,3) Prozent.

Das eingeleitete Neugeschäft der Allianz Leben stieg im abgelaufenen Jahr um 3,7 Prozent auf 12,81 Mrd. DM. Zwar sei im Bereich des Vermögensbildungsgeschäfts ein erheblicher Rückgang gegenüber dem Vorjahr eingetreten, da hier Anreize des Gesetzgebers weggefallen waren. Diese Lücke wurde jedoch überkompensiert, da die Anpassungen früher abgeschlossener Zusatzversicherungen um 30 Prozent auf 2,54 Mrd. DM Versicherungssumme zunahmen. Für diese Anpassungen maßgeblich ist die Entwicklung des Höchstbeitrags in der gesetzlichen Rentenversicherung. Alles in allem habe der Außendienst neue Versicherungsverträge von zusammen 10 Mrd. DM herbeigeführt, das sind 4,1 Prozent mehr als im Jahr davor.

Der gesamte Vertragsbestand erhöhte sich um 6,7 Prozent auf 130,2 Mrd. DM. Nochmalig verringert hat sich die Stornoquote auf 3,6 (3,7) Prozent, womit die Allianz Leben erheblich besser als der Branchendurchschnitt abschneidet. Die Beitragseinnahmen wuchsen um 7,6 Prozent auf 5,66 Mrd. DM. Um 1,1 Prozent auf 45,5 Mrd. DM angewachsen sind die Kapitalanlagen.

NAMEN

Franz Glöckgen übernahm im Hause Dr. August Oetker Nahrungsmittel, Bielefeld, den neugeschaffenen Absatzbereich Großverbraucher, Industrie und Export. Der bisher von ihm geleitete Absatzbereich Nahrungsmittel wurde Axel André übergeben.

Gerd Boerger übernimmt ab 1. Februar die hauptamtliche Geschäftsführung des Einkaufsverbandes Das Sanitätshaus-Aktuell e.G., Köln.

Helmut Zander, Vorstandsmitglied der Gelsenwasser AG, Gelsenkirchen, ist mit Vollendung des 65. Lebensjahres nach 18 Jahren Vorstands- und 35 Jahren Unternehmens-

menszugehörigkeit ausgeschieden. Seine Aufgaben werden von Peter Scherer, im Vorstand bisher für die technische Zentralplanung zuständig, zusätzlich übernommen.

Horst Kleetsch, wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1986 vom stellvertretenden zum ordentlichen Geschäftsführer der W. & O. Bergmann GmbH, Düsseldorf, ernannt.

Dieter Stenner, Sprecher der Geschäftsführung der Dormier Reparatur GmbH, Wesseling, ist im gegenseitigen Einvernehmen aus der Geschäftsführung ausgeschieden.

„DDR“ / Trotz industriell betriebener Landwirtschaft hat sich Selbstversorgung seit den 60er Jahren nicht verbessert

Bei tierischen Produkten von Importen abhängig

dpa/VWD, Berlin

Die „DDR“ hat auf dem Ernährungssektor nach einhalb Jahrzehnten industriell betriebener Landwirtschaft keine bessere Selbstversorgung erreicht als in den 60er Jahren. Obwohl jedem Einwohner inzwischen fast doppelt soviel landwirtschaftliche Nutzfläche zur Verfügung steht wie in der Bundesrepublik, ist der Grad der Selbstversorgung in der „DDR“ nur geringfügig höher als hierzulande. Bei Nahrungsgewürzen beträgt er zwar um die 90 Prozent, doch die Importabhängigkeit der tierischen Produktion hat wegen der Aufstockung der Viehbestände und stagnierender Futtermittelversorgung sogar eher zu- als abgenommen.

Das Autarkiestreben in der Landwirtschaft wurde durch die Einstellung der sowjetischen Getreidelieferungen nach 1975 beschleunigt. Die UdSSR deckte zwischen 1970 und 1975 etwa 40 Prozent der Getreideimporte. Danach kamen – ausgenommen 1977 und 1979 – kaum noch nen-

nenswerte Mengen an, stellt Karl Hohmann von der Berliner Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen in einer Untersuchung fest.

Ost-Berlin mußte unweigerlich auf dem Weltmarkt, vor allem in den USA, gegen harte Devisen einkaufen. Wenn dennoch für diese Zeit ein starker Rückgang der Weizenimporte ausgewiesen wird, so vermutlich dadurch, daß die „DDR“ lieber preiswerteren Mais bestellte. Das bis 1981 gegenüber den USA aufgebaute Handelsbilanzdefizit von 2,5 Mrd. Dollar, die allgemeine Höhe der Westverschuldung und die nach dem US-Getreideembargo gegenüber der UdSSR von 1980 im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) geführte politische Diskussion führten schließlich zu den neuen Politik.

Für 1981/85 wurden die Steigerung der Hektarerträge im Getreide- und Feldfutterbau zur Eindämmung der Auslandsabhängigkeit bei der Versorgung der wachsenden Tierbestän-

de in den Mittelpunkt gestellt und die schnelle Importreduzierung zu einer Aufgabe von „strategischer Bedeutung“ erklärt.

Die Umstellung der Nutzungsstruktur brachte Erfolge. Man entdeckte wieder die Weidewirtschaft für Kühe und Jungtiere, die zunächst ganzjährig in energieversingenden Großställen eingeschlossen bleiben sollten; das Größen-Verhältnis von Weiden und Weiden wurde innerhalb von fünf Jahren nahezu umgekehrt. Dagegen wurde die vorgesehene Ausweitung der Getreidefläche bis 1985 nicht erreicht, aber das inländische Aufkommen durch höhere Hektarerträge gesteigert. Die Versorgung mit qualitativ hochwertigen Sorten Braugerste, Malzweizen und -roggen ist freilich immer noch schwierig.

Der Bedarf an Nahrungsgewürzen wuchs zwischen 1970 und 1983 von 2,85 Mill. auf 3,14 Mill. Tonnen. Einen kräftigen Anteil hatten daran der zunehmende Bierkonsum (der 1984 mit 700 000 Tonnen Braugerste zu Buch

schlug), der steigende Anteil von Getreide an der Spirituosenherstellung und die Verfüllung von billigen Brot durch private Tierhalter. Da die „DDR“ den Bedarf nie aus eigener Produktion decken konnte, mußte sie entweder geringwertiges Getreide als Nahrungsgewürze einsetzen oder die entsprechenden Mengen importieren. Sie ging beide Wege.

Von den Ackerflächen werden 53,5 Prozent für den Getreidebau genutzt. 1982 stiegen die Ernteerträge erstmals über zehn Millionen Tonnen. 1985 waren es 11,8 Mill. Tonnen. Zu verdanken war die Besserung in erster Linie der Verdoppelung der Erntemenge bei Wintergerste. Zusammen mit der Sommergerste ist die Gerste insgesamt mit fast 40 Prozent der eingebrachten Getreideernte zur dominierenden Getreideart vor Weizen geworden.

Derzeit stammen etwa 25 Prozent des für Verarbeitung und Verfüllung in der „DDR“ sowie für Exporte verfügbaren Getreides aus Importen.

SÜSSWAREN / Gummibärchen als Renner im Export

Mit Entwicklung zufrieden

HENNER LAVALL, Köln

Auf „wärmende Strahlen“ der auch 1986 wieder scheinenden allgemeinen Konjunktursonne hofft die Süßwarenbranche im laufenden Jahr. Nach Angaben von Bernd Monheim vom Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie, Bonn, wäre eine bessere Entwicklung auch notwendig, denn es seien „nicht alle Erwartungen erfüllt worden, die wir in das zurückliegende Jahr gesetzt hatten“. Sondereinflüsse innerhalb einzelner Sparten hätten das Bild insgesamt getrübt.

Anläßlich der bevorstehenden Internationalen Süßwaren-Messe Köln (26. bis 30. Januar) bezifferten Branchenvertreter die Produktion von Süßwarenherzeugnissen in 1985 auf 1,74 Mill. Tonnen (plus 2,6 Prozent). Wertmäßig sei ein Zuwachs von 4,5 Prozent auf knapp 13 Mrd. DM zu verzeichnen gewesen. Pro Kopf hat demnach jeder Bundesbürger im vergangenen Jahr knapp 220 DM für Süßwaren ausgegeben. Diese für die Branche „nicht unzufriedene Gesamtentwicklung“ wies nach Monheim Ausführungen allerdings „Schönheitsfehler“ auf. Der Bereich Schokolade und Schokoladeware, dessen wertmäßiger Anteil mit rund vier Mrd. DM bei etwa 31 Prozent der gesamten Süßwarenproduktion liegt, erlitt einen herben Rückschlag.

Den Anlaß dafür hat die Industrie selbst geschaffen, weil sie auf breiter Front die Preise für massive Tafelschokolade anheben wollte. Der Verbraucher reagierte darauf mit derart spürbarer Kaufzurückhaltung, daß die Hersteller im Herbst 1985 ihre Produktion drosseln mußten. Für das Gesamtjahr wird der Rückgang der

Schokoladeproduktion mit 8000 Tonnen angegeben. Dennoch sind Industrie und Handel fest entschlossen, die Verbraucherpreise für Schokolade weiter hoch zu halten, zumal sich die Preise für Rohstoffe wie Rohkakao und Kakaobutter nach Angaben der Branche „dramatisch verteuert“ hätten.

Besser lief es im vergangenen Jahr bei den Sparten Zuckerwaren und Dauerbackwaren, die zusammen auf einen Umsatz von rund 4,3 Mrd. DM (plus 4,2 Prozent) kamen. Die Mehrproduktion ging jedoch weitgehend ins Ausland. Die herausragende Entwicklung meldet für das vergangene Jahr der Bereich Knabberartikel, der mengenmäßig um 7,2 Prozent auf 171 000 Tonnen zunahm. Dem Wert nach lag die Steigerung bei über 12 Prozent (auf 980 Mill. DM).

„Die erfreulichste Seite“ bei der Beurteilung des Jahres 1985 stellt nach Monheim Angaben allerdings der Export dar. Hier wurden in den ersten neun Monaten Steigerungen von 15 Prozent in der Menge und 25 Prozent im Wert erzielt. Für das Gesamtjahr bedeute dies über 370 000 Tonnen im Wert von gut 2,6 Mrd. DM. Der Renner bei den Lieferungen auf ausländischen Märkten waren Gummibärchen, die vor allem in den USA heiß begehrt waren. Rund 23 000 Tonnen konnten in den ersten neun Monaten im Ausland abgesetzt werden.

Auf der Internationalen Süßwaren-Messe in Köln, der weltgrößten Fachmesse der Branche, werden vom 26. bis zum 30. Januar 878 Firmen aus 39 Ländern ihr Angebot präsentieren. Der Auslandsanteil liegt bei rund 66 Prozent.

MBB: Bayern will Anteile „poolen“

rt, München

Bayerns Finanzminister Max Streibl strebt weiter eine Straffung des zerstückelten Gesellschafternetzes des Luft- und Raumfahrtunternehmens Messerschmitt-Bölkow-Blom GmbH (MBB) an. Am Rande eines Empfangs zum 60. Geburtstag von MBB-Chef Hans Arnd Vogels sagte Streibl, er wolle sich dafür einsetzen, daß freierwerdende Anteile bei einer Bank „gepoolt“ werden, um so zum gegebenen Zeitpunkt einem starken industriellen Partner den Einstieg bei MBB zu ermöglichen. Das MBB-Kapital von 600 Mill. DM ist auf insgesamt 13 Gesellschaften verteilt, unter denen der Freistaat Bayern mit knapp 25 Prozent den größten Teil hält. Zum Wunsch der Staatsregierung, die Bayerische Motoren-Werke AG (BMW) möge sich an MBB beteiligen, sagte Streibl nur, es würden noch Gespräche geführt. Aus Kreisen von BMW war zu erfahren, daß das Projekt fast „gestorben“ sei, da die zur Bedingung gemachte Mehrheit an MBB nicht zustande komme.

Die immer wieder genannte Siemens AG als möglicher führender MBB-Gesellschafter kommt dafür nicht in Frage, sagte Streibl weiter, da der Elektrokonzern erklärt habe, er wolle nicht mehr als zehn Prozent an MBB halten. Zwischen Siemens und MBB werde aber über engere Kooperationen gesprochen, die sogar in die Gründung gemeinsamer Gesellschaften münden könnten, sagte der Minister. Siemens hält über eine Holding mittelbar 5,85 Prozent an MBB.

Thyssen (5,85 Prozent) sei abgabewillig, sagte Streibl, ebenso Krupp (sechs Prozent) – hier habe ein anderer Gesellschafter sein Vorkaufsrecht angemeldet (Bremen). Bremen hält derzeit indirekt knapp vier Prozent, die Hansestadt Hamburg gut 18 Prozent. Nach früheren Informationen sollen auch die Dresdner Bank (fünf Prozent) und die Bayerische Vereinsbank (fünf Prozent) gegebenenfalls bereit sein, ihre Anteile an einen industriellen Partner zu verkaufen. Bayern hatte ebenfalls die Bereitschaft bekundet, einen Teil der knapp 25 Prozent zum Beispiel an BMW abzugeben, will den Einfluß aber angesichts der Beteiligungen der Hansestädte nicht aufgeben.

Prozeß in Jugoslawien
Belgrad (dpa/VWD) – In der südjugoslawischen Stadt Kavarado hat der Prozeß um die größte Festivalinvestition in der jugoslawischen Wirtschaftsgeschichte begonnen. Nach Zeitungsberichten müssen sich 140 Personen für Fehlplanungen im Ferienortwerk „Peni“ verantworten, durch die Verluste von umgerechnet 947 Mill. DM entstanden sein sollen. Unter den Angeklagten befinden sich neben dem ehemaligen Generaldirektor noch sieben weitere Vertreter des Topmanagements der Fabrik. Das Werk war zu 80 Prozent mit ausländischen Krediten finanziert worden.

DRESDNER BANK LUXEMBURG / Neue Aktivitäten

Bestes Ergebnis präsentiert

ed. Luxemburg

Die Compagnie Luxembourgeoise de la Dresdner Bank AG – Dresdner Bank International (CLB) – sieht die Attraktivität des Finanzplatzes Luxemburg durch die Mindestreservenebenleistungen für internationale Geschäfte der Banken in der Bundesrepublik nicht gefährdet. Geschäftsführer Volker Burghagen ist überzeugt, daß die luxemburgische Regierung mit einer pragmatischen Politik dafür sorgen wird, den Bankplatz konkurrenzfähig zu halten.

Für die Dresdner Bank ist die CLB die wichtigste internationale Tochter. Sie präsentiert für 1985 ihr bisher bestes Ergebnis: Einen nach Bereinigung von Sondereinflüssen um gut 16 Prozent gestiegenen Gewinn von 280 Mill. DM, mit dem die Rückstellungen und Wertberichtigungen auf jetzt 880 Mill. DM aufgestockt werden. Damit dürfte sich die Risikovorsorgequote für Kredite an Umschuldungsländer von 20 Prozent auf etwa ein Drittel verbessert haben, was der

Bank allerdings wegen der schwieriger gewordenen Situation vieler Entwicklungsländer noch nicht ausreichend erscheint.

Trotz 22prozentiger Dollarabwertung hat die CLB ihre Bilanzsumme, an der Dollargeschäfte einen Anteil von 40 Prozent haben, bei 22,9 Mrd. DM und das Kreditvolumen (einschließlich Avals und Akkreditive) bei 10,2 Mrd. DM gehalten. Damit ist sie nicht zuletzt deswegen zufrieden, weil lukratives Neugeschäft wegen des Vordringens neuer Finanzierungsinstrumente und verstärkter Nutzung der Kapitalmärkte durch die Kreditnehmer schwieriger geworden ist.

Deutlich belebt hat sich das Privatbankengeschäft mit Schwerpunkt in der Wertpapier- und Vermögensberatungssparte. Zu den neuen Aktivitäten gehört die Beteiligung mit 4,4 Mill. DM an der Europäischen Satellitengesellschaft SES, die 1987 einen Fernsehstart planen und betreiben will.

SIEMENS

»Was wir brauchen,
ist ein Computer-System,
das mit einem der umfangreichsten
Möbel-Programme Europas
fertig wird«, sagte interlücke.
Und entschied sich
für das BS2000-System
von Siemens.

Es ist das dreitausendste.*



Aufgaben
gibt's überall.
Siemens Computer
auch.



* Ähnliche Stückzahlen erreicht
in Europa kein anderes
vergleichbares Computer-System.

Landwirtschaft im Umbruch

Mk. - Sicher, es gab in den vergangenen Jahren kaum einmal eine Grüne Woche, auf der nicht von Reformen, von Wandel, selbst vom Ende der Fahnenstange die Rede war. Es gibt sogar Skeptiker, die meinen, dieses gehöre zum Ritual. Manche haben sogar bereits die Hoffnung verloren, daß sich auf den europäischen Äckern überhaupt etwas ändern wird - obwohl die Fehlentwicklungen erkennbar waren, ständig analysiert und auch beklagt wurden.

Aber jetzt scheinen selbst die Verantwortlichen nicht mehr daran zu glauben, daß alles wie bisher weiterlaufen kann. Abbau der Überschüsse heißt die Maxime, an der sich jetzt alles orientiert. Es dürfte schwerfallen, davon wieder herunter zu kommen. Was natürlich nicht bedeutet, daß nicht viele das Prinzip „Wasch mich, aber mach mich nicht naß“ hochhalten. Also gleichzeitig vom Abbau der Überschüsse und höheren Einkommen für die Landwirte reden. Beides läßt sich kurzfristig nicht verwirklichen, wenn die Gesellschaft nicht überstrapaziert werden soll.

Trotzdem: Es tut sich einiges. Der mentale Bruch in der Landwirtschaft ist gewaltig. Es bedeutet schon eine erhebliche Umstellung, daß plötzlich auch offiziell nicht mehr eine immer größere Produktion gefragt ist. Dies war bisher stets anders. Und dieses hat auch Einfluß auf die Grüne Woche selbst, wie sie überwiegend verstanden wird, nämlich als Leistungsschau der Landwirtschaft. Allerdings trifft dies nur auf den ersten Blick zu, nämlich insoweit, wie Leistung und Quantität schlicht gleichgesetzt werden, die immer höhere Produktion zum Maß aller Dinge hingegenommen wird. Gefragt sind mehr Qualität, neue Produkte, Umweltschutz und Landschaftspflege, kurz: das Zielsystem ändert sich.

Platz für die Landwirtschaft? Natürlich, aber sie muß sich auch umstellen. Gefordert ist nicht nur die Politik, ist auch der Berufsstand, ist Beratung und vor allem Eigeninitiative. Ein bloßes Anspruchsdenken hilft auch hier nicht.

Auf der 51. Internationalen Grünen Woche in Berlin zeigen nicht nur die Landwirte und Gärtner sowie die Firmen der Ernährungswirtschaft aus der Bundesrepublik, was sie zu bie-

ten haben - auch 42 Staaten präsentieren vom 24. Januar bis 2. Februar ihre Spezialitäten. Ein Treffpunkt nicht nur für die Berliner. Die Grüne Woche zählt in Fachkreisen zu den an-

erkanntesten Ausstellungen ihrer Art auf der Welt; sie ist auch ein Forum für den Gedankenaustausch - nicht nur unter den Fachleuten, sondern auch bei interessierten Politikern.

Die Leistungsschau der Agrarwirtschaft

Von HANS-J. MAHNKE

R und um den Berliner Funkturm dreht sich von morgen an wieder einmal alles um die Landwirtschaft, den Gartenbau und die Ernährungswirtschaft. Zum 51. Mal öffnet die Internationale Grüne Woche Berlin, die heute offiziell feierlich eröffnet wird, ihre Tore für das Publikum. Nicht nur die Berliner werden bis zum 2. Februar die Gelegenheit nutzen, um neue, zum Teil exotische Nahrungsmittel zu kosten und sich an den bewährten, althergebrachten Gerichten aus deutschen Ländern zu laben. Wer in diesem Bereich etwas zu sagen hat, vom Minister bis zum Verbandsvertreter, hält sich ohnehin in Berlin auf.

Die Grüne Woche ist keine Börse der Eitelkeiten, sondern der Information. Handfeste Arbeit für diejenigen, die sich überall sehen lassen wollen. Viele Verbände halten ihre Jahrestagung jetzt in Berlin ab, weil ohnehin alle Mitglieder am Ort sind, betonte in diesen Tagen ein Vertreter einer landwirtschaftlichen Interessensorganisation. Mehr als 150 Tagungen, Seminare und Konferenzen finden in diesen Tagen auf dem Messegelände und im Congress-Centrum statt. Im vergangenen Jahr wurden mehr als 50 000 Fachbesucher gezählt. Fester Bestandteil jedenfalls ist die Grüne Woche im Jahreskalender des zuständigen Ministers - er kann dort eine solche Fülle von Kontakten pflegen wie sonst in den anderen Wochen des Jahres kaum noch einmal. Und auch die hohe Politik, der Kontakt zu den Ministerkollegen aus anderen Staaten, die sich in diesen Tagen in Berlin aufhalten, kommt nicht zu kurz.

Und: Die Grüne Woche ist auch ein wirtschaftlicher Faktor für Berlin. Nach einer Untersuchung der Berliner Messgesellschaft AMK brachte die Veranstaltung, die weltweit zu den größten ihrer Art zählt, bereits

vor drei Jahren der Stadt rund 120 Millionen Mark an zusätzlicher Kaufkraft. Eine Zahl, die in diesem Jahr bestimmt wieder erreicht werden dürfte, und nicht nur wegen der gestiegenen Preise. Rund 120 000 Besucher reisten im vergangenen Jahr aus Anlaß der Grünen Woche extra nach Berlin, etwa ein Viertel aller Messegäste.

Trotz der langen Tradition gibt es immer wieder etwas Neues unter dem Funkturm. So hat die Messgesellschaft auf dem Wege der Grünen Woche immer stärkere agrarfachliche Akzente zu verleißen, ein neues Zeichen gesetzt. Dieses Mal findet, zusätzlich zu den traditionellen Sonderschauen, die erste Bundesfachschau „Fleischrinder“ in der Halle 25 statt.

Damit ist Berlin zum ersten Mal Schauplatz eines Wettbewerbs mit lebenden Rindern. Bereits morgen sollen die Sieger ermittelt werden. Daneben findet der 38. Schlachtleistungswettbewerb für Schweine statt. Hier geht es um die besten Schlachtkörper. Die Ergebnisse haben nicht nur für den Züchter, sondern auch für die Verbraucher einen erheblichen Aussagekraft.

„Vermarkt der Supermarkt das Obst- und Gemüseangebot?“ Diese Frage wird auf dem „Frische Forum - Obst und Gemüse“ von Experten beantwortet werden. Auf einem anderen Forum geht es um die Sortimentsentwicklung bei Blumen und Pflanzen. Aber auch Marketingprobleme sollen nicht zu kurz kommen.

Ein fachlicher Höhepunkt ist sicherlich das 6. Internationale Berufsforum Agrarpolitik, das der Deutsche

Bauernverband am 30. Januar im Congress-Centrum veranstaltet. Dort soll es um die Zukunft des Getreidemarktes gehen, eines der Hauptprobleme, mit denen sich gegenwärtig die europäischen Agrarpolitiker herumschlagen müssen. Die wachsenden Überschüsse erzwingen auch hier eine Abkehr von der Praxis der vergangenen Jahre.

Für das Publikum sind neben den zahlreichen Sonderschauen vor allem die Veranstaltungen und Demonstrationen der Länder von großer Attraktivität. Immerhin: 42 Länder haben sich angesagt. Einige feiern auch in diesem Jahr wieder ein Jubiläum. So sind die USA auf der Grünen Woche seit 30 Jahren vertreten, Israel und Spanien kommen auf 25 und Indien immerhin bereits auf 20 Jahre Präsenz.

Im Mittelpunkt der deutschen Agrarwirtschaft steht wieder die Grüne Woche.

Halle 20, die Gemeinschaftsschau der Bundesländer, organisiert von der Zentralen Marketing-Gesellschaft der Deutschen Agrarwirtschaft (CMA). Auf die Ausschmückung dieser Halle trifft in diesem Jahr wieder jene Frage zu, die bereits vor einigen Jahren eine Bundesfachschau, Mitglied des Ernährungsausschusses gestellt hatte: Muß dieses eigentlich wieder abgerissen werden? In der Tat, den Dekorateur fällt bei der Gestaltung dieser Halle, in der die Spezialitäten aus deutschen Ländern präsentiert werden, jedes Jahr noch wieder etwas Neues ein.

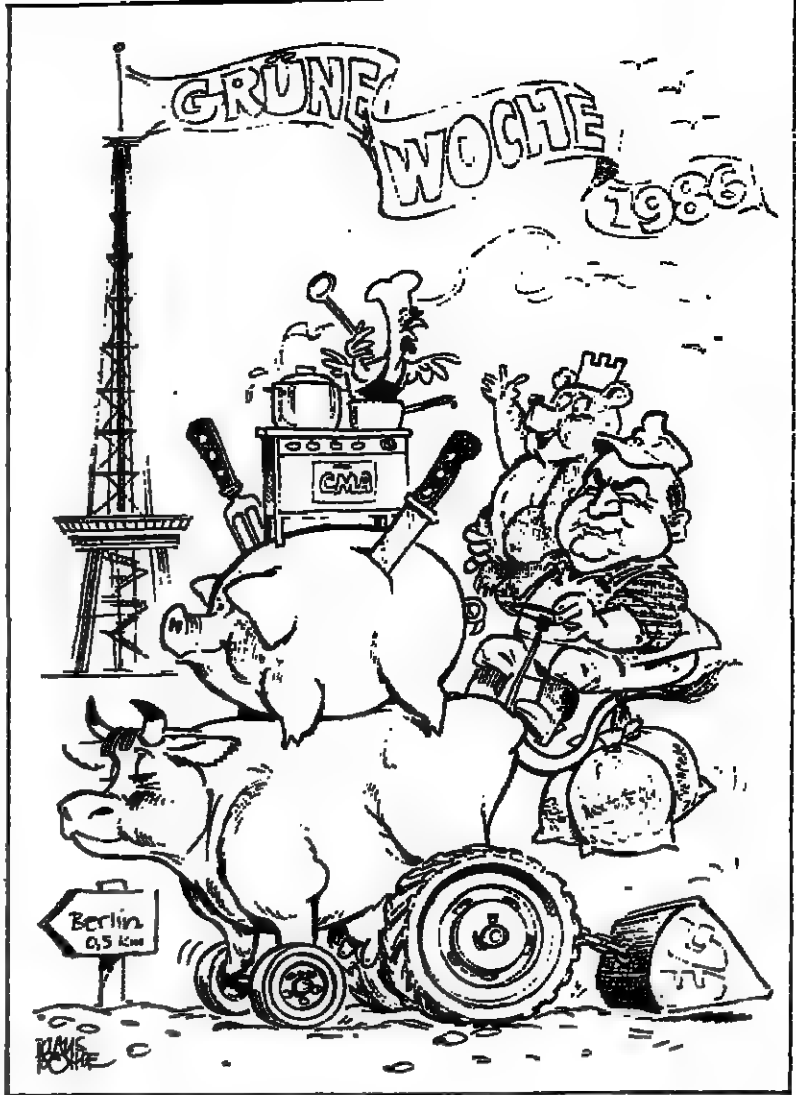
Diesmal steht sie unter dem Motto „Die gute deutsche Küche“. Damit soll die Konsequenz aus dem Um-

stand gezogen werden, daß der Ruf der deutschen Küche in den vergangenen Jahren auch international deutlich an Ansehen gewonnen hat. Hier werden landestypische Gerichte gezeigt, wobei es sich neben den traditionellen auch um neuere Speisenspezialitäten handelt.

Dem Thema „Der Boden ist unsere Verantwortung“ ist die Sonderschau des Bundeslandwirtschaftsministeriums in Halle 9c gewidmet. Gezeigt werden die vielfältigen Funktionen des Bodens als Lebensgrundlage für Mensch, Tier und Pflanze. Demonstriert wird das Ganze an einer bäuerlichen Kulturlandschaft. Daneben hat der Berliner Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz eine Sonderschau „Wald und Großstadt“ gestalten lassen. Auch die Gartenfreunde und Kleingartenbesitzer kommen traditionell in Berlin auf ihre Kosten.

Die Bedeutung der Ballaststoffe für eine vernünftige Ernährung und eine geregelte Verdauung soll auf einer Verbraucher-Sonderschau dem Publikum nähergebracht werden. Und wer durstig wird, muß nicht eine der zahlreichen Destillen aufsuchen, sondern er kann sich auf die „Deutsche Wein- und Sektstraße“ oder zu den Ständen aus sechs Weinanbaugebieten begeben.

Die Grüne Woche hat sich seit 1936, als sie zum ersten Mal im Försal der Funkhauskuppel eröffnet wurde, erheblich verändert. Damals stand noch das Wort, nicht die Schau im Vordergrund. Dem hervorgegangen ist die Grüne Woche aus der Wintertagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG), die Ende Januar in der Reichshausstadt stattfand. Die Berliner Handwerker und Kaufleute nutzten ihre Chance und boten den angereisten Bauern ihre Artikel feil. Über die Jahre wurde alles zusammengefaßt - die Informationen und die Präsentationen der Angebote.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Grüne Woche auf einen Blick

Die Internationale Grüne Woche Berlin findet vom 24. Januar bis 2. Februar auf dem Ausstellungsgelände am Funkturm statt. Die Öffnungszeiten: Täglich von zehn bis 19 Uhr; die Eintrittspreise: Tageskarte für Erwachsene zehn, Dauerkarte 30 Mark; Ermäßigungen unter anderem für Schüler und Studenten, Besucher aus der „DDR“ und Ost-Berlin haben freien Eintritt. Der Katalog kostet sieben Mark. Fachbesucher/Handel in Halle 7, für Landwirtschaft in Halle 25.

Die Eröffnungsfeier ist heute um 18 Uhr im Saal 1 des Internationalen Congress-Centrums (ICC). Zur Begrüßung sprechen Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen, der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Constantin Freiherr Heeremann von Zudewitz, der spanische Landwirtschaftsminister Carlos Romero Herrera und der Vizepräsident der EG-Kommission, Frans Andriessen. Eröffnet wird die Grüne Woche durch Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle. (WR)

AGRAPREISE / Die Rückführung der Überproduktion bleibt das Hauptziel - WELT-Gespräch mit Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle

„Derzeit ist die Preispolitik der EG geradezu degeneriert“

Die Möglichkeiten für höhere Agrarpreise sind in der EG begrenzt. Einen Spielraum kann es erst wieder geben, wenn die Überschüsse beseitigt sind. Über dieses Thema sprach Hans-Jürgen Mahnke mit Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle.

WELT: Geht es den deutschen Landwirten wirklich so schlecht, wie es aus den Klagen des Berufsstandes herauszuklingt?

Kiechle: Die Einkommen stagnieren schon seit zehn Jahren. Das Klagegeld mag gelegentlich sehr laut klingen, aber angesichts dieser Fakten ist es nicht unberechtigt.

WELT: Sie können den Bauern auch keine Hoffnungen machen, daß es jetzt besser wird?

Kiechle: Wir haben eine Reihe von Maßnahmen national treffen können, die entlastend wirken. Die Bauern brauchen sich nicht im Stich gelassen zu fühlen. Nur bei den Preisen können wir erst helfen, wenn das Grundübel der nicht mehr verkäuflichen Mengen an Agrarprodukten auf ein erträgliches Maß zurückgeschraubt worden ist.

WELT: Wo drückt der Schuh in der EG am meisten? Bei Getreide?

Kiechle: Er drückt bei Getreide vor allem jenen Bauern, die nicht selbst lagern können. Wer dies konnte, hat im Augenblick ja gute Getreidepreise. Aber im August lagen sie auf dem Niveau der 50er Jahre. Dann gibt es bei Rindfleisch volle Lagerhallen. Das drückt auf den aktuellen Marktpreis.

WELT: Die Gemeinschaft muß die Weichen für die nächsten Jahre

stellen. Wie sollte das Ihrer Meinung nach aussehen?

Kiechle: Sie sollte das Wenigerproduzieren oder das Nichtproduzieren besser honorieren als das Mehrproduzieren. Wenn sie das tut, dann werden die Bauern nach reagieren. Das wird nicht teuer.

WELT: Denkt Brüssel auch so?

Kiechle: Ich habe Hoffnungen, daß es gelingt, die Mehrheit der Rates und die Kommission von der Richtigkeit dieses Grundsatzes zu überzeugen. Ich bezweifle, ob dabei die kürzesten Wege gewählt werden.

WELT: Wie wollen Sie die Überschüsse drücken? Vorratshaltung oder Bio-Spirit - über all das wird diskutiert. Was bringt das?

Kiechle: Es ist ein Bündel von Maßnahmen notwendig. Richtig eingesetzt, werden sie auch Wirkung zeigen. Was ich ablehne, ist der brutale Preisdruck, um so den Schwächeren aus dem Markt zu werfen.

WELT: Das heißt?

Kiechle: Ich würde einfach geizig die Übermengen angehen. Es muß nicht nur die Quote sein. Man könnte für einen Zeitraum denjenigen, der jetzt nicht produziert und nur die Fläche pflegt, etwas zahlen.

WELT: Sollten diese Maßnahmen die Einkommenspolitik über die Preise ersetzen oder ergänzen?

Kiechle: Ergänzen. Die Preise müssen die Funktion der Einkommenssicherung behalten. Aber derzeit ist die Preispolitik geradezu degeneriert. Sie orientiert sich ja nicht mehr an den Kosten der Produktion, sondern nur noch an der Absatzmöglichkeit - und die hat man bei weitem überschätzt.

WELT: Von den Orientierungen am Markt halten Sie nicht so viel?

Kiechle: Was ich sage, ist ja eine Orientierung am Markt, indem man die produzierten Mengen auf die Absatzmöglichkeiten wieder zurückführt. Ich bin mir nicht einverstanden, daß man den Preis benutzt, um die Mengenanpassung zu erreichen.

WELT: Sie sprechen von einer kostenorientierten Preispolitik. Wo liegt der Unterschied zu der früheren aktiven Preispolitik?

Kiechle: Hier gibt es keine großen Unterschiede. Aber das Wort aktive Preispolitik ist so oft mißbraucht worden, daß ich lieber kostenorientiert sage.

WELT: Es wird betont, die ergänzenden Maßnahmen und eine kostenorientierte Preispolitik zussam-

men würden sehr teuer werden. Ist das so?

Kiechle: Wenn die Maßnahmen zielgerichtet eingesetzt werden, wobei das Ziel Rückführung der Überschussproduktion heißt, dann wird diese Politik teurer in einer Übergangsphase, um dann billiger werden zu können, weil wir nicht mehr für Überschüsse zahlen müssen.

WELT: Halten Sie beides - die ergänzende Maßnahme und attraktive Preise - für politisch durchsetzbar?

Kiechle: Ich glaube, wenn man eine Konzeption für die Rückführung der Überschüsse vorlegt, wird man durchaus Zustimmung finden.

WELT: Ist der Dissens zwischen den Koalitionspartnern nicht geringer als zwischen Ihnen und der Mehrheit der Bundesländer?

Kiechle: Mit dem agrarpolitischen Sprecher des Koalitionspartners ...

WELT: Ihren Parlamentarischen Staatssekretär Georg Galkus ...

Kiechle: ... der ja wohl auch ein gewisses Rahmenprogramm beeinflusst hat, scheint der Unterschied in den Auffassungen sehr gering zu sein. Die geringen Differenzen mit dem Bundeslandwirtschaftsminister wollen wir in den nächsten Wochen klären. Und auch da bin ich zuversichtlich. Mit den Bundesländern gibt es mehr Meinungsunterschiede. Aber sie erkennen genauso, daß letztlich nur mit einem in Deutschland gemeinsamen Konzept in Brüssel Aussicht auf Durchsetzung besteht.

WELT: Also so ernst nehmen Sie den Nord-Süd-Konflikt nicht?

Kiechle: Ich vertraue auf die Kompromissbereitschaft.

men würden sehr teuer werden. Ist das so?

Kiechle: Wenn die Maßnahmen zielgerichtet eingesetzt werden, wobei das Ziel Rückführung der Überschussproduktion heißt, dann wird diese Politik teurer in einer Übergangsphase, um dann billiger werden zu können, weil wir nicht mehr für Überschüsse zahlen müssen.

WELT: Halten Sie beides - die ergänzende Maßnahme und attraktive Preise - für politisch durchsetzbar?

Kiechle: Ich glaube, wenn man eine Konzeption für die Rückführung der Überschüsse vorlegt, wird man durchaus Zustimmung finden.

WELT: Ist der Dissens zwischen den Koalitionspartnern nicht geringer als zwischen Ihnen und der Mehrheit der Bundesländer?

Kiechle: Mit dem agrarpolitischen Sprecher des Koalitionspartners ...

WELT: Ihren Parlamentarischen Staatssekretär Georg Galkus ...

Kiechle: ... der ja wohl auch ein gewisses Rahmenprogramm beeinflusst hat, scheint der Unterschied in den Auffassungen sehr gering zu sein. Die geringen Differenzen mit dem Bundeslandwirtschaftsminister wollen wir in den nächsten Wochen klären. Und auch da bin ich zuversichtlich. Mit den Bundesländern gibt es mehr Meinungsunterschiede. Aber sie erkennen genauso, daß letztlich nur mit einem in Deutschland gemeinsamen Konzept in Brüssel Aussicht auf Durchsetzung besteht.

WELT: Also so ernst nehmen Sie den Nord-Süd-Konflikt nicht?

Kiechle: Ich vertraue auf die Kompromissbereitschaft.

WELT: Wann rechnen Sie mit Entscheidungen in Bonn und in Brüssel?

Kiechle: In den nächsten zwei Monaten werden die grundsätzlichen Linien festgelegt sein.

WELT: Dann können die Bauern wieder von festeren Daten ausgehen?

Kiechle: Ja, das können sie. Sie wissen, daß wir in Brüssel zumindest für einen Teil der Maßnahmen Zustimmung finden müssen. Aber sie werden jedenfalls in dieser Bundesregierung und, wie ich glaube, auch in mir einen guten Anwalt haben.

WELT: Was erwarten Sie von der nächsten Preisrunde?

Kiechle: Ich fürchte, die Kommission wird sich wegen der Haushaltsenge nicht sehr bewegen können. Sie wird wohl im Preisbereich mit dem Hinweis auf die Überschüsse eine Nullrunde vorschlagen.

WELT: Das befürchten Sie?

Kiechle: Ich habe meine eigenen Vorstellungen. Ich weiß aber auch, daß die Preiserhöhungen im Überschussebereich sehr schwer zu begründen sein werden, geschweige denn, das durchzusetzen. Andererseits weiß ich, daß wir, am durchschnittlichen Betrieb in Deutschland orientiert, nicht Jahr für Jahr schlicht und einfach sagen können, mehr produzieren soll er nicht und bessere Preise gibt es auch nicht. Das halten andere Berufsstände auch nicht durch. Wenn wir beim Preis wirklich nichts durchsetzen können, dann müssen die nationalen Maßnahmen möglicherweise weiter aufgestockt werden.

Frischgemüse - Verbrauch nahm weiter zu

WR, Bonn

Ob es nun an der Aufklärung, an der Werbung oder an den neuen Produkten lag, läßt sich schwer sagen. Fest steht jedenfalls: Der Verbrauch von Frischgemüse hat im vergangenen Jahr in der Bundesrepublik noch einmal um sieben Prozent zugenommen. Pro Kopf wurden nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums 72,5 Kilogramm konsumiert, ungefähr genau so viel, wie an Kartoffeln verbraucht wurde. Damit geben die Haushalte rund zehn Prozent ihres Nahrungsmittelbudgets für Gemüse aus. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 5,02 Millionen Tonnen konsumiert; davon stammten 1,8 Millionen Tonnen oder 37 Prozent aus dem Inland. Die Importe entfielen vor allem in die Winter- und Frühjahrsmomente, also in jene Zeit, in der die rund 26 000 deutschen Betriebe noch kein oder nur wenig Freilandgemüse anbieten können.

Käse - auch im Ausland sehr beliebt

WR, Bonn

Käse ist nach wie vor ein Exportrenner der deutschen Agrarwirtschaft. In den vergangenen fünf Jahren verdoppelte sich der Wert der Käseausfuhr auf nahezu zwei Milliarden Mark. Damit lag die Bundesrepublik in der Welt Rangliste wieder auf dem zweiten Platz hinter den Niederlanden. Mit 306 000 Tonnen hat die Milchereiwirtschaft 35 Prozent ihrer Erzeugung im Ausland absetzen können. 80 Prozent davon wurden in den EG-Partnerländern verkauft, mehr als 50 Prozent allein in den größten Auslandsmarkten Italien. Allerdings haben sich die deutschen Produzenten auch auf fremde Konsumgewohnheiten eingestellt; so bieten sie Feta-Käse aus Kuchmilch, angereichert mit Geschmacksstoffen - an, der im Orient traditionsgemäß aus Schaf- und Ziegenmilch hergestellt wird. Neben Dänemark ist die Bundesrepublik der größte Feta-Lieferant für Iran.

Getränke - alkoholfreie sind besonders gefragt

Kn, Bonn

Der Durst der Deutschen scheint gelöscht. Jedenfalls steigt der Getränkeabsatz kaum noch und auch für die Zukunft dürfte sich daran nach Ansicht der Experten aus dem Bonner Landwirtschaftsministerium wenig ändern. Steigen dürfte der Anteil alkoholfreier Getränke. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Flüssigkeit lag 1984 bei 642 Liter, 14 weniger als ein Jahr zuvor, als der bisherige Höchststand registriert worden war. Gegenüber 1976, als erst 579 Liter durch die Kehlen flossen, bedeutet dies doch einen beachtlichen Zuwachs. In dieser Zeit ist der Konsum an alkoholfreien Getränken wie Bohnenkaffee, Tee, Mineralwasser, Fruchtsäfte angestiegen. Der Anteil alkoholfreier Getränke nahm von 68 auf 72 Prozent zu. Der Alkoholkonsum sank im Durchschnitt sogar um fünf auf 178 Liter, wovon der Löwenanteil mit 145 Liter auf Bier entfällt.

Betriebe - abgeschwächter Strukturwandel

Mk, Bonn

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in der Bundesrepublik (größer als ein Hektar) ist 1985 gegenüber dem Vorjahr um 11 700 oder 1,6 Prozent auf 720 800 weiter gesunken - aber der Strukturwandel hat sich abgeschwächt. Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre lag der Rückgang bei 2,2 Prozent. 49,5 Prozent der Höfe - ein Jahr zuvor noch 49,7 Prozent - waren Vollerwerbsbetriebe. Auf den Zuerwerb entfielen 9,7 (9,8) Prozent und auf den Nebenerwerb 40,7 (40,5) Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe. Die Durchschnittsgröße lag bei 16,55 (16,32) Hektar, also nach wie vor eine kleinbetriebliche Struktur, auch wenn sich die Durchschnittsfläche seit 1949 mehr als verdoppelt hat. Die Vollerwerbsbetriebe kommen immerhin auf 26,1 (25,6) Hektar. In Schleswig-Holstein wurden 35,3 Hektar registriert, in Bayern waren es nur 14,0 Hektar (jeweils im Durchschnitt).

Speiseeis - lecker nicht nur in der Sommerzeit

J.S, Bonn

Das, was früher nur im Sommer konsumiert wurde, wird jetzt auch im Winter immer beliebter. Speiseeis. Noch vor 15 Jahren lag der Eiskremler-Verbrauch von Oktober bis Februar bei nur zehn Prozent des Gesamtabsatzes; in den vergangenen Jahren nahm er ständig um fünf bis sechs Prozent zu. Vor zwei Jahren war die Bedeutung des Winter-Eises bereits auf 21 Prozent geklettert. Die abgesetzte Menge hatte sich während dieser Zeit mehr als verdreifacht. Ein entscheidender Grund: Immer mehr Haushalte haben Tiefkühltruhen oder Gefrierfächer. So hat das Geschäft mit Hauspackungen, das 1970 einen Marktanteil von lediglich 25 Prozent hatte, jetzt einen Anteil von rund 40 Prozent; es hat damit das Geschäft mit den Kleinpackungen bereits übertrumpft. Gefragt sind von den Haushalten in den letzten Jahren immer stärker die Premium-Sorten.

Getreide - Rekordernten in der Sahelzone

WR, Bonn

Bei Getreide gab es 1985 weltweit eine Rekordernte. Die Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) veranschlagt das Ergebnis auf 1839 Millionen Tonnen, 34 Millionen Tonnen mehr als ein Jahr zuvor. Darin kommt auch eine überdurchschnittliche Produktion in allen Haupterzeugungsregionen zum Ausdruck. Selbst in Afrika hat sie sich wieder erhöht. Mehrere afrikanische Staaten verfügen im laufenden Wirtschaftsjahr wieder über exportfähige Überschüsse von ungefähr 1,8 Millionen Tonnen. Rekordernten konnten in fünf Ländern der Sahel-Zone und im Sudan eingebracht werden. Erheblich gesunken ist auch das Defizit in Äthiopien. Wegen der guten Ernte wird der Weltgetreidehandel im Wirtschaftsjahr 1985/86 beträchtlich auf 187 Millionen Tonnen sinken, da zahlreiche Importländer weniger einführen müssen.

Zuchtvieh - nach China und Saudi-Arabien

Bu, Bonn

Beim Export von Zuchtrindern liegen die deutschen Betriebe ebenfalls an der Weltspitze; diese Position konnte im vergangenen Jahr sogar noch gefestigt werden. Der Aufwärtstrend hielt also an. Der Export von Zuchtrindern wird für 1985 auf rund 60 000 Stück veranschlagt; im Jahr zuvor waren es 37 000. Gefragt sind im Ausland vor allem die Deutschen Schwarzbunten. Davon konnten 57 000 Stück ins Ausland verkauft werden. Von der Ausfuhr des vergangenen Jahres gingen rund 60 Prozent nach West- und Osteuropa, der Rest nach Nordafrika und Saudi-Arabien; auch China kaufte 2500 Stück. Die Sowjetunion orderte im vergangenen Jahr wieder einen größeren Posten von Deutschen Rotbunten und Bulgarien kaufte erstmals seit Jahren wieder Fleckvieh. Für Braunvieh ist nach wie vor Italien der wichtigste Absatzmarkt.

Schweinefleisch – weil es preisgünstig ist

Beim Pro-Kopf-Verbrauch von Schweinefleisch sind die Deutschen nach wie vor Weltmeister. 1985 stieg der Jahresverbrauch noch einmal um 200 Gramm auf jetzt 51,2 Kilogramm. Dies waren immerhin 12,6 Kilogramm mehr als 1970. Und das, obwohl der gesamte Fleischverbrauch während dieses Zeitraums nicht ganz um diese Menge zugenommen hat.

Damit zeigt sich nicht nur die Vorliebe der Deutschen für Schweinefleisch: Die Verbrauchszunahme war ausschlaggebend, weil Schweinefleisch preisgünstig ist. Daher hat der Pro-Kopf-Verbrauch im Rezessionsjahr 1982 auch nicht gelitten – im Gegensatz zum teuren Rindfleisch, bei dem die Verbraucher mit dem Kauf gezögert haben. Immerhin war der Pro-Kopf-Verbrauch an Rindfleisch im Wirtschaftsjahr 1984/85 mit 20,2 Kilogramm noch um 600 Gramm niedriger als zehn Jahre zuvor.

Wenn nach dem Leibgericht oder der Lieblingspeise der Deutschen gefragt wird, dann werden immer wieder Schweineschnitzel, Haxe, Schweinebraten oder Kotelett genannt. Daran hat auch die Diskussion über die Qualität des Schweinefleisches nichts geändert. „Das Schnitzel, das aus der Pfanne springt“ (PSE-Fleisch) hat zwar so manchen Konsumenten zunächst verunsichert, aber schließlich bei den Absatzzahlen keine negative Auswirkung gezeigt.

Allerdings hat sich die Einstellung zum Schweinefleisch erheblich verändert: Gefragt ist nicht mehr nur das magere Fleisch, sondern es wird durchaus anerkannt, daß zum saftigen Braten auch ein gewisser Anteil von Fett gehört.

In den mehr als 1500 Wurstsorten, die in der Bundesrepublik Deutschland hergestellt werden, enthalten fast alle als wichtigsten Bestandteil Schweinefleisch: es spielt für die Verarbeitung in der Industrie eine erhebliche Rolle.

Auch für die Einkommen der Landwirte fällt der Erlös aus dem Verkauf von Schweinefleisch erheblich ins Gewicht. Dabei sind die staatlichen Eingriffe, verglichen mit denen bei Rindfleisch, gering. Daher halten sich die Ferkelzahlen bei der Produktion auch in engen Grenzen.

H. D.

ETIKETTENSCHWINDEL / Deutsche Lebensmittel gelten als Absatzschlager

Für die Touristen tauchen Bier und Würste mit vertrauten Namen auf

Nahrungsmittel aus deutschen Ländern stehen jenseits der Grenzen häufig in einem so guten Ruf, daß Ausländer versuchen, damit unerlaubte Geschäfte zu machen. Der Mißbrauch deutscher Herkunftsbezeichnungen im Ausland beschäftigt die Gerichte. Denn die Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) geht, unterstützt von Botschaften, Kammern und Rechtsanwälten, die sich vor Ort befinden, dagegen vor. Nicht nur, um die Verbraucher zu schützen, sondern auch im Interesse des Absatzes deutscher Firmen.

Dieses Problem stellt sich nicht nur in den Hauptvertriebsgebieten deutscher Urlauber, sondern selbst in Südamerika. Allerdings schlägt es besonders dort zu Buche, wo deutsche Reisende nicht auf „ihre“ Wurst oder „ihre“ Brot verzichten wollen. Spirituosen und Bier sind auch Erzeugnisse, bei denen der „Etikettenschwindel“ im Ausland hoch im Kurs steht.

So verkaufte ein Deutscher an der Adria „Original deutsche Würstchen“ an Handel und Gastronomie – obwohl diese Artikel von Italienern in Italien produziert und in neutraler Aufmachung an ihn geliefert worden waren. Sie erhielten lediglich eine neue Verpackung mit irreführender Bezeichnung. Leicht war es nicht, dieses Vergehen zu stoppen.

„Frankfurter Turner“ und „Bavaria Hollandbeer“

Zahlreiche Verstöße gab es in Italien auch gegen das bestehende Herkunftsrechtsschutzabkommen, das den Begriff „Frankfurter Würstchen“ für die Bundesrepublik schützt. Mit erheblicher Phantasie suchten italienische Hersteller nach möglichen Lücken. Es wurden ähnlich lautende Abweichungen von der Originalbezeichnung – wie Frankfurter, Würstel, Frankfurt oder Würstel Frankfurt, Frankfurt oder Würstel Frankfurt, Frankfurt – verwendet. Allerdings mußten in diesen Fällen nicht erst die Gerichte bemüht werden, um die Firmen zum Einlenken zu bewegen.

In ihren Feriengebieten versuchten italienische Bäcker auch, mit Bezeichnungen wie Westfälisches Bau-

ernbrot die deutschen Urlauber zu locken. Eine Molkerei kaufte Butter in Deutschland, packte sie in Italien ab und vertrieb sie unter dem deutschen Namen „Allerbutter“.

Kompliziert wurde die Auseinandersetzung mit der holländischen Bavaria-Brauerei, die es seit 1932 gibt und die das Markenrecht in Bayern bereits vor dem Ersten Weltkrieg in den Niederlanden hatte eingetragen lassen. Die italienischen Konsumenten glaubten, hier handele es sich um Bier aus Deutschland, speziell aus Bayern. Erst nach längerem Disput konnte die Brauerei veranlaßt werden, auf ihrer Verpackung das Wort „Hollandbeer“ so deutlich zu setzen, daß die Gefahr von Verwechslungen reduziert werden konnte.

Aufgrund der Einsprüche hat die Zahl der Herkunftsverletzungen in Italien in jüngster Zeit eher abgenommen. Hingegen hat sich das Problem in Spanien verschärft. So vertreibt eine Firma aus Barcelona „deutsche Würstchen“ unter der Marke „Bavaria“. Einem entsprechenden Antrag auf Eintragung haben deutsche Stellen widersprochen. Sie wurde auch vom spanischen Patentamt abgelehnt. Trotzdem verwendet die Firma die Bezeichnung, sogar unter Einsatz der deutschen Nationalfarben, weiter. Nach den Erklärungen der Anwälte scheint die Firma jetzt zum Einlenken bereit zu sein.

Erst nach anwaltlichen Abmahnungen gab eine andere Firma, die dunkles Brot als „Pumpernickel e Stylo Westfalia“ vertrieb, diese Bezeichnung auf. Ähnlich war es bei „Berliner Knacker“, die eine andere Firma offerierte. Bei dem Begriff „Frankfurter Würstchen“ liegt das Problem darin, daß der bestehende Herkunftsrechtsschutzvertrag nur die deutschsprachige Bezeichnung schützt, während die entsprechende spanische Bezeichnung frei ist.

Schwierig wurde auch die Verständigung mit einer spanischen Brauerei, die ein neues Bier unter der Marke „Munich Skol“ herausgebracht hatte. Für diese Bezeichnung lag immerhin ein Zeicheneintrag aus dem Jahre 1913 vor. Nach einer großzügigen Übergangsfrist will die Brauerei jetzt auf die Bezeichnung „Munich“ verzichten.

Im Gegensatz zu den Mittelmeerlandern sind Verletzungen von Herkunftsrechtsschutzbezeichnungen in Großbritannien erst in den letzten Jahren verstärkt aufgetreten. Dies dürfte damit zusammenhängen, daß erst in jüngster Zeit Wurstwaren im Konsum der Briten eine größere Rolle spielen. Dabei konnten die deutschen Firmen erhebliche Absatzserfolge erzielen. In Großbritannien stehen die deutschen Firmen zum einen vor dem Problem, daß es bisher kein Herkunftsrechtsschutzabkommen gibt. Zum anderen wird der CMA das Recht zur Klage abgesprochen, da sie nicht nachweisen kann, daß sie selber durch die Vergehen Schaden erleidet.

Am begehrtesten sind traditionsreiche Biere

Immerhin verwendete eine Firma, die Artikel aus Dänemark importierte, die deutschen Namen „Bierwurst“ und „Cervelatwurst“. Häufig dauern die Auseinandersetzungen selbst mit internationalen Konzernen noch an. Selbst Bezeichnungen, die es in der Bundesrepublik gar nicht gibt, aber Assoziationen zu deutschen Erzeugnissen hervorrufen, werden in Großbritannien verwendet. So gibt es Streit um die Bezeichnung „Grünhale“ für Bier.

Bier ist auch bei den Auseinandersetzungen mit amerikanischen Firmen das wichtigste Produkt. Eine Brauerei versuchte, das Problem dadurch zu lösen, daß sie ihr Produkt unter dem Namen „German Beer“ anbot. Das falsche „m“ sollte als hinreichender Unterschied gelten. Schließlich zog die Firma, nachdem ihr eine Übergangsfrist von zwei Jahren eingeräumt worden war, den Antrag auf Eintragung zurück.

Eine Brauerei in Paraguay versuchte, mit „Bavaria“ Geschäfte zu machen, eine in Uruguay verwendete „Das Bier“. In Sri Lanka bot eine heimische Brauerei „Deutsches Bier“ an. In Japan, wo solche Entscheidungen mehrere Jahre dauern, mußte gegen den größten Getränkekonzern Suntory vorgegangen werden, der sich die Bezeichnung „Maizen“ eintragen lassen wollte.

HANS DACHS

Milchprodukte – der Markt wächst weiter

Frischmilchprodukte wie Joghurt, Quark, Kefir oder Buttermilch werden in der Bundesrepublik immer stärker nachgefragt. Dieses Geschäft zahlt sich für jene Molkereien, die sich darauf spezialisiert und nicht nur Butter für die Interventionslager geliefert haben, jetzt aus. Immerhin dürfte jeder Deutsche im vergangenen Jahr rund 16,7 Kilogramm solcher Frischmilchprodukte konsumiert haben, noch etwas mehr als im Jahr zuvor. Dabei handelt es sich zum Teil um noch recht junge Produkte – den Fruchtjoghurt gibt es erst seit 25 Jahren.

Als Grund für die wachsende Beliebtheit dieser Erzeugnisse verweisen die Experten zum einen auf die veränderten Essgewohnheiten, zum anderen auf den Einfluß des Wohlstandes, der immer neue Varianten der Milch basierenden Produkte erschaffen. Eine Rolle hat auch die Gesundheits- und Schlankheitswelle gespielt: Gerade als Zwischenmahlzeit haben sie sich ihren Platz erobert können.

Der Pro-Kopf-Verbrauch von Joghurt hat sich in den vergangenen zehn Jahren auf 8,4 Kilogramm nahezu verdoppelt. Und er steigt weiter. Rund 80 Prozent werden als Fruchtjoghurt der verschiedensten Geschmacksrichtungen konsumiert. In jüngster Zeit werden wieder verstärkt fettarme Erzeugnisse gefragt. So waren Sahne-Frucht-Joghurts im vergangenen Jahr der große Renner. Daneben konnten sich aber auch solche mit einem gewissen Anteil an Ballaststoffen wie Leinsamen oder Müsli behaupten.

Bei Quark liegen die Deutschen an der Weltspitze des Verbrauchs. Ein Drittel der Bundesbürger verzehrt täglich Speisequark und Frischkäse. Immerhin lag der Pro-Kopf-Verbrauch im vergangenen Jahr bei 6,8 Kilogramm. Besonders gefragt sind nach wie vor Frucht- und Kräuterquarksorten.

Kefir stammt ursprünglich aus den Landschaften des Kaukasus. Dort, zu Füßen des Elbrus, wird diese leicht säuerliche Speise in Ziegenhäuten, Lederschläuchen oder irdenen Töpfen bei niedrigen Temperaturen zubereitet. In den vergangenen Jahren hat sich Kefir auch bei uns gerade als leichte Zwischenmahlzeit einen festen Anteil am Umsatz schaffen können.

E. F.

AGRAREXPORT / Traditionelle Märkte sind gesättigt

EG-Erweiterung reicht für Wachstum nicht aus

Kann der deutsche Agrarexport das Tempo der vergangenen Jahre halten? Die Frage scheint nicht unberechtigt. Immerhin hat er seit 1960 von einer auf mehr als 25 Milliarden Mark zugenommen. Damit wurde er zum fünftgrößten deutschen Ausfuhrbereich. Die Bundesrepublik festigte ihre Position als viertgrößter Agrarexporteur der Welt nach den USA, Frankreich und den Niederlanden.

Die Frage nach der Zukunft wird nicht nur gestellt, weil die Exportsubventionen der EG in die Schublade der internationalen Kritik geraten sind, sondern, weil viele Absatzmärkte in anderen Industriestaaten nahezu gesättigt sind. Überdies treten auch neue Anbieter aus Entwicklungsländern auf dem Weltmarkt auf. Von der Erweiterung der EG um Spanien und Portugal versprechen sich die Experten keine kurzfristigen Absatzserfolge, allerdings dürfte dort für die Zukunft noch Absatzpotential vorhanden sein.

Immerhin flossen von den deutschen Agrarexporten im vergangenen Jahr zwei Drittel in die anderen elf EG-Partnerländer. Der Rest wurde hauptsächlich in den westeuropäischen Drittstaaten, in Nordamerika, im Nahen und Fernen Osten abgesetzt. Lieferungen in die EG-Staaten alleine dürften im vergangenen Jahr um rund acht Prozent, in die Industrieländer Westeuropas, Nordamerikas und des Fernen Ostens insgesamt um 12 Prozent angezogen haben.

Osteuropa-Geschäft ging am stärksten zurück

Gesunken sind dagegen die Verkäufe nach Osteuropa und in den Nahen Osten. Unter dem Strich dürfte der gesamte Agrarexport noch einmal um fünf Prozent zugelegt haben. Angesichts des Überangebots auf den meisten Märkten kann sich dieses Ergebnis durchaus sehen lassen.

Immerhin hat die Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar zuletzt die Exporte in die USA und in die stoffierenden Staaten des Nahen Ostens, deren Deviseneinnahmen ohnehin gesunken sind, erschwert. Be-

sonders stark ging das Osteuropa-Geschäft zurück, weil deutsche Firmen an den Fleischlieferungen zuletzt nur noch im geringen Umfang beteiligt waren.

Die größten Zuwachsraten wurden wieder mit hochwertigen Veredelungsprodukten auf den Auslandsmärkten mit einem hohen Pro-Kopf-Einkommen erzielt. Dazu zählten Fleischwaren, Saatgut, Obst und Gemüse und deren Verarbeitungserzeugnisse, Süß- und Backwaren, Malz, Hopfen und Bier.

Behutsame Öffnung des spanischen Marktes

Ob der Export weiterlaufen wird wie im vergangenen Jahr, hängt nicht nur von der Kursentwicklung der D-Mark und der Erschöpfung der agrarpolitischen Mittel auf europäischer und nationaler Ebene für den Absatz im Ausland ab, sondern auch von der Stagnation des Konsums auf den überversorgten Märkten vieler Industriestaaten. Dies dürfte auch nicht durch den Beitritt Spaniens und Portugals kompensiert werden, obwohl dadurch die Zahl der Konsumenten in der Gemeinschaft um 50 Millionen zunimmt.

Aber diese Märkte können für die deutschen Produkte nur sehr langsam erschlossen werden, da in den Beitrittsverhandlungen eine Übergangsfrist bis 1996 vereinbart wurde, um abrupte Veränderungen der Warenströme zu verhindern. Das bisherige System der Kontingente, Lizenzen und Einfuhrabgaben für Agrarimporte wird daher in Spanien und Portugal erst allmählich abgebaut. Die Anpassung des dortigen Preisniveaus an das der EG wird erst in zehn Jahren abgeschlossen sein.

Zwar sind die deutschen Lieferungen in diese beiden Staaten im vergangenen Jahr um rund 50 Prozent auf 200 Millionen Mark gestiegen. Aber dies waren gerade 0,8 Prozent des deutschen Agrarexports. Obwohl sich diese Quote nur allmählich steigern läßt, werden diese Märkte doch bereits intensiv bearbeitet, werden die dortigen Messen regelmäßig beschickt.

ANTON FUHR

STELLENANGEBOTE

Ihr Gesprächspartner **PM** Bonn
für Führungspositionen & Telefon 0228/2603-0

Unsere Zukunftsaussichten sind sowohl vom Produkt als auch vom Markt her hervorragend - das ist Ihre Chance

In einem speziellen Bereich der Konsumgüterindustrie haben wir rechtzeitig Produkte entwickelt, die voll im Trend liegen. Damit bietet sich uns eine ausgesprochen chancenreiche Zukunftsperspektive. Dazu gehört allerdings auch, daß wir alle notwendigen Möglichkeiten einer integrierten Unternehmensstrategie sowohl vom Produkt als auch vom Markt her voll nutzen. Im Zuge der kontinuierlichen Anpassung unseres Vertriebs an die Marktnotwendigkeiten suchen wir deshalb den

Absatzchef

der die Gesamtverantwortung für unseren Außendienst übernimmt. Um in dieser wichtigen Schlüsselposition alle Chancen der von uns betreuten Wachstumsmärkte voll auszunutzen, erwarten wir von Ihnen:

- Umfassende Kenntnisse aller Absatzwege im Lebensmittelhandel
- Nachweisbare aktuelle Erfolge bei der Ausweitung aller sich bietenden Absatzchancen im vorgenannten Bereich
- Ausprägung der systematischen Umsetzung von Marketingzielen in Vertriebsaktivitäten
- Begehrte Führung eines leistungsorientierten Außendienstes anhand von abgesicherten Kennzahlen und persönlichem Engagement.

Aus den vorgenannten Erwartungen wird Ihnen klar, daß wir nicht nur einen Kenner, sondern einen Kämpfer suchen, der in seiner bisherigen beruflichen Laufbahn bewiesen hat, daß Erfolge im Verkauf das Ergebnis systematischer Planung sind. Im gleichen Maße gehört allerdings auch die Befähigung zur Führung eines Außendienstes dazu und daß Sie selbst mit Verhandlungsgeschick bei den Top-Entscheidungen eine positive Vorbildfunktion zeigen. Für uns spielt es dabei keine Rolle, ob Sie Ihre bisherige Karriere auf der Basis einer wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung oder von der Pike auf gestaltet haben. Wichtig für uns ist, daß Sie in der Lage sind, die zukünftigen Chancen zu erkennen und konsequent zu nutzen.

Vom Alter her müssen Sie um 40 Jahre alt sein, um auf der einen Seite aber das notwendige Erfahrungspotential zu verfügen und um auf der anderen Seite eine langfristige Führungskompetenz sicherzustellen. Daß die Bezüge der Bedeutung dieser Position angemessen und somit attraktiv sind, versteht sich von selbst. Nutzen Sie die Chance, Ihre persönlichen Karrierevorstellungen in einem attraktiven Unternehmen mit hervorragenden Zukunftsaussichten zu gestalten. Damit Sie sich risikolos über Ihre Möglichkeiten informieren können, setzen Sie sich bitte mit der von uns beauftragten Personal & Management Beratung Wolfram Hatesaul GmbH, Poppelsdorfer Allee 45, 5300 Bonn 1, in Verbindung. Bitte senden Sie Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen (tabellarischer Lebenslauf, Lichtbild, Zeugniskopien, frühester Eintrittstermin, Gehaltsangabe) unter Angabe der Kennziffer 1/42369 an uns. Unsere Berater, die Herren Herzog und Hatesaul, stehen Ihnen unter der Rufnummer 0228/2603-118 - nach 18.00 Uhr und am Wochenende wählen Sie bitte die Rufnummer unserer Zentrale 0228/2603-0 - zur Verfügung und sind gerne bereit, Sie im Vorfeld der Entscheidungsbildung zu informieren. Absolute Vertraulichkeit und die konsequente Berücksichtigung von Sperrverboten sichern wir Ihnen zu.

Personal & Management Beratung
Wolfram Hatesaul GmbH

Ihr Gesprächspartner **PM** Bonn
für Führungspositionen & Telefon 0228/2603-0

Bei uns können Sie beweisen, daß Sie Ihr Metier sicher beherrschen

Wir sind ein bedeutendes, in der Spitzengruppe der Branche positioniertes Unternehmen, das hochwertige Gebrauchsgüter herstellt und erfolgreich international vertriebt. Die absatzorientierte Ausrichtung unseres Unternehmens bietet einem jüngeren, aber bereits praxiserfahrenen Marketingmann die Chance, in einem anspruchsvollen Markt sein know-how zu beweisen und sich zu profilieren. Wesentliche Projekte im Rahmen unserer künftigen Marketingstrategie erfordern die Verstärkung unseres Teams durch einen tatkräftigen

Produktmanager

Ihr Aufgabenbereich ergibt sich schlußfolg aus dem „klassischen“ Profil des Produktmanagers, der sein Instrumentarium im Non-Food-Sektor einzusetzen weiß, insbesondere in folgenden Aufgabenschwerpunkten:

- Konzipierung und Durchsetzung einer marktgerechten Strategie unter Einsatz aller verfügbaren Marketinginstrumente
- Ständige Marktbeobachtung und maßgebliche Mitwirkung an der Neu- und Weiterentwicklung unseres Produktprogramms, insbesondere des Produktdesigns
- Einsatz und Koordination der in unserem Hause verfügbaren Ressourcen, ebenso Einsatz und Steuerung der mit uns zusammenarbeitenden Agenturen

Wir stellen uns vor, daß Sie Ihr Marketingwissen und Ihre Marketingenergie nicht nur aus einer abgeschlossenen betriebswirtschaftlichen Ausbildung, sondern auch aus ersten erfolgreichen Praxisjahren als JPM oder PM beziehen. Ihre Produkt- und Branchenerfahrung sollte sich bevorzugt auf einen durch Design wie Funktion gleichermaßen geprägten Hardware-Bereich beziehen. Ihr Alter sollte bei Anfang bis Mitte 30 Jahren liegen.

Sie treffen bei uns auf eine aktive Mannschaft, die sich durch Flexibilität und zu packenden Arbeitsstil auszeichnet. Kurze Informationswege - Sie berichten unmittelbar dem Marketingleiter - und rasche Entscheidungen sind bei uns tägliche Praxis. Bitte nutzen Sie die Möglichkeit, sich durch unseren Berater, Herrn Pfersch, näher informieren zu lassen. Sie erreichen ihn unter der Rufnummer 0228/2603-122. Am Wochenende und nach 18.00 Uhr wählen Sie bitte die Zentrale 0228/2603-0. Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen (tabellarischer Lebenslauf, Lichtbild, Zeugniskopien, frühester Eintrittstermin, Gehaltsangabe) senden Sie bitte an die Personal & Management Beratung Wolfram Hatesaul GmbH, Poppelsdorfer Allee 45, 5300 Bonn 1, unter Angabe der Kennziffer 1/20070. Selbstverständlich sichern Ihnen unser Berater absolute Vertraulichkeit und konsequente Berücksichtigung von Sperrverboten zu.

Personal & Management Beratung
Wolfram Hatesaul GmbH

Devisen und Wechselkurse

Der Dollarkurs unterlag am 22. Januar nur relativ geringen Schwankungen zwischen 2,4550 und 2,4650. Das Hauptgesamtwert war die US-Zahlung am Nachbörgergebot. Nach der amtlichen Note von 2,4200 zug der Kurs noch auf 2,4600 an, stieg dann durch die Verrechnung auf 2,4200. Die Rendite des Wöchens der amnestischen Wertschöpfung ist 2,42 auf 2,46 Prozent für das vierte Quartal stieg an. Es ist dabei nicht übersehen werden, daß der Dollarkurs deutlich nach oben korrigiert werden und eventuell ebenfalls die Hoffnungen auf Zinsanhebungen aufwärtig bewogen bleiben. Der Kurs konnte sich gegen Ende bei 2,4400 stabilisieren. Das folgende Plund für den neuen Wechselkurs ist der Wert von 2,465. Das Tempo der Abweichung hat sich nach dem deutschen Verfall. Historisch lief notierte auch dasutsche Plund um 3,016 US-Dollar in Amsterdam 2,7240; Betreff 50,36; Paris 7,5590; Montreal 107,00; Wien 107,20; London 2,2897; X-PlundDM 3,045; PlundFrankfurt 1,404; PlundDM 3,465.

Aktionen

14,50	+6,50	+15,7%
120,00	+10,00	+9,0%
178,35	+10,00	+5,6%
187,00	+10,00	+5,3%
127,00	+1,50	+1,2%
100,00	+1,50	+1,5%
380,00	+1,50	+0,4%
450,00	+1,50	+0,3%
29,00	+12,00	+41,4%

Devisen und Wechselkurse

Aktion	Frankfurt	Frankfurt	Frankfurt
240,00	-30,00	-7,6%	
300,00	-35,00	-11,7%	
350,00	-35,00	-10,0%	
400,00	-35,00	-8,8%	
450,00	-35,00	-7,8%	
500,00	-40,00	-8,0%	
550,00	-40,00	-7,3%	
600,00	-40,00	-6,7%	
650,00	-40,00	-6,2%	
700,00	-40,00	-5,7%	
750,00	-40,00	-5,3%	
800,00	-40,00	-5,0%	
850,00	-40,00	-4,7%	
900,00	-40,00	-4,4%	
950,00	-40,00	-4,1%	
1000,00	-40,00	-3,8%	
1050,00	-40,00	-3,5%	
1100,00	-40,00	-3,2%	
1150,00	-40,00	-2,9%	
1200,00	-40,00	-2,6%	
1250,00	-40,00	-2,3%	
1300,00	-40,00	-2,0%	
1350,00	-40,00	-1,7%	
1400,00	-40,00	-1,4%	
1450,00	-40,00	-1,1%	
1500,00	-40,00	-0,8%	
1550,00	-40,00	-0,5%	
1600,00	-40,00	-0,2%	
1650,00	-40,00	+0,1%	
1700,00	-40,00	+0,4%	
1750,00	-40,00	+0,7%	
1800,00	-40,00	+1,0%	
1850,00	-40,00	+1,3%	
1900,00	-40,00	+1,6%	
1950,00	-40,00	+1,9%	
2000,00	-40,00	+2,2%	
2050,00	-40,00	+2,5%	
2100,00	-40,00	+2,8%	
2150,00	-40,00	+3,1%	
2200,00	-40,00	+3,4%	
2250,00	-40,00	+3,7%	
2300,00	-40,00	+4,0%	
2350,00	-40,00	+4,3%	
2400,00	-40,00	+4,6%	
2450,00	-40,00	+4,9%	
2500,00	-40,00	+5,2%	
2550,00	-40,00	+5,5%	
2600,00	-40,00	+5,8%	
2650,00	-40,00	+6,1%	
2700,00	-40,00	+6,4%	
2750,00	-40,00	+6,7%	
2800,00	-40,00	+7,0%	
2850,00	-40,00	+7,3%	
2900,00	-40,00	+7,6%	
2950,00	-40,00	+7,9%	
3000,00	-40,00	+8,2%	
3050,00	-40,00	+8,5%	
3100,00	-40,00	+8,8%	
3150,00	-40,00	+9,1%	
3200,00	-40,00	+9,4%	
3250,00	-40,00	+9,7%	
3300,00	-40,00	+10,0%	
3350,00	-40,00	+10,3%	
3400,00	-40,00	+10,6%	
3450,00	-40,00	+10,9%	
3500,00	-40,00	+11,2%	
3550,00	-40,00	+11,5%	
3600,00	-40,00	+11,8%	
3650,00	-40,00	+12,1%	
3700,00	-40,00	+12,4%	
3750,00	-40,00	+12,7%	
3800,00	-40,00	+13,0%	
3850,00	-40,00	+13,3%	
3900,00	-40,00	+13,6%	
3950,00	-40,00	+13,9%	
4000,00	-40,00	+14,2%	
4050,00	-40,00	+14,5%	
4100,00	-40,00	+14,8%	
4150,00	-40,00	+15,1%	
4200,00	-40,00	+15,4%	
4250,00	-40,00	+15,7%	
4300,00	-40,00	+16,0%	
4350,00	-40,00	+16,3%	
4400,00	-40,00	+16,6%	
4450,00	-40,00	+16,9%	
4500,00	-40,00	+17,2%	
4550,00	-40,00	+17,5%	
4600,00	-40,00	+17,8%	
4650,00	-40,00	+18,1%	
4700,00	-40,00	+18,4%	
4750,00	-40,00	+18,7%	
4800,00	-40,00	+19,0%	
4850,00	-40,00	+19,3%	
4900,00	-40,00	+19,6%	
4950	-40,00	+19,9%	

Devisen und Wechselkurse

Devisen	Frankfurt	Frankfurt	Frankfurt
24,50	+6,50	+15,7%	
120,00	+10,00	+9,0%	
178,35	+10,00	+5,6%	
187,00	+10,00	+5,3%	
127,00	+1,50	+1,2%	
100,00	+1,50	+1,5%	
380,00	+1,50	+0,4%	
450,00	+1,50	+0,3%	
29,00	+12,00	+41,4%	

Fotos vom Himmel: Georg Gersters „Luftbilder“

Bänder im Magma-See

In altes chinesisches Sprichwort unterscheidet die „Blumenschau zu Pferde“ und die „Blumenschau zu Fuß“. Während die erste Version zweideutig die herrscherliche Übersicht meint, die den Überblick über das Ganze mit mangelnder Detailkenntnis erkennen muß, verbindet der zweite Satz die großen Mühen der kleinen Freuden mit der fehlenden Einsicht in die Zusammenhänge. Fotoreporter neigen gewöhnlich eher der „Blumenschau zu Fuß“ zu. Sie suchen das Detail, das für das Ganze sprechen kann. Georg Gerster hat sich dagegen konsequent der „Blumenschau zu Pferde“ verschrieben.



Er liebt den Blick von oben, nicht vom Pferderücken, sondern aus Höhen zwischen 300 und 1500 Metern. Sein Meier ist das Flugbild, und zwar der senkrechte Blick (nicht die Schrägsicht, die auch von Bergen oder von Türmen möglich ist).

Der Band „Flugbilder“ vereint 133 aus der Luft gefundene Fundstücke. Ein Drittel der Aufnahmen war zwar bereits in früheren Büchern zu finden, aber die anderen neunzig sind Novitäten. Sie alle zusammen können als Prachtstück eines modernen, aber nie langweiligen Luftbilders angesehen werden.

Was im Buch gebündelt sehr einfach scheint, ist das Ergebnis oft recht mühevoller Lufterkundungen mit kleinen Sportmaschinen und nicht weniger schwieriger Nachforschungen, wenn es gilt, die geographischen, agrarökonomischen, ökologischen usw. Daten zu den Bildern zu recherchieren. Denn die Fotos sind erstausdrücklich und informativ zugleich.

Zuerst bestechen die Aufnahmen natürlich durch ihr ästhetisches Raffinement. Gerster bevorzugt symmetrische oder zentralorientierte Bilder, die regelmäßigen Streifen eines frischegepflügten Ackers oder einer Plantage, die große Spirale der Bing-

ham Canyon Mine, des ältesten und größten Tagebaus für die Kupfergewinnung, oder der Verdunstungsspirale El Caracol, mit der bei Mexico City Salz gewonnen wird. Die Landschaft wird bei dieser Betrachtungsweise zum Ornament, oft auch zu einer abstrakten Komposition, wenn sich Tausende von Flamingos im flachen Bogorisee in Kenia versammeln, Wasser seltsame Linienmuster in den Strand zeichnet oder Feuerbänder den schwarzen Magma-See eines Vulkans durchbrechen.

Gersters Luftaufnahmen sind jedoch häufig sehr viel mehr als nur eine Augenweide. Sie weisen über eine präzise Zustandsbeschreibung der Erdoberfläche – die sie allemal liefern – hinaus, weil sie Veränderungen durch Naturkräfte oder Eingriffe des Menschen im guten wie im schlechten dokumentieren. Da sieht man die Sandfahnen, die sich hinter dem Wrack eines Schiffes gebildet haben, das 1912 an der Diamantküste scheiterte – und inzwischen gut einen Kilometer landeinwärts liegt. Nur aus der Luft wird der Kampf der Bauern im „Soud“, der algerischen Sahara, verständlich, die riesige, tiefe Schüssel ausheben und sie mühsam gegen die Wüste mit Schutzzäunen aus Palmenwedeln verteidigen, um Palmen pflanzen zu können, deren Wurzeln so einen unterirdischen Wasserstrom erreichen.

Die Fotos dokumentieren die Bodenverwitterung und die Wirksamkeit einer Landwirtschaft, die gezielt der Bodenabtragung entgegenwirkt. Dank einer dieser Aufnahmen gelang es, wie Gerster berichtet, einen Farmer in Amerika zu überzeugen, daß man etwas gegen die Bodenverwitterung tun kann. Und der dekorativen Luftaufnahme eines afrikanischen Dorfes ist zu verdanken, daß dieser Ort von der Unsedlung bewahrt blieb.

Aber es sind nicht nur Exotika, mit denen Gerster uns auf ungewöhnliche Weise vertraut macht. Ab und zu rückt er auch Europäisches ins Bild, die Sternenförmigkeit der alten Festung von Neuf-Brisach im Elsaß, die Dächer der Altstadt von Bern oder die Reste eines Wikingerlagers bei Trellburg, deren Schönheit sich eben nur bei der „Blumenschau zu Pferde“ erschließt.

PETER DITTMAR
Georg Gerster: „Flugbilder“, Birkhäuser Verlag, Basel, 194 S., 130 Abb., 78 Mark.



Jacques de Gheyn: „Empedocles“, Federzeichnung aus der Rotterdammer Ausstellung FOTO: DIE WELT

Vorläufer Rembrandts: Rotterdam zeigt das Werk von Jacques de Gheyn II

Hexensabbat vor dem Statthalterhof

Endlich wird er wiederentdeckt: Jacques de Gheyn II (1565–1629), dieser zu seiner Zeit hochgeschätzte, doch dann in Vergessenheit geratene bedeutendste Sproß der Künstlerfamilie de Gheyn, der wie Vater und Sohn auch Jacques hieß. Die Ausstellung seiner Zeichnungen in Rotterdams Museum Boymans-van Beuningen macht die von seinen Zeitgenossen kaum erreichte Themenvielfalt und die außerordentliche Meisterschaft im Umgang mit dem Zeichenstift deutlich.

Die Lehrjahre bei Hendrick Goltzius in Haarlem und der im ausgehenden 16. Jahrhundert vorherrschende Stil des fantastischen Manierismus prägen das frühe Werk von Jacques de Gheyn, das auch thematisch an das des Meisters anschließt: Apostel, Allegorien des Krieges, des Friedens und der menschlichen Eitelkeiten sowie immer wieder die mit dem Silberstift gezeichneten sublimen Porträts. Nach 1600 löste sich de Gheyn von Goltzius und fand seinen eigenen Stil.

In seinem Wohnort Leiden kam er mit den akademischen Kreisen der aufstrebenden jungen Universität in Berührung und wandte sich infolgedessen neuen Themen zu.

Fasziniert von der Natur, zeichnete de Gheyn Tiere und Pflanzen mit fast wissenschaftlicher Genauigkeit. 1599 schuf er mit dem „Kopf eines gebildeten Kalbes“ sein erstes Aquarell. Die Aquarelltechnik benutzte er fortan für viele seiner Pflanzen- und Tierstudien: Vögel, Insekten, Frösche, Mäuse, Esel sowie knorrige Bäume und Rosen.

Völlig neu für die Zeit war das tiefgreifende künstlerische Interesse für Menschen im täglichen Leben, das de Gheyn vom Manierismus zu einem einfühlsamen Realismus führte. Immer wieder studierte er den menschlichen Körper und seine Gliedmaßen in mannigfachen Haltungen. In den intimen Studien beobachteten Lebens wie zum Beispiel der an einem Tisch sitzenden Frau, die sich liebevoll über ihr Kind beugt, ist de Gheyn

ein Vorläufer des großen Meisters dieses Genres, Rembrandt.

Enge Kontakte zum Statthalterhof in Den Haag führten zum Auftrag, die „Wappenhandelingen“, ein Handbuch für den Umgang mit Wappen, zu illustrieren. Dieses Instruktionbuch war Teil der Reform in der Heeresausbildung, mit der Prinz Maurits das niederländische Heer zu einer disziplinierten Einheit im Streit gegen Spanien machte. Die Vielfältigkeit im Werk von de Gheyn zeigt sich auch in der wiederholten Behandlung von Hexenthemen. Immer wieder behandelt er Hexensabbatszenen, und es tauchen geheimnisvolle Zeichen auf.

Als Ergänzung zu den Zeichnungen hat man eine separate Abteilung mit Drucken de Gheyns eingerichtet. Außerdem kann man im Kupferstichkabinett Graphik von de Gheyns Zeitgenossen wie Goltzius, Matham, Muller und von Jacques de Gheyn III bewundern. (Bis 9. Febr.; Washington: 9. März bis 12. Mai)

DOROTHEE von FLEMMING

Kölns Theater starten Modellversuch für Schulen

Ein Kaktus improvisiert

Ein Kaktus ist nicht, wie im Brockhaus nachzulesen, eine blattlose, zweikeimblättrige Trockenpflanze. Es ist der „Kölner Arbeits-Kreis Theater und Schule“. Das Kölner Schauspiel folgt nämlich nicht dem Beispiel anderer Bühnen, die einen ihrer Dramaturgen für Öffentlichkeitsarbeit in die Schulklassen schicken, es geht den umgekehrten Weg. Die Dramaturgie des Sprechtheaters verfügt seit neuestem über ein regelrechtes „Schulreferat“. Drei theaterfreudige, junge Lehrer, nach dem zweiten Staatsexamen arbeitslos und vom Arbeitsamt vermittelt, versuchen den Kontakt zwischen Theater und Schule in ein System zu bringen.

Der Gedanke ist nicht eben neu. Aber er gehörte von allem Anfang an zum Konzept des neuen Kölner Schauspielers Klaus Pierow, der Jürgen Fimm ablöste. Nur gab es die neue Abteilung nicht gleich zum Start der neuen Saison, sie mußte erst einmal installiert werden. Rainer Daub, Walburg Schwenke und Christine M. Wirth bedauern das heute, denn gerade die ersten Produktionen der neuen Mannschaft – Mussetts „Lorenzaccio“ und Sobols „Ghetto“ – waren besonders geeignet, Heranwachsende anzusprechen. „Wir mußten gar nicht hingehen und von uns aus Vorträge in den Klassen halten“, erzählt Frau Wirth. „Vor allem bei 'Ghetto' stießen wir auf einen ungemein großen Fragebogen nach historischen Fakten – etwa nach dem Leben im Ghetto von Wilna –, die wir bisher selber nicht kannten.“

Inzwischen wendet sich das „Schulreferat“ nicht nur ganz allgemein an alle Schulen. Es hat sich ein innerer Arbeitskreis mit 150 Mitgliedern gebildet, die bereit sind, sich neben der Schule mit dem Theater zu beschäftigen. Die Besprechung von Stücken vor der Premiere und nach einem Vorstellungsbuch stehen auf der Agenda. Zu diesen „Nachbereitungen“ kommt dann stets jemand mit in die Schulen, der an der betreffenden Inszenierung selbst beteiligt war: ein Schauspieler, ein Dramaturg. Daneben gibt es freilich auch Hinweise auf Bühnenberufe. Berufsschüler sucht man über die Technik den Weg ins Theater schmuckhaft zu machen. Schminkekurse sollen stattfinden. Man träumt von Probenbesuchen, die sich freilich etwas störend auf den Betrieb auswirken. Ein Wettbewerb mit eigenen Theaterkritiken ist vorgesehen. Und als spektakulär-

stes Projekt plant man einen Improvisationskurs, den der italienische Regisseur Carlo Formigoni leiten soll. Im Mai und Juni, zwei Monate lang dreimal wöchentlich, können Schüler dabei jene Mittel erlernen, die das Laienspiel dem wenig spontanen Profiteater voraus hat.

Die Abteilung versteht sich nämlich weitaus weniger dem Theater als vielmehr den Schulen verpflichtet, und sie denkt ziemlich weit in die Schulpraxis hinein. Schminke- und Improvisationskurse sind denn vor allem für Schüler und Lehrer gedacht, die einer eigenen Laienspielgruppe angehören oder sie leiten. Soeben setzten sich Lehrer und Schulleiter zusammen mit dem Ziel, bei der Gründung von Laienspielgruppen oder bei der Vorbereitung von Schulaufführungen die Unterstützung des Kölner Theaters zu gewinnen. Vorläufig steckt man freilich noch im Anfangsstadium. Das Gespräch mit 150 Schülern, meint Daub, sei natürlich nicht allzu ergiebig, und man suche noch nach geeigneten Arbeitsformen.

In der Kölner Oper, die noch in diesem Monat die Ankunft einer Theaterpädagogin aus Frankfurt erwartet, hat man sie längst gefunden und ist zum Gespräch mit Gruppen übergegangen. Man hat die Lesungskurse Musik der Oberstufe angesprochen, und überall ist man auf große Resonanz gestoßen, berichtet Operndramaturg Angelus Seipt. Nach einem ersten Versuch mit der „Murieta“-Oper versammelte man erstmals zu Monteverdis „Heimkehr des Odysseus“ in der Instrumentierung von Hans-Werner Henze 300 Schüler in 18 Kursen, von denen jeder hell begeistert war. „Schließlich ist das ein Werk“, meint Seipt, „das theatralisch alles herbeizieht, was ein Opernbetrieb kann.“

Der nächste „produktionsbegleitende Kurs“ will sich mit Wagners „Tristan und Isolde“ beschäftigen. Schon jetzt liegen Anmeldungen von mehr als 250 Schülern aus 13 Schulen vor. „Wir müssen eigentlich gar nichts in Bewegung setzen“, kommentiert Rainer Daub vom Schauspiel-Kaktus dieses rege Interesse. „Zunehmend suchen Schüler die Umgang mit dem Theater, sie haben das Gefühl, daß sie auf diesem Gebiet ein Defizit haben. Daß wir hier sitzen, ist schon ein Reflex darauf.“

HORST ZIERMANN

Wo Schweizerisches sich mit Hawaiianischem verbindet: Country-Music

Gesangseinlagen beim Pillenverkauf

Nennen Sie die Kapelle, wie Sie wollen. Wir sind nun mal nichts weiter als ein paar Hillbillies aus North Carolina und Virginia.

Dieser Satz, ausgesprochen am 15. Januar 1925 von dem Musiker Al Hopkins gegenüber Ralph Peer, dem Vertreter der New Yorker Okeh-Plattenfirma, wurde der Namensgeber einer Musik, die von damals ausschließlich weißen Musikern gemacht, seit den dreißiger Jahren als „Western Music“, als „Mountain Music“ und „Country-Music“ bekannt war und hernach unter dem Oberbegriff der Country & Western Music zusammengefaßt wurde.

Country, wie das heute kurz heißt, ist in der Tat die Musik der WASPs, der „weißen angelsächsischen Protestanten“, geblieben, ob sie nun stilistisch als Cajun, als Blue- oder Jazzgrass oder Western Swing rangiert: C&W in Reinkultur, das ist zu meist hoher Gesang mit raffinierten Sextintervallen über rein „akustischer“ Musik, die aus Gitarren, Banjos, aus Fiddles, Autoharps und aus Deutschland stammenden Dulcineros kommt, konservativ bis auf die Knochen, was im weißen Süden der Vereinigten Staaten Liebe zum Land und zur Fahne, zur Tradition der weißen Siedler- und Ablehnung schwarzer Elemente bedeutet: Ist der Blues der Schwarzen das eine, dann ist Country das zweite Standbein der Amerikaner, und die berühmte Grand Ole Opry, Nashvilles Herz allen C&W-Treibenden, ist der weißen Mittelstands-Amerikaner so teuer wie uns Deutschen Bayreuth.

Dabei ist diese Musik ein ebensolcher Schmelztiegel wie die Staaten selbst, deren Urfrühe manche bei den frühen Siedlern des 17. Jahrhunderts ausmachten, etwa bei dem Lon-

doner Einwanderer John Lydon, der mit seiner Fiedel natürlich auch das Volksliedgut seiner britischen Heimat mitgebracht hatte. Franzosen durchsetzten Louisiana mit ihren heimischen Liedern, verschüttet Gebläutes findet sich noch heute an den Bergböden der Appalachen. Ein Dutzend Jahre nach Lydon taucht in Amerika das Banjo auf, und um 1890 findet die Gitarre ihren Weg zu den Farmern und Bergarbeitern des Südens.

Hätte es freilich nicht die durchs Land ziehenden Schaulmeier gegeben, die bei ihren „medicine shows“ dem nach Neuem hungernden Landvolk ihre Wässerchen und Pillen aufzuschnitzten verstanden – schwer zu

It's Country Time – ZDF, 25.00 Uhr

sagen, wie sich die Musik der Anfänge sonst hätte so schnell ausbreiten können. Denn jene Quacksalber und Demagogen im Taschenformat hatten zur Teil epochenmachende Musiker bei sich, wie Roy Acuff oder den Jodelkönig Jimmie Rodgers und sogar noch den großen Hank Williams, der noch Anfang unserer fünfziger Jahre mit der letzten größeren „medicine show“ tourte: „Dudley Le Blanc's Hadacol Caravan“.

Das Resultat war eine Vermischung konträrer Musikstile, in der mühselos Britisches mit Deutschem und Schweizerisches mit Hawaiianischem zusammenfloß. Von Letztem beispielsweise übernahmen die Südstaater mit Freuden das klagende, singende Spiel der „steel guitar“, einer zitherähnlich gespielten Abart der normalen Gitarre.

Als 1922 in den USA der Rundfunk begann, dem die Schallplatte als ebenso neues Vervielfältigungsmedi-

um auf dem Fuße folgte, begann der Siegeszug der C&W-Musik kontinentale Dimensionen anzunehmen: Schon 1924/25 verkaufte der Sänger Vernon Dalhart über eine Million Exemplare seines „Wreck of the Old 97“. Und Dalhart folgten die ersten Superstars des Hillbilly-Genres – der jodelnde Eisenbahner Rodgers und die Carter Family.

In den dreißiger Jahren, der Zeit der Depression, hatte sich neben all den anderen Instrumenten der Stringbands längst noch ein europäisches Instrument seinen Platz erworben: die Mandoline, jenes kleine Zupfinstrument, das heute besonders in einer aus der Bluegrass-Ebene Kentucky stammenden Country-Variante mit erstaunlicher Virtuosität gehandhabt wird – in der „Dawg“-Music, einer stark mit Jazzelementen belebten Form des Bluegrass.

Mag inzwischen die Country-Music auch noch so verzweigt, so stilistisch vielfältig sein, wie sie es heute ist, eine Figur symbolisiert – seit dem „Singing Cowboy“ Gene Autry – alles, was Hillbilly im Kern nun einmal ausmacht: eben der „cowpuncher“, der Cowboy, wie er auf Bühne und Leinwand von Autry, von Hank Snow oder Ernest Tubb dargestellt wurde, von Tex Ritter und Bill Monroe, Merle Travis und Roy Rogers – der gegerbte phantasievoll gekleidete Held unterm Setzen, der stolze Republikaner, für den die Vereinigten Staaten das Zentrum der Welt und Tennessee Musik-Hauptstadt Nashville das Zentrum aller Musik sind.

Ein weltanschaulich umstrittener Held, soviel steht fest. Aber einer, der unter selbigen Musik zu machen versteht, die sich nicht dafür zu entschuldigen braucht, daß sie Volksmusik ist. ALEXANDER SCHMITZ

IM HÖRFUNK

Normativer Horizont

Ein Satellitenbild unserer Erde zeigt den Umschlag der Studienbegleitbroschüre des Funkkollegs Politik, einem Angebot der Hörfunkanstalten in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Fernstudien in Tübingen. Es verkörpert die Idee der Friedenssicherung, so die Veranstalter, der man – was Politik angeht – den Vorrang vor Partizipation gebe.

Die Grundlagen der Politik werden dargestellt von Klaus von Beyme, Professor in Heidelberg, und Peter Graf Kielmannsegg, Professor in Mannheim. Der „normative Horizont moderner Politik“, dargestellt von Alexander Schwan und Gesine Schwan, stellt klar, daß „die Freiheit des Friedensbedarfs“, daß Frieden um jeden Preis, etwa den der Selbstauflösung, lediglich die Ruhe eines Kirchhofs sei. „Friede ist nur Friede aus Freiheit und für Freiheit.“ Bei solchen Thesen muß man sich nicht wundern, daß Gesine Schwan mit ihrer Partei, der SPD, einige Schwierigkeiten hat.

Wenn indes das Funkkolleg zur Sache der Politik kommt, wachsen Bedenken. Sie beginnen, wenn in der Kurzbildung von Stalin der Pakt mit Hitler vergessen wird. Zwischen den Schauprozessen von 1936 bis 1938 kommt gleich der siegreich beendete Zweite Weltkrieg. Auch vom GULAG ist nicht die Rede, und die Kollektivierung der Landwirtschaft vollzog sich offenbar ohne die Millionen Opfer von Mittelbauern. So wird auch die Gleichsetzung totalitärer Diktaturen abgelehnt, da dadurch die wesentlichen inhaltlichen Unterschiede von faschistischer und kommunistischer Herrschaft durch Vergleich formaler Ähnlichkeiten der Unterdrückung verdeckt werden.

Bei der Untersuchung der Dritten Welt fällt auf, daß Vietnam den Prozeß der Entkolonialisierung gleich zweimal erlebte, 1954 und 1974. Während die Franzosen Vietnam in der Tat als „la France d'outre mer“ betrachteten, hatten die Amerikaner wohl kaum die Absicht, sich Vietnam einzuverleiben. Hingegen ist Vietnam durch die Besetzung Kambodschas selbst ein „Kolonialist“ geworden, was ihm in der UNO von den blockfreien Staaten regelmäßig beschönigt wird, das Funkkolleg jedoch verschweigt.

Von dahin ist es nur ein kleiner Schritt, Flugzeugentführungen „zur Durchsetzung politischer Ziele“ nicht als Terrorismus, sondern bestenfalls als „Guerilla-Krieg“ zu interpretieren. GITTA BAUER



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF Info
10.00 Tagesschau und Tagesschau
10.25 Cortège (7)
Fernsehfilm von Edwin Marian

14.00 Tagesschau
14.10 Film Tag für Afrika
Ein Jahr danach
Ein Rückblick mit Filmbildern aus Afrika, Musik und einem Gespräch zwischen Heinz-Rudolf Kunze und Pionier Hans-Otto Hahn

14.35 Ein Loch in der Grenze (4)
17.30 Weicht und brennt
Eine Entdeckungsgeschichte in englischen Parks und Gärten

17.50 Tagesschau
Dawg, Regionalprogramme

20.00 Tagesschau
20.15 Ein Tropfen ist mehr als nichts
Ein Jahr nach dem „Tag für Afrika“
Beitrag von Robert Heitsch

21.00 Der 7. Sin
21.05 Energiekrisen
Ein kleines Spiel um große Schwächen

22.00 Titel, Thesen, Temperamente
Von Süßlin besessen – Anmerkungen zur Mädelmesse / „Männer“ – Die Filmemacherin Doris Dörrie / Hauptstadt für ein Jahr – Florenz

22.30 Tagesschau
22.50 Klein Zechen, genannt Zinner
Ein Nachtstück nach E. T. A. Hoffmann
Von Joachim Nottke
Mit Günter Kahl, Werner Kroll, Verena Peter, Ernst Stankowski, Dorothea Toubert u. a.
Regie: Frank Strecker
Das Kind der Bäuerin Lise ist mitgestaltet. Da wird es verzaubert. Doch trotz seines scheinbar glücklichen Lebens bleiben die gemeinen Charaktereigenschaften, die nun auf andere abfärben.

0.45 Tagesschau
0.50 Spätnachrichten
Späte Einsichten mit Hans-Joachim Kulenkampff



SAT 1

12.10 ZDF Magazin
Moderation: Gerhard Löwenthal
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

14.00 heute
14.05 heute – Ursprung Europas
2. Folge: Kulte und Spiele
Von Rudolf Nottbohm und Kurt W. Oehlschläger
Anschl. heute-Schlagzeilen

14.35 Der Stein des Maras Polo
Neue Zeitspiel Fernsehserie aus Italien
Abenteuer in Venedig: Der Hund
17.10 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Interviews
17.45 Der rosarote Panther
Zu Gast bei Paulchens Trickverwandten
Anschl. heute-Schlagzeilen

18.30 heute
18.35 heute – Großmeister
2. Folge: Spiel, Satz und Sieg

19.00 heute
19.05 heute – Dalli-Dalli
Von und mit Hans Rosenthal

21.00 Kontakte
Freispruch für Kain?
Umgang mit Schuld
Die urtümliche Kain- und Abel-Geschichte und die damit verbundene Schuldfrage beschäftigt noch heute viele Menschen. Unter anderem auch Günter Haver, der diese Fabel in die heutige Zeit versetzt und inszenierte. Die Geschichte der Geschwister Julie und Christine.

21.45 heute-Journal
22.05 Lebenserfahrungen
Ich bekenne mich schuldig – Lew Kopelew
Hans-Dieter Grebe hat den Schriftsteller und Menschenrechtler Kopelew porträtiert. Szenen aus seinem Leben und seiner Arbeit wechseln mit Stellungnahmen zu Ercheinungen in unserer Gesellschaft.

23.00 It's Country Time
Freddie Quinn präsentiert internationale Stars der Country-Music

0.25 heute



3SAT

15.00 Kunz Kunz
15.30 Lasseo
16.00 Minischow
17.00 Drei Engel für Charlie
18.00 Abenteuer Wladimir
Oder: Regionalprogramme

18.30 APF Blick
Nachrichten und Quiz
18.45 Video Award (1)
19.45 Ein großer und ein kleiner Gen.
Franz-Hol. Spielfilm (1974)
Mit Yves Montand, Claude Brasseur, Agostina Belli u. a.
Regie: Claude Pinoteau

21.30 APF Blick
22.15 Galerie Bucher
22.45 High Chaparral
Gold verdrängt den Charakter

23.00 APF Blick

18.00 Mini-ZB
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.30 3SAT-Studio
Besuch aus New York
20.30 Bundespolitik und Wirtschaft – Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.30 Kulturjournal
21.45 cinema international
Eine Liebe in Hongkong
Spielfilm (1984)
Mit Cora Mico, Chou Jun Fa u. a.
Regie: Ann Hui

23.30 Kennwort: Kilo
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

19.22 RTL-Spiel
19.30 Alles Smith und Jones
20.15 RTL-Spiel
20.30 Filmvorschau
20.50 Goldkompass in Wild West
Amerikanischer Spielfilm (1950)
21.55 RTL-Spiel
22.00 Fräulein – frech – figurlos
22.27 Wetter / Horoskop / Beethoven

19.26 Sandmännchen
19.30 Jannick im (2)
20.25 Händel – Werke – Klavier
20.55 Abenteuer Volker Kubs
Bericht über den Bildhauer
Nur für Baden-Württemberg:
21.50 Vie & vie
22.55 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.50 Kulturkalender
22.55 Landtag aktuell
Nur für das Saarland:
21.50 Kirchplatz

21.00 Kulturkalender
21.30 Drei aktuell
21.45 Notizen vom Nachbarn
22.30 Kein schöner Land (4)
23.05 Vor vierzig Jahren

22.50 Juristenatmosphäre
0.05 Nachrichten

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Computer-Shop
18.50 Grand Café (1)
Der Film ist entdeckt
19.50 Die Dritte von rechts
Deutscher Spielfilm (1950)
Mit Vera Molnar, Robert Lindner, Peter von Eyck u. a.
Regie: Geza von Cziffra

21.00 Kulturkalender
21.30 Drei aktuell
21.45 Notizen vom Nachbarn
22.30 Kein schöner Land (4)
23.05 Vor vierzig Jahren

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Heizen heute
19.15 Wo Tiere noch unter sich sind
19.45 Die Insel der Flussschwalben
20.00 Tagesschau
20.15 Schiefing
Englischer Spielfilm (1964)
Mit Sean Connery u. a.
Regie: Guy Hamilton

22.00 Bücherjournal

KRITIK

Skizzen aus der Provinz

Kein Wunder, daß die Geschichten aus „Frankreich, oh Frankreich“ nicht aussterben, wenn selbst die Franzosen so eifrig darauf bedacht sind, liebgewordene Vorurteile zu pflegen. Wie geht es also zu in der französischen Provinz?

Da laufen handfeste Dreiecksge-schichten, da pflegt ein versoffenes-versponnenes Schulmeisterlein (der sonst auf finstere Gangster spezialisiert Marcel Bozzuffi in einer ganz ungewöhnlichen Rolle) seine Blumen, da laufen den Bonvivants in den besten Jahren die jungen Mädchen nur

so nach, man macht Picknick in idyllischer Natur, und dazu gibt es natürlich viel Wein und l'amour. Jedenfalls hat es uns so der Regisseur Patrick Jamain in diesem Film mit dem Titel Du träumst ja, mein Lieber! (ZDF) erzählt.

Und das waren der Klischees nun doch ein bißchen zu viele. Sie verstellten vor allem den Blick auf den eigentlichen Konflikt, der sich spät-zwar, aber immerhin doch noch entwickelte: daß der brave Antoine (Georges Geret) sich zwischen Haus und Frau nicht entscheiden kann.

Doch die Art und Weise, wie er sich aus der Zwickmühle befreite, war genauso harmlos und oberflächlich wie der ganze Film.

Nun muß man über ernsthafte Probleme natürlich nicht ernsthaft handeln, aber etwas mehr als bewegte Postkartenbilder sollten doch dabei herauskommen. Es gibt, gerade aus Frankreich, andere, bessere Filme vom Leben in der Provinz, die trotzdem auch einen heiteren Unterton haben. Dies war nur ein Sommerfilmchen. Aber jetzt ist Januar.

SVEN HANSEN

مكتبة الامم المتحدة

Plätzchen mit Grün

Es stellte sich heraus, daß Behaglichkeit am Arbeitsplatz die Quelle aller Qualen ist. Dabei fing es so harmlos an. Als einstens ein idealistischer Büromensch, ermutigt durch die Parole „Schönheit am Arbeitsplatz“, den ersten getopften Gummibaum ins Bürozimmer trug, war die weitere Entwicklung bereits voraussehbar. Der sanft-grünen Augenweide folgte alsbald der staubfängende Russische Wein. Das erfreuliche Wuchern der Pflanze am Aktenregal empor, über Schränke und Briefablage hinweg, wurde mit liebevollen Blicken beobachtet. Alle Wände wurden frühlingfarben bepinselt.

Die Nutzung moderner Schreibtischstühle geriet zur Karussellfahrt-Lustbarkeit. Poster gelangten in die Arbeitsräume: Tiefblaue Südmere, färgelnde Berggipfel verführten zum Träumen. Die Schreibtischplatten erwiesen sich als geeignete Aufstellregionen für Glasnippes, Miniaturreisbahnen, Stoffpüppchen, allerlei Gummitiege. Maskottchen baumelten an der Tischlampe. An der Decke drehten

sich Mobiles: Nikläuse im Winter, Schmetterlinge im Sommer. Nicht zu vergessen jene witzigen Kalenderblätter, die zur Arbeitsniederlegung ermunterten.

Das konnte auf Dauer nicht gehen. Denn immer wenn der Büroplatinhaber dem ansprechenden Ambiente restlos verfallen wollte, wurde von ihm freudige Betätigung erwartet. Nicht nur einmal am Tag – was schon schlimm genug wäre – sondern mehrere Male. Dieser Wechsel, dieses Hin- und Hergerissenwerden zwischen Behagen und Unbehagen, verursachte schließlich, wie jeder Arbeitsmediziner bestätigen wird, dem Arbeitsplatzler seelische und körperliche Pein. Es kann deshalb nicht verwundern, daß seit geraumer Zeit eine andere Arbeitsplatzwunschvorstellung um sich greift.

Mausgrauen Tapeten, von Nippes verordneten Stehpulten, blechern Tassen gilt nun die inbrünstige Sehnsucht. Erst dann, in grundhäßlicher Unbehaglichkeit, würde sich erneut Arbeitswut einstellen, wird argumentiert. Abgesehen davon, daß man endlich wieder eilenden Fußes dem eigenen Heim entgegenströmen würde, um sich am sanften Grün des Gummibaums zu weiden.

Krefeld: Paul Dukas' Oper „Ariane und Blaubart“

Befreiung wird abgelehnt

Die Produktion der 1907 uraufgeführten Oper „Ariane und Blaubart“ von Paul Dukas am Gemeinschaftstheater Krefeld-Mönchengladbach ist ohne Übertreibung ein Beispiel künstlerischer Überzeugungsarbeit. Zum einen wagte Intendant Eike Grams in seinem ersten Amtsjahr, nach Hermann „Lear“ erneut ein schwieriges, kaum bekanntes Werk vorzustellen. Zum anderen ist die Inszenierung der Gegenbeweis für die verbreitete Expertenmeinung, Dukas' Blaubart-Version sei zwar eine kompositorische Kostbarkeit, aber eher ein symphonisches Werk ohne Bühnenwirksamkeit.

Das Krefelder Premierenpublikum war da anderer Meinung. Die über 85 Minuten aufgetragene und angestaute Spannung entlief sich am Schluss in laustarken Ovationen. Das vornehmlich auf der britischen Insel bekannte und gerühmte Team Steven Pimlott (Regie) und Stefanos Lazaridis (Ausstattung) brachte mit dem Dirigenten Eberhard Bäumer eine Aufführung zustande, die sowohl die Essenz des Werkes herausstellt als auch den höchsten ästhetischen Standards des Gegenwartstheater entspricht, ganz abgesehen von der Bewunderung heischenden Verkörperung der riesigen und riskanten Ariane-Partie durch Marilyn Schlegel.

Der Symbolist Maurice Maeterlinck hat mit dem Libretto die Utopie einer Befreiung geschrieben, in heutiger Terminologie also eine Emanzipationsoper. Ariane betritt mit ihrer Stimme Blaubarts Schloß als seine sechste Frau. Selbstbewußt und überzeugt, daß die fünf früheren Frauen Blaubarts noch leben, kommt sie, um alle zu befreien: Die Frauen will sie aus ihrer ängstlichen, bequem und gedankenlos hingenommenen

Verklauung herausreißen, den geliebten Blaubart (Gabor Andrássy) will sie aus seinem Macho-Zwang erlösen.

Beides gelingt ihr nicht. Nach der Befreiung aus dunkler Gruft weichen die Frauen beim Anblick der Welt zurück in ihre tumben Unterwerfung. Blaubart, den vermeintlichen Frauenmörder, rettet Ariane vor den Nachstellungen seiner Verfolger. Reaktionen und Verfall bleibt er wie die Frauen zurück. Niemand will Ariane in die Ungewißheit der Welt folgen. Sie nimmt Abschied von der Illusion der Befreiung.

Schmale Spiegelwände, in den Bühnenhimmel ragende Leitern als Fluchwege aus der Gefangenschaft, mit Folie überzogene Puppen und Menschen auf konzentrisch angeordneten Gitterrosten schaffen die beklemmende Atmosphäre der Klaustraphobie. Menschen, die nicht bei sich sind, huschen verschreckt hin und her. Allein Ariane und ihre Arme (hervorragend Hebe Dijkstra) strahlen wissende Gelassenheit aus.

Die in der Partitur vorgegebene Moll-Stimmung der Unterdrückung und der C-Dur-Klang der Freiheit werden szenisch und in der Personifizierung präzise und ausdrucksstark umgesetzt. Eberhard Bäumer versucht nicht, der Partitur einen Deutungs-Klang überzustülpen oder die Wagnerische Leitmotivtechnik zu stark herauszuarbeiten. Beides ist im Übermaß vorhanden, aber von Dukas zu einem ganz persönlichen kompakten Stil verschmolzen, der Situationen und Seelenstimmungen suggestiv beschreibt. Sängerschaft ist die Aufführung einer geschlossenen Ensembleleistung.

ALBIN HÄNSEROTH

Weitere Aufführungen im Februar; Karteninformationen 02151/23 902

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Eléments“

Ideologische Akupunktur

Ein Modetrend des Jahres 1986 hat sich bereits herausgeschält: Jubiläen feiern man im 18. Jahrestag. In Deutschland wurde umständlich der APO-Krawalle vor 18 Jahren gedacht, in Frankreich zieht die Denkschule der Nouvelle Droite (Neue Rechte - NR) zu ihrem 18. Geburtstag Bilanz. Sieht die Generation von '68 in den Spiegel, erblickt sie gramelichte Endverzüge. Die Linken beginnen sich da ihrer Flanellen und Dior-Krawatten zu schämen, während sich die Rechten anscheinend permanent 18 fühlen. Jedenfalls ist die Jubiläumsummer der Zeitschrift „Eléments“ (13 rue Charles Lecoq, F-75737 Paris Cedex 15) „Die 18 Frühlinge der Neuen Rechte“ betitelt. „Die NR ist 18 Jahre alt. Das ist ein ganzes Programm. In den Ballast, wo Tatterteppiche alten Schachteln nachsteigen, tritt ein junges Mädchen.“

Der Inhalt der Nummer ist seriös, aus ihm stechen das große Interview mit Alain de Benoist, dem Gründer, Kopf und Motor der NR, die Geschichte der ersten 18 NR-Jahre von Jean Despertis und ein Diskussionsbeitrag des NR-Gegnere Pierre-André Taguieff hervor.

„Eléments“ hat einen neuen Zeitschriftentypus kreiert – das intellektuellen-Magazin. Tagespolitik ist verpönt, die kulturellen und ideologischen Beiträge sind reich bebildert und meist auf Personen bezogen, so daß beim Durchblättern der Eindruck eines intellektuellen Gruppenbildes entsteht. Nach vielen anderen Ländern sollen nun im Februar auch deutsche „Eléments“ (Postfach 410 403, 3500 Kassel 41) erscheinen.

NR wurde die Benoistische Denkschule 1977 von Außenstehenden gekauft. Doch nahm sie den Begriff an, da ihr Entstehen auf den Bruch mit der „alten“ Rechten zurückgeht, dem Bruch mit der Fallschirmjägermütze des älteren Bruders, dem Lilien-

wappen des Vaters, dem Rosenkranz der Mütter (Despertis). Man wollte von einem Punkt Null an neu beginnen. Eine „neue Schule“, wie sich Benoists Zeitschrift betitelt, sollte das „ideologische Laboratorium“ bilden, das aus den Wissenschaften tragfähige Elemente einer „neuen Kultur“ herausfiltert.

In der Tat bezog die NR in Philosophie und Physik, in Ethnologie und Wirtschaft, in Archäologie und Geschichte eigene Positionen. Manche eingeschlagene Wege wurden wieder verlassen, wie der des Neo-Positivismus und der des Biologismus. Unerschütterlich blieb stets das Vorrecht der Idee gegenüber dem Interesse. „Wenn es eine Norm für die Haltung gegenüber dem Leben gibt, dann ist es, niemals sein Handeln nach dem Interesse zu richten“ (A. de Benoist).

Ein neuer Bildband aus Frankreich zeigt „Die Rechte auf der Straße“. Die NR ist die Rechte am Leseputz. Von der Absicht, durch einen „Gramscismus von rechts“ die Denkschule mittels Kulturrevolution in die Politik zu transportieren, ist nicht mehr viel geblieben. Die NR bedient sich nun der Taktik der „ideologischen Akupunktur“, die durch an die rechten Stellen gesetzte Nadeln heilsame Reaktionen hervorruft (Despertis).

Die Position der NR gegen den Egalitarismus, gegen die Verpönung der Eliten ist heute in Frankreich Gemeingut geworden, während ihr Kampf gegen den Primat des Ökonomismus und den von den USA ausgehenden Universalismus derzeit in Frankreich auf Unverständnis stoßen. In „Eléments“ zieht Benoist einen Trennungsschritt zur „Politik der Politiker“. Das Hineingehen in die Politik „im Namen der Ideen, ist eine gute Art (oder ein guter Vorwand), mit ihnen zu brechen.“

CASPAR v. SCHRECKENNOTZING

Geschichtsverlust durch Landverbrauch: Die Rettungsgrabungen der Archäologen kommen zu spät

Slalom um die Zitadelle im Parkhaus

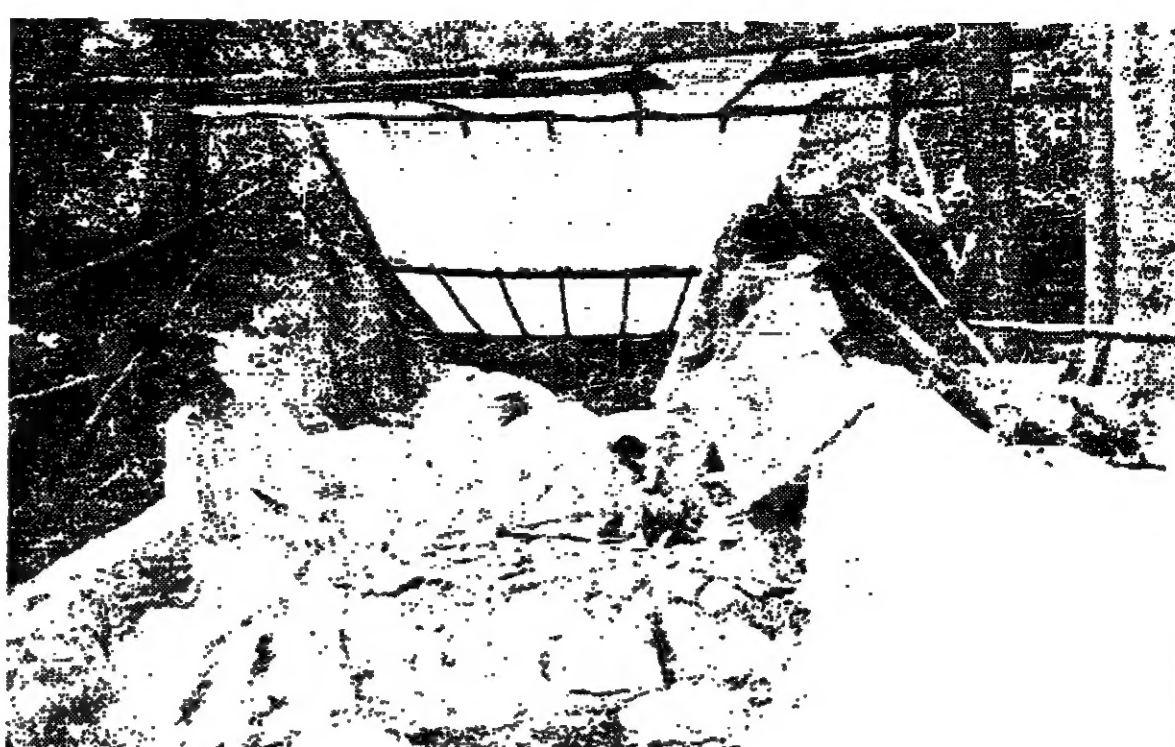
Im Untergrund von Lübeck sind die Archäologen auf einen Steinofen gestoßen, der sie buchstäblich das Staunen lehrt. Aller Wahrscheinlichkeit nach diente er nämlich einer Fußbodenheizung und ist mitten im hinterwälderischen germanischen Norden das Zeugnis einer Technologie, die die Römer einst nach Germanien gebracht hatten und die die deutschen Stämme demnach auch eisenständig weiterverbreiteten und in römischen Gebieten zu nutzen wußten.

Der Grabungsort liegt im Altstadt-kern der Hansestadt zwischen Alfstraße, Fischstraße und Schlüsselbuden. Hier hat die Bodendenkmalpflege im letzten Sommer mit einer „Rettungsgrabung“ begonnen, um vor der Zerstörung aller Bestattungsspuren durch einen Hotelneubau noch Aufschlüsse über die Gründungszeit Lübecks im 12. Jahrhundert zu gewinnen. Gefährdet wird nach Grundschichten und Straßenflucht, Hausbautechniken in Holz und Backstein, Wasserversorgung, hygienischen Einrichtungen, aber auch nach älteren, vermutlich slawischen Bestattungsspuren, denen womöglich auch hier – wie im ganzen, später slawischen Osten – germanische vorausgegangen sind.

Es ist eine der typischen Hals-über-Kopf-Aktionen, mit denen die Denkmalpflege auf den unaufhaltsam fortschreitenden Zerstörungsprozeß des archaischen Erbes durch Landverbrauch und Bodeneingriffe mehr heilsam als planvoll reagiert. Das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz, das auf seiner letzten Jahrestagung vor dem drohenden Geschichtsverlust durch Vernichtung der archaischen Urkunden des deutschen Volkes eindringlich gewarnt hat, erwähnt das Lübecker Beispiel mit anderen, ähnlich gelagerten Fällen in der jüngsten Ausgabe seiner „Denkmalschutz-Informationen“.

Dabei wird deutlich, wie ernst der dringende Appell des Nationalkomitees gemeint war, „alle verfügbaren Finanz- und Personalkapazitäten auf die Erforschung und Bergung der akut gefährdeten archaischen Quellen zu konzentrieren“.

In Lübeck, das sich in seiner Blütezeit zur „Königin der Hanse“ aufschwung, ist die Früh- und Vorgeschichte der Stadt, in der sich die schicksalhafte Begegnung von Sla-



Stolz der bayerischen Bodendenkmalpflege: Die Steinwallanlage Heunischenburg, eine vorgeschichtliche Festung, zeigt bauliche Einflüsse aus dem Ostmittelmeerraum

wen und Germanen vollzogen hat, noch nicht einmal ansatzweise erschlossen. Aber auch mancher einzelne Fund, wie eine Backsteinanlage aus zwei offenen Ringen und einem Kanal in der genannten Baugruppe, stellt die Grabungsexperten noch vor Rätsel. Ihre Arbeiten jedoch stehen unter ständigem Zeitdruck.

In Düsseldorf verfügte die Stadtverwaltung einen Baustopp, als bei Ausschachtungsarbeiten für eine Tiefgarage in der Altstadt Teile der ehemaligen Zitadelle, Reste von Hafeneinfestungen und Fundamente eines Stadttors aus der Zeit um 1400 ans Licht kamen. Einen ebenfalls erhalten gebliebenen Festungswall hatten die Bagger bereits ungehindert abgetragen.

Inzwischen hat Stadtentwicklungsminister Christoph Zöpel allerdings entschieden, daß alle Bodendenkmäler erhalten bleiben müssen, da „kein überwiegendes öffentliches Interesse an diesem Gebiet ohne eingehende Untersuchung zerstört werden. Das erinnert an die Zerstörung des Neandertals zwischen Düsseldorf und

Regensburg gelungen ist – bei Einbeziehung der Bodendenkmäler angelich „nicht übersichtlich genug“ gestalten können.

Eine archaische Tragödie bahnt sich in Rheinland-Pfalz an, wo Siedlungsstätten des Neandertals in den Vulkangebieten der Osteifel um den Pfalder Hummerich durch den fortschreitenden Lavabau jetzt unmittelbar gefährdet sind. Der Neandertaler siedelte hier zwischen 200 000 und 400 000 v. Chr. und verwendete offenbar Werkzeuge, die nicht aus diesem Gebiet stammten. Kölner Archäologen schließen daraus, daß die Siedlungsplätze nicht ständig belegt waren, sondern daß die Bewohner jahreszeitlich bedingt wanderten.

Für weitergehende Forschungen fehlt jedoch das Geld. Die Stellungnahme des Nationalkomitees klingt nachlos-resignativ: „So werden die Siedlungsplätze der Neandertaler in diesem Gebiet ohne eingehende Untersuchung zerstört werden. Das erinnert an die Zerstörung des Neandertals zwischen Düsseldorf und

Wuppertal im vorigen Jahrhundert, als der Kalkgewinnung geopfert wurde.“

Dagegen können die bayerischen Bodendenkmalpfleger einen Triumph vermelden. Bei Gehlitz im Landkreis Kronach legten sie mit der Steinwallanlage Heunischenburg „eine der wichtigsten vorgeschichtlichen Burgen Mitteleuropas“ frei. Die Festung aus der Zeit um 850 v. Chr. mit drei Meter hoher Steinmauer, mächtigem Zangtor und einhalb Meter hoher Ausfallpforte ist vermutlich ein Herrschaftssitz gewesen, von dem aus die westöstliche Pfalzstraße überwacht werden konnte. Welches Volk sie einst anlegte, ist unbekannt.

Und doch zeigt gerade dieses Beispiel, welche Überraschungen und völlig neuen Einsichten die Archäologie auch heute noch vermitteln kann: Eine Anlage solcher Art ist im süd-deutschen Raum bisher nicht entdeckt worden. Sie verrät – man staune nur – Einflüsse aus dem östlichen Mittelmeergebiet.

DANKWART GURATZSCH

Das Musical „A Chorus Line“ jetzt als Kinostück

Unter der Tanzwalze

Fern vom Broadway zunächst, mit bescheidenen Mitteln, hatte Joseph Papp, der spätmäßigste Theatermacher New Yorks, das durchgeputzte Musical als Wiedergeburt des sämigen gewordenen Musicals aus dem Geist der Soziologie, wo er am knakigsten, glitzernden, publikumswirksamsten ist. „A Chorus Line“ flammte gegen jedes bislang erprobte Erfolgsrezept zu einem Lauffeuer auf, das ein volles Jahrzehnt nicht zu löschen vermochte. Das Stück hat inzwischen alle Broadway-Aufführungsrekorde gebrochen. Es hat Europa überschwemmt und schwappt nun in die Kinos. Es macht immer noch heiße Augen. Aber auch kalte Flüße.

Das intime, geständnisreiche Ding ist an einem dramatischen Elephantiasis erkrankt. Man hat das Gefühl, es geht gar nicht mehr um ein Vortanzen von Gruppenanzern, um in die sogenannte Chorus Line engagiert zu werden, sondern um den Bau choreographischer Pyramiden, irgendwelcher theatralischer Weltwunder, die gnadenlos ihre Opfer fordern.

Und wie ein Rameses mit Nußknackerkern wacht der sonst so nette Michael Douglas, der wohlvertraute, über das Seelenmassaker, das er als Regisseur anrührt und einleitet. Warum – das bleibt freilich ein Rätsel. Denn um die fulminante Schlussnummer im goldenen Frack und Claude hinzukommen, hätte es der vorangegangenen zweistündigen extremen Seelenwäsche ganz gewiß nicht bedurft.

Aber gerade auf dem Voyeurismus des Publikums baut sich das Stück. Sie alle, die da tanzen, sind nett und elend und leben, Kopf hoch, den Rücken zur Wand. Sie sind liebenswert, noch im Extremfall Menschen wie du und ich – nur tanzen und singen sie natürlich alle überwältigend besser. Diesen Trumpf spielt der Film denn auch bis zur Gewalttätigkeit aus.

Er rollt fortwährend die Muskeln. Er ist so groß wie Bodybuilder beim Hantelstemmen. Eine Tanzmaschine läuft los, die sich zu schier robotenhafter Bewegungsgefahrlichkeit hochtourt. Dabei kommt es zu der einzigen Szene, die über die Bühnenvorlage hinausgeht und schaudern macht: Plötzlich agiert die Chorus Line fast entmenscht. Hinter dem Gerecke um Psyche und Idealismus, Abkunft, Herkunft, Zukunft öffnet sich ein Abgrund von Höllecharakter. Stampfende Leiber, wirbelnde Köpfe, sich spreizende Beine, ruckende, zuckende Uniformität, gedrillt, reglementiert, entindividualisiert. Purer Orwell. Diese Szene scheint beinahe verkehrt in Richard Attenboroughs kultivierten Film geraten.

Bei allem Aufwand weicht der den schlichten, strikten Vorgang zusätzlich auf. Er beläßt sie nicht im leeren Theater auf nackter Bühne. Wie geschockt vor dem Zwang zu äußerster Konzentration, bricht er aus in schmale Rückblenden, kleine Flüchtigkeiten. Er bleibt nicht bei der Stange. Das mag Puritaner ärgern, dem Film tut es wenig an.

Was ihm wirklich schadet, ist der Verzicht auf die Originalchoreographie Michael Bennetts, von deren stilistischem Chic, ihrer Leichtigkeit immerhin noch die Schlussnummer zeugt. Da man aber natürlich den Mund auch choreographisch vollnehmen wollte, hat man Jeffrey Hornaday engagiert, den choreographischen Großunternehmer („Flashdance“), und er hat seinen weit weniger originellen Tanzbombast beigegeben. Eine choreographische Verblende, die mit ihrem Berserkertum die kleine Geschichte eher lächerlich niederknallt. Manche Leute lieben eher Brauspulver noch im Champagner. Der kribbelt dann mehr.

Was „A Chorus Line“ sehenswert macht, ist (neben der inszenatorischen Perfektion) das immense Talent der jungen Leute, die wie um ihr Leben tanzen. Es macht ihnen Freude. Es ist ihr Beruf. Aber auf der Bühne nahm sich das alles weniger michelangelisch und weit menschlicher aus, anrührender, herzlicher. Das war gerade das Neue an „A Chorus Line“. Das Musical machte Ernst mit den Menschen, jetzt macht es todernst mit der Kasse.

KLAUS GEITEL



Wie ums Leben getanzt: Audrey Landers in „A Chorus Line“

FOTO: CONCORDE

„Théodore & Cie.“ am Münchner Residenztheater

La Grande Horizontale

Einige Münchner Premieren der letzten Zeit, zum Beispiel Klaus Pohl's „La Balkona Bar“ im Werkraum der Kammerspiele oder der von Sarah Camp zurückgedacht, „Doppelkopf“ von Gerlind Reinshagen im Volkstheater wecken den Verdacht, daß die fünfziger Jahre mit ihren Schlagen, Tänzen, Petticoats und noch keinen Jeans allmählich für jüngere Theaterleute so etwas werden könnten, wie die Belle Epoque des kleinen Mannes. In der etlicherseits natürlich falsch gedacht und rührend gearbeitet worden sei (immer gut fürs Programmheft!), mit der aber jetzt für show allerhand anzufangen wäre.

Schließlich tanzten sie auch in Stücken um die Jahrhundertwende frivolsten Can-Can und hatten quasi noch die Leichen der Pariser Commune im Keller (was fortschrittlich zurückblickende Junggesellen oft zu hegeltrübem ausrufen lassen, etwa durch verfinsterte Mienen des Personals oder durch boshafte Karrieren eines feudalen Hauptdarstellers).

Um so dankbarer ist das Publikum im Residenz-Theater für einen unverfälschten Pariser Schwank von Nicolas Nancey und Paul Armont, „Théodore & Cie.“, den Hanns Christian Müller inszeniert und wahrscheinlich weit über den Fasching hinauskauplutierte hat. Eine Inhaltsangabe ließe diesen „Gipfel des Unsinn“, wie ihn der Berliner Lokal-Anzeiger 1927 in seinem Generalbloss für die deutsche Erstaufführung mit Curt Bois genannt hat, kläglich dahinsinken. Es genügt zu wissen: Die relativ ehrbare Adrienne muß zu Alibi-Zwecken ihren Mann mit einer Zweitrolle als Grande Horizontale täuschen, weil ihr Liebhaber dem gegen-

über ihr entdecktes Nacktfoto ausgegeben hat als das einer entfernt ähnlichen Chansonnette.

Der Mechanismus des Durcheinanders läuft bei diesen Autoren nicht mehr so geistig wie etwa beim dreizehn Jahre älteren Feydeau. Da helfen auch die Drehtüren eines Pilschreihenbühnenbilds nichts. Aber Christa Berndt läßt das vergessen. Sie zeigt, was ganze Beinarbeit in Netzstrümpfen ist. Wie man einen Peignoir ins Schwingen bringt. Zum beifälligen Nachweis singt sie und stept sie, verknüpft sie ihre Stimme auf amerikanisch... Alibi für einen Halbblinden vielleicht...

Aber Martin Benrath als Ehemann ist von der unbekannten Chansonnette total entzückt. Mit seinem gefährlich-herrischen Gebärde, mit dem überlegenen Goliath-Lachen, wenn er im Bakarat 2000 Franc verloren hat, suggeriert er als einziger den realen Grund, auf dem all die Extravaganzen gedeihen: immer viel Geld!

Nach dem Motto „Kleinzug macht auch Lust“ scheut der Regisseur vor keinem Gag zurück. So läßt er die ganze Gesellschaft am zähen Mash-Mallows-Konfekt des Hauses leiden, so daß Christa Berndt mit gleich drei solcher Dinger im Mund einen wichtigen Satz so ausspricht: „Beld bielt beime Wölle!“ Da lacht doch noch der Ernste.

PS: Drei Mitwirkende, den Münchener jahrelang vertraut, sind in der nächsten Spielzeit nicht mehr dabei: Erich Hallhuber (als Schwindlagent Théodore), Nikolaus Paryla (in vier Verkleidungen), Rita Russek (als Entgegenkommende aus der Provinz).

ARMIN EICHHOLZ

Nächste Aufführungen: 28. Jan., 1. 10. und 11. Febr., Kartenbestellung: 089 / 21 65 413

KULTURNOTIZEN

Der Deutsche Korczak-Preis, der mit 5000 Mark ausgestattet ist, wurde dem 83jährigen polnischen Schriftsteller Igor Newerly, ehemaliger Sekretär und Freund Janusz Korczaks, verliehen.

Der große Preis von Avoriaz beim 14. Festival des phantastischen Films ist „Dream Lover“ von Alan Pakula zuerkannt worden. Wolfgang Petersen's „Enemy Mine“ erhielt zwei Sonderpreise.

Lawrence Foster, Duisburger Generalmusikdirektor, wird seinen im Sommer 1987 auslaufenden Vertrag mit der Stadt nicht mehr verlängern.

Georg Lukács' Notizen und Skizzen, die er für eine 1914/15 geplante Dostojewski-Monographie machte, wurden jetzt in seinem Nachlaß ent-

deckt; sie erschienen im deutschen Original im Budapest Akademie-Verlag.

Wladimir Wassiljew vom Moskauer Bolschoi-Theater übernimmt als Nachfolger von Rosella Hightower die Direktion des Mailänder Scala-Balletts.

Rund 400 Abbildungen aus etwa 150 Kalendern zeigen in der Ausstellung „Kalender in Westfalen“ im Landeshaus in Münster die Entwicklung der Jahresbegleiter auf.

Ilya Awerbach, sowjetischer Filmregisseur, ist im Alter von 52 Jahren gestorben.

Carl Borro Schwerla, Heimat-schriftsteller und Regisseur, starb 83jährig in München.

JOURNAL

„DDR“-Buchproduktion soll kräftig steigen

AP, Berlin
Die „DDR“-Verlage werden die von ihnen herausgegebenen Bücher künftig in höherer Auflage drucken. Dies kündigte der stellvertretende Ostberliner Kulturminister Klaus Höpcke in einem Beitrag für das Leipziger „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“ an. Die Zahl der Titel werde sich nicht erhöhen, aber die Gesamtauflage von 142 Millionen Exemplaren auf 150 Millionen steigen. Positive Tendenzen gebe es vor allem beim Export in westliche Länder, darunter die Bundesrepublik, Großbritannien, die USA.

Thor Heyerdal wieder auf der Osterinsel

AFP, Santiago
Der norwegische Forscher Thor Heyerdal will neue Nachforschungen über die legendären Riesenskulpturen auf der Osterinsel anstellen. Er traf in Santiago de Chile ein und will von dort auf die 2000 Seemeilen entfernte Pazifik-Insel weiterreisen, wo er zusammen mit dem chilenischen Archäologen Gonzalo Figueroa neue Ausgrabungen vornehmen will, um den Ursprung der „Moais“ näherzukommen. 1953 hatte Heyerdal mit seinem Floß Kon-Tiki eine Expedition zur Osterinsel unternommen.

Nobelpreisträger in die Wissenschaftsakademie

dpa, Vatikanstadt
Papst Johannes Paul II. hat fünf Nobelpreisträger in die Päpstliche Akademie der Wissenschaften berufen. Neben dem schwedischen Mediziner Sune Bergström und dessen Landsmann, dem Physiker Kai Siegbahn, wurden der in der Schweiz lehrende jugoslawische Chemiker Vladimir Prelog, der italienische Physiker Carlo Rubbia und der japanische Chemiker Kenichi Fukui in das Gremium berufen, das den Papst in wissenschaftlichen Fragen berät.

Siebert Max-Ophüls-Wettbewerb eröffnet

dpa, Saarbrücken
Mit der Aufführung des Hölderlin-Films „Die Hälfte des Lebens“ von dem „DDR“-Regisseur Hermann Zschoche ist gestern abend in Saarbrücken der Wettbewerb um den mit 25 000 Mark dotierten Max-Ophüls-Filmpreis eröffnet worden. Um den zu siebten Mal ausgeschriebenen Filmpreis zur Förderung des deutschsprachigen Regisseur Nachwuchses bewerben sich zum 28. Januar 29 Filmemacher.

Wiesbadener Maifestspiele '86

DW, Wiesbaden
Die Opera North aus Leeds eröffnet am 1. Mai die diesjährigen Wiesbadener Maifestspiele mit Verdis „Aida“ und tags darauf Sir Michael Tipperts „The Midsummer Marriage“. Den Brilgen folgt vom 8. bis 11. Mai die Arena von Verona mit Aufführungen von Riccardo Zandonais selten gespielter Oper „Giulietta e Romeo“ unter Gianfranco Masini und mit Elena Mauti-Nunziata und Alberto Cupido. Außerdem bringen die Italiener Glücks „Orfeo et Euridice“. Die Staatsoper aus Kiew gastiert mit Rimski-Korsakows „Zarenbraut“ und Tschalkowskys „Eugen Onegin“ (13. bis 16. Mai). Die Wiesbadener Oper steuert eine zyklische Aufführung von Wagners „Ring“ bei, das Hamburger Ballett tanzt dreimal Hennefers „Kamelendame“. Im kleinen Haus stehen diverse Gastspiele von Clowen-Gruppen im Mittelpunkt.

Französische Autoren und die Oper

DW, Köln
„Les Ecrivains français et l'opéra“ ist das Thema eines viertägigen Kolloquiums (27. bis 30. Jan.) am Kölner Institut français in Zusammenarbeit mit der Kölner Universität und der Kölner Oper. In Referaten behandelt wird französische Operndichtung seit ihren Anfängen mit Quinault für Lully. Schwerpunkte sind ferner die Stücke Scribes und die Opern danach, Mérimée's „Carmen“ und die „Thais“ von Anatole France, die Massenet komponierte.

August Everding oder Klein-Goethe in Freiburg

DW, München
August Everding, der Generalintendant der Bayerischen Staatstheater, würde gern als Kultusminister eines Bundeslandes arbeiten. „Ich würde ganz gern in die Kulturpolitik eingreifen – wenn es in Deutschland überhaupt eine gäbe“, sagte Everding in einem Interview mit dem „Playboy“. „Kulturpolitik habe ich einen wirklich großen Eros: Die Leute überzeugen, wofür Kultur da ist, warum wir Kultur notwendig haben.“ Everdings Fernziel: Eine Stadt zu übernehmen wie Freiburg oder Göttingen. „Dort würde ich alle meine Freunde hinholen. Eine Art Weimar gründen – das ist mein Lebensraum.“

Sturmschäden: Mitnahme-Effekt ausgeschlossen

HARALD POSNY, Düsseldorf
Nach den orkanartigen Sturmböen in den vergangenen Tagen haben die Versicherer in einigen Regionen der Bundesrepublik Hochbetrieb. Hunderte von Versicherten meldeten Schäden. Sie addieren sich nach vorsichtigen Schätzungen auf „einige zehn Millionen Mark“.

Sturmschäden sind in eine Haus- oder Wohngebäude-Versicherung einbezogen, in die Allgemeinen Versicherungsbedingungen (VHB 74 oder die neue VHB 84), in die Verbundene Gebäudeversicherung (VGB). Für alle anderen Sturmschäden ist entweder die Kfz-Versicherung zuständig, oder es ist der Abschluß einer besonderen Sturmversicherung beziehungsweise besonderer Sturmklauseln nötig.

Im „Vierpack“ (Feuer, Einbruch/Diebstahl/Raub, Leitungswasser, Sturm) der Hausversicherung sind Schäden durch Sturm ab Windstärke sechs auf der Beaufort-Skala (das sind etwa Windgeschwindigkeiten ab 70 Stundenkilometer) versichert. Die jüngsten Stürme hatten Geschwindigkeiten bis zu 120 km/h. Einer Versicherung mit Sturmschäden an beruflichen Gebäuden zu kommen, hat kaum Zweck. Bei bestimmten Schadenhöhen kommen Experten der Versicherung, die einen Blick für einen eventuellen „Mitnahme-Effekt“ haben.

Wichtig ist, daß das Sturmschaden in der Hausversicherung auch Schäden an Radio und Fernsehantennen sowie Markisen einschließt, wenn dieses alles vom Versicherungsnehmer allein und nicht zu gewerblichen Zwecken genutzt wird. Im Klartext: Ausgehende Markisen eines Ladens sind entweder in der Gebäudeversicherung oder über eine Sturmschadenversicherung zu versichern.

Auf jeden Fall nicht versichert sind Schäden durch Sturmflut, Lawinen oder Schneelast, Schäden durch Eindringen von Niederschlägen oder Schmutz bei nicht ordnungsgemäß geschlossenen Fenstern oder Türen. Bei ordnungsgemäß verschlossenen Fenstern und Türen sind Schäden (zum Beispiel an Möbeln und Teppichen) durch eindringendes Regenwasser bei Sturm nicht versichert. Dies gilt dann ebenso als Folgegeschaden, wie wenn Gebäudeteile (Dachziegel, Schornsteine) oder Bäume und Zäune versicherte Gegenstände (zum Beispiel Fensterscheiben oder Autos) beschädigen.

Die Wohngebäudeversicherung umfasst Feuer, Leitungswasser- und Sturmschäden. Nicht-Wohngebäude fallen jedoch mit Sturmschäden unter die Feuerversicherung.

Einfach ist die Schadenregelung an Autos. Hier sind die Versicherer verpflichtet, bei Totalschaden den Schadenersatz zu leisten, wenn „durch unmittelbare Einwirkungen von Sturm“ Gegenstände ein Auto beschädigt haben. Ausgeschlossen sind allerdings Schäden, die durch das besondere Verhalten des Fahrers infolge der Naturgewalten entstanden sind, etwa wenn er vor Schreck in den Straßengraben fährt.

Die Versicherung zahlt bei zerstörten oder abhandeleckten Gegenständen den Wiederbeschaffungswert (VHB 84), bei beschädigten Sachen die notwendige Reparatur zusätzlich eventueller Wertminderung, höchstens jedoch den Wiederbeschaffungswert.

Die Versicherung sollte innerhalb von 14 Tagen zahlen, nachdem die notwendigen Feststellungen über den Schadensumfang getroffen worden sind. Einen Monat nach Schadenanzeige kann man eine angemessene Abschlagszahlung verlangen. Über einen Monat hinaus wird die zurechnende Entscheidungsumme mit vier bis sechs Prozent verzinst.

Die Schlagkraft der „Jungfrau“ sorgte für einen Eklat

WILMHILLYN, Köln

Es wäre doch gelacht, wenn die Narren in dieser Saison – will sagen Session – ungeschoren durch einen Skandal gekommen wären. Verdächtig ist nun, daß ausgerechnet die Hochburg Köln wieder von sich reden macht. Dort verlor die „Jungfrau“ ihre Unschuld – und wie das so manchmal geht – nicht freiwillig.

Mitten in der hohen Zeit für Narren und Jecken muß nun der Kölner Immobilienmakler Helmut Lengert sein reich besticktes Kostüm, die goldgelben Zöpfe und die Krone einpacken – Insignien ihrer Lieblichkeit, der „Jungfrau“ im „Dreigestirn“, das in der „fünften Jahreszeit“ die Domstadt regiert. Denn gar nicht lieblich benahm sie sich: Vor einigen Tagen überreichte sie ihren eigenen Adjutanten, Herbert Heuser, im Streit. Jetzt aber war das Maß wohl voll.

Ihr Prinz Hans II. – bürgerlich Hans Olbertz – schilderte die Tätigkeit auf einer Sitzung im Gürzenich so: „Lengert ist in eindeutiger Haltung losgegangen, von den Worten

ganz zu schweigen, und mußte von Besuchern zurückgehalten werden.“ Zielobjekt in der berühmten Festhalle war dieses Mal ein Fotograf eines Kölner Boulevard-Blattes. Lengert gibt zu, in vollem Ornat „ausgeflippt“ und tödlich geworden zu sein: „Solch eine Unbeherrschtheit kann doch immer mal vorkommen.“

Das nun allerdings meinten die Obernarren nicht. Sieben Stunden beriet das Festkomitee in der Hofburg Seiner Majestät, dem Hotel „In-tercontinental“, und fällte dann seinen Spruch: „Schuldig – Rücktritt.“ Präsident Bernd Assenbauer: „Wir sind sehr enttäuscht und bedauern, daß es zu dieser Entscheidung kommen mußte.“ Lengert sieht sein Fehlverhalten nicht ein und ist auch nicht freiwillig zurückgetreten.

Das Mittel, mit dem die „Jungfrau“ aus dem Amt gedrängt werden konnte, ist der Vertrag, den das Festkomitee mit jedem Dreigestirn abschließt. Darin ist festgehalten, daß die Mitglieder – in diesem Jahr Prinz Hans II., „Bauer“ Matthias Meyer

und „Jungfrau“ Helmi – unter sich einig sein müssen.

Die Neigung ihrer Lieblichkeit zu unliebsamen Auftritten soll angeblich vorher nicht absehbar gewesen sein. Das sagten alle Beteiligten übereinstimmend aus. Und auch Schuster erklärte: „Unsere Überprüfung hatte nichts Negatives ergeben. Der war bei uns nicht als Choleriker bekannt.“

Der Ersatz ist bereits gefunden. Hans-Dieter Selcher sprang spontan ein. Ihm ist wenigstens die Situation nicht neu. Denn er war schon 1983 die „Jungfrau“ von Rudi I.

Was wissen die Narren schon vorher? Schon vor 25 Jahren, als mit Theodor Esser die erste „Jungfrau“ zurücktrat, schlugen die Wagen der Erregung hoch. Von einem Esser Polizeikommissar war „sie“ beschuldigt worden, Unles in russischer Kriegsgefangenschaft begangen zu haben. Ein Verfahren wurde zwar später eingestellt, aber der Ruf war erst einmal hin.

Noch schlimmer aber kam es 1983: Nur drei Tage vor der Proklamation mußte gar der auserkorene Prinz verzichten. Bei der Standardübergabe wurde die schockierende Nachricht bekannt: Rudi Esser wurde vorgeworfen, das Arbeitsamt um Kurzarbeitergeld betrogen zu haben. Er wurde später zu einer hohen Geldstrafe verurteilt.

Zufrieden ist jetzt die Industrie, die ohnehin nicht wenig an dieser perfekt durchorganisierten Schau verdient. Denn nun müssen die Post- und Autogrammkarten des Dreigestirns neu gedruckt werden. Die Aufschriften auf den Autos, dem Rosenmontagszugwagen, an der Hofburg und auf der Prinzenstandarte müssen geändert werden. Und ebenso muß eine neue Prinzenstandarte, der Orden des Dreigestirns, hergestellt werden.

Und das nun alles im Kölner Rekord-Karneval. Denn der Zug, der am 10. Februar, dem Rosenmontag, zwei Stunden durch die Stadt zieht, wird zwei Millionen Mark kosten. Er steht unter dem Motto „Faselovent der Rekorde“ und wird sich in einer Länge von fünfeinhalb „Millimetern“ (5,5

Kilometer) durch die schumelnden Menschenmassen winden.

Die sonst so flinken Düsseldorf, die gerne spöttisch über den närrischen Narrenkomitee, enthalten sich jeden Kommentars. Mit gutem Grund: Die Serie der Feindlichkeiten im Karneval der Landeshauptstadt füllt inzwischen die Archive. Da gab es die mehr als unglückliche Prinzenkandidatur des Juristen Jörg Weck, der gleichzeitig im Majdanek-Verfahren als Verteidiger auftrat. Überboten aber wurde das noch von der abfälligen Bemerkung, mit der der Präsident der „Weißtrücker“, Dieter Linsen, die Wahl einer Prinzessin aus der großen japanischen Kolonie torpedierte: Diese Wahl sei eine „Beleidigung für die deutsche Frau“. Und 1981 kam es zum Eklat, als Ex-Prinz Klaus Schulze auf der Bühne Judenwitze erzählte.

In Köln hofft man, daß die schnelle Entscheidung des Komitees den Ärger rasch vergessen läßt. Denn Karneval ist eine todesnackte Sache, vor allem, wenn er so belastet wird.

1,3 Millionen Kängurus zum Abschub frei

dpa, Canberra

Australiens Naturschützer führen wieder um den Fortbestand des nationalen Wahrzeichens, des Kängurus, Anlaß zu dieser Sorge hat die Entscheidung der Regierung gegen die Abschubquote für die Beutetiere in diesem Jahr auf 1,3 Millionen Tiere zu erhöhen. Umweltminister Barry Cohen erklärte, daß nach der letzten Dürre etwa 17 Millionen Kängurus im Land lebten, zwei Millionen mehr als Menschen. Ein Teil des preiswerten und schmackhaften Känguruhfleisch wird nach Europa, Japan und Südostasien exportiert. In australischen Geschäften ist Känguruhfleisch allerdings nur als Tierfutter erhältlich. In Queensland mögen sie die Bundesregierung in Canberra erlitten will. Vor allem nach langen Trockenzeiten fällen ganze Känguruh-Herden – manchmal bis zu 10 000 Tiere – über Weiden und Felder her und zertrampeln, was sie nicht fressen.

Christiane F. verurteilt

AP, Berlin

Die 23jährige Christiane Felsch, nun, die Anfang der 80er Jahre mit ihrem Heroin-Bestseller „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“ zu Weltruh gelangt war, wurde gestern vom Berliner Schöffengericht wegen Drogenmißbrauchs zu zehn Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Christiane F. hatte im vergangenen August bei einem unbekannten Dealer in Berlin ein Briefchen Heroin gestohlen.

Wintersport mit Folgen

dpa, Bonn

Wintersportunfälle haben nach einer Untersuchung des BUK-Verbandes oft langwierigere Folgen als Unfälle in anderen Sportarten. Mindestens 165 000 Bundesbürger verunglückten jährlich beim Wintersport, daß sie längere Zeit ärztlich behandelt werden müssen, teilte die Beratungsstelle für Schadenverhütung des Versicherer-Verbandes gestern mit. 55 Prozent der beim Wintersport Verunglückten sind Männer.

Medikamente erprobt

dpa, Bochum

Ein 45jähriger Internist, der Patienten bei der Erprobung eines noch nicht zugelassenen Medikaments über mögliche Nebenwirkungen im dunklen Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von sieben Monaten verurteilt worden. Die 8. Große Strafkammer des Bochumer Landgerichts setzte die Strafe allerdings zur Bewährung aus, weil der Arzt „zum Wohle der kranken Patienten“ als er sich bei einem Pharmakonzern um die Versuchserlaubnis für ein noch unerprobtes Diabetesmedikament beworben habe.

„Greenpeace“ gab auf

dpa, Melbourne

Nur 30 Kilometer vor dem Ziel mußte die internationale Umweltschutzorganisation Greenpeace gestern ihre Expedition in die Antarktis abbrechen. „Wir liegen direkt am Rande des dichten Packeisgürtels, der die Ross-Insel umgibt“, meldete Expeditionsleiter Peter Wilkinson über Satelliten-Sprechfunk nach Australien. Ihr Flaggboot, die „Greenpeace“ war zu schwach, um die eisige Umklammerung der Insel zu durchbrechen. Nach Ansicht von Greenpeace droht der Antarktis die Zerstörung der Umwelt unter anderem durch die Mineralien-Ausbeutung der Staaten des Antarktisvertrages.

Tödliche Karate-Schläge

SAD, New York

Der 39jährige Roland Steele ist von einem Schwurgericht im US-Staat Pennsylvania schuldig gesprochen worden, im Sommer vergangenen Jahres drei Frauen zwischen 84 und 98 Jahren durch Karate-Schläge mit der Handkante umgebracht zu haben. Steele wollte sich angeblich in den Besitz eines Wagens einer der Frauen bringen. Im Strafmaß wurde nicht verurteilt. Im Staat Pennsylvania gilt für Mord noch die Todesstrafe.

Kampf der Mucoviscidose

uhf, Stuttgart

Etwa 4000 Kinder und Jugendliche leiden in der Bundesrepublik Deutschland an Mucoviscidose. Die Erbkrankheit, mit der jährlich bis zu 400 Stühle geboren werden, führt zur Zerstörung des Lungengewebes. Noch sei der genetische Defekt unbekannt, der diese häufigste Erbkrankheit der weißen Bevölkerung auslöst, erläuterte der Vorsitzende der in Nürnberg angesiedelten Gesellschaft, Professor Dietrich Kaiser. Trotzdem erreichten heute bereits 80 Prozent der Patienten das 18. Lebensjahr.

ZU GUTER LETZT

„Damals siegte er völlig überaus, schied mit dem von ihm gezogenen Hengst Permitt im Prix d'Amérique.“ Das „Hamburger Abendblatt“ über Walter Heilmann, den Altkämpfer des deutschen Turfs.

Berlins Treuegelöbnis für eine heimgekehrte Tochter

Hildegard Knefs Auftritt in der Berliner Philharmonie

KLAUS GEITEL, Berlin

Sie ist schon eine erstaunliche Frau, besessen, unangenehm, zielstrebig. Die Jahrzehnte haben ihr offenbar nichts anhaben können. Hildegard Knef steht auf der Bühne der Berliner Philharmonie wie ein hoch elegantes Denkmal in der Siegesallee des deutschen Chansons. Das Publikum erhebt sich zu ihren Ehren. Noch bevor es überhaupt losgeht, ist die standing ovation fällig: „Hilde, Hilde“ rufen sie gerührt.

Die Knef im hochgeschlossenen silbernen Paillettenkleid mit schwarzer Boa ist gerührt. Mit fast erschütternder Stimme gesteht die 60jährige



Schwierigkeiten im Vortrag: Hildegard Knef

(und man glaubt es ihr): „Es war die schönste Begrüßung, die ich in meinem Leben je erlebt habe.“ Man trägt sie auf Jubelhänden. Man ist von vornherein aus dem Häuschen, und man bleibt es selbst dann, wenn sich kein Grund dafür ausmachen läßt. Man will der Knef zeigen, wie man sie liebt. Der ganze Abend ist ein schieres Treuegelöbnis: ein Rüttel-Schwur am Kreuzberg zuzusagen.

In Hildegard Knef verkörpert sich für Berlin mehr als nur eine erfolgreiche, singende Schauspielerin. Der Knef ist es gelungen, über Jahrzehnte hin den Kontakt mit der Stadt ihrer Herkunft zu wahren. Sie hat ihr geliebt und ihr wiederum die Stadt.

Als Trümmer-Hilde kroch die Knef einst aus dem Schutt des zerstörten

Berlin und setzte das Zeichen, daß es wieder aufwärts ging. Lang, lang ist's her, aber unvergessen ist es dennoch. Die Knef, so sorglos sie auch mit diesem Kapital an Sympathie umging im Verlauf der Jahre, verspielt hat sie es nie. Das zählt sich jetzt aus.

Anfangs ist sie so bewegt, daß die Show leicht zu torieren beginnt. Die Conference ist konfus, weitläufig, unpunktiert. Die ersten Nummern schlingern. Doch bald pendelt sich der Vortrag beruhigend ein. Überdies hat die Knef in Kai Rautenberg, Tom Fowler und Heinz Niemeyer drei glänzende, einfallsreiche Musiker zur Seite, die nichts aus der Fassung bringen kann. Die Knef macht es ihnen nicht leicht. Wenn man schon nicht singen kann (Ella Fitzgerald sagte das über die Knef), muß man doppelt und dreifach so fleißig üben. Dafür war wohl vor dieser Tournee nicht viel Zeit. Mit der Musikalität jedenfalls steht Hilde auf dem elegantesten Kriegsfuß.

Aber sie dreht mächtig auf. Den Arm senkrecht nach oben gereckt, hat sie sich die Triumphgeste der Dietrich zugelegt, der anderen Berlinerinnen, deren Raffinement und stilbildende Kunst die Knef indessen nie erreichte. Sie geht statt dessen der Stadt um den Bart, und das ist in Berlin noch immer herzlich willkommen. Wer Tokio, Spandau und Wien in einem Atemzug zu singen weiß, hat selbst in Charlottenburg noch immer alle Herzen gewonnen. Sie absolviert ein Programm voller Erinnerungen, freilich ohne irgendwelche nostalgischen Ausflüchte. Sie wärmt sich nicht am schönen Gernern. Sie schildert es eher bitter.

Nimmt sie die Stimme zurück, gibt sie sich intim, werden ihre Lieder plötzlich anrührend. Alles, was leise kommt, greift nur selten. Meist fällt die Knef lautstark über die eigenen Lieder her. Aber das tut dem Erfolg keinen Abbruch. Selbst in schimmernden französischen Roben ist die Knef die Nationalsängerin der Deutschen geblieben und verkörpert ihre Geschichte als Trümmer-Hilde, Wirtschatts-Wunderkind, Hollywoodstar und immer wieder auch Sünderin. Daß wir wieder was waren auf dem internationalen Jahrmakel – nicht nur der Etiketten – hat zuallererst und am anhaltendsten Hildegard Knef uns bewiesen.



Perfekt gedrehter Totalschaden. 40 Autos wurden in 750 Sendungen zu Schrott gefahren – immer im Dienste des Zuschauers und seiner Sicherheit

TV-Exportschlager: „Der 7. Sinn“

20 Jahre Verkehrserziehung / In Afrika sind Spots auf Schnee und Eis am beliebtesten

VON HEINZ HÖRMANN

Mitten in einem entspannten Fernsehabend stockte den Fernsehzuschauern der Atem: Auf dem Bildschirm rasten zwei Jugendliche mit ihren Autos aufeinander zu. Unter dem Titel „Denn sie wissen nicht, was sie tun“ flimmerte ein Verkehrserziehungs-Spot aus der Reihe „Der 7. Sinn“ in der Wohnzimmer- auf diesem Donnerstagabend beschäftigte er sich mit wilden Eskapaden unerfahrener Führerschein-Neulinge. Der Name eines alten James-Dean-Streifens im Vorspann sollte dabei ganz bewußt und aufrüttelnd an tödliche Motoren mit dem Auto erinnern.

Geplant war die Höchstspannung so allerdings nicht: Bei den Dreharbeiten auf einer abgesperrten Straße sollten zwei Fahrer ihre Autos im allerletzten Moment zur Seite reißen. Die Kameras liefen. Doch plötzlich hatte einer der beiden Protagonisten einen Blackout. Mit 70 Stundenkilometern prallten die Wagen frontal gegeneinander, sie wurden zur Seite geschleudert und überschlugen sich. Der Kameramann auf dem Beifahrersitz flinte geistesgegenwärtig den Crash aus dem Wageninnern und die Fernsehzuschauer sahen später diese spektakulären Aufnahmen. Daß keiner der Beteiligten ernstlich verletzt wurde, war schließlich noch eine überzeugende Werbung für den Haltegebot...

Der Autor und Regisseur der Sendung, Günther Münch, steht in solchen Situationen allerdings stets kurz vor einem Herzinfarkt. 20 Jahre lang – das Jubiläum wird in der nächsten Woche gefeiert – kommt die Verkehrserziehung in miniaturdimensionen nach der Politik und vor der Unterhaltung auf den Bildschirm. Günther Münch hat die drei bis fünfminütigen Spots während der vergangenen 16 Jahre organisiert und abgedreht.

Die Serie wurde von der Deutschen Verkehrswacht initiiert und entwickelte sich zur erfolgreichsten deutschen TV-Produktion. In 56 Länder

verkaufte sie der WDR, unter anderem nach Zentralafrika – dort sind jene Spots am beliebtesten, die Rutschpartien und Crashes auf nie erlebtem Schnee und Eis zeigen. 38 deutsche und internationale Auszeichnungen bekam die Sendereihe, unter anderem den Salomon-Preis einer internationalen Jury für Verkehrserziehung und die Goldene Kamera.

Was keine Ehre wiedergeben kann, ist die verkehrserzieherische Wirkung. Sicher hat Regisseur Münch recht, wenn er davon ausgeht, daß ein Teil der stark reduzierten

Verkehrstoten in Afrika sind Spots auf Schnee und Eis am beliebtesten

Ein heikles Szenario im Rückspiegel der Erinnerung: Auf einem Bahnübergang steht ein Auto, von rechts rast eine Lok heran. Der Motor stöhnt ab. Verzweifelt bemüht sich der Fahrer mit dem Trick, der hier für solche Gefahrensituationen präsentiert werden soll: Gang einlegen, Starter betätigen und von den Schienen hoppeln. Deutlich ist später auf dem Bildschirm zu sehen, wie seine Bewegungen immer hastiger, immer verzweifelter werden. Was die Fernsehzuschauer nicht wissen: Durch die ständigen Proben war die Autobatterie leer. Aus der simulierten Szene war bitterer Ernst geworden – spätestens, als die Lokomotive mit einem fürchterlichen Krach das Heck des Fahrzeuges rammt und es zur Seite schleudert. Im Wrack bleibt der angeschaltete Fahrer wie durch ein Wunder unverletzt. Wochen später schrieben damals Autofahrer an das TV-Team, daß sie sich in ähnlicher Situation an den 7. Sinn erinnert haben und sich mit dem Starterkit von Bahngleisen gerettet hätten.

In solch einem Fall hätte auch die Polizei nicht mehr helfen können, die die Dreharbeiten regelmäßig unterstützt. Kostenlos helfen die Beamten an den vier bis fünf Drehtagen pro Sendung. Da der Etat mit etwa 18 000 Mark pro Sendung klein ist, springen häufig Münchs Nachbarn und Freunde als unbezahlte Statisten ein.

Ganz ohne Ärgernisse geht es allerdings bei aller Begeisterung und trotz Unterstützung der Öffentlichkeit nicht ab. Bei Dreharbeiten am Zebrastreifen rettete Münch und seine Mannen nur die Flucht vor Prügelei. Zwei Rentner hatten sich über die mehrfach quietschenden Reifen der TV-Autos so geärgert, daß sie mit ihren Spazierstöcken auf die Fernsehleute losgingen...

Nach 20 Jahren und 750 Sendungen werden die Mitarbeiter des Westdeutschen Rundfunks solche Zwischenfälle nicht mehr erleben: Das WDR-Team wird aufgelöst. Eine private Filmgesellschaft fertigt die Spots zukünftig als Auftragsproduktion.

WETTER: Unbeständig

Lage: Randstörungen eines Orkantiefs über dem Nordmeer erfassen vor allem den Süden des Bundesgebietes. Dabei bleibt milde Meeresluft wetterbestimmend.

Vorhersage für Donnerstag: Stark bewölkt bis bedeckt und im Süden länger andauernd, in Norddeutschland schauerartiger Regen. Höchste Temperaturen 5 bis 9, Tiefstwerte nachts 6 bis 2 Grad. Frier bei starker, im Norden in Böen

stürmischer Wind aus Südwest bis West.

Weitere Ausblicke: Wechselhaft mit schauerartigen Niederschlägen, im Norden im Flachland, sonst zunächst nur im Bergland in Schnee übergehend. Zurückgehende Temperaturen

Sonnenanfang am Freitag: 8.12 Uhr, Untergang: 16.37 Uhr; Montag: 7.51 Uhr, Untergang: 14.48 Uhr, Montag: 7.51 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 13. Uhr (MEZ):

Deutschland:		Paris	15 km
Berlin	5 R	Florenz	11 bid
Bielefeld	8 R	Genève	11 bid
Braunschweig	8 R	Helsinki	1 Sp
Bremen	8 R	Hongkong	15 bid
Darmstadt	8 R	Ispra	1 bid
Düsseldorf	8 R	Ispra	9 bid
Dresden	8 R	Kairo	20 bid
Düsseldorf	8 R	Lugansk	8 bid
Erfurt	8 R	Kopenhagen	7 bid
Kassel	8 R	Kopenhagen	4 bid
Köln	8 R	Köln	8 bid
Köln/Bonn	4 R	Las Palmas	19 bid
Köln/Bonn	7 R	Leipzig	2 bid
Köln/Bonn	7 R	Leipzig	13 bid
Köln/Bonn	7 R	Locarno	6 bid
Köln/Bonn	7 R	London	7 R
Köln/Bonn	7 R	Los Angeles	12 bid
Köln/Bonn	7 R	Luzern	1 bid
Köln/Bonn	7 R	Madrid	9 bid
Köln/Bonn	7 R	Mannheim	4 bid
Köln/Bonn	7 R	Mannheim	14 bid
Köln/Bonn	7 R	Mannheim	13 bid
Köln/Bonn	7 R	Moskau	-8 bid
Köln/Bonn	7 R	New York	14 bid
Köln/Bonn	7 R	Nizza	12 bid
Köln/Bonn	7 R	Nizza	13 bid
Köln/Bonn	7 R	Olo	-3 bid
Köln/Bonn	7 R	Olo	-3 bid
Köln/Bonn	7 R	Palermo	15 bid
Köln/Bonn	7 R	Palermo	15 bid
Köln/Bonn	7 R	Paris	7 bid
Köln/Bonn	7 R	Peking	4 bid
Köln/Bonn	7 R	Peking	4 bid
Köln/Bonn	7 R	Roma	16 bid
Köln/Bonn	7 R	Roma	11 bid
Köln/Bonn	7 R	Saltzburg	6 bid
Köln/Bonn	7 R	Saltzburg	6 bid
Köln/Bonn	7 R	Split	-13 bid
Köln/Bonn	7 R	Stockholm	-1 S
Köln/Bonn	7 R	Stuttgart	12 bid
Köln/Bonn	7 R	Stuttgart	12 bid
Köln/Bonn	7 R	Torino	9 bid
Köln/Bonn	7 R	Torino	15 bid
Köln/Bonn	7 R	Venedig	14 bid
Köln/Bonn	7 R	Venedig	6 bid
Köln/Bonn	7 R	Warschau	4 bid
Köln/Bonn	7 R	Wien	3 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
Köln/Bonn	7 R	Zürich	5 bid
K			